HISTORISCHER VEREIN FÜR STADT UND KREIS
LUDWIGSBURG e. V.

Ludwigsburger Geschichtsblätter

Heft 43

Mit 42 Abbildungen

1989

Kommissionsverlag J. Aigner, Buchhandlung, Ludwigsburg

ISSN 0179-1842
Herausgegeben vom Historischen Verein
für Stadt und Kreis Ludwigsburg e. V.
Redaktion: **Dr. Wolfgang Schmierer,** Tamm
unter Mitarbeit von Dr. Norbert Stein, Ludwigsburg
Alle Rechte beim Historischen Verein für Stadt und Kreis Ludwigsburg e. V.
Für den Inhalt der Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich
Gesamtherstellung: Offsetdruck Karl Stiller, Remseck 2
Geschäftsstelle des Historischen Vereins:
Stadtarchiv Ludwigsburg, Kaiserstr. 14, 7140 Ludwigsburg

Inhalt

Mitarbeiter dieses Bandes 4

Bildnachweis 4

Vorwort *(Wolfgang Bollacher)* 5

Nachruf für Theodor Bolay 7

Zur Geschichte der Reichsritterschaft im heutigen Landkreis Ludwigsburg
Von *Thomas Schulz* 9

Ludwigsburg im Zeitalter der Französischen Revolution
Von *Bernhard Zeller* 27

Die Schillerhöhe in Marbach und ihre Bedeutung für die Marbacher Stadtentwicklung
Von *Hermann Schick* 37

Vom kühnen Experiment zum soliden Erfolg. 125 Jahre Volksbank Ludwigsburg im Wandel der Geschichte
Von *Wolfgang Schmierer* 57

»Besonders schädigend wirkt der Einfluß der Stadt« – Pfarrberichte zur Industrialisierung und sozialen Differenzierung im ehemaligen Oberamt Marbach zwischen 1890 und 1914
Von *Stefan Beck* 77

Der Größte war's im ganzen Land – Anmerkungen zur fünfzigjährigen Geschichte des Kreises Ludwigsburg
Von *Karl Moersch* 111

Displaced Persons (DPs) in Ludwigsburger Kasernen 1945 – 1951
Von *Ulrich Müller* 127

Berichte und Notizen
Veranstaltungen des Historischen Vereins 1988/89
(Markus Otto) 141

Wohin mit den alten Ludwigsburger Geschichtsblättern?
(Wolfgang Läpple) 152

Ansprache von Dr. Wolfgang Bollacher beim Neujahrsempfang 1989 im Kreishaus Ludwigsburg 155

Rückblick auf das Jahr 1988 *(Herbert Saar)* 163

Buchbesprechungen 181

Ludwigsburger Geschichtsblätter 1900 – 1989 188

Mitarbeiter dieses Bandes

Beck, Stefan, Diplomverwaltungswirt, Marbach
Dr. Bollacher, Wolfgang, Rechtsanwalt, Ludwigsburg
Dr. Kretzschmar, Robert, Oberarchivrat, Ingersheim
Läpple, Wolfgang, Städt. Archivamtsrat, Asperg
Moersch, Karl, Staatsminister i. R., Ludwigsburg
Dr. Müller, Ulrich, Studiendirektor, Waldstetten
Otto, Markus, Apotheker i. R., Bietigheim-Bissingen
Saar, Herbert, Pressereferent i. R., Ludwigsburg
Dr. Schick, Hermann, Studiendirektor, Marbach a. N.
Dr. Schmierer, Wolfgang, Archivdirektor, Tamm
Schneider, Wolfgang, Archivamtmann, Ludwigsburg
Dr. Schulz, Thomas, Kreisarchivar, Ludwigsburg
Dr. Stein, Norbert, Archivrat, Ludwigsburg
Dr. Zeller, Bernhard, Professor, Marbach a. N.
Zimmerstädt, Karl-Heinz, Prokurist, Steinheim a. d. Murr

Bildnachweis

Titelbild	Karl-Heinz Zimmerstädt, Steinheim
S. 7	Stadtarchiv Ludwigsburg
S. 11	Landratsamt Ludwigsburg
S. 16– 19	Hauptstaatsarchiv Stuttgart
S. 37– 55	vom Verfasser
S. 57– 75	Volksbank Ludwigsburg
S. 82	Gemeindearchiv Murr
S. 83	Staatsarchiv Ludwigsburg
S. 88/91/98	vom Verfasser
S. 100	Hauptstaatsarchiv Stuttgart
S. 103	Landesbibliothek Stuttgart
S. 127–139	Stadtarchiv Ludwigsburg
S. 155–161	Landratsamt Ludwigsburg

Vorwort

»O Freyheit! Silberton dem Ohre...« Dieses Wort Friedrich Gottlieb Klopstocks, unter das die Ausstellung des Deutschen Literaturarchivs in Marbach über »Französische Revolution und deutsche Literatur« zum zweihundertjährigen Jubiläum des Sturms auf die Bastille gestellt war, könnte Leitspruch für das gesamte vergangene Jahr sein. Die Revolution von 1789 hatte Rechtsverhältnisse, Einrichtungen und Strukturen, die jahrhundertelang galten, in Frage gestellt und gestürzt. Aus dem Volksaufstand, einem »herrlichen Sonnenaufgang« (Wilhelm Hegel), aber auch einem »Feuerherd der Zerstörung« (Friedrich Schlegel), entstanden die bürgerlichen Freiheiten. Mit Feiern, Ausstellungen und Veranstaltungen wurde überall der umwälzenden Ereignisse und ihrer Nachwirkungen gedacht. Die Stadt Ludwigsburg zeigte im Kulturzentrum eine Ausstellung »1789 – La Révolution Française«, zu deren Eröffnung »Chansons de la Révolution« erklangen, und sie stellte in den Mittelpunkt der Stadtgründungsfeier den Vortrag von Prof. Dr. Bernhard Zeller »Ludwigsburg im Zeitalter der Französischen Revolution«. Der Historische Verein nahm den Vortrag in diesen Band auf und erinnerte sich der Großen Revolution außerdem im Urteil Christian Friedrich Daniel Schubarts, über den Dr. Werner Volke referierte. Schubart, dessen Geburtstag sich am 24. März zum zweihundertfünfzigsten Male gejährt hatte, war ein Bewunderer der Französischen Revolution. Als Opfer fürstlicher Willkür und Gefangener Herzog Carl Eugens auf dem Hohenasperg, wußte er mehr als andere vom Wert der Freiheit, weshalb er, der freilich die Schreckensherrschaft Robesspierres nicht mehr erlebte, »dem französischen Genius die Hand küsste«.

Aber es wurde in diesem Jahr nicht nur der »Geburtsstunde der Freiheit« im Juli 1789 und der Hoffnungen gedacht, die sie erweckt hatte, nicht nur das Gewesene beschworen, sondern Vitalität und Macht der Freiheit wurden packende Gegenwart. Die Ereignisse in der Sowjetunion, der Tschechoslowakei, in Polen, Ungarn und in der DDR nahmen uns den Atem. Wir wurden Zeugen, wie Menschen gegen Gängelung, Bevormundung, Einschnürung und Herrschaft einer Partei aufstanden und – ähnlich wie vor zweihundert Jahren – Veränderungen herbeiführten, die noch kurz zuvor unvorstellbar erschienen. Wer war nicht angerührt, als am 9. November die Berliner Mauer brach und das deutsche Volk aus Ost und West sich vereinigte. Wie die gewaltlosen, von Mut und Freiheitssinn getragenen Prozesse der »Umgestaltung« und »Demokratisierung«, die ihre Wurzeln auch in der Französischen Revolution haben, enden, wissen wir nicht, hoffen aber, daß sie nicht erstickt oder gar umgekehrt werden.

Stadt und Landkreis Ludwigsburg unterstützen den Historischen Verein und ermöglichen durch Zuschüsse die Herausgabe der Ludwigsburger Geschichtsblätter. Der Verein dankt Stadt und Landkreis sehr und hofft, mit der Vorlage des neuen Bandes der Ludwigsburger Geschichtsblätter sich der Unterstützung würdig zu erweisen. Der Band ist von Herrn Dr. Wolfgang Schmierer und seinen Mitarbeitern in bewährt guter Weise redigiert – auch dafür Dank – und erhält

mit Ausnahme des Beitrages zur Geschichte der Reichsritterschaft im heutigen Landkreis, dem das Umschlagbild von der Burg Lichtenberg zugeordnet werden kann, Beiträge ausschließlich zur neueren Geschichte. Möge der Band zur Freude aller, die an seinem Erscheinen mitgewirkt haben, das Interesse eines breiten Publikums finden.

Im Dezember 1989 *Dr. Wolfgang Bollacher*

Unser Ehrenmitglied Theodor Bolay †
18. Juli 1900 bis 4. Juni 1989

Namens des Historischen Vereins hielt unser Vorstandsmitglied Markus Otto bei der Trauerfeier den nachfolgenden Nachruf:

Wenn sich Theodor Bolay einer Sache widmete, dann tat er das mit seinem ganzen Einsatz und der dabei immer vorhandenen Begeisterung. Kein Wunder, daß so viele heute sagen: »er war einer der Unsrigen!« Zu diesen gehört auch der Historische Verein für Stadt und Landkreis Ludwigsburg, für den ich hier spreche.

Es war nicht anders zu erwarten, als daß der liebe Verstorbene als Heimatforscher und Historiker, nachdem er seinen Wohnsitz ins Kreisgebiet verlegt hatte, früh dem Verein beigetreten ist, und sicher war er einer derjenigen, die nach dem Kriege unter dem damaligen Vorsitzenden Prof. Dr. Paret den Verein wieder aufgebaut und neu belebt haben. Dafür zeugt, daß er 1956 in den Vorstand berufen wurde. Diesem Gremium gehörte er auch unter den weiteren Vorsitzenden – Heinrich Gaese, Dr. Willi Müller und Dr. Wolfgang Bollacher – mehr als 20 Jahre an und schied erst als bereits längst im Ruhestand lebender Achtziger auf mehrfach geäußerten eigenen Wunsch und unter großem Bedauern des Gremiums im Jahr 1980 aus. Der Verein dankte ihm seine langjährige Tätigkeit, indem die Jahresversammlung von 1981 ihn einstimmig zum Ehrenmitglied des Historischen Vereins ernannte. Mir selbst als dem wesentlich Jüngeren war es vergönnt, viele Jahre zusammen mit ihm im Vorstand tätig zu sein, und ich konnte dabei stets voll Bewunderung beobachten, mit welch fundierter Begründung er seine Meinung abgab und welch großer Sachverstand und welch reife Erfahrung hinter seinen Ratschlägen standen.

Im übrigen hat er sich beim Historischen Verein sowohl literarisch als auch als Redner betätigt. In fünf Vorträgen der Winterzeit im Ludwigsburger Kulturzentrum sprach er über geschichtliche und kulturelle Themen, die unseren Kreis betrafen, und achtmal erschien eine Publikation aus seiner Feder in den Ludwigsburger Geschichtsblättern. In allen Fällen trat sein universales Interesse an Geschichte, Kulturgeschichte, Volkskunde und Problemen der Vergangenheit zutage, wobei er sich historisch besonders gern mit der Geschichte der Auswanderer befaßt hat. Neben diesen publizistischen Beiträgen für den Verein war allerdings das große Forum für zahllose kleinere Arbeiten die Heimatbeilage »Hie gut Württemberg« der Ludwigsburger Kreiszeitung, bei welcher Theodor Bolay zu den emsigsten Mitarbeitern gehörte. Überall kamen seine profunden archivalischen Erhebungen zum Tragen, und diese waren auch die Grundlage für seine Ortschroniken, die – mehr als sonst üblich – eine tadellos chronologische Abfolge der wichtigsten Urkunden bieten, so daß sie für jeden Forscher ein hieb- und stichfestes Nachschlagwerk für weitere Forschungen darstellen. Ein Faktum von größtem Wert!

Als sich unser lieber Verstorbener ganz ins Privatleben zurückgezogen hatte und auch nicht mehr zu Veranstaltungen nach Ludwigsburg kommen konnte, habe ich ihn, je länger desto öfter in seiner Wohnung aufgesucht, was ihn sichtlich und spürbar erfreute. Da saßen wir dann im engsten Familienkreis beisammen, und er hatte seine besondere Freude daran, daß er einen Kumpanen hatte, der mit ihm sein tägliches Viertele trank. »Oktobertee« nannte er es, weil der Arzt ihm Teetrinken empfohlen hatte. Bei diesen Besuchen konnte ich bewundernd feststellen, wie er in weiser Mäßigung sein tägliches Arbeitspensum nach und nach verkürzte und der Ruhe entsprechend mehr Zeit gönnte. Um so erstaunlicher war die Energie, mit welcher er mehrere Jahre lang an seinem Lebenslauf für die Familie arbeitete, den er selbst in die Maschine tippte. Eine große Freude durfte ich miterleben, als im vergangenen Jahr sein letztes Buch »Die gute alte Zeit, und wie sie wirklich war« erschien, liebevoll auf den Weg gebracht von seiner Tochter Gertrud und ihrem Kollegen Heinz Pfizenmayer. Und noch in den letzten Lebensmonaten konnte Paul Müller dem Betagten sein von der Allgemeinheit freudig begrüßtes Büchlein über den Hohenasperg überreichen, dessen Historie ebenfalls von Theodor Bolay stammt.

In den letzten Monaten und Wochen erlebte ich, wie der stets so erstaunlich gütige und bescheidene alte Mann sich mehr und mehr anschickte, dankbar und zufrieden vom Leben Abschied zu nehmen, dabei sich im Schoße seiner ihn treu umsorgenden Familie wohlgeborgen fühlend. Gerade dieses Umgebensein von der aufopfernden Liebe seiner Allernächsten war für mich ein besonders sichtbarer Beweis für den Segen Gottes, der ihn durch sein ganzes Leben reichlich begleitet hat.

Dankerfüllt nimmt der Historische Verein Abschied von Theodor Bolay. Er wird in der Vereinsgeschichte weiterleben, und wir werden ihm ein herzliches und liebevolles Andenken bewahren.

Zur Geschichte der Reichsritterschaft im heutigen Landkreis Ludwigsburg

Von Thomas Schulz

Als Kurfürst Friedrich von Württemberg nach persönlichen Verhandlungen mit Napoleon am 3. Oktober 1805 im Ludwigsburger Schloß der gegen Österreich gerichteten französischen Militärallianz beitrat, hat er es bekanntlich verstanden, das Beste aus diesem nur widerwillig vollzogenen Schritt zu machen. Der Pakt mit Napoleon brachte ihm neben der Königskrone die volle staatliche Souveränität und ermöglichte neue Gebietserwerbungen. Zu den ersten Opfern des französisch-württembergischen Bündnisses zählte die Reichsritterschaft. Denn schon sechs Wochen nach der Unterzeichnung des Ludwigsburger Vertrags, am 19. November 1805, gab der Kurfürst den Befehl, die innerhalb und an den Grenzen seines Landes gelegenen reichsritterschaftlichen Territorien militärisch zu besetzen und provisorisch für ihn in Besitz zu nehmen. Im Januar des Jahres 1806, nachdem mit der Schlacht bei Austerlitz und den Verträgen von Brünn und Preßburg der letzte Akt zur Auflösung des altehrwürdigen Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation eingeleitet worden war, wurden die okkupierten Ritterterritorien in die bestehende württembergische Ämterorganisation eingegliedert. Das württembergische Organisationsmanifest vom 18. März 1806 unterstellte schließlich die Ritter auch formell der Hoheitsgewalt des nunmehrigen Königs Friedrich und bestimmte ihre künftige Rechtsstellung im neuen Königreich. Für die Reichsritter bedeutete dies den Verlust eines Großteils ihrer hergebrachten Herrschaftsbefugnisse und das Ende ihrer jahrhundertelang verteidigten politischen Selbständigkeit. Aus unabhängigen reichsunmittelbaren adeligen Herren waren württembergische Untertanen geworden.

Von der Geschichte der unmittelbaren freien Reichsritterschaft, die im Jahre 1806 ihr gewaltsames und schnelles Ende gefunden hatte, künden noch heute zahlreiche steinerne Zeugen. Auch und gerade hier im Kreis Ludwigsburg. Allenthalben finden sich in der Landschaft Spuren einstiger adeliger Herrschaft, adeligen Lebens, auch adeligen Sterbens. Sie belegen, daß sich für unseren Raum hinsichtlich seiner herrschaftlich-staatlichen Zugehörigkeit bis ins frühe 19. Jahrhundert hinein kein homogenes Bild zeichnen läßt und daß er trotz seines dichten Netzes von ehemaligen Amtsstädten nicht ausschließlich einen wesentlichen Bestandteil Altwürttembergs bildete.

Die Schlösser in Kleinbottwar, Beihingen, Hemmingen oder Riet, um nur einige Beispiele zu nennen, oder auch die beeindruckenden Epitaphien in zahlreichen Dorfkirchen, etwa in Aldingen und Schwieberdingen, verdeutlichen vielmehr, daß in etlichen unserer Kreisgemeinden lange Zeit nicht das herzogliche Württemberg, sondern der ritterschaftliche Adel der bestimmende politische Faktor war.

Alle diese Bau- und Kunstdenkmäler sagen freilich nur wenig aus über die sozialen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse, unter denen sich das Leben ihrer Auftraggeber vollzog. Erst recht können sie uns nicht vermitteln, unter welchen Voraussetzungen es dem ritterschaftlichen Adel gelungen war, in der

Nachbarschaft des mächtigen Württemberg die Selbständigkeit seiner kleinen Herrschaften zu behaupten. Im folgenden sollen daher einige Aspekte zur Geschichte der ehemaligen Reichsritterschaft vorgestellt werden. Dabei wird es allerdings unumgänglich sein, gelegentlich den regionalen Rahmen zu verlassen und auch größere politische Zusammenhänge in die Betrachtung mit einzubeziehen.

Zunächst sei jedoch erklärt, was wir unter dem Begriff Reichsritterschaft überhaupt zu verstehen haben. In seinem 1767 erschienenen »Neuen Teutschen Staatsrecht« beschrieb Johann Jakob Moser die Reichsritterschaft als ein »mit gewissen Ordnungen und vielen Freiheiten versehenes geschlossenes Corpus oder Gesellschaft von... zum Teil gräflichen, meistens aber freiherrlichen oder adeligen Familien, welche – ordentlicher Weise nebst ihren Gütern – unmittelbar unter dem Kaiser und Reich stehen«. Die Reichsritterschaft ist also als ein Verband von adeligen Personen anzusprechen, die sich zu einer gemeinsamen Korporation zusammengeschlossen hatten. Ihre staatsrechtlich-politische Stellung wird, wie die Definition Mosers zeigt, durch die Reichsunmittelbarkeit charakterisiert, d. h. durch die Tatsache, daß sowohl die Reichsritter selbst wie auch ihre Güter keiner landesfürstlichen Obrigkeit unterworfen waren, sondern nur Kaiser und Reich über sich hatten. Konkret bedeutete dies unter anderem, daß in den ritterschaftlichen Territorien die landesherrlichen Rechte, etwa die Steuer- und Militärhoheit, die Gerichtsbarkeit oder der Religionsbann nicht einem Reichsfürsten, sondern der Reichsritterschaft zustanden.

Die Anfänge der Reichsritterschaft reichen bis ins frühe 15. Jahrhundert zurück. Als politische Korporation hatte sie sich dann endgültig Mitte des 16. Jahrhunderts etabliert. Im Unterschied zum Rittertum des Hochmittelalters, das eine in ganz West- und Mitteleuropa zu beobachtende Erscheinung war, blieb die geographische Verbreitung der frühneuzeitlichen Reichsritterschaft auf den deutschen Südwesten begrenzt. Nur in Schwaben, Franken und am Rhein war es dem niederen Adel gelungen, seine politische Unabhängigkeit zu behaupten und sich dem vom fürstlichen Territorium ausgehenden staatlichen Verdichtungsprozeß zu entziehen, der im übrigen deutschen Reich zur Landsässigkeit des Adels geführt hatte. Dies führt aber direkt zu der Frage nach den Voraussetzungen für die Entstehung der Reichsritterschaft.

Als eine wesentliche Grundbedingung für die spätere Entwicklung ist anzusehen, daß es in Schwaben nach dem Aussterben der Staufer 1268 kein mit der vollen Gewalt der Landeshoheit ausgestattetes Herzogtum mehr gab. Das Machtvakuum, das die Staufer hinterlassen hatten, gab zwar für die weltlichen Großen, für die Grafen und Herren, den Weg frei zur Ausbildung der Landesherrschaft. Zugleich führte es aber auch zu einer starken staatlichen Zersplitterung. Es entstand ein Gewirr von kleinen und kleinsten politisch selbständigen Gebilden. Die zahlreichen Grafschaften und Herrschaften, geistlichen Gebiete und Reichsstädte blockierten sich gegenseitig in dem Bemühen, den eigenen Einflußbereich auszudehnen. Diese Konkurrenzsituation – in unserem Kreisgebiet etwa zwischen den Grafen von Württemberg und den Markgrafen von Baden – eröffnete den Rittern aber die Möglichkeit, sich von einer Unterordnung unter andere Herren freizuhalten.

An Versuchen der aufstrebenden Territorialmächte, die Ritterschaft unter ihre landesherrliche Gewalt zu bringen, hat es freilich nicht gefehlt. Als Reaktion darauf schloß sich der niedere Adel seit der Mitte des 14. Jahrhunderts, dem Beispiel

Doppelepitaph des Dietrich von Plieningen (1547–1600) und seiner Frau Sibylla von Münchingen (1556–1597). Evangelische Pfarrkirche St. Georg in Kleinbottwar.

der Städte und Fürsten folgend, zu eigenen Bünden zusammen. In Schwaben zählten zu diesen Einungen die »Martinsvögel«, die Gesellschaften »Mit dem Schwerte«, »Von der Krone«, »Mit dem Wolfen«, die St. Wilhelmsgesellschaft oder der Ritterbund der Schlegler. Zur bedeutendsten Adelseinung entwickelte sich schließlich die seit dem Jahre 1406 nachweisbare Gesellschaft mit St. Georgenschild. Zunächst auf den Bereich des Hegaus und das Bodenseegebiet beschränkt, dehnte sich die Jörgengesellschaft bald über ganz Schwaben aus und absorbierte um die Mitte des 15. Jahrhunderts die Reste der übrigen schwäbischen Rittergesellschaften. Ein aus dem Jahre 1488 stammendes Verzeichnis nennt als ihre Mitglieder aus unserem Raum unter anderen Angehörige der Familien von Sachsenheim, von Münchingen, von Nippenburg, von Reischach, von Kaltental, Leutrum von Ertingen, von Urbach, von Plieningen, Nothaft von Hohenberg, von Stammheim und von Weiler.

Der gemeinsame Ziele verfolgende Ritterbund, zumal ein derart umfassender wie die Jörgengesellschaft, gab dem einzelnen Adeligen den erforderlichen politischen Rückhalt. Ohne diesen hätte er sich mit seinem oft nur winzigen Herrschaftsbereich im Kräftespiel der Territorien nur schwerlich behaupten können. Der Zusammenschluß des Adels zu einer gemeinsamen Organisation stellte somit neben der gegebenen herrschaftlichen Parzellierung die zweite wichtige Voraussetzung für die Behauptung der ritterschaftlichen Selbständigkeit dar.

Mit dieser Selbständigkeit war es andererseits nicht unvereinbar, daß der ritterschaftliche Adel in den Dienst der benachbarten Fürsten trat. Hier wurden nicht zuletzt die traditionellen Lehensbeziehungen wirksam. Ohne förmlich in die Territorien eingebunden zu sein, bleib der Adel die politisch führende Schicht in den Landesstaaten. Dies galt auch in Württemberg. Die wichtigsten Stellen in der Lokalverwaltung wurden mit Adeligen besetzt. Als Obervögte oder Forstmeister nahmen Ritter die örtlichen Interessen des Grafen bzw. seit 1495 Herzogs wahr. Am Hof und im militärischen Aufgebot des Landes nahmen sie die maßgebenden Positionen ein. Und auch innerhalb der Zentralverwaltung behaupteten die Ritter als Räte des Fürsten entscheidenden Einfluß, trotz der aufkommenden Konkurrenz bürgerlicher Juristen in den sich ausbildenden landesherrlichen Behörden. Ein bekanntes Beispiel ist Hermann von Sachsenheim, der als Landhofmeister und damit ranghöchster Beamter des Landes dem Grafen Ulrich V., Eberhard im Bart und Herzog Ulrich diente. Am Lebensweg des Hermann von Sachsenheim wird zugleich deutlich, daß der reichsunmittelbare Ritter in der Wahl seines Dienstherrn unabhängiger war als seine landsässigen Standesgenossen: außer seiner Tätigkeit im Dienste Württembergs kennen wir Hermann von Sachsenheim auch als Landvogt in Rottenburg und Rat der Erzherzogin Mechthild sowie für kurze Zeit als Landhofmeister des badischen Markgrafen Christoph.

Die Aufnahme von Fürstendiensten wird häufig als Indiz der schwindenden militärischen Bedeutung und einer allgemein nachlassenden wirtschaftlichen Kraft des ritterschaftlichen Adels interpretiert. Unbestreitbar ist, daß durch eine veränderte Kriegstaktik und Kriegstechnik – das Aufkommen der Söldnerheere, der Einsatz der auf Distanz wirkenden Schußwaffen – sich die einstige militärische Funktion des Rittertums immer mehr verloren hatte und dem Wehrstand des Hochmittelalters seine ureigenste Aufgabe genommen worden war. Es trifft auch gewiß zu, daß sich eine nicht geringe Anzahl von Adeligen in einer prekären finanziellen Lage befand, weil in der Agrarkrise des Spätmittelalters der Wert ihrer

Naturaleinkünfte erheblich zurückgegangen war. Wir wissen von Adeligen, deren Jahreseinkommen nur wenig mehr als jenes eines Pfarrers betrug oder gar darunter blieb, wie etwa bei Jörg von Münchingen zu Hochdorf, für den die im Jahre 1488 angelegte Steuerliste der St. Georgengesellschaft Einkünfte von 20 Gulden verzeichnet. Aber von einem allgemeinen wirtschaftlichen Niedergang des ritterschaftlichen Adels gegen Ende des Mittelalters kann nicht die Rede sein. Wie ließe es sich sonst erklären, daß der bereits erwähnte Hermann von Sachsenheim, der als württembergischer Landhofmeister einen Jahressold von 200 Gulden bezog, zwischen 1467 und 1492 insgesamt fast 9000 Gulden in den Kauf von Gütern und Rechten investieren konnte, daß derselbe Hermann zusammen mit seinem Bruder Jörg dem Grafen von Württemberg einen Kredit über 2000 Gulden gewährte? Auch die Nippenburger, um ein weiteres Beispiel zu nennen, verfügten in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts über ansehnliche Barmittel, die ihnen den Erwerb mehrerer Burgen und anderer Güter ermöglichten oder auch den Bau eines repräsentativen Stadthauses in Bietigheim erlaubten.

Doch zurück zur politischen Entwicklung. Im ausgehenden 15. und frühen 16. Jahrhundert war der ritterschaftliche Adel in große Bedrängnis geraten. Die grundlegenden Veränderungen und Umbrüche jeder Zeit drohten seine hergebrachte Stellung zu erschüttern. Der auf dem Wormser Reformreichstag von 1495 verabschiedete Ewige Landfriede, der ein generelles Verbot des feudalen Fehderechts ausgesprochen hatte, mußte von den Rittern als Eingrenzung ihrer Möglichkeiten zugunsten der Fürsten empfunden werden, bedeutete er doch nichts anderes als die Kriminalisierung ihres herkömmlichen Verteidigungsmittels der bewaffneten Selbsthilfe. Durch den ebenfalls in Worms beschlossenen sogenannten »Gemeinen Pfennig« – eine allgemeine Reichssteuer, die auch vom Adel entrichtet werden sollte – sah die Ritterschaft zusätzlich ihre traditionelle Steuerfreiheit in Frage gestellt. Gegen ihn leistete sie daher, im übrigen mit Erfolg, entschiedenen Widerstand. Aus Furcht vor Beschränkung und Beeinträchtigung ihrer Freiheiten hielten sich die Ritter auch von der zwischen 1500 und 1521 geschaffenen Organisation der Reichskreise fern.

In den zwanziger und dreißiger Jahren des 16. Jahrhunderts kamen weitere Gefahren hinzu: Der Aufruhr der Bauern mit seinen gegen den Adel gerichteten sozialutopischen Forderungen, dem in Weinsberg neben dem Grafen von Helfenstein unter anderem Dietrich von Weiler, Pleickhard und Weiprecht von Riexingen, Hans Spät von Höpfigheim und Jörg von Kaltental zum Opfer fielen. Oder die jahrelange Krise und endliche Auflösung des 1488 gegründeten Schwäbischen Bundes, zu dessen konstitutiven Mitgliedern die Georgengesellschaft gezählt hatte und in dessen Rahmen lange Zeit die adeligen Sicherheitsbedürfnisse befriedigt worden waren. Auch die mit der Reformation verbundenen politischen und sozialen Umschichtungen, die bald ausbrechenden Religionsstreitigkeiten konnten nicht ohne Auswirkungen auf den Adel bleiben. Und schließlich sahen sich die Ritter unseres Raumes seit der Rückkehr Herzog Ulrichs nach Stuttgart wieder mit einem Landesherrn konfrontiert, der – wie er in der Vergangenheit bewiesen hatte – eine konsequente Territorialpolitik verfolgte und zur Erreichung seiner Ziele auch vor Rechtsbrüchen und Gewalt nicht zurückschreckte.

Die Ritterschaft befand sich in einer Situation, in der es für sie in zunehmendem Maße schwieriger geworden war, ihre Unabhängigkeit von den Fürstenstaaten zu behaupten, und es letztlich unerläßlich wurde, sich den Schutz und die

Hilfe eines starken Partners zu sichern. In der gegebenen politischen Konstellation konnte dieser Partner allein der Kaiser sein. Kaiser Karl V. erwies sich dann auch bald als verläßliche Stütze und im Bund mit seinem Bruder König Ferdinand als energischer Förderer der reichsritterschaftlichen Sache. Die Adelspolitik der beiden Habsburger folgte dabei nicht zuletzt eigenem machtpolitischen Kalkül. Wie die Ritter selbst hatten sie ein Interesse an der Aufrechterhaltung der ritterschaftlichen Selbstständigkeit. Denn die Konservierung der politischen und territorialen Verhältnisse des deutschen Südwestens bildete für den Kaiser und das Erzhaus eine der Grundlagen ihrer Position in Oberdeutschland und im gesamten Reich. Eine von den Fürsten angestrebte Unterwerfung der Ritter unter die landesherrliche Obrigkeit hätte weniger dem Kaiserhaus als vielmehr den konkurrierenden Territorien Vorteile gebracht. Das war das Hauptmotiv, das bis ins frühe 19. Jahrhundert hinein die Kaiser immer wieder für den Erhalt der reichsunmittelbaren Ritterschaft eintreten ließ.

Der kaiserliche Schutz war für die Ritter freilich nicht ohne Gegenleistung zu haben. Diese bestand in den sogenannten Charitativsubsidien, d.h. Geldleistungen der Ritter, die formal freiwillig entrichtet wurden und nicht dem Reich, sondern direkt dem Kaiser zuflossen. Zunächst nur aus bestimmten Anlässen und in größeren Zeitabständen eingefordert – die schwäbische Ritterschaft hatte dem Kaiser eine derartige Geldhilfe erstmals 1532 als Beitrag zur Finanzierung des Türkenkriegs geleistet, dann erst wieder zehn Jahre später an König Ferdinand –, wurden diese Charitativsubsidien schon bald ein fester und regelmäßig einkommender Bestandteil der kaiserlichen Einnahmen. Auch dies hielt natürlich, was nicht übersehen werden sollte, das Interesse des Kaisers an der Ritterschaft wach.

Im zweiten Drittel des 16. Jahrhunderts vollzog sich dann auch die Ausgestaltung einer festen Organisation des reichsritterschaftlichen Adels. Den Anstoß hierzu hatte insbesondere die Notwendigkeit gegeben, die dem Kaiser bewilligten Geldsummen auf die einzelnen Adeligen umzulegen. An der Spitze dieser Organisation stand als übergreifender Verband der Ritterkreis, ihre Basis bildete der hergebrachte genossenschaftliche Zusammenschluß der Ritter in landschaftlich ausgerichteten Einungen, die zunächst als Ritterorte oder Viertel, später als Kantone bezeichnet wurden.

Obwohl ihre Organisation auf den noch erhaltenen Strukturen der alten Georgengesellschaft aufbaute, kann die schwäbische Reichsritterschaft der frühen Neuzeit nicht als eine bloße Fortführung der spätmittelalterlichen Adelseinung angesehen werden. Von dieser unterschied sie sich vielmehr in wesentlichen Punkten, vor allem dadurch, daß die Kantone als die Grundverbände der ritterschaftlichen Korporation jetzt mit hoheitlichen Befugnissen ausgestattet waren, die ihnen kraft kaiserlicher Privilegien oder aufgrund einer Übertragung durch die Korporationsmitglieder zukamen.

Kernstück der hoheitlichen Funktion der Ritterkorporation war das Besteuerungsrecht über die ritterschaftlichen Güter, das – und dies sei besonders betont – den Kantonen und nicht den Inhabern der Güter zustand. Dieses Recht wurde der schwäbischen Ritterschaft 1566 von Kaiser Maximilian II. in einem Privileg ausdrücklich bestätigt. Dabei war zugleich festgelegt worden, daß sich dieses Besteuerungsrecht auch auf jene Rittergüter erstrecken soll, die künftig »alieniert« würden, d.h. die durch Verkauf oder Lehnsheimfall von ritterschaftlicher Hand

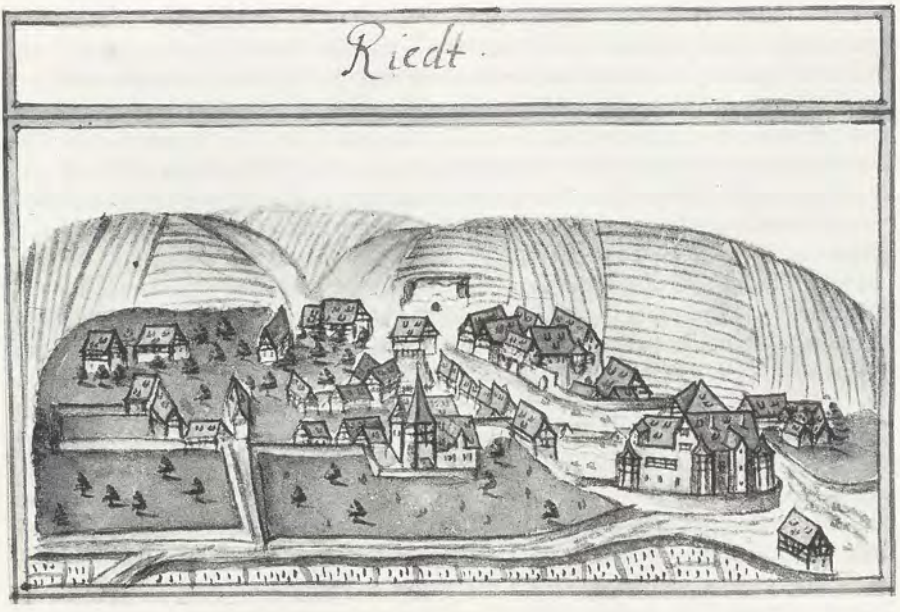
in den Besitz von Fürsten und anderen Reichsständen übergingen. Eine Bestimmung, die – wie wir noch sehen werden – einigen Konfliktstoff enthielt.

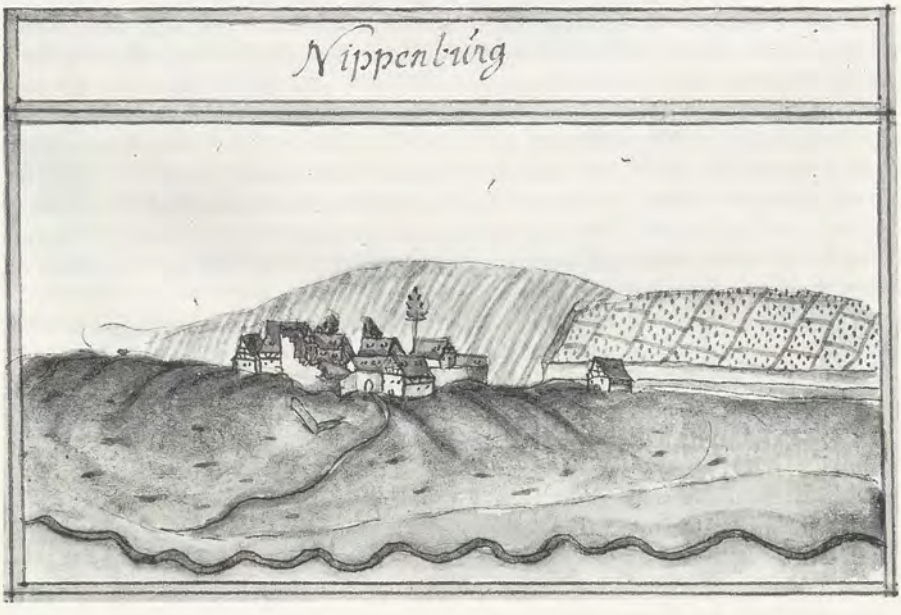
Dieses Privileg von 1566 macht deutlich, daß die Reichsritterschaft nicht nur ein korporativer Zusammenschluß adeliger Personen, sondern auch ein festumrissener territorialer Güterverband war. Es zeigt auch, daß die Landeshoheit über die Rittergüter zwischen den Güterbesitzern und der Korporation geteilt war. Anders ausgedrückt: Bei der Reichsritterschaft nahm der Kanton einen Teil jener hoheitlichen Aufgaben und Funktionen wahr, die bei den Territorialstaaten in der Hand des Fürsten vereinigt waren.

Die im Gebiet des heutigen Kreises Ludwigsburg gelegenen Teile der Reichsritterschaft gehörten zu den Kantonen Kocher und Neckar-Schwarzwald. Zum Kanton Neckar-Schwarzwald zählten ganz oder teilweise Eberdingen, Nussdorf, Hochdorf, Riet, Unterriexingen, das Schloßgut Münchingen und das Hofgut Korntal, Schwieberdingen, die Nippenburg, Hemmingen, Hirschlanden, Schökkingen und die Burg Ditzingen. In den Güterverzeichnissen des Kantons Kocher wurden geführt Aldingen, Hochberg, Hochdorf am Neckar, Oßweil, Harteneck, Beihingen, Geisingen, Heutingsheim, das Schloß Kleiningersheim, Höpfigheim, die Burg Schaubeck mit Kleinbottwar, das Stift Oberstenfeld, Winzerhausen, die Burg Lichtenberg, Ottmarsheim, Hohenstein, Freudental sowie das Rittergut Bromberg. Einen Sonderfall stellte die in vier Teile geschiedene Ganerbenstadt Bönnigheim dar: Die Sachsenheimer und Liebensteiner Viertel dieser Herrschaft, zu der auch Erligheim gehörte, waren dem Kanton Kocher einverleibt, während die gemmingenschen und neippergischen Anteile zum Kanton Kraichgau zählten.

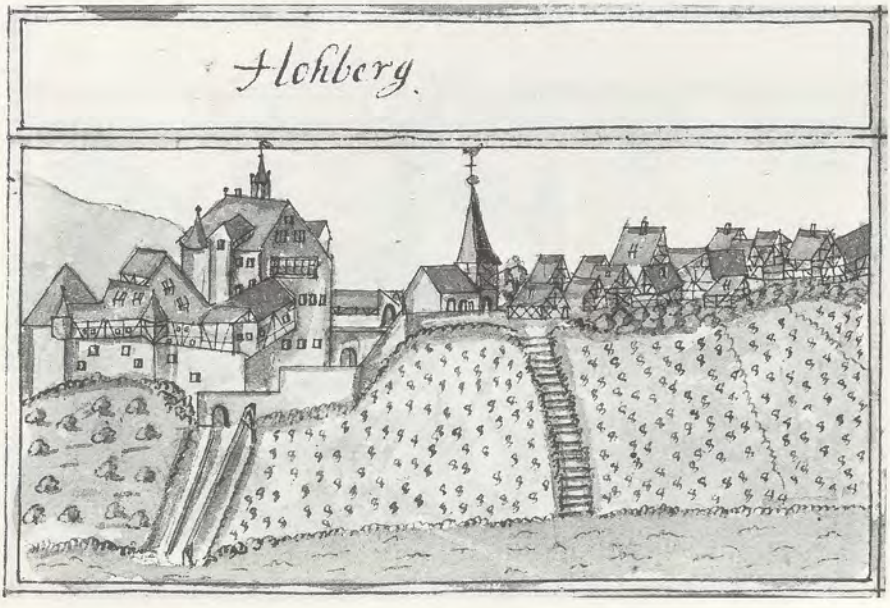
Die Reichsritterschaft verfügte also in unserem Kreisgebiet über beachtlichen Besitz, wenn auch nicht mehr im ursprünglichen Umfang. Denn eine Reihe von Adelsherrschaften waren schon aus dem ritterschaftlichen Verband ausgeschieden, noch ehe dieser durch das bereits mehrfach erwähnte Privileg von 1566 endgültig fixiert wurde. Mundelsheim, das seit Mitte des 14. Jahrhunderts die von Urbach besessen hatten, war 1513 vom badischen Markgrafen als verfallenes Lehen eingezogen worden. Herzog Ulrich hatte 1536 von den Töchtern des Hans von Baldeck die Hälfte von Eglosheim gekauft und damit diesen Ort ganz in württembergische Hand gebracht. Und der stattliche Besitz der Herren von Sachsenheim in Groß- und Kleinsachsenheim, Metterzimmern, Bissingen, Untermberg und Sersheim war nach dem Aussterben dieses Geschlechts 1561 ebenfalls an Württemberg gekommen.

Die Bedeutung der Reichsritterschaft in unserer Gegend bestätigt sich auch darin, daß wir zahlreiche Angehörige unserer heimatlichen Adelsfamilien aktiv an der Leitung der reichsritterschaftlichen Politik beteiligt sehen. Als Mitglieder der Kantonsdirektorien und somit jener Institutionen, die mit der Wahrnehmung der gemeinsamen ritterschaftlichen Interessen sowie der Führung der Kantonsgeschäfte betraut waren, finden sich uns wohlvertraute Namen. In der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts fungierten als sogenannte »Ritterräte« zum Beispiel Hans von Stammheim, Hans Dietrich und Wolf Jakob von Nothaft, Wolf von Weiler, Philipp von Kaltental, Dietrich von Plieningen oder Friedrich und Martin von Nippenburg. Während der schweren Zeit des Dreißigjährigen Krieges begleiteten das Amt des Ritterdirektors und damit des Chefs der Kantonsverwaltung Friedrich von Plieningen und Johann Erasmus von Nothaft beim Kanton Kocher, Philipp Christoph von Münchingen beim Kanton Neckar-Schwarzwald. Für die

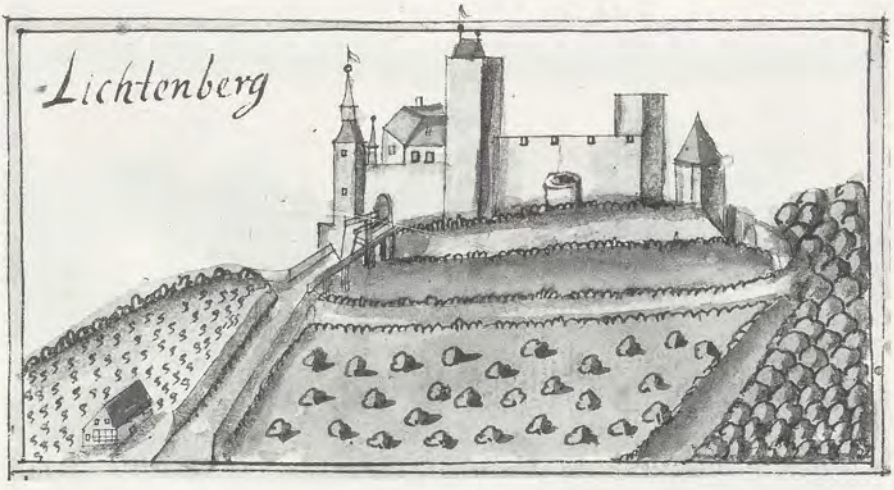

Riedt


Nippenburg

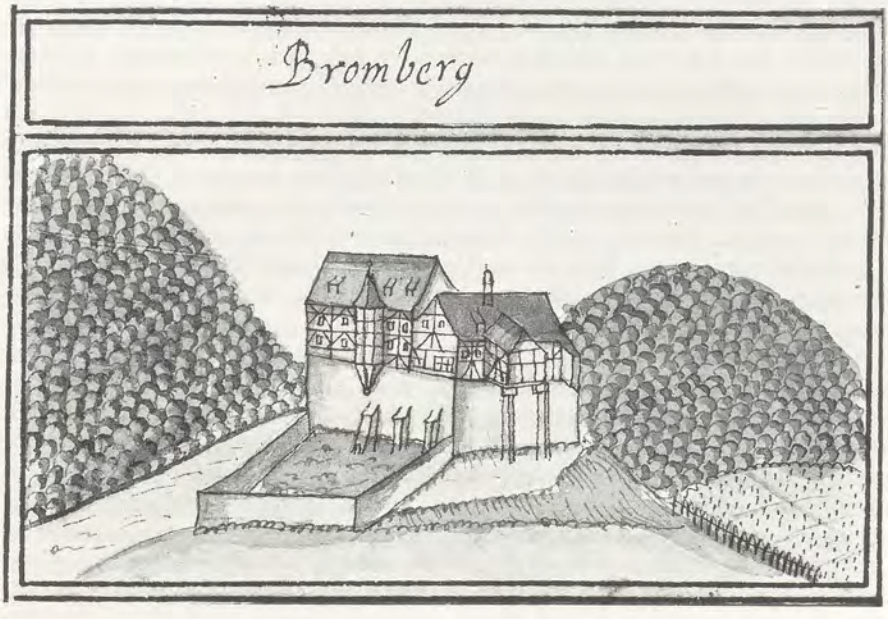
Aldingen


Hohberg

Schabeck


Lichtenberg

Hohenstein


Bromberg

Zeit zwischen 1648 und 1805 kennen wir als Direktoren der beiden Kantone Georg Friedrich Schertel von Burtenbach, Georg Wolf von Kaltental, Ernst Ludwig und Ernst Friedrich Leutrum von Ertingen sowie Eberhard von Kniestedt.

Bei einer genauen Analyse der Listen von Ritterräten und Kantonsdirektoren fällt allerdings auf, daß in den Verzeichnissen des 18. Jahrhunderts die Namen von Rittergutsbesitzern aus unserem Raum nur noch selten vertreten sind. Dieses Faktum lenkt den Blick auf etwas anderes, nämlich darauf, daß bereits vor der Mediatisierung zu Beginn des 19. Jahrhunderts in großem Umfang Ritterherrschaften an Württemberg gelangt waren. Schon vor dem Dreißigjährigen Krieg hatten die Stuttgarter Herzöge einigen ritterschaftlichen Besitz erworben, etwa Winzerhausen vom Stift Oberstenfeld oder die nippenburgischen Anteile an Hirschlanden. Während des Krieges waren $^1/_3$ von Eberdingen und mit dem Aussterben der Nippenburger 1646 Schöckingen und die Hälfte von Hemmingen hinzugekommen. Seit dem letzten Drittel des 17. Jahrhunderts betrieb Württemberg dann eine gezielte Erwerbspolitik. Geradezu systematisch kaufte es Rittergüter auf, mit dem Ergebnis, daß am Ende des Alten Reiches sich im heutigen Kreisgebiet – vom Stift Oberstenfeld sowie einigen Burgen und Schloßgütern abgesehen – nur noch die Orte Eberdingen, Hochdorf, Nussdorf, Kleinbottwar, Beihingen und Heutingsheim ganz oder teilweise in der Hand reichsritterschaftlicher Familien befanden. Hierbei ist noch einschränkend anzumerken, daß in Heutingsheim die hohe Obrigkeit mit anhängenden Rechten seit dem Jahre 1588 Württemberg zustand und dieser Besitz der Freiherren von Kniestedt somit nicht mehr zum eigentlichen reichsritterschaftlichen Verband zählte.

Dieser Ausverkauf der Ritterschaft resultierte aus der schlechten wirtschaftlichen Lage des reichsritterschaftlichen Adels im 17. und 18. Jahrhundert. Die erhaltenen Schloßanlagen dürfen uns ja nicht dazu verleiten, pauschal auf einen Reichtum des Adels zu schließen. Gewiß, es gab auch wohlhabende Adelige. Aber Gert Kollmer hat in seiner 1979 erschienenen Untersuchung zur wirtschaftlichen und sozialen Lage der Reichsritterschaft in den Kantonen Neckar-Schwarzwald und Kocher deutlich gemacht, daß sich bei einem von Barockfassaden und Parkterrassen unverstellten Blick in die Quellen häufig ein ganz anderes Bild ergibt. Zum Vorschein kommt dabei nicht der Landadelige, der vom Ertrag seiner Güter angenehm leben konnte. Kollmer konstatiert für zahlreiche ritterschaftliche Haushalte vielmehr »ein Fehlen jeder Üppigkeit und jeglichen Luxus«. Und nicht nur dies: »Manche Ritterfamilie hatte Sorge genug, das tägliche Brot zu beschaffen«.

Die teilweise katastrophalen finanziellen Verhältnisse vieler Reichsritter beruhten auf den unterschiedlichsten Ursachen. Aber alle münden darin, daß sich die traditionelle wirtschaftliche Basis des Adels, die Einkünfte aus dem selbst verwalteten oder verpachteten Rittergut und aus der Grundherrschaft, als zu schwach erwies. Manches Adelsgeschlecht hatte sich von den unmittelbaren Folgen des Dreißigjährigen Krieges, von den durch Zerstörungen und Plünderungen verursachten Verluste nie mehr erholt. Nicht weniger schwer wog auch eine indirekte Auswirkung des verheerenden Krieges: Die infolge der hohen Bevölkerungsverluste stark geschrumpfte Nachfrage nach agrarischen Produkten. Sie ließ die aus dem Verkauf von Getreide und Wein erlösten Gewinne und somit den wichtigsten Fundus der ritterschaftlichen Einnahmen lange Zeit unter die einst erzielten Ergebnisse sinken. Auch nachdem die durch den Krieg entstandene Bevölke-

rungslücke wieder geschlossen worden war, blieb die Finanzkraft des Adels stets von der wechselhaften Agrarkonjunktur, von fallenden und steigenden Preisen abhängig, wurden überdies die Erträge immer wieder durch Mißernten oder Viehseuchen gemindert.

Unter diesen Voraussetzungen konnte es nur einem sparsam haushaltenden Reichsritter gelingen, das Familiengut zusammenzuhalten und somit die Grundlage für den eigenen Lebensunterhalt und den seiner Angehörigen zu sichern. Doch in aller Regel orientierte sich die Lebensführung der Ritter nicht an einer sachlich-nüchternen Bestandsaufnahme der zur Verfügung stehenden Mittel. Sie war vielmehr an einem besonderen Standesimage ausgerichtet, das für rationales ökonomisches Denken und eine realistische Gegenüberstellung von Einnahmen und möglichen Ausgaben keinen Platz ließ. Im Zeitalter des höfischen Prunks fühlten sich auch die Reichsritter zur Entfaltung eines repräsentativen Lebensstils verpflichtet. Ihr Standesbewußtsein gebot ihnen, eine Lebensweise zu demonstrieren, die ihrem reichsunmittelbaren Status Rechnung trug und sie von anderen Gesellschaftsschichten abhob.

Vor diesem Hintergrund konnte auch der Fürstendienst keine Gewähr für eine Verbesserung der finanziellen Situation bieten. Denn der Fürstendienst – in der Epoche des Absolutismus für den reichsritterschaftlichen Adel zur Selbstverständlichkeit geworden – hatte wirtschaftlich zwei Gesichter. Einerseits eröffnete die Anwesenheit am fürstlichen Hof dem Ritter die Möglichkeit, auf eine eigene kostspielige Haushaltung zu verzichten und darüber hinaus an der Grandeur der Herrscher von Gottes Gnaden teilzuhaben. Auch stärkte die mit einem Amt verbundene Gage die Einkommensbasis des Adeligen. Andererseits führte jedoch ein Amt, insbesondere ein Hofamt zu erhöhten Repräsentationspflichten und damit zu einem Kostenaufwand, der nicht selten das Amtsgehalt auffraß oder gar überstieg.

Viele Reichsritter waren ständig auf der Suche nach neuen Geldquellen. In welch verzweifelter Lage sich dabei manche befanden, zeigt das Beispiel des Benjamin Friedrich von Gaisberg zu Kleinbottwar, der Mitte des 18. Jahrhunderts zunächst auf die Idee verfiel, durch die Ausrichtung einer Lotterie zu Geld zu kommen und es zuletzt sogar mit Goldmachen versuchte, jedoch allein mit dem Ergebnis, daß ihn seine Experimente mehrere tausend Gulden kosteten. Etliche Ritter bemühten sich, zur Verbesserung ihrer Finanzsituation neue Untertanen zu gewinnen, wobei sie sich hinsichtlich des Ansehens der Personen nicht immer wählerisch gaben und sich damit dem Vorwurf aussetzten, in ihren Herrschaften fänden vagierende Soldaten, Landstreicher und Verbrecher Zuflucht.

Etwas anderes und finanziell auch lukrativer war die gezielte Ansiedelung von Judenfamilien, die den Adeligen erkleckliche Aufnahmegebühren und jährliche Schutzgelder einbrachte. Es ist mithin kein Zufall, daß sich die einstigen jüdischen Gemeinden unserer Heimat gerade in ehemals reichsritterschaftlichen Orten, in Aldingen, Freudental und Hochberg befanden.

Es war freilich nicht allein der aufwendige, herrenmäßige Lebensstil, der an der Substanz des Familienvermögens zehrte. Allzuviele wollten oder mußten an dessen Erträgen partizipieren, und die Familienverträge verpflichteten die Reichsritter, ihre zumeist stattliche Verwandtschaft zu versorgen. Dies bedeutete, daß Witwendeputate und Apanagen für Brüder oder Vettern, auch Mitgifte für die Töchter zu bezahlen waren. Den Söhnen mußte die Ausbildung, der Universi-

tätsbesuch und die teure Kavalierstour finanziert werden. Dies alles verursachte Ausgaben, die zwar mit dem Ethos der adeligen Gesellschaft, aber keineswegs mit dem tatsächlichen wirtschaftlichen Potential der meisten ritterschaftlichen Gutsbesitzer vereinbar waren. Auch hier blieben Prestigegründe maßgebend, die den Weg zu einem vernünftigen Haushalten verbauten.

Nur wenige reichsritterschaftlichen Geschlechter sahen sich in der Lage, die von adeligen Standespersonen erwartete und geforderte Lebensart finanziell zu tragen und vor allem über Generationen hinweg durchzustehen. Die meisten bezahlten das Festhalten an der standesgemäßen Lebensweise mit einem hohen Preis – mit der Verschuldung ihrer Güter. Bei etlichen Reichsrittern hatten überdies persönliche Charakterschwächen, die weit verbreitete Trunksucht oder der Hang zum Glücksspiel, den unaufhaltsamen wirtschaftlichen Abstieg beschleunigt. Kredite verschafften zwar vorübergehend Luft und gewährten zumindest noch für einige Zeit ein gewohntes und dem Adelsstand angemessenes Leben. Doch zugleich trugen sie den Keim eines zukünftigen Ruins in sich. Denn in den meisten Fällen reichten die Einnahmen für die Zinszahlungen oder gar eine Tilgung der Schulden nicht aus. Statt dessen wurden immer neue Darlehen aufgenommen, und am Ende stand fast zwangsläufig der Konkurs. Als letzter Ausweg blieb den Schertel von Burtenbach, den von Gaisberg in Kleinbottwar oder den von Gemmingen in Hochberg, um einige Beispiele zu nennen, nur der Verkauf ihrer Familiengüter.

Als Käufer kam für gewöhnlich allein Württemberg in Frage. Adelige wie Levin und Eberhard von Kniestedt oder Philipp von Tessin, die genug Geld besaßen, um ein Rittergut kaufen zu können, blieben die Ausnahme. Die Stuttgarter Herzöge erhielten damit die Gelegenheit, auf indirektem Wege doch noch zu erreichen, was ihrem Vorgänger in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts verwehrt geblieben war: nämlich die inmitten ihres Territoriums gelegenen und als störende Fremdkörper empfundenen reichsritterschaftlichen Herrschaften sukzessive unter ihre landesherrliche Obrigkeit zu bringen.

Die Steuerhoheit über diese jetzt württembergischen Ritterorte stand allerdings nach wie vor den Ritterkantonen zu. So hatte es zumindest das ritterschaftliche Steuerprivileg von 1566 bestimmt. In der Praxis jedoch verweigerte Württemberg lange Zeit der Reichsritterschaft die Steuern aus seinen erworbenen Rittergütern. Man machte dabei geltend, daß es sich bei diesen Gütern um württembergische Lehen handele, mithin um uraltes Eigentum des herzoglichen Hauses, das lediglich vorübergehend den Vasallen zur Nutznießung überlassen worden sei. Das Steuerprivileg wurde als nichtig angesehen. Denn, so die Stuttgarter Juristen spitzfindig, der Herzog habe es nicht anerkannt und es stehe nicht in der Macht des Kaisers, den Rittern ohne Zustimmung des Herzogs ein Privileg zu verleihen, das württembergische Eigentumsrechte verletze. Erst nachdem die württembergische Steuerverweigerungen auf entsprechende Klagen der Kantone vom Wiener Reichshofrat wiederholt als Rechtsbruch verurteilt worden waren und sich sogar der Reichstag in Regensburg mit dieser Angelegenheit befaßt hatte, lenkte Württemberg ein. Im Jahre 1769 schloß Herzog Karl Eugen mit den Kantonen Kocher und Neckar-Schwarzwald einen umfassenden Vergleich ab, in dem neben anderen Punkten auch die Frage des umstrittenen ritterschaftlichen Besteuerungsrechts geklärt wurde.

In diesem Vergleich verzichteten die beiden Kantone definitiv auf ihre Rechte

an insgesamt 47 Ritterorten, die an Württemberg gekommen waren. Zu diesen gehörten aus unserem Kreisgebiet: Höpfigheim, Geisingen, Heutingsheim, Harteneck, die ehemals sachsenheimischen Orte, Schöckingen, die württembergische Hälfte von Beihingen sowie die einstigen ritterschaftlichen Anteile von Hirschlanden, Schwieberdingen und Hemmingen. Im Gegenzug erkannte der Herzog für alle übrigen Ritterorte das kantonale Besteuerungsrecht ausdrücklich an. Hier erlangte Württemberg also erst mit der Mediatisierung im Jahre 1806 die uneingeschränkte landeshoheitliche Gewalt.

Der Vergleich von 1769 enthielt außerdem Bestimmungen, die sich auf den Status der Ritter als Lehensleute des württembergischen Herzogs bezogen. Durch die unmittelbare Stellung des reichsritterschaftlichen Adels unter dem Kaiser waren ja die persönlichen Bindungen der Ritter an ihren fürstlichen Lehensherrn nicht durchtrennt worden. Die Reichsunmittelbarkeit hatte diese älteren Bindungen lediglich in der Weise überlagert, daß sich aus ihnen kein landsässiges Verhältnis der Ritter ableitete. Der Lehensnexus sicherte dem Herzog allerdings ein Mindestmaß an Einwirkungsmöglichkeiten auf den ritterschaftlichen Adel und schränkte unter Umständen dessen politischen Handlungsspielraum empfindlich ein. Dies zeigte sich etwa bei der Einführung der Reformation, die in verschiedenen reichsritterschaftlichen Orten, zum Beispiel in Aldingen, Hemmingen oder Schöckingen, von Württemberg gegen den Widerstand der adeligen Ortsherren durchgesetzt wurde.

Anlaß zu immer neuen Auseinandersetzungen zwischen Württemberg und der Reichsritterschaft gab jedoch vor allem das Recht des Herzogs, von seinen ritterschaftlichen Vasallen die Leistung bestimmter Dienste zu verlangen. Hierzu gehörte insbesondere die aus dem Mittelalter überkommene Verpflichtung der Lehensleute, dem Lehensherrn im Falle eines Krieges beizustehen, wobei es spätestens seit Beginn des 17. Jahrhunderts üblich geworden war, diese Lehenspflicht nicht mehr durch einen persönlichen Kriegsdienst zu erfüllen, sondern mit der Bezahlung von 120 Gulden je geforderten Lehensreiter abzugelten. Wenn auch die Berechtigung dieses lehensherrlichen Anspruchs nicht in Zweifel gezogen werden konnte, so empfanden die Ritter das Lehengeld doch als eine schwere Belastung, der sie sich angesichts ihrer ohnehin kritischen finanziellen Situation wiederholt zu entziehen versuchten.

Zum offenen Konflikt kam es dann im Frühjahr 1691, als der württembergische Administrator Herzog Friedrich Karl während des pfälzischen Erbfolgekrieges von seinen Lehensleuten die Erfüllung ihrer Pflicht anmahnte. Denn die Reichsritter wiesen jetzt die Forderung des Herzogs mit der Begründung zurück, durch die Bezahlung eines Charitativsubsidiums an das Reichsoberhaupt habe man bereits einen ausreichenden Beitrag zur Landesverteidigung geleistet und man könne unmöglich zwei Herren gleichzeitig dienen, ein Standpunkt, der von Kaiser Leopold I. ausdrücklich bestätigt wurde. Herzog Friedrich Karl war allerdings nicht gewillt, eine derartige Beeinträchtigung seiner lehensherrlichen Rechte hinzunehmen. Er berief sich darauf, daß die dem Lehensherrn schuldigen Servitien älter seien als die Verpflichtung der Reichsritter gegenüber dem Kaiser und vergaß in diesem Zusammenhang auch nicht den Hinweis, daß die württembergischen Vasallen noch zu Herzog Ulrichs Zeit Landstände des Herzogtums gewesen seien und ihren reichsunmittelbaren Stand erst während dessen Exils errungen hätten. Im übrigen würden die Geldzahlungen der Reichsritterschaft an das

Reichsoberhaupt von den ritterschaftlichen Untertanen aufgebracht, die Lehensdienste aber von den Vasallen selbst gefordert, so daß von einer doppelten Belastung der Ritter keine Rede sein könne.

Die Kontroverse hatte sich unvermittelt zugespitzt und es blieb nicht lange beim Austausch der unterschiedlichen Auffassungen. Herzog Friedrich Karl ging vielmehr, ungeachtet aller kaiserlichen Proteste, mit konkreten Maßnahmen gegen den widerspenstigen Lehensadel vor. Fest entschlossen, diesen zur Räson zu bringen und sich für das vorenthaltene Lehengeld anderweitig schadlos zu halten, ließ er den Rittern ihre aus württembergischem Gebiet bezogenen Einkünfte, Zehnten und Gülten sperren. Die Versuche der Ritterschaft, sich mit Klagen bei den Reichsgerichten gegen diese Eingriffe zu wehren, blieben ohne Erfolg.

Der Streit um die Lehensdienste setzte sich noch jahrzehntelang fort und kulminierte Mitte des 18. Jahrhunderts in Forderungen des Herzogs, deren Erfüllung faktisch nichts anderes bedeutet hätte als eine Unterwerfung der württembergischen Lehensleute unter die herzogliche Landeshoheit. Erst der Vergleich von 1769 brachte einen für beide Seiten annehmbaren Kompromiß. Die Ritter erkannten ihre Pflicht zur Leistung des Lehensdienstes uneingeschränkt an, während Herzog Karl Eugen jegliche Ansprüche auf ein landsässiges Verhältnis seiner reichsritterschaftlichen Vasallen aufgab und zugleich die Höhe des Lehengelds von 120 auf 60 Gulden reduzierte. Diese in Kriegszeiten fällige Abgabe wurde dann auch bis ins frühe 19. Jahrhundert hinein immer wieder von den ritterschaftlichen Vasallen erhoben, zum letzten Mal übrigens im Jahre 1805 für den Krieg gegen Österreich und somit gegen das kaiserliche Oberhaupt der Reichsritter, wobei Kurfürst Friedrich das Lehengeld zugleich willkürlich auf 150 Gulden erhöhte.

Die geschilderten Auseinandersetzungen um das ritterschaftliche Besteuerungsrecht und das Lehengeld machen exemplarisch deutlich, daß das Verhältnis der Reichsritter zum württembergischen Herzog ambivalent war. Auf der einen Seite stand das Bemühen der Adeligen, im Dienst und am Hof des Stuttgarter Fürsten zu reüssieren. Auf der anderen Seite mußte das politische Ziel der Reichsritter, der Wille zu Behauptung ihrer autonomen Stellung und Reichsunmittelbarkeit, mit dem Bestreben des Herzogs kollidieren, möglichst alle territorialen Inseln und hoheitlichen Reservate zu beseitigen, die den Aufbau eines geschlossenen württembergischen Landesstaates hemmten. In diesem Interessengegensatz zum Herzog konnten die Ritter nur bestehen, weil sie am Kaiser einen mächtigen Partner gefunden hatten. Zwar reichte die Autorität des Reichsoberhaupts nicht immer aus, um die Ritterschaft vor tatsächlichen Beeinträchtigungen ihrer verbrieften Rechte zu schützen. Sie war aber lange Zeit stark genug, um eine förmliche Unterwerfung der Ritter unter die Obrigkeit des württembergischen Herzogs zu verhindern. Das Ende der Reichsritterschaft wurde erst unabwendbar, als sich zu Beginn des 19. Jahrhunderts das durch die Rechtsordnung des alten Reiches begründete Kräftegleichgewicht zwischen Kaiser und Landesfürsten zugunsten letzteren verschob und sich die politischen Verhältnisse grundlegend veränderten.

Die Jahre nach 1805 brachten für die Ritter schwere Zeiten. Die Mediatisierung machte sie zu Untertanen eines Herrn, der den Adel schroff und rücksichtslos behandelte. Durch Verordnungen schnitt König Friedrich den Rittern ein Privileg nach dem anderen ab. Zunächst wurden lediglich jene hergebrachten Herrschafts-

rechte des Adels kassiert, die mit der neuen Souveränität des Königs nicht länger zu vereinbaren waren, dann jedoch schon bald die Steuerfreiheit, die Befreiung von den Militärlasten und der Militärpflicht, schließlich die Patrimonialgerichtsbarkeit, die Forst- und Jagdgerichtsbarkeit und anderes mehr. Am Ende blieben den Rittern neben ihren gutsherrlichen Revenuen nur noch ein bevorzugter Gerichtsstand und das Patronatsrecht.

Das Schicksal des ritterschaftlichen Adels im Königreich Württemberg gehört allerdings nicht mehr zum Thema dieses Vortrags. Meine Zielsetzung war es, in einigen Ausschnitten die unmittelbare freie Reichsritterschaft zu charakterisieren und ich hoffe, daß ich Ihnen dabei zugleich auch ein bislang vielleicht weniger beachtetes Kapitel aus der Geschichte unserer näheren Heimat vorstellen konnte.

Benutzte und weiterführende Literatur

Bührlen-Grabinger, Christine, Die Herren von Plieningen. Stuttgart 1986.

Diehl, Adolf, Der betende Ritter in der Stuttgarter Stiftskirche. Landhofmeister Hermann von Sachsenheim. In: Zeitschrift für württembergische Landesgeschichte 3 (1939), S. 102–126.

Eberbach, Otto, Die deutsche Reichsritterschaft in ihrer staatsrechtlich-politischen Entwicklung von den Anfängen bis zum Jahre 1495. Leipzig/Berlin 1913.

Hellstern, Dieter, Der Ritterkanton Neckar-Schwarzwald 1560–1805. Untersuchungen über die Korporationsverfassung, die Funktionen des Ritterkantons und die Mitgliedsfamilien. Tübingen 1971.

Kollmer, Gert, Die schwäbische Reichsritterschaft zwischen Westfälischem Frieden und Reichsdeputationshauptschluß. Untersuchung zur wirtschaftlichen und sozialen Lage der Reichsritterschaft in den Ritterkantonen Neckar-Schwarzwald und Kocher. Stuttgart 1979.

Kullen, Siegfried, Der Einfluß der Reichsritterschaft auf die Kulturlandschaft im Mittleren Nekkarraum. Tübingen 1967.

Moser, Johann Jakob, Neues Teutsches Staatsrecht, Teil 4 = Von denen Teutschen Reichsständen, der Reichsritterschaft. Frankfurt a. M. 1767.

Müller, Karl Otto, Zur wirtschaftlichen Lage des schwäbischen Adels am Ausgang des Mittelalters. In: Zeitschrift für württembergische Landesgeschichte 3 (1939), S. 285–328.

Obenaus, Herbert, Recht und Verfassung der Gesellschaften mit St. Jörgenschild in Schwaben. Göttingen 1961.

Press, Volker, Kaiser Karl V., König Ferdinand und die Entstehung der Reichsritterschaft. Wiesbaden 1975.

Rau, Reinhold, Beiträge zur Genealogie und Geschichte der Herren von Nippenburg. In: Ludwigsburger Geschichtsblätter 23 (1971), S. 7–38.

Roth von Schreckenstein, Karl-Heinrich, Geschichte der ehemaligen Reichsritterschaft in Schwaben, Franken und am Rheinstrome. 2 Bände. Tübingen 1859/71.

Schübelin, E., Die Herren von Stammheim. In: Ludwigsburger Geschichtsblätter 9 (1923), S. 78–104.

Schulz, Thomas, Der Kanton Kocher der schwäbischen Reichsritterschaft 1542–1805. Entstehung, Geschichte, Verfassung und Mitgliederstruktur eines korporativen Adelsverbandes im System des alten Reiches. Esslingen 1986.

Ludwigsburg im Zeitalter der Französischen Revolution*

Von Bernhard Zeller

In diesem Sommer 1989 beherrscht die Französische Revolution den europäischen Gedenk-Kalender und – mag es auch fragwürdig sein, Ereignisse, die eine Epoche umfaßten und ein neues Zeitalter auslösten, auf wenige jubilarische Daten zu reduzieren – so dürfte es doch einen gewissen Sinn haben, bei einer Veranstaltung, die der Geschichte Ludwigsburgs gilt, über Berührungen und Verflechtungen nachzudenken, die sich zwischen dem politischen und geistigen Geschehen in Frankreich und der lokalen wie regionalen Geschichte unseres Landes und dieser Stadt ermitteln lassen. – Wie wurde, so ist zu fragen, die Französische Revolution in Ludwigsburg wahrgenommen, einer Stadt, die wie keine andere Württembergs von absolutistischem Willen und herrscherlicher Willkür geformt worden war, deren Bastille aber drüben auf dem Hohenasperg weder damals noch später gestürmt und deren Schloß niemals erobert oder auch nur beschlagnahmt wurde –, weder von Revolutionären noch von Napoleons Generalität. Es mit Respekt zu betreten, gehört noch heute zum guten Ton.

In jenem Sommer 1789, als die Pariser Bastille – schon damals mehr Symbol als Vollzugsanstalt feudalistischer Macht – geschleift wurde, lag Ludwigsburg im Windschatten der Geschichte, wenn auch auf Grund eines jener merkwürdigen Zufälle, die sich immer wider im Köcher der Geschichte finden, ausgerechnet jener württembergische Prinz, der später Herzog, Kurfürst und König werden, aber seinen Ludwigsburgern alles andere als revolutionäre Geistigkeit vorleben sollte, nämlich Friedrich von Württemberg, sich in Paris aufhielt. Als Graf von Justingen, unter strengstem Inkognito also, war er angereist, um die Einberufung der Generalsstände mitzuerleben; gleichsam ungewollt aber wurde er zum Zeugen der ersten Pariser Tumulte, wurde er Augenzeuge des Sturms auf die Bastille, geriet in persönliche Bedrängnis und konnte zunächst Paris gar nicht verlassen. »Die Schreckensszenen, deren Zeuge ich war, werden sich niemals aus meinem Gedächtnis auslöschen lassen,« berichtete er den Eltern. Diese Erfahrungen haben sein politisches Weltbild geprägt, und zurecht schreibt Paul Sauer, der Biograph dieses Fürsten, daß die Furcht vor der Revolution zu einem Leitmotiv seines Handelns wurde, daß er im Autoritätsverfall, im Niedergang und Verlust überkommener gesellschaftlicher Ordnung, die Ursachen einer alles zerstörenden Anarchie zu erkennen glaubte.

Inkognito, aber ebenfalls getrieben von politischer Neugier, reiste in den Jahren der Revolution auch der Onkel dieses Prinzen, nämlich Herzog Karl Eugen nach Paris. Nahezu sechs Wochen, vom 12. März bis 27. April 1791, verbrachte er, die peinigenden Schmerzen seines Podagra mißachtend, als kritischer Beobachter in der französischen Metropole. Er besuchte die Sitzungen der Nationalversammlung, obwohl ihn deren Unordnung abstieß, besuchte die Oper und Ko-

*Vortrag bei der Stadtgründungsfeier im Ordenssaal des Ludwigsburger Schlosses am 14. Juni 1989

mödie, kaufte Bücher für seine Bibliothek, Möbel für sein Schloß in Hohenheim, konferierte mit Gesandten, um sich in die örtlichen politischen Verhältnisse einzuarbeiten, sah sich in Notre-Dame die Weihe von vier Konstitutionsbischöfen an, wurde aber auch zum Augenzeugen, als General La Fayette mit seinen Nationalgardisten vor der Menge kapitulierte und dem König an jenem 18. April 1791 nicht einmal mehr die Ausfahrt nach St. Cloud ermöglichen konnte. Zwei Stunden lang saß Ludwig XVI. in seiner Kutsche – eingeklemmt, bedrängt, erniedrigt; Karl Eugen erlebte damit persönlich eine der entscheidensten ersten Stationen des Revolutionsprozesses: das öffentliche Eingeständnis der Schwäche des Königs. Daraus resultiert dann auch sein kritisches Urteil über die Revolution. Er konstatiert den Machtzerfall der Monarchie und notiert am 26. April 1791 im persönlich geführten Tagebuch: »mögte doch dieses Beyspiel allen Staaten zur Warnung dienen und sie überzeugen, daß nur Ordnung von oben und daraus fließender Gehorsam der Weeg seye, Länder glücklich zu machen und zu erhalten.« Ein anderes Urteil war von ihm nicht zu erwarten; erstaunlich bleibt immerhin die Tatsache, daß der alte Herzog sich selbst seine Vorstellung von den Pariser Vorgängen machen wollte, die damals in vielerlei Spiegelungen, Brechungen und mit kontroverser Kommentierung durch eine überaus aktive politische Publizistik auch diesseits des Rheines verkündet wurden, zunächst meist mit panegyrischer Akklamation, aber auch mit ersten Zeichen des Schreckens und der Warnung. Persönliche Berichte und Briefe solcher, die aus Wißbegierde, Abenteurerlust oder politischer Leidenschaft nach Paris gefahren waren – auch von Ludwigsburg aus –, ergänzten den Informationsstand.

Die Geschichte der Stadt im 18. Jahrhundert ist oft geschildert worden, sie bedarf keiner Nacherzählung. Für viele war und ist Ludwigsburg der Modellfall für fürstliche Macht- und Prachtentfaltung, für die simple Exemplifizierung der Gegensätze von Palast und Hütte, von Freiheit und Knechtschaft, von Glanz und Elend, also jener kontradiktorischen Alternativen, nach denen man so leicht dann Urteile fällen, verurteilen kann.

Der auch vom Ludwigsburger Bürgertum mit Stolz erlebten Demonstration fürstlicher Macht folgten nach Abzug des Hofes im Jahre 1775 Öde, Not und Armut. Die Einwohnerzahl sank schlagartig von 11000 auf 5000 und darunter, viele Häuser standen leer, das Handwerk verlor seine Aufträge, die Bauern ihre Märkte. Gras wuchs aus dem Pflaster der Stadt, die zur »Grasburg« wurde, die langen Straßen und Märkte begannen zu vereinsamen, und in Kerners »Reiseschatten« ist zu lesen, daß man sich eine Stunde Zeit nehmen müsse, um auch nur einen Einwohner der Stadt zu Gesicht zu bekommen. Mit besonderen Privilegien wirbt der Herzog um neue Ansiedler, um neue Betriebe und man preist sich glücklich, als Karl Eugens Nachfolger, die Herzöge Friedrich Eugen und Ludwig Eugen und dann vor allem Prinz und Herzog Friedrich, Ludwigsburg wieder zur Sommerresidenz machen, durch aufwendige Hofhaltung und durch Ausbau der Parkanlagen Aufträge und Bewegung, neuen Glanz und Festlichkeit in die verstummte Welt bringen.

Revolutionäre Parallelen zu den französischen Ereignissen sind daher in der »guten Stadt Ludwigsburg« – und zu den »guten Städten« Württembergs zählte die Stadt – nicht zu finden. Das Land, einer Art doppeltem Herrschaftsanspruch oder »zwiefachem Absolutismus« untertan –, dem Herzog und der Landschaft, d.h. im besonderen dem altrechtlich denkenden harten Kern der Ehrbarkeit –,

zwei Gewalten also, die in der Regel miteinander im Streite lagen, und zudem mit einer Bevölkerung, die einem stark religiös gebundenen Obrigkeitsglauben ergeben war, bot, von Einzelprotesten und örtlichen Unruhen abgesehen, keine aktive Revolutionsbereitschaft. Man errichtete keine Barrikaden, stürmte keine Schlösser, obwohl es derer ja nicht wenige gab im Lande, man erstrebte Reformen, aber keine Revolutionen.

Wer mit der Revolution in Frankreich sympathisierte: die Dichter, Künstler und Journalisten, eine Anzahl Stiftler in Tübingen, – darunter die edelsten Geister, – einige tüchtige und radikale Köpfe der Hohen Karlsschule, Eleven wie Lehrer, hielt flammende Freiheitsreden, schrieb pathetische Gedichte und Flugschriften, pilgerte nach Straßburg, dem großen Umschlagplatz revolutionärer Ideen; einige Gläubige fanden auch den Weg nach Paris. Aber fast alle diese Idealisten waren Revolutionäre des Wortes, nicht der Tat.

Auch hier in Ludwigsburg blieb der Wille nach Veränderung, die Sehnsucht nach »Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit«, ein Funke, der sprühte, aber nicht zündete, obwohl man gerade von dieser Stadt aus Schubarts Schicksal als Akt absolutistischer Willkür zehn Jahre lang unmittelbar vor Augen hatte und die Truppen ausziehen sah, die der Herzog der holländischen Kompanie für militärische Einsätze in Südafrika vermietet hatte: das mangelhaft gerüstete erste Bataillon, das in der Frühe des 26. Februar 1787 Ludwigsburg verließ, wie noch das letzte Nachschubkommando. das erst zu Beginn des Jahres 1795 in Java eintraf. Von den rund 3200 Soldaten, die ausmarschierten, haben nur etwa 100 die Heimat wiedergesehen.

Geschichte wird von Menschen erlebt, erfahren, zuweilen gemacht, immer aber erlitten. In welch verschiedener, ja gegensätzlicher Weise sich in einer einzigen Familie, also einem geschlossenen, übersehbaren, gewachsenen Kollektiv die Ereignisse der Zeit und der Geist einer Zeit widerspiegeln, wie darauf reagiert werden kann, sei am Beispiel einer Ludwigsburger Familie deutlich gemacht und an ihr gleichsam modellhaft für ganz Ludwigsburg die höchst differenzierten Verhaltensweisen aufgezeigt, die damals vertreten und gelebt wurden und die bis zu einem gewissen Grade noch heute die verschiedenartige Beurteilung der Vorgänge jener Zeit bestimmen. Die Geschichtsschreibung hat ihre Akten noch keineswegs geschlossen, – auch in Frankreich nicht.

Im Jahre 1766 wurde der damals 22jährige Christoph Ludwig Kerner, seinem Vater im Amte folgend, Oberamtmann von Ludwigsburg. Ein vorzüglich begabter, dem Denken der Aufklärung zugewandter Mann wurde mit ihm verpflichtet, ein korrekter, seinem Fürsten aufrichtig dienender Beamter von strenger Rechtlichkeit und altwürttembergischer Zucht im Beruf wie in der Familie, ein Mann, der übrigens auch als Verfasser einer umfassenden statistischen Beschreibung Kornwestheims eine ganz ungewöhnliche Leistung erbracht hat. 1775 hielt er zum Geburtstage des Herzogs Karl Eugen die Festrede, und gab mit ihr eine nüchtern-sachliche Chronik der Verdienste des Herzogs um die Entwicklung seiner Stadt Ludwigsburg.

Seine Frau, Friederike Louise, eine Stockmayer, also einer der einflußreichsten württembergischen Familien entstammend, brachte in Ludwigsburg in den Jahren von 1768–1790 zwölf Kinder zu Welt. Sechs Mädchen starben unmittelbar nach der Geburt oder in frühester Kindheit, zwei weitere Töchter wurden später württembergische Pfarrfrauen. Die vier Söhne jedoch, die heranwuchsen, gingen ihre

besonderen Wege; grundverschieden nach Begabung, Charakter und Temperament haben sie in ihren Lebensschicksalen die unterschiedlichsten, ja widersprüchlichsten Möglichkeiten der Lebensführung in dieser Epoche des großen Umbruchs verkörpert. Georg, der Älteste, 1770 geboren und mit aller Strenge erzogen, besuchte zunächst die Ludwigsburger Lateinschule, wurde dann auf die Hohe Karlsschule gebracht und hat dort Medizin studiert. Schiffsarzt wollte er werden, nach Surinam reisen, ein kühnes, abenteuerliches Leben führen, das hatte er sich schon in jüngsten Jahren zum Ziel gesetzt. Er war zierlich und von kleinem Wuchs, aber zäh, verwegen und unerschrocken, kein theoretischer Kopf, doch agil, praktisch begabt und erfüllt vom Drange zu handeln und tätig zu sein. In den zwölf Karlsschuljahren hat er eine gediegene Ausbildung erhalten, aber er gehörte auch zu jenen, die schon früh von den Ideen der Aufklärung und der neuen Freiheitsbewegung erfaßt wurden, gegen Macht und Willkür pathetische Proteste formulierten. Gleichgesinnte fanden sich unter den Eleven, und vor allem über Mömpelgarder Freunde war man über die Ereignisse, die in Frankreich zur Revolution führten, genau orientiert. Mit leidenschaftlichem Interesse wurde die Entwicklung verfolgt, ein politischer Club gebildet, und am 14. Juli 1790, dem ersten Jahrestag des Sturms auf die Bastille, die Französische Revolution stürmisch gefeiert. Georg Kerner soll dabei einen gestohlenen Adelsbrief aus der eigenen Familie in die Flammen geworfen haben. Nach heftigen Auseinandersetzungen mit dem Vater gelang es ihm, sein Studium in Straßburg fortzusetzen. Kaum dort eingetroffen, wird er Mitglied der Gesellschaft der Konstitutionsfreunde, eines Jakobinerclubs, schon nach kurzem agiert er als dessen Sekretär und hält als neuer Citoyen glühende Freiheitsreden. Der Vater ist empört, der Herzog streicht die Subsidien.

Allen Warnungen zum Trotz bricht er zu Fuß nach Paris auf, dem Zentrum der Revolution, der Stadt, die zum großen Magnet für alle freiheitsdürstenden jungen Intellektuellen, gerade auch aus Deutschland, geworden war. Halb verhungert kommt er im Spätherbst 1791 an, erbärmlich sind die äußeren Umstände, aber er fühlt sich getragen von den Wogen der Begeisterung. Er schließt sich einem radikalen Pariser Jakobinerclub an und schreibt seiner Braut Auguste Breyer am 18. Dezember: »Ich habe mein Geburtsland verlassen, um ein Vaterland in Frankreich zu finden«, und dann wenige Wochen später, »Du weißt meinen festen Entschluß, in Frankreich zu leben, Du kennst meinen Hang zur Freiheit, und ich wiederhole Dir hier nocheinmal, daß Dir die Hand eines freien, wenngleich armen Mannes werter sein muß als die Hand eines Mannes in einem Lande, wo man, wenn man auch selbst nicht kriechen muß, andere kriechen sieht.«

In Paris begegnet er nicht wenigen, gleich ihm von den neuen Freiheitsideen faszinierten Landsleuten: Karl Friedrich Reinhard vor allem, dem einstigen Tübinger Stiftler, Balinger Vikar und späteren Hauslehrer in Bordeaux. »Der kleine Schwabe Kerner«, schrieb Georg Forster damals an seine Frau, »sprüht Freiheit wie ein Vulkan, und ist originell und gutherzig wie ein junger Schwabe sein muß, er hat Kopf und Energie. Dazu ist er Doktor der Medizin.«

Auch Ludovike Simanowiz, geb. Reichenbach, trifft er, die Malerin aus Ludwigsburg, die studienhalber in Paris weilte und nach ihrem ersten, durch ein Stipendium des Herzogs ermöglichten Aufenthalt erneut nach Paris aufgebrochen war, erfüllt vom Drange nach einem freien, ungebundenen Leben. Doch der Ent-

husiasmus der begabten jungen Künstlerin, die nahe der Tuilerien im Hause der vor Karl Eugen geflüchteten Sängerin Aline Balletti wohnte und das Revolutionsgeschehen auch in seiner Grausamkeit aus nächster Nähe erlebte, wich der Enttäuschung. Sie geriet selbst in Gefahr, wurde Verhören unterzogen und erreichte im Frühjahr 1793 nur mit Mühe die Heimat. Noch in demselben Jahr und dann in den folgenden entstanden die großen, die Pariser Schulung nicht verleugnenden Porträts, die sie von den Eltern Schillers, von dem Dichter selbst, seiner Frau und seinen Schwestern mit sicherer, gewandter Hand gemalt hat. Doch wenige Jahre später erlitt ihr Mann einen Schlaganfall, der ihm zum Krüppel machte. Ludovike hat ihn 28 Jahre lang gepflegt, mit Zeichenunterricht und kleinen Porträtaufträgen mühsam die materiellen Nöte bekämpfend. 1827, ein Vierteljahr nach seinem Tode ist sie erschöpft und verbraucht gestorben.

Doch nochmals zurück zu Georg Kerner. Trotz aller Begeisterung für die Ideen, die zur Revolution und zum Sturze des Absolutismus geführt hatten und trotz des festen Glaubens an ihre geschichtliche Notwenigkeit verfolgte er die sich verschärfende Konfrontation der politischen Machtblöcke mit wachsender Skepsis. In dieser Auseinandersetzung, die dann zu einer Eskalation des Terrors führte und einen neuen Despotismus befürchten ließ, stellte er, der Straßburger Jakobiner, der leidenschaftliche Agitator der Revolution, der aber doch nie seinen angeborenen Sinn für Recht und Gerechtigkeit verlor, sich wie so viele andere gegen die Radikalisierung. Als am 10. August 1792 der Sturm gegen die Tuilerien anbrandete, verteidigte er in der Uniform eines Nationalgardisten mit verzweifeltem Mut den König. Mit aller Härte erlebte er die Tragik derer, die als Idealisten ausgezogen waren und nun mit der Wirklichkeit revolutionärer Entwicklung, d.h. mit einer entfesselten Revolution konfrontiert wurden. In einem Brief schrieb er damals: »Die gegenwärtige Lage der Dinge in Frankreich stimmt nicht mehr mit meinen Grundsätzen überein, ich liebe die Freiheit – die man hier nicht mehr zu kennen scheint und ich hasse zu sehr Fürsten, Könige und Königsknechte, als daß ich mit Maßregeln zufrieden sein könnte, die zum Despotismus führen...ich ahnde schon stark, daß Europa auf lange Zeit noch fürchterlich in die Arme der Tyrannei zurückstürzt...« Aber selbst die Greuel einer der Anarchie zutreibenden Revolution sind für Kerner, wie auch für Reinhard, letztlich immer noch menschenwürdiger als ein Leben unter feudaler Gewaltherrschaft.

Allerdings auch Kerner wurde verdächtigt, geriet in akute Gefahr und nur eine Anstellung als Arzt in einem skandinavischen Krankenhaus in Paris und dann ein ihm von dem Freunde Reinhard zugespielter Paß für die Schweiz dürften ihn in den Monaten der Schreckensherrschaft unter Robespierre vor drohender Verhaftung und Hinrichtung bewahrt haben. Begeistert schreibt er daher am 4. August 1794 aus der Schweiz: »Soeben erhalte ich Briefe aus Paris – Robespierre ist tot – das Ungeheuer mit 90 seiner Anhänger guillotiniert. Die Freiheit triumphiert und die Tyrannen werden zernichtet, welche Gestalt sie auch annehmen mögen. Gott ich lebe aufs Neue wieder – Die Freiheit von Europa ist gerettet...«

Nun drängt er zu neuer politischer Agitation voll Euphorie und Hoffnung. Er betätigt sich als politischer Journalist, übernimmt etwas zwielichtige Aufträge und wird dann Privatsekretär Karl Friedrich Reinhards, des schwäbischen Landsmannes, der in diplomatischen Diensten des französischen Staates die erstaunlichste Karriere machen sollte. Kerner begleitet Reinhard bei den ihm übertragenen diplomatischen Missionen nach Hamburg, in die Toskana und zuletzt noch in die

Schweiz. Die beiden Schwaben bildeten ein seltsames Duo und waren höchst gegensätzlich auch in Gestalt und Charakter. Von stattlicher Statur, gemessener Haltung und ernster Würde der eine, grazil und liebenswürdig, offen und temperamentvoll der andere, beide ungewöhnlich gebildet, doch eine Sprache sprechend, die ihre Herkunft nicht verleugnete; selbst ihr Französisch hatte schwäbische Tönung.

Der Bund ist nicht von Dauer. Als Bonaparte zum neuen Dienstherrn Reinhards wird, trennen sich die Wege. Kerner lehnt Napoleons Politik grundsätzlich ab, sieht in ihm einen Machtpolitiker, der die Ideen der Revolution verraten hat und einen neuen Despotismus heraufführen wird. Er nimmt seine medizinischen Studien wieder auf, beendet sie in Kopenhagen, kehrt dann nach Hamburg zurück und wird zum Armenarzt. Er setzt sich für die Pockenimpfung ein, für die Errichtung und Verbesserung von Entbindungsanstalten, für hygienische Ordnung in Zuchthäusern und Armenanstalten, verzehrt in sozialen und sozialpolitischen Diensten seine Kräfte, in sehr viel direkterer Art als auf dem politischen Felde »Brüderlichkeit – fraternité« verwirklichend. Bei der Bekämpfung einer Flecktyphusepidemie holt er sich den Tod. Mit 42 Jahren, am 7. April 1812, ist er gestorben.

In denselben Wochen dieses Jahres 1812 bricht Georgs jüngerer Bruder nach Rußland auf, dieser so anders geartete, nicht minder begabte Karl Kerner. Unter dem Befehl Napoleons reitet er als General an der Spitze jener württembergischen Truppen, die dem französischen Kommando zu folgen hatten. Er kämpft bei Smolensk, wird bei Borodino verwundet, versucht mit äußersten Anstrengungen, einen Teil seiner Truppen aus der Katastrophe dieses furchtbaren russischen Winterkrieges zu retten, doch vergeblich. Von den 16000 kehren nur einige Hundert zurück. Kerner, der letzte württembergische Offizier, der sich noch auf einem Pferde halten konnte, hatte dem König die Meldung von diesem Ende zu überbringen, Als er vor den Monarchen tritt und angefahren wird: »Warum haben Sie meine Armee verlassen, General?« war die Antwort: »Majestät haben keine Armee mehr.«

Dieser Karl Friedrich Kerner, 1775 in Ludwigsburg geboren, war wie sein älterer Bruder Eleve an der Hohen Karlsschule, wurde Offizier, sogar Offizier der französischen Ehrenlegion, und brachte es zum Chef des württembergischen Generalstabs. »Er war Verstand und Mathematik« berichtete Justinus, war ernst, verschlossen, groß gewachsen, eine Respekt gebietende Erscheinung, stand aber revolutionärem Denken fern. Dafür hat er ein Exerzierreglement für die reitende Artillerie verfaßt und dank seiner ungewöhnlichen technischen Begabung einen Munitionswagen konstruiert, der selbst Napoleons Anerkennung fand. Nach seinem Ausscheiden aus militärischen Diensten wurde er Direktor der Berg-, Eisen- und Hüttenwerke, war Präsident des Bergratskollegiums, gehörte dem Geheimen Rat an, ja amtierte, längst geadelt und in den Freiherrnstand erhoben, in stürmischer Zeit als württembergischer Innenminister.

Zwischen den so ungleichen Brüdern stand Ludwig Kerner, Louis genannt. 1773 kam er in Ludwigsburg zur Welt und hat später das Tübinger Stift bezogen. Der Bruder Justinus erzählt von seiner »unsäglichen Gutmütigkeit«. Aber auch er hatte seine revolutionäre Phase und schrieb von Tübingen aus dem älteren Bruder nach Paris: »Hier im Stift wird die ganze Größe der Französischen Revolution schon lang begriffen: Die Erde rauche von Tyrannenblut, das ist aller Losung;

in dreifarbigen Kokarden reisen wir in die Vakanz, und vive la liberté! ruft der eine, begegnet er dem Freunde, und dieser antwortet: vive la Nation!«

In einem Brief an den Vater heißt es: »In dem Kerker dieses theologischen Stiftes schmachte ich nicht länger mehr. Die Zeit ist herangekommen, wo ein jeder ein freier Weltbürger ist. Ich habe mir einen Büchsenranzen gekauft, in diesen werde ich Kants Schriften packen und mit ihnen nach Paris wandern. Haben Sie was dagegen, so verstehen Sie den Zeitgeist nicht.« Der Vater antwortet: »Ich meine, Du solltest, ehe Du in Paris einziehst, auch noch etwas mehr Französisch lernen als: vive la liberté, vive la Nation! und dabei würde ich den Kant lieber zu Hause vornehmen: denn in Paris möchten sie Dir keine Zeit dazu lassen und Dir Deinen leeren Kopf noch, ehe er sich mit Herrn Kant angefüllt, herunterschlagen. Du bist ein fauler Geselle, der keine harten Bretter bohren will.« Justinus Kerner berichtet dies aus seiner Erinnerung und spottet darüber, daß sich das republikanische Feuer bei Louis als Strohfeuer erwies. Die Mutter habe ihn mit einer Sendung Kuchen dem schwäbischen Vaterland erhalten. So wurde Louis Magister und Pfarrer, amtierte als Garnisonsgeistlicher auf dem Hohenasperg, dann »als sanfter Hirte christlicher Herden« in verschiedenen Dörfern des Landes. In der Enzweihinger Pfarrkirche hat er 1813 dem jüngsten Bruder sein Rikele angetraut.

Justinus, bei Ausbruch der Revolution erst drei Jahre alt, hat die Flüge der Begeisterung nicht mehr erlebt. Aber mit seinem »Bilderbuch aus meiner Knabenzeit«, Erinnerungen, die zu den schönsten und lebendigsten autobiographischen Texten der deutschen Literatur gehören, hat der spätere Dichter, Arzt und Geisterseher, Romantiker im Werke wie im Leben, eine sehr andere Ausformung des so reichen Kerner'schen Begabtenpotentials verkörpert. Für Ludwigsburg ist er zum eigentlichen Geschichts- und Geschichtenschreiber geworden. Das Bild der Stadt um die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert sehen wir heute weitgehend mit seinen Augen, so wie er sie in seinen rund 50 Jahre später diktierten Erinnerungen gezeichnet hat, jedenfalls, was nicht übersehen werden darf, mit vielfach verklärenden Zügen. Er hat auch von jener ersten direkten Berührung Ludwigsburgs mit den Wirkungen der Revolution erzählt, vom Eintreffen und der Aufnahme französischer Flüchtlinge, emigrierter Adliger zumeist, die aus Angst vor Verhaftung, Verfolgung und Tod ihre Güter verlassen hatten und nun in den Randzonen des Nachbarlandes, in den Städten Trier und Koblenz zumal, aber auch in Ludwigsburg Unterkunft gesucht und Aufnahme gefunden hatten.

Kerner hat sie als Kind erlebt und sich später besonders ihres Jo-Jo-Spielens erinnert und hat vor allem das farbige, das äußere Bild, das die Flüchtlinge boten, geschildert. Mehr als 200 wurden in Ludwigsburg gezählt. Die Probleme, die materiellen, moralischen und politischen Wirrnisse, die diese bunt gewürfelte Gesellschaft, darunter Mitglieder des höchsten französischen Adels und der Geistlichkeit, mit sich brachten, konnte er nicht erkennen – weder den blinden Haß gegen die Revolution, den sie verbreiteten, noch die Gefahr politischer Verwicklungen. Der alte Herzog Ludwig Eugen und auch Prinz Friedrich, damals im Hause des Ludwigsburger Ratskeller wohnend, standen den Emigranten, unter denen sich Philipp Egalité, der Jüngere, General Dumouriez und die bourbonischen Prinzen Condé und Conti befanden, wohlwollend gegenüber, und in Ludwigsburg gab es leere Wohnungen und Gasthöfe genug. Aus dieser Gesellschaft, die aus ihrer feudalistischen Ordnung geworfen war, aber nicht bereit, ihre An-

sprüche und Standesvorrechte aufzugeben, rekrutierte sich dann die Emigrantenarmee, deren Racheforderungen die Ängste in Paris schürten und die somit ihrerseits zur Eskalation des Terrors beitrug.

Zur selben Zeit, da Justinus, der jüngste und später berühmteste der Kerner-Söhne, auf dem weiten Marktplatz seine Drachen steigen ließ, bezog Friedrich Schiller mit seiner Familie Quartier in Ludwigsburg, zum ersten Mal wieder in der Stadt weilend, in der er ein Vierteljahrhundert vor Kerner die Lateinschule besucht hatte. In sehr anderer Weise nun kam Ludwigsburg durch Schiller mit den Ideen, Ereignissen und Wirkungen der Französischen Revolution in Berührung.

Acht Jahre vor dem Ausbruch der Revolution waren »Die Räuber« erschienen, das Schauspiel, dem man zwar ohne Schillers Zutun, aber doch nicht gegen die Tendenz des Werkes als Motto auf das Titelblatt gesetzt hatte: »In Tyrannos.« Auf Grund dieses Stückes, das in einer französischen Bearbeitung in Paris gespielt wurde, erhielt Schiller am 24. August 1792 zusammen mit 16 anderen Ausländern, darunter Klopstock, Pestalozzi, Joachim Heinrich Campe, Männern, von denen man glaubte, daß sie der Freiheit gedient hätten und für die Revolution eingetreten seien, das französische Bürgerrecht verliehen. Claviére und Danton haben das Dekret gezeichnet, man schrieb das »vierte Jahr der Freiheit«.

Die Urkunde, mit der diese Ehrung durch die gesetzgebende Versammlung Frankreichs bestätigt wurde, fand ihren Weg zu Schiller erst sechs Jahre später, und längst waren auf dem Schafott geendet, die sie unterschrieben hatten. »Aus einem Reich der Toten«, wie Goethe bemerkte, war das Diplom 1798 nach Weimar gekommen.

Der Geist der Freiheit hat Schillers Leben und hat seine Werke – man denke an »Kabale und Liebe«, erinnere sich des »Don Carlos« – von Anfang an bestimmt, mochten auch Inhalt und Deutung dieses Begriffs nicht identisch geblieben sein. Auch Schillers Stellung zur Französischen Revolution, die er mit Hoffnungen begrüßte, hatte begonnen sich bald zu verändern. Doch nicht ihren Zielen, sondern ihren Folgen galt vornehmlich seine Kritik. 1790 hat er in seiner »Thalia« noch ein Manuskript Karl Friedrich Reinhards veröffentlicht, einen Text, in dem Montesquieu, Voltaire und Rousseau, die geistigen Väter der Revolution beschworen wurden. Aber die Ablehnung wurde schärfer, bedingt durch die Radikalisierung des Revolutionsprozesses. Schiller trug sich mit der Absicht, öffentlich für den erniedrigten König einzutreten, entsetzte sich bis zum Ekel über seine Hinrichtung, und unter seinen Aufzeichnungen findet sich die Notiz über eine Tragödie, die Charlotte Corday gelten sollte, jener 25jährigen Französin, die Marat ermordet hatte, um Frankreich von der Tyrannei der Revolution zu befreien.

Während seines Ludwigsburger Aufenthalts vom Herbst 1793 bis zum Frühjahr 1794 lagen Kants Schriften auf seinem Nachttisch und zu seinen wichtigsten Arbeiten dieser Zeit gehörten die Briefe an den Prinzen von Augustenburg, lange ausführliche Abhandlungen, literarisch-philosophische Texte über den Umgang mit dem Schönen. Die Originale dieser Schreiben, Dankbriefe für ein großzügig gewährtes Legat, sind bei einem Brande des königlichen Schlosses in Kopenhagen schon im Februar 1794 vernichtet worden. Teile konnten nach Abschrift rekonstruiert werden; in neuer Fassung erschienen sie unter dem Titel »Über die ästhetische Erziehung des Menschen« 1795 in den »Horen«.

Die »Augustenburger Briefe«, scheinen sie auch den politischen Tagesereignissen ferne zu stehen, bilden eine intensive, kritische Auseinandersetzung mit der Französischen Revolution. Schiller, der in seiner Dichtung immer wieder der Sehnsucht nach Freiheit poetischen Ausdruck gegeben hat, und für den die »politische und bürgerliche Freiheit«, wie er schrieb, für immer und ewig zu den »heiligsten aller Güter« gehörte, der im »Lied an die Freude« die »Brüderschaft aller Menschen« gefeiert und diese »fraternité« noch im Rütlischwur des Tell als versittlichende politische Kraft gepriesen hatte, verlor die Hoffnung auf eine Veränderung durch Revolution mit Gewalt oder, wie er sagte, auf eine »Regeneration im Politischen«. In seiner Gesellschaftskritik geht es um geistige und moralische, nicht um konkrete politische Erneuerung, wenn er auch die Verbesserung der ökonomischen Bedingungen als unerläßlich ansieht. Noch ist der Mensch nicht reif für die Freiheit, nicht fähig in Freiheit zu leben. Seine Veredelung, seine Humanisierung muß durch eine Reform der Erziehung, bei der die Kunst, die Welt des Schönen wirksamste Triebfeder des menschlichen Geistes zu sein hat, zuerst geleistet werden.

Die gedankliche Arbeit an der Entwicklung dieses Humanitätsideals, das für Schiller gesellschaftsbildende Funktion hatte, und seine Darlegung in sieben großen, vielseitigen Briefen vollzog sich hier in Ludwigsburg im Hause an der Ecke zwischen Post- und Seestraße, nahe der Wohnung des Freundes und Arztes Wilhelm von Hoven. Immer wieder von schweren Krankheitsanfällen gepeinigt, meist in den Nachtstunden arbeitend, hat sie Schiller seinem Körper abgerungen, in jenen Monaten, da man in Paris Marie Antionette unter das Fallbeil brachte, in denen Herzog Karl Eugen in der Fürstengruft des Ludwigsburger Schlosses beigesetzt und dann die Karlsschule aufgehoben wurde, in denen sich in Paris der Wohlfahrtsausschuß etablierte und eine neue Herrschaft des Schreckens begann, in denen aber, auch das muß erwähnt werden, die Ächtung der Juden aufgehoben und die Abschaffung der Sklaverei, grauenvollstes Verbrechen menschlicher Geschichte, proklamiert wurde. Wilhelm von Hoven, der Karlsschulfreund von einst, und einer der vielen in Deutschland, die sich von der Revolution das Glück der Menschheit erhofften, hat in seinen Lebenserinnerungen von den damaligen Begegnungen und Gesprächen mit Schiller berichtet, auch von Schillers Skepsis gegenüber dem Verlauf dieser Revolution.

Unmittelbare Folgen der Revolution erfuhr Ludwigsburg durch die Revolutionskriege und dann durch die Feldzüge Napoleons, des Vollstreckers der Revolution und zugleich neuen nationalen Imperators. Württemberg, bestrebt, sich in den kriegerischen Auseinandersetzungen zunächst neutral zu verhalten, wurde auf die Dauer von Durchmärschen, Besetzungen, Beschlagnahmungen, Entschädigungsforderungen nicht verschont. 1796 kamen die Heere Moreaus und trieben den Herzog Friedrich Eugen, alt und krank wie er war, mitsamt dem Erbprinzen in die Flucht. 1799, als wiederum französische Heere anrückten, verhinderte zwar Erzherzog Karl, der Kommandeur kaiserlicher Truppen, die Besetzung, und württembergische wie österreichische Truppen warfen die Franzosen unter Ney bei Löchgau zurück; aber ein Jahr später erschienen sie erneut, besetzten Stadt und Land, und im Salonwald hielt Moreau große Musterung. Der bejubelte Friede von Lunéville im Jahre 1801 bedeutete nur eine Zäsur im Wechsel der kriegerischen Zeitläufe. 1805, als der Krieg zwischen Österreich und Frankreich neu ausgebrochen war, kam Napoleon selbst in die Stadt und mußte hier im

Schlosse empfangen werden. Nach vielstündiger Verhandlung erzwang er Kurfürst Friedrichs Bundesgenossenschaft. An französischer Seite marschierten daher die württembergischen Truppen gegen Österreich und zum Siege bei Austerlitz. Wenige Monate später, am 1. Januar 1806, folgte die Königswürde von Napoleons Gnaden. Aber die Rühmung, Standeserhöhung und Landesvergrößerung mußten bezahlt werden – mit neuen Kriegen, mit neuen schweren Blutverlusten. Die Geschichte dieses einen Ortes ist in die Räder der Weltgeschichte geraten, Landes-Historie kreuzt sich mit den Ereignissen der Universalgeschichte.

An der Rückwand dieses Saales findet sich in herrscherlichem Ornat, majestätisch von Johann Baptist Seele gemalt, Württembergs erster König, jener König, den Napoleon den »geistvollsten Europas« genannt hat und der, wie schon erwähnt, als Prinz mit Entsetzen den Sturm auf die Bastille erlebt hat. Aber derselbe Saal erinnert auch an jenen 25. September 1819, den Tag, an dem hier die neue württembergische Verfassung, die so lange mit eben diesem König umstrittene, von seinem Sohn und Nachfolger Wilhelm I. öffentlich verkündet und der Ständeversammlung übergeben wurde. Sie sicherte jedem Bürger die Freiheit seiner Person, seines Eigentums und seines Gewissens. Ein volles Jahrhundert sollte sie Gültigkeit behalten. Es war keine republikanische, es war eine konstitutionelle Verfassung mit alt-württembergischer Tradition. Aber der Geist, der in Paris am 26. August 1789 zur Proklamation der Menschen- und Bürgerrechte geführt hatte, hat auch in ihr seine Spuren hinterlassen.

Die Schillerhöhe in Marbach und ihre Bedeutung für die Marbacher Stadtentwicklung*

Von Hermann Schick

Äußeres Kennzeichen einer mittelalterlichen Stadt ist die Stadtmauer. Sie diente dem Schutz der Bürger vor feindlichen Truppen, ebenso aber auch vor Diebsgesindel und vor wilden Tieren, die noch bis ins 18. Jh. als Gefahr angesehen werden mußten. In dem Maße aber, wie die Stadtmauern ihren Sinn verloren, weil sie einer militärischen Bedrohung nicht mehr standhalten konnten, wurden sie mehr und mehr als lästig angesehen. Das beginnende 19. Jh. war die Zeit, wo man sich allenthalben aus der Einengung durch die Stadtmauern zu befreien begann und sie, wenn nicht völlig niederlegte, doch wenigstens durchbrach und mit der Ansiedlung außerhalb der Mauern begann.

Marbach macht in dieser Hinsicht keine Ausnahme. Die ältesten Pläne und Ansichten, die überliefert sind, zeigen die Stadt noch ganz innerhalb des mittelalterlichen Mauerrings. Matthäus Merians Darstellung der Stadt von Süden, 1643, zeigt nur das Schafhaus, an dem Platz des heutigen Feuerwehrgerätehauses, außerhalb der Stadt und jenes unbekannte Gebäude östlich des Stadtkerns, das bis heute noch nicht gedeutet ist. Andreas Kieser hat Marbach 40 Jahre später von Norden wiedergegeben. Bei ihm sehen wir einige Häuser vor dem Niklastor in Richtung auf den Alten Markt; außerdem zeigt er vor dem oberen Tor östlich des Grabens einen ummauerten Garten und im Westen einige Gebäude unten am Neckar.

Der erste überlieferte Plan von Marbach ist 100 Jahre jünger. Aber auch noch auf diesem 1796 von Johann F. Haug gefertigten Plan ist Marbach weitgehend auf den Raum innerhalb der Stadtmauer beschränkt. Allerdings war damals der Niklastorturm schon abgebrochen und durch ein einfaches Tor ersetzt, von dem noch heute ein Torpfeiler erhalten ist. Das Neckartor wurde 1811/12 abgebrochen und die Pfeiler 1842 entfernt. Erst in jüngster Zeit hat der Gemeinderat durch die Namensgebung für den Brunnen am westlichen Ende der Strohgasse wieder an dieses Tor erinnert.

Wenn wir fragen, wie nach dem Verzicht auf den Schutz der Stadtmauer die bauliche Entwicklung der Stadt weiter verlaufen ist, so lohnt sich ein Vergleich mit anderen Städten. Nehmen wir etwa Bietigheim, so erinnern sich mindestens die Älteren unter uns noch daran, daß bis zum zweiten Weltkrieg der Bietigheimer Bahnhof weit außerhalb der Stadt lag. Heute ist dort ein ganz neues Stadt-

* Der folgende Aufsatz ist der etwas erweiterte und sprachlich überarbeitete Text eines Vortrags, der am 17. Mai 1985 im Rahmen der Veranstaltungen zum 150jährigen Jubiläum des Marbacher Schillervereins in Marbach gehalten wurde. Der Vortrag wurde durch Lichtbilder ergänzt, die leider für die Vervielfältigung nicht geeignet sind und deshalb weitgehend wegbleiben müssen. Die auf den mündlichen Vortrag hinweisenden Wendungen wurden beibehalten.

viertel entstanden, Industrie hat sich angesiedelt, aber auch Wohnhäuser wurden gebaut. Eine ähnliche Entwicklung ist etwa in Waiblingen zu beobachten, wo sich die Stadt nach dem Bahnbau auf den ursprünglich weit außerhalb liegenden Bahnhof zu entwickelt hat. Ähnliches gilt für Heilbronn. Ganz allgemein läßt sich sagen, daß der Eisenbahnbau um die Mitte des vorigen Jahrhunderts die Erschließung von Neubaugebieten sehr stark beeinflußt hat.

In Marbach verlief die Entwicklung anders. Die Bahnhofgegend hat nie die gleiche Anziehungskraft wie in anderen Orten ausgeübt. Das rührt einmal davon her, daß die Eisenbahn Marbach erst 1879 erreichte, es hängt aber auch damit zusammen, daß Marbach einen anderen Punkt besaß, der die Entwicklung der Stadt mindestens in ähnlich starker Weise beeinflußt hat: die Schillerhöhe.

Der Geschichte des Schillerdenkmals hat Eugen Munz eine eigene Schrift gewidmet, deren Inhalt hier wohl vorausgesetzt werden kann. Bei der Überlegung aber, weshalb der Gemeinderat wohl gerade jenes Schelmengrüble genannte Grundstück für das Schillerdenkmal bereitgestellt hat, stoßen wir in den Lebenserinnerungen der Ottilie Wildermuth auf einen Hinweis. Es heißt da: »Die herrlichsten Ausnahmen von der Alltagsregel waren aber die Schulfeste: der Maientag auf dem ›Schelmengrüble‹, einem schön gelegenen Heideplatze, der nun zur ›Schillerhöhe‹ umgewandelt ist.« Das heißt ganz eindeutig: schon vor allen Denkmalsüberlegungen war dieser Platz den Einwohnern Marbachs als Festplatz vertraut. In einem unveröffentlichten Manuskript äußert Mauz die Ansicht, daß der alte, ummauerte Festplatz, bei Haug auf seinem Plan noch zu sehen, beim Bau des Gasthauses »Krone« 1826 aufgegeben und auf jenes Gelände bei dem alten Steinbruch verlegt worden sei.

Der sogenannte Denkmalkrieg mit Stuttgart kann in unserem Zusammenhang übergangen werden. Festzuhalten bleibt, daß nach Überlassung des Platzes dieser in Eigenarbeit des Schillervereins in den Jahren 1836–40 nach den Plänen von Oberamtmann Rooschüz, dem Vater der Ottilie Wildermuth, angelegt und mit Bäumen bepflanzt wurde, die König Wilhelm I. von Württemberg aus dem botanischen Garten in Hohenheim gestiftet hatte. Es ist mir bislang nur eine Darstellung der Schillerhöhe aus jener Zeit bekannt geworden. Wir blicken von Süden gegen die Stadt und sehen im Vordergrund schön angelegte Wege, Buschwerk und verschiedene größere, aber offenbar auch neugepflanzte Bäume. Die bei den Arbeiten praktizierte Arbeitsteilung beschreibt die Wildermuth so: »ein Werk, zu dem damals jeder, auch der geringste Bürger seine Arbeit unentgeltlich gab, während die Honoratioren die fleißigen Arbeiter durch guten Wein und freundlichen Zuspruch ermutigten.«

Dennoch verschlang die Umgestaltung die angesammelten Mittel in Höhe von 600 fl fast vollständig. Es handelte sich ja schließlich zum Teil um Steinbruchgelände, woran noch heute der am Nordrand der Anlage anstehende Fels erinnert. In der Pflege der Anlagen auf der Schillerhöhe hat der Schillerverein immer seine besondere Aufgabe gesehen. Und da Pflanzen wachsen, blühen und absterben, so war man hier auch immer gefordert.

Der erste Plan, der sich bis jetzt von der Anlage auf der Schillerhöhe hat finden lassen, stammt aus der Zeit um 1873, also noch vor der Errichtung des Denkmals. Wir sehen eine reichlich dichte Wegführung und den Platz für das Denkmal, auf den man von vier Seiten zugehen konnte. Ganz zuverlässig ist der Plan allerdings nicht, denn man kann nur vermuten, wo der Pavillon stand, der 1874, weil

schadhaft, repariert werden mußte und der vor der Errichtung des Denkmals um 9 fl an Färber Glocker verkauft wurde. Schon 1872 hatte der Verein übrigens in Wasseralfingen zwei eiserne Bänke gekauft und aufgestellt. Nicht alle Mitbürger freilich hatten für die Schönheit der Anlage immer das gleiche Gefühl, und so begegnen wir durch die Jahrzehnte immer wieder Appellen, die zum Schutz der Anlage aufforderten. Den Ausschußmitgliedern des Schillervereins war ihre Schillerhöhe so teuer, daß sie im Mai 1874 »ein für alle Mal« festlegten, »daß gewöhnliche musikalische Unterhaltungen auf der Schillerhöhe nicht mehr abgehalten werden« dürften. Nur für außerordentliche Festlichkeiten sollte sie noch den Festplatz abgeben. Anlässe dafür gab es genug, und in jedem Jahr wurden irgendwelche Feste auf der Schillerhöhe gefeiert. Selbst Freilichtaufführungen von Schillers ›Räubern‹ und von ›Wilhelm Tell‹ fanden 1902 statt.

Wichtig ist der Plan von 1873 jedoch auch, weil er zeigt, was sich sonst in der Zeit seit der Entscheidung von 1835 getan hat. Da ist, ohne daß dies zunächst weitere Folgen gehabt hätte, die Stadtmauer im Zuge der heutigen Bärengasse 1847 durchbrochen worden. Die jenseits des Stadtgrabens liegenden Grundstücke waren aber in so festen Händen, daß hier eine Überbauung nicht erfolgte. Aber auch schon die Auffüllung des 12 m breiten Stadtgrabens erwies sich als schwierig genug. Es dauerte fast 30 Jahre, bis sie vollendet war. Eine Quelle mußte gefaßt und abgeleitet werden (übrigens zu dem 1872 erbauten Eichhaus), und schließlich wurde 1873 auch der kleine Teich am westlichen Ende des Stadtgrabens aufgefüllt, den wir auf dem Plan noch sehen. Im Winter 1873/74 wurde parallel zum Stadtgraben der Weg fest ausgebaut, der Vorläufer der Grabenstraße also, während im eigentlichen Graben die Anlage von Gärten erwogen wurde.

Zwischen der sogenannten oberen Vorstadt und der Schillerhöhe war bis 1873 doch schon einiges gebaut worden. Zum älteren Bestand gehörten die Gebäude am Nordrand des heutigen König-Wilhelm-Platzes, die Brauerei Rommel, später Hoß, die ein wechselvolles Schicksal erlebte, bis der heutige Kindermodenladen dort einzog. Jenseits des Kopfen-Gäßleins erfuhr das Haus Nr. 4 auch etlichen Wechsel, ehe es für viele Jahre die Firma Gottlob Hofmann beherbergte, die im 1. Weltkrieg als einzige offizielle Eierverkaufsstelle zentrale Bedeutung für unsere Stadt bekam. Es ist das heutige Haus Hofer.

Wer damals außerhalb der eigentlichen Stadtgrenze bauen wollte, brauchte eine besondere Genehmigung dafür und mußte sich strenge Auflagen gefallen lassen. Als 1832 der Zimmermeister und Stadtrat Thumm auf einem von der Stadt gekauften Platz auf dem Schafwasen bauen wollte, erhielt er vom königlichen Oberamt ganz genaue Vorschriften, an die er sich zu halten hatte. Beispielsweise mußte er seine Dunglege hinter dem Haus anlegen. Dieses Haus, die Nr. 12, das nach 1864 in den Besitz von G. Knorpp gelangte, bot 1874 auch dem ersten Marbacher Kindergarten Unterkunft, wobei besonders der Umstand hervorgehoben wurde, daß links und rechts davon Turnplätze seien. Es wurde 1964 abgebrochen, an seiner Stelle steht heute das Modehaus Klässer. Im Jahre 1834 erbaute auf der anderen Seite des heutigen Platzes der Gerichtsnotar John das heutige Haus König-Wilhelm-Platz 1, das später Stadtschultheiß Sigel bewohnte, in dem vor dem ersten Weltkrieg die Likörfabrik Strähle untergebracht war, und wo nach dem ersten Weltkrieg die erste Milchsammelstelle der Stadt eingerichtet wurde. – Diese beiden Gebäude standen also bereits, als das Schelmengrüble zur Schillerhöhe umgestaltet wurde.

Etwas später, 1844 wurde auf dem städtischen Schafwasen der Turnplatz angelegt. Er ist etwa gleichzusetzen mit dem Parkplatz, der sich heute zwischen der Haffnerstraße und der Turnhalle befindet. Zwar gab es damals noch keinen Turnverein, aber während der Amtszeit des Präzeptors Richter an der Lateinschule bemühte sich dieser sehr um das Turnen und gründete sogar 1842 in seinem Garten eine private Turnanstalt, bis eben die Stadt den städtischen Turnplatz bereitstellte.

Als erstes Haus an der Straße zur Schillerhöhe wurde im Jahre 1871 das des Rotgerbers Wilhelm Sumser erbaut, die heutige Nr. 12. Ähnlich wie 40 Jahre früher bei dem ursprünglich Thumm'schen, später Knorpp'schen Anwesen am heutigen König-Wilhelm-Platz, mußte auch hier das Oberamt die Genehmigung aussprechen, weil das Anwesen außerhalb der Ettergrenze lag. Und weil man fest mit dem Fremdenstrom zum Denkmal rechnete, so waren auch die Auflagen streng: die Stalltür mußte auf die Rückseite, das Scheunentor mußte nach innen aufgehen oder auf Rollen gesetzt werden, ein Brunnen war nicht erlaubt, und Geflügel durfte nicht frei herumlaufen, alles wegen des Ansehens der Straße. Schon etwas früher hatte auf dem Schafwasen der Maurer Jakob Vogel ein Anwesen erstellt, das er offenbar zu verkaufen gedachte und das dann später der ehemalige Neckarmüller Lauer erwarb. Dessen Sohn baute 1912 eine Backstube ein, es ist die heutige Bäckerei Keim mit dem Café zur Schillerhöhe. In der ersten Hälfte der siebziger Jahre entstanden zwischen Turnplatz und Schafhaus noch eine ganze Reihe von Häusern, die Südseite der heutigen Steinerstraße. Dabei war der Gemeinderat sehr darauf bedacht, daß diese Häuser auch von der Rückseite einen ordentlichen Eindruck machten, weil man diese vom Weg zur Schillerhöhe einsehen konnte. Schweineställe oder Werkstattschuppen hinter den Häusern wurden nicht geduldet.

Von noch größerer Bedeutung für die Stadtentwicklung war jedoch ein anderer Bau, der mit einer ganz wesentlichen Veränderung in der unteren Marktstraße bzw. der Neckargasse, wie die heutige Ludwigsburger Straße hieß, zusammenhängt. Auf einer Sitzungsunterlage haben wir eine Lageskizze, die zeigt, daß sich damals zwischen dem heutigen Haus Markstr. 51 und dem Gebäude Ludwigsburger Str. 2 noch eine ganze Häuserzeile befand, sodaß der Hausabstand an der engsten Stelle nicht einmal ganze vier Meter betrug. Als nun die Straße nach Ludwigsburg außerhalb der Stadtgrenze eine neue Führung erhalten sollte, ging man auch an eine innerstädtische Verkehrsverbesserung und wollte die ganze Zeile abreißen. Als Folge davon verlegte der Ökonom Karl Theurer, der zu den reichen Grundbesitzern der Stadt zählte, sein gesamtes Anwesen an den Platz, wo die Straße nach Poppenweiler von der zur Schillerhöhe abzweigt, und gewann so Raum für seine Bedürfnisse. Wir können in dem Anwesen am König-Wilhelm-Platz einen der ersten, wenn nicht gar den ersten Aussiedlerhof in Marbach sehen. Das Baugesuch wurde 1873 eingereicht, auch hier gab es strenge Auflagen. Theurer zählte zu den städtischen Zuchttierhaltern, und er mußte dafür sorgen, daß das sogenannte Springlokal nicht von der Straße her einsehbar war.

Die Aussicht, das lang erhoffte Denkmal nun endlich zu erhalten, mag der Grund dafür gewesen sein, daß im Jahre 1875 gleich drei Häuser an der Straße zur Schillerhöhe errichtet wurden, nämlich neben dem Turnplatz das von Kohlenhändler Louis Müller, etwas weiter außen die heutige Nr. 10, erbaut von Zimmermann Barthruff, und noch weiter außen Nr. 22, erbaut von dem Maler Ernst

Anlage vor dem Anwesen Theurer Schillerhöhestraße, abgeräumt 1912

Gaska. Ihm hat der Bau allerdings kein Glück gebracht, vielleicht hat er sich dabei auch übernommen. Keine fünf Jahre später, im Jahre 1880 mußte das Haus zwangsversteigert werden, wobei sich die gemeinderätliche Schätzung für Haus und zwei Gärten auf 8000 Mark belief. Doch auch die späteren Besitzer haben glücklos gewirtschaftet. Zwei Mechaniker machten nacheinander Konkurs, aus dieser Zeit stammt das Gebäude 22a, in dem dann von etwa 1900 bis 1930 verschiedene Unternehmer eine Schuhfabrik betrieben. Seitdem wird es als Wohnhaus genutzt.

Am 9. Mai 1876 wurde bekanntlich das Denkmal enthüllt und stand nun auf dem Platz, an dem man 17 Jahre zuvor den Grundstein gelegt hatte. Es war größer und schöner geworden, als die Väter des Marbacher Schillervereins je zu hoffen gewagt hatten. Kein Wunder, daß es in den nächsten Jahren ein beliebtes Ausflugsziel wurde, und dies besonders, nachdem Marbach 1879 Bahnstation geworden war. Den vielen Fremden, die jetzt nach Marbach kamen, wollte man sich natürlich von der besten Seite zeigen. Unter diesem Gesichtspunkt ist etwa der Leserbrief zu verstehen, in dem knapp vierzehn Tage vor der Denkmalsenthüllung darüber Klage geführt wurde, daß die jungen Kastanienbäume auf dem Turnplatz zum Spannen von Waschseilen mißbraucht würden, was die Ortspolizei verhindern müßte. Immer wieder befaßte sich der Ausschuß des Schillervereins in den folgenden Jahren mit der Schillerhöhe. Im Jahre 1878 hielt man es für nötig, für die Schillerhöhe einen eigenen Aufseher anzustellen, der an Sonn-, Fest- und Feiertagen und auf Verlangen des Vereins den ganzen Tag anwesend sein mußte und dafür jährlich 50 Mark erhielt und eine Dienstmütze. Aber auch er konnte Verwüstungen auf der Schillerhöhe nicht völlig verhindern. So schnitten 1890 Unbekannte an 15 Rottannen und einer Schwarztanne die Gipfel ab, so-

Schillerdenkmal 1876

Schillerdenkmal 1976

daß die Staatsanwaltschaft eingeschaltet wurde und der Schillerverein für die Ergreifung der Täter eine Belohnung von 15 Mark aussetzte. Von einem Erfolg ist nichts bekannt. Auch aus den Jahren 1904 und 1908 sind ähnliche Klagen bekannt, ein Trost für alle diejenigen, die mit unserer Gegenwart nicht zufrieden sind.

Von Zeit zu Zeit wurden gärtnerische Maßnahmen notwendig, aber auch andere Umgestaltungen wurden ins Auge gefaßt. Im Sommer 1885 heißt es im Protokoll: »Der Vorsitzende bringt zur Sprache, ob nicht, um beim Anschauen der Vorderseite des Denkmals etwas weiter vom Denkmal wegtreten zu können, ein halbrunder Ausschnitt des vor dem Denkmal liegenden Anlagenteils weggenommen werden sollte«. Damit deutlich wurde, was gemeint ist, malte Stadtschultheiß Haffner gleich eine Skizze ins Protokollbuch; der Antrag wurde angenommen. In der gleichen Sitzung regte er an, am Eingang, wo eben einige Pappeln abgestorben waren, einen eisernen Torbogen zu errichten, den man mit Schlingpflanzen bewachsen lassen könne. Vom Nutzen dieser Maßnahme war der Ausschuß nicht so schnell überzeugt, erst zwei Jahre später wurde der Plan etwas verändert ausgeführt. Aus dem Jahr 1905 sind einige Aufnahmen erhalten, auf denen dieser Torbogen zu sehen ist.

Die erste Veränderung am Denkmal selbst erfolgte 1903 im Zusammenhang mit dem Bau des Museums. Die Vasen auf den Eckpfeilern der Umzäunung wurden samt den darin befindlichen Metallpflanzen als unschön empfunden und deshalb entfernt. Sie wurden zum Verkauf ausgeboten, dann aber um 10 Mark dem Bärenwirt Pfund überlassen, nachdem ein Versuch »sie um einen höheren Preis zu verwerten, mißlungen« war, wie das Protokollbuch bedauernd vermerkt.

Ev. Gemeindehaus und Kleinkinderpflege. Rekonstruktion des Baubestands von 1879 durch Architekt H. Keim, Marbach

Was hat sich nun sonst in der Zeit zwischen Denkmalsenthüllung und Museumsbau, also im letzten Viertel des vorigen Jahrhunderts in dem Gebiet zwischen Stadtmauer und Schillerhöhe getan? Die erste öffentliche Einrichtung neben dem Turnplatz war, wie schon gesagt, seit 1874 die sogenannte Kleinkinderschule, die im Knorpp'schen Anwesen zur Miete war und für die auf dem städtischen Schafwasen westlich davon ein Spielplatz hergerichtet worden war. Von Anfang an war der Trägerverein bestrebt gewesen, ein eigenes Haus zu finden, die Stadt stellte den bisherigen Spielplatz zur Verfügung, und hier wurde 1879 der erste Marbacher Kindergarten gebaut, der dann 1907 erweitert wurde und dabei die Form erhielt, die das evangelische Gemeindehaus in der Steinerstraße heute noch hat.

Zu Beginn der 90er Jahre wurde in Marbach ein Verschönerungsverein gegründet, an den noch heute die Baumpflanzungen in der Güntterstraße und in der Schillerstraße erinnern. Dieser Verein wollte auch den Weg zur Schillerhöhe verschönern und tat dies durch eine kleine Anlage auf dem städtischen Platz an der Abzweigung der Straße nach Poppenweiler. Sie macht sich gut auf dem Bebauungsplan, diese kleine Anlage, aber auch sie wurde demoliert, Blumen und Sträucher wurden abgerissen, der Springbrunnen verstopft. Daher mußte die Tür verschlossen werden, und wer sich darin ergehen wollte, holte sich den Schlüssel im Haus des Herrn Theurer, wo er vorn im Flur links hing, wie die Zeitung berichtete. Um die gleiche Zeit, 1908 wurde übrigens auch wieder über Wäsche geklagt, die gegenüber auf dem Turnplatz zum Trocknen aufgehängt wurde. Im Jahre 1912 mußte die Anlage beim Schulhausneubau weichen, und der Verschönerungsverein bot 90 m eisernen Zaun zum Verkauf an.

In ganz anderer Weise wurde die Schillerhöhe um die Mitte der 90er Jahre für

die Stadt wichtig. Schon lange gab es Schwierigkeiten mit der Wasserversorgung, denen man durch den Bau einer Wasserleitung beikommen wollte. Das höchstgelegene Haus war das des Bauunternehmers Gräber bei der Schillerhöhe, das 1882 erbaut worden war (frühere Haffnerstr. 25). Es lag einen Meter höher als die untere Quelle in den Neunbrunnen, und so konnte mit natürlichem Gefälle dieses Haus nicht erreicht werden. Daher führte man das Wasser der unteren Quellen in den Wasserbehälter Ecke Poppenweiler- und Kernerstraße; und für die höher gelegenen Gebäude führte man das Wasser der oberen Neunbrunnenquelle in gesonderter Leitung zu einem zweiten Behälter hinter der Schillerhöhe, wo man mit einem Wasserhöchststand von 258 m das gewünschte Gefälle erhielt.

Die Wasserleitung war für die Zeitgenossen 1895 vermutlich mindestens ebenso wichtig - wenn nicht noch wichtiger – als die Entscheidung des Königs für ein Schillermuseum in Marbach und für die Gründung des Schwäbischen Schillervereins, mit dem das Unternehmen auf eine breite Grundlage gestellt werden sollte. Die damit verbundenen Bemühungen, besonders die von Stadtschultheiß Haffner, sind hier in Marbach genügend bekannt und wurden von Dierk Möller in seiner Schrift über die Entstehung des Schillermuseums ausführlich dargestellt. In unserem Zusammenhang ist von besonderem Interesse, daß dem König am 24. November 1896 drei mögliche Bauplätze gezeigt wurden. Und erst wenn wir uns vergegenwärtigen, welches die Alternativen waren (Haffner hatte für alle in Frage kommenden Grundstücke Vorverträge abgeschlossen), erst dann wird deutlich, welch glückliche Hand der Schwäbische Schillerverein bei seiner damaligen Entscheidung hatte. Neben dem jetzigen Standort wurde in Betracht gezogen das Gelände südlich des Hauses König-Wilhelm-Platz 1, wo heute die Volksbank steht (die inzwischen abgebrochene Villa Ernst wurde erst 1907 erbaut). Eine weitere Möglichkeit ergab sich durch ein Angebot des Verwaltungsaktuars Pfund, der im Haus Marktstr. 53 (heutiges Haus Munz/Keim) wohnte, wobei die Gebäude rechts und links hätten einbezogen werden sollen. Das Museum wäre so zum westlichen Gegenstück des Torturms geworden. Schließlich wurde auch noch um ein Gelände auf der Ostseite der heutigen Haffnerstraße verhandelt, etwa dort wo heute die Gebäude Nr. 11–15 stehen, aber hier wollte der Besitzer Theurer zunächst keinen Preis nennen, weshalb der Plan dann nicht weiter verfolgt wurde. Man entschied sich schließlich für den Platz westlich der Schillerhöhe, eine Entscheidung, die auch heute als die bestmögliche angesehen werden muß. Und dieser Platz war dann auch noch der billigste. Im Ausschuß des Marbacher Schillervereins gab es allerdings auch Stimmen, die sich für ein Museum innerhalb der alten Stadt aussprachen. In ähnlicher Weise ist interessant, daß nach dem Architekten-Wettbewerb die Entscheidung des Preisgerichts keineswegs nur auf Zustimmung stieß. Das Stuttgarter Neue Tagblatt ließ als Architekturkritiker den pensionierten Oberbaurat von Bock zu Worte kommen, und der Postillon druckte seine Kritik nach. Darin heißt es unter anderem: »Eine Gedenkhalle, ein Museum für diesen Mann, der in idealster, reinster Form seine unsterblichen Werke geschaffen hat, soll in der Hofarchitektur einer Zeit, der er nach seinem ganzen Denken, Tun und Treiben gar nicht angehörte, ausgeführt werden? Schiller steht vor uns da als ein unerreichbares, fast göttergleiches Wesen in menschlicher Gestalt, wie sich die alten Griechen ihre Götter dachten und darstellten; eine Gedenkstätte für ihn kann daher nur in den reinsten, edelsten Formen des griechischen Stils zum Ausdruck gebracht werden.« Dementsprechend

weist der Verfasser dann auf andere eingereichte Entwürfe, die er in ihrem klassizistischen Stil dem Werke Schillers viel eher für angemessen erachtet. Die andere große Stuttgarter Zeitung, der Schwäbische Merkur, zeigt Verständnis für die Anknüpfung an die Zeit Herzog Karl Eugens auch in der Architektur, stellt aber am Schluß resigniert fest, daß »uns beim Überblicken des Gesamtergebnisses dieses Wettbewerbs auch aufs Neue die Erkenntnis belastet, daß unsere Zeit noch über keinen aus ihr geborenen Ausdruck in der Architektur verfügt«.

Durch den Bau wurde die Schillerhöhenanlage im Westen beschnitten, das Gelände wurde abgegraben, zum Teil planiert und zu dem Denkmal, das bisher in

Schillermuseum, Zeichnung des Büro Eisenlohr und Weigle 1900

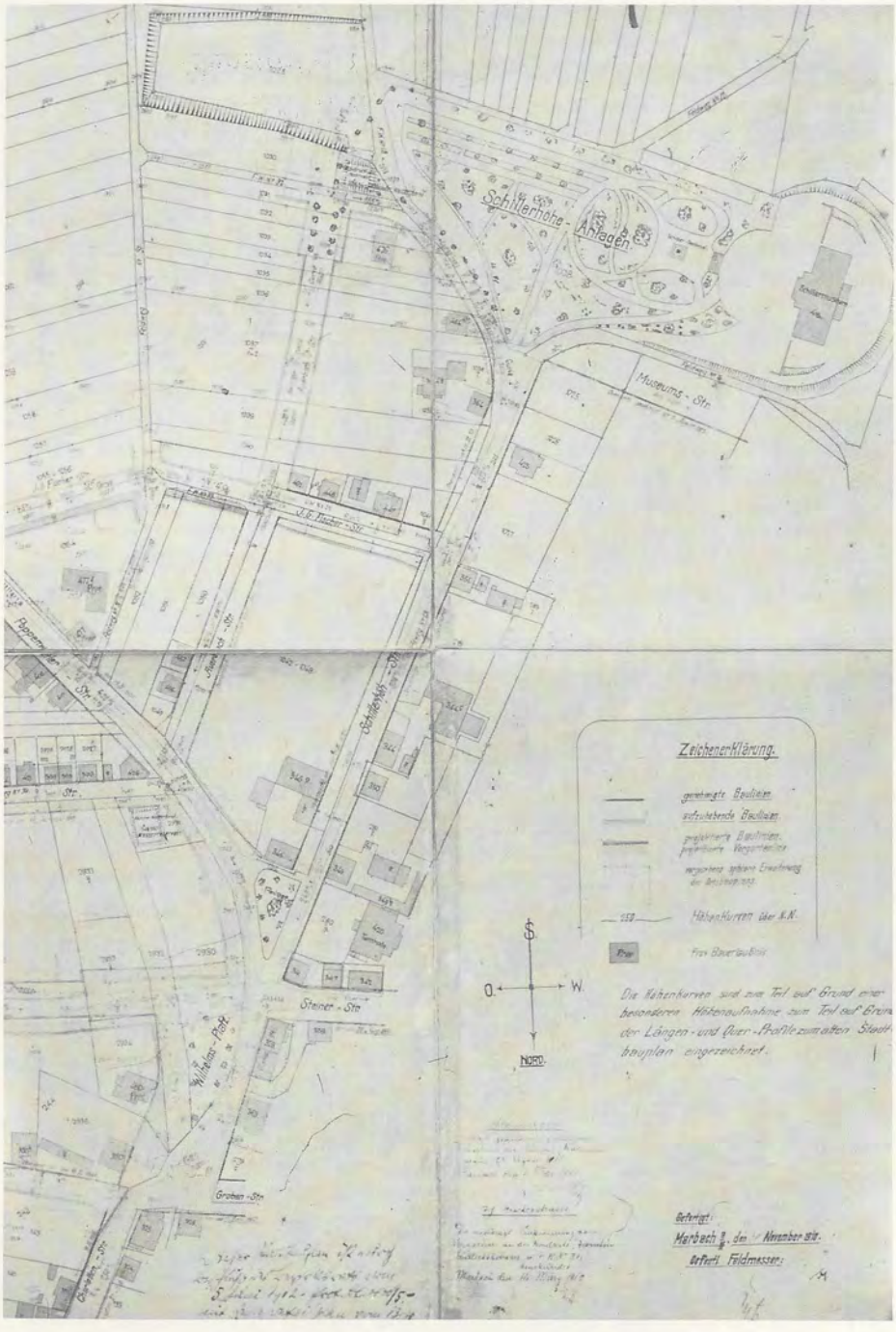
der Mitte eines Rondells gestanden hatte, führte jetzt von Westen eine Art von Freitreppe herauf. Der Museumsbau war eben fertig, als Stadtschultheiß Haffner am 3. Juni 1903 starb. Eine eigentliche Einweihung fand nicht statt, als solche wurde vielmehr der offizielle Besuch des Königspaares im November angesehen. Viel Prominenz kam dazu aus dem ganzen Land, und in Marbach gab es allerlei Unmut, als klar wurde, wer zu der Feier zugelassen sei und wer nicht. Der Ärger schlug sich nieder im Protokollbuch des Schillervereins, und in einer Einsendung im Postillon wurde Klage darüber geführt, daß gewisse Beamte mit Damen eingeladen seien, während von Marbach nicht einmal alle gewählten Vertreter der Bürgerschaft zu dieser Ehre kämen. Ein zweiter Leserbrief, ungezeichnet wie der erste, wies die Vorwürfe zurück, ohne sie eigentlich entkräften zu können.

Während bei der Schillerhöhe der Museumsbau seiner Vollendung entgegen ging, faßten die bürgerlichen Kollegien, bestehend aus Gemeinderat und Bürgerausschuß, den Entschluß, nun auch mit dem Bau einer Turnhalle ernst zu ma-

chen. Seit seiner Gründung 1861 hatte der Turnverein auf dieses Ziel hingearbeitet, denn das winterliche Turnen in Schulzimmern oder Wirtshausnebenzimmern war nicht schön. Jetzt endlich waren die Bemühungen von Erfolg gekrönt. Ein Mehrzweckbau sollte erstellt werden, der auch für gewerbliche und landwirtschaftliche Ausstellungen sowie für Aufführungen verwendet werden könnte. Der vorgesehene Platz hinter dem Turnplatz fand aber nicht allgemeine Zustimmung, weil er zu abgelegen schien, besonders im Hinblick auf auswärtige Besucher. Der Vorschlag, die Halle in Bahnhofsnähe zu errichten, erhielt jedoch keine Mehrheit, man blieb bei dem ursprünglich vorgesehenen Platz und ließ durch Oberamtsbaumeister Schwammberger einen Plan entwerfen, dessen Ausführung Kosten in Höhe von 30000 Mark erforderte. Der Bau ging zügig voran, und am 1. Juni 1904 wurde die Halle eingeweiht. Die Feier richteten Stadt und Turnverein, der zum Bau 2000 M beigesteuert hatte, gemeinsam aus, ein Verfahren, das in der Zukunft noch mancherlei Verdruß bringen sollte. Aber noch auf Jahre hinaus wurde die Turnhalle nach allgemeinem Gefühl als so sehr außerhalb der eigentlichen Stadt empfunden, daß der Turnverein bei turnerischen Veranstaltungen sich zunächst beim Gasthaus »Bären« sammelte und von dort geschlossen zur Turnhalle marschierte.

Marbach hatte jetzt eine wichtige Entwicklungsachse, die von der Kronenkreuzung über den Wilhelmsplatz zur Schillerhöhe reichte. Die öffentlichen Bauten hatten auch die private Bautätigkeit angeregt, es entstanden die ersten Gebäude an der Kernerstraße, an der Poppenweiler Straße und an der Auerbachstraße. Auch der bisher nur auf dem Plan in seiner Anlage erkennbare Wilhelmsplatz nahm feste Gestalt an. Nördlich des ursprünglichen Thumm'schen Hauses hatte schon in den 90er Jahren Johann Friedrich Pfizenmaier ein landwirtschaftliches Anwesen errichtet. 1907 erbaute auf der Ostseite der Lederfabrikant Ernst seine Villa, die den Platz nach Osten abschloß und die erst vor wenigen Jahren dem Neubau der Volksbank weichen mußte. Ernsts Geschäftspartner Meißner hatte kurz zuvor sein Wohnhaus bei der Schillerhöhe erstellt, heute Haffnerstr. 28. Auch auf dem eigentlichen Schafwasen gab es kurz nach der Jahrhundertwende wesentliche Veränderungen. Anfang 1903 war der letzte Stadtschäfer, Christian Härdtner, gestorben. Wieder einmal gab es unter den Landwirten eine heftige Auseinandersetzung um die Fortführung der Schäferei, die für die Stadtkasse eine wesentliche Einnahmequelle war. Zwar wurde das Weiderecht noch einmal ausgeschrieben, aber der alte Schafstall wurde 1904 abgebrochen, das Gelände wurde verkauft, ein bäuerliches Anwesen wurde gebaut und die Scheune genau an die Stelle des alten Schafhauses gesetzt. 60 Jahre später kaufte die Stadt die Scheune, und heute steht an ihrem Platz das Feuerwehrgerätehaus.

Ein Vierteljahrhundert nach dem Bau des Schulhauses in der Unteren Holdergasse waren die Verhältnisse dort so schlimm geworden, daß die Schulbehörde auf Klassenteilungen drängte, da mehrere Klassen die gesetzliche Normzahl von 60 Kindern weit überschritten hatten. Mit dem Inkrafttreten des neuen Volksschulgesetzes im Jahre 1910 wurde ein Neubau unabweislich. Wie schon bei der Turnhalle gab es eine lebhafte Auseinandersetzung um den Standort. Eines der vorgebrachten Argumente war, daß die Schule nicht zu weit von den Wohnungen des Großteils der Bevölkerung entfernt sein dürfe. Dieser Großteil der Bürgerschaft seien aber Landwirte, deren Kinder nach beendeter Schulstunde den Eltern an die Hand gingen und mit Schmerzen erwartet würden. Das hieß, der Schulweg



Bebauung entlang der Schillerhöhenstraße 1910

sollte nicht zu lang sein, die Kinder sollten schnell nach Hause kommen können, um dann daheim und auf dem Feld zu helfen. Wenn man schon keine stadtnahen Gärten billig erwerben könne, dann sei es doch besser, zwei bis drei alte Wohnhäuser innerhalb des alten Mauerrings auf den Abbruch zu kaufen und dort zu bauen. Aber solche Argumente verfingen bei den zuständigen Gremien nicht, und das Gelände am Wilhelmsplatz wurde gekauft. Aus einem Wettbewerb ging der Stuttgarter Architekt Fritz Müller als Sieger hervor, der früher schon das Krankenhaus gebaut hatte, und der nach dem ersten Weltkrieg auch die Pläne für das Amtskörperschaftsgebäude (vergleichbar dem Kreishaus) in der Hauffstraße, die heutige Stadtbücherei, lieferte. Offenbar hatten nicht alle Anlieger vor Baubeginn die Pläne genau studiert, denn während des Bauens kam es im Gemeinderat zu so heftigen Auseinandersetzungen, daß der Stadtvorstand von »unverzeihlichen Auslassungen« sprach, die »mit einer anständigen Kritik nichts mehr zu tun« hätten. Der Bau war aber schon zu weit fortgeschritten, als daß Änderungen noch möglich gewesen wären. Am 17. Juni 1913 wurde das neue Haus feierlich eingeweiht, und das Lokalblatt brachte aus diesem Anlaß zum zweiten Mal in seiner Geschichte die Reproduktion einer Fotografie. Gleichzeitig wurde auch der von Kommerzienrat Franck in Ludwigsburg gestiftete Brunnen übergeben, der vor 15 Jahren dem Verkehr weichen mußte.

Die öffentlichen Bauten am Wilhelmsplatz zeugten von dem klaren Willen der Bürgerschaft, die durch die Anlage der Schillerhöhe geschaffene Entwicklungsachse als richtungsweisend für die Stadtentwicklung zu betrachten. Nur durch Zufall kam in die gleiche Gegend, allerdings weit außerhalb jeder Bebauung, ein anderer Bau, der vom zähen Beharrungsvermögen und dem Durchsetzungswillen eines großen Teiles der Einwohnerschaft zeugte, die Spielplatzhalle an der Straße nach Poppenweiler. Die betont nationale Ausrichtung der Turnbewegung hatte auch in Marbach dazu geführt, daß 1910 ein eigener Arbeiterturnverein gegründet wurde. Diesem Verein verweigerte der Gemeinderat in den folgenden Jahren fünfmal die Benützung der städtischen Turnhalle für Übungsstunden, weil ihm parteipolitische Tendenzen vorgeworfen wurden. Die Marbacher Arbeiter ließen sich jedoch nicht unterkriegen; die Turner schlossen sich zusammen mit den Arbeitersängern des Männergesangvereins, ein neuer Verein wurde gegründet, dessen Aufgabe Erwerb und Unterhalt eines Spielplatzes sein sollte und der Bau einer Halle. Mit unglaublicher Zähigkeit wurde das Ziel verfolgt, in der ersten Jahreshälfte 1914 wurde der Bau erstellt und am 21. Juni 1914 eingeweiht. Wie schlecht das Verhältnis unter den Marbacher Vereinen damals war, ergibt sich aus dem Umstand, daß, während der Spielplatzverein mit Festzug und Ansprachen die Einweihung feierte, der Liederkranz einen Ausflug auf den Rotenberg machte, und der Turnverein an einem Wettkampf in Münster bei Stuttgart teilnahm. Acht Tage nach der Einweihung der Spielplatzhalle fielen die Schüsse in Sarajewo, die den ersten Weltkrieg auslösten.

Nach beiden Weltkriegen war die Zeit der schlimmsten Not nicht die eigentliche Kriegszeit, sondern die Jahre danach. Erst nach der Überwindung der großen Inflation 1923 lebte auch die Bautätigkeit wieder auf. Zwischen 1923 und 1926 wurde an der Grabenstraße entlang der Stadtmauer gebaut. Lange fehlte für das Gebiet südlich davon, also für Krähberg und Bangert ein einheitlicher Bebauungsplan, und bei manchen Gebäuden mußte im Lauf der Zeit nicht nur die Hausnummer geändert werden, sondern auch die Straßenzugehörigkeit. In den

späten 20er und in den 30er Jahren entstanden von der Schafgartenstraße im Osten bis zur Ludwigsburger Straße im Westen vereinzelte Wohnhäuser, aber erst nach dem zweiten Weltkrieg erfolgte hier eine grundlegende Ordnung der Bebauung.

Eine Zeitlang sah es allerdings so aus, als ob die Entwicklung in diesem Bereich ganz anders verlaufen würde. Im November 1926 tauchte der Plan auf, in Marbach ein »Schillerheim deutscher Katholiken« zu bauen. Es sollte ein »Erholungs- und Studienheim für katholische deutsche Studierende, Schriftsteller, Redakteure und Gelehrte« werden, es sollte »der bedürftigen katholischen Diasporagemeinde in Marbach die heißersehnte Kapelle und Seelsorgestation« bringen, und es sollte »einen Saal zur Veranstaltung von Vorträgen und Kursen« enthalten. Hauptinitiator war der zur katholischen Kirche übergetretene Sohn eines früheren Marbacher Dekans, Dr. Otto Färber, ein Journalist. Der Plan wurde von einer ganzen Reihe wichtiger Persönlichkeiten unterstützt, an ihrer Spitze der damalige Weihbischof und spätere Bischof von Rottenburg, Dr. Sproll. Das Vorhaben rief in Marbach eine heftige Auseinandersetzung in der Zeitung hervor. Gleichzeitig wurde bekannt, daß der Trägerverein bereits im Bangert einen Platz gekauft habe. Als im folgenden Sommer der Verein von einem ausgewanderten Marbacher weiteres Gelände kaufen wollte, wurde diese Absicht von Fabrikant Meißner, einem entschiedenen Gegner des Plans, durchkreuzt. Dennoch wurde das Projekt weiter verfolgt, im Dezember 1927 wurde sogar eine Skizze des geplanten Baus veröffentlicht. Dann aber scheint die Sache ins Stocken geraten zu sein, vielleicht weil der Platz für den nach der Skizze doch recht aufwendigen Bau nicht groß genug war. Auf jeden Fall kaufte 1928 das Bistum den Platz von dem Verein, um hier eine Kirche zu bauen, die dem Heiligen Franz von Sales, dem Patron der Schriftsteller und Journalisten geweiht sein sollte. Aber auch daraus wurde nichts, und der Platz wurde schließlich 1936 an Kaufmann Bäurle verkauft, der darauf das heutige Haus Steinerstr. 10 erbaute.

Schon vor dem 1. Weltkrieg wurde in Marbach über Wohnungsnot geklagt, nach Kriegsende verschärfte sich die Situation, die Gründung einer Wohnbaugenossenschaft wurde erwogen. Aber erst gegen Ende der zwanziger Jahre baute der Bau- und Sparverein Kornwestheim entlang der Auerbachstraße eine Reihe von Mehrfamilienhäusern im ehemals Theurer'schen Garten, durch den dann auch eine nach dem Dichter Hermann Kurz benannte Erschließungsstraße zur Schillerhöhestraße gelegt wurde. Letztere wurde zum 25. Todestag des verdienstvollen Stadtschultheißen am 3. Juni 1928 in Haffnerstraße umbenannt. Im folgenden Jahr gelang es dem Turnverein, in dem von ihm gekauften Garten hinter der Schillerhöhe endlich das Turnerheim neben dem Wasserhochbehälter zu erstellen, und an der Poppenweilerstraße erweiterte der Spielplatzverein die Spielplatzhalle, um so Raum für eine Theaterbühne zu gewinnen.

In der langen Diskussion um den Standort eines Denkmals für die Gefallenen des ersten Weltkriegs während der zwanziger Jahre wurde zu verschiedenen Malen auch die Schillerhöhe genannt. Doch daraus wurde bekanntlich nichts.

Die Doppelfunktion als Ausstellungsplatz und Sammelstätte ließ im Schillermuseum schon früh einen Mangel an Raum spürbar werden. Noch während des Krieges wurde ein Fonds für Baumaßnahmen angelegt, aber die Inflation des Jahres 1923 ließ die angesammelten Gelder schmelzen wie Schnee in der Sonne. Um seine gesamtdeutsche Bedeutung herauszustellen, wurde das Museum 1922 in

Schiller-Nationalmuseum umbenannt. Erst im Jahre 1934 konnte der Bau erweitert werden, indem man die beiden Seitenflügel auf die doppelte Länge ausdehnte. Die Bauarbeiten dauerten von April bis Oktober und wurden unter der Leitung von Stadtbaumeister Keim so geschickt durchgeführt, daß das Museum nicht einen Tag geschlossen zu werden brauchte.

Damit sind wir aber schon in der Zeit des dritten Reiches. Die Schillerhöhe selber wurde von den Nazis zu mancherlei Veranstaltungen ge- oder vielmehr mißbraucht, wobei sie ihren ausgeprägten Sinn für propagandistische Wirkungen bewiesen. Zu nennen sind etwa die groß aufgezogenen Veranstaltungen zu Schillers 175. Geburtstag im Jahre 1934 und der Feldgottesdienst der Deutschen Christen mit Reichsbischof Müller anläßlich ihrer Gautagung 1935. Auch die Sonntagsgottesdienste der Ortsgemeinde der Deutschen Christen fanden 1935 aus Mangel an einem geeigneten Raum zunächst auf der Schillerhöhe statt.

Es steht außer Frage, daß die Marbacher Arbeiterschaft unter der nationalsozialistischen Diktatur am meisten zu leiden hatte, denn ihr wurde die Spielplatzhalle weggenommen, die sie sich unter großen Mühen mit zäher Beharrlichkeit selbst errichtet hatte. Noch vor dem Ermächtigungsgesetz wurde die Halle von der Polizei geschlossen und zum SA-Heim umfunktioniert. Die SA war jedoch offenbar nicht in der Lage, als ordentlicher Besitzer die Halle zu übernehmen. Schon im Februar 1934 bot sie der Liquidator der Stadt an. Aber der inzwischen mit lauter Regime-Anhängern besetzte Gemeinderat zeigte nicht viel Interesse; mehr als 12000 RM war er nicht bereit auszugeben. Die Verhandlungen zogen sich hin, im Dezember 1935 wurde schließlich eine Übereinkunft erreicht, die Stadt übernahm die Spielplatzhalle (einschließlich der Schulden) um 23460 RM. Genutzt wurde sie weiterhin für Parteiveranstaltungen, für Theateraufführungen, auch etwa für die Gautagungen der Deutschen Christen 1935 und 1936. Schon 1936 ist auch von einer Volksschulklasse die Rede, die dort untergebracht werden sollte und die dann 1939 wieder in das Volksschulgebäude am König-Wilhelm-Platz zurückverlegt wurde, als der Bühnenraum für den NSV-Kindergarten gebraucht wurde. Zu den Ungereimtheiten des Naziregimes gehörte es übrigens auch, daß noch im ersten Kriegsjahr Entschädigungszahlungen für Gläubiger des Spielplatzvereins geleistet wurden, die allerdings wenig mehr als ein Drittel der Schuldsumme betrugen.

Schon lange hatte man in Marbach das Fehlen eines wettkampfgerechten Sportplatzes als schweren Mangel empfunden. Weder der Platz des Turnvereins noch der Platz bei der Spielplatzhalle erlaubten regelmäßige Wettspiele. Die Nazis wollten das ändern, aber leicht ging das nicht. Zwar konnte man sich schon 1937 auf einen Plan von Stadtbaumeister Keim einigen, der eine Anlage vorsah, wie sie heute mit dem Hermann-Mayer-Sportplatz etwa erreicht ist, wobei aber eine Verbindung mit dem kleinen (= TV) Sportplatz vorgesehen war und die Spielplatzhalle zum Hitlerjugendheim ausgebaut werden sollte. Zunächst gab es jedoch Schwierigkeiten mit den Grundstücksbesitzern, und erst als im Herbst 1938 ein neuer Nazi-Ortsgruppenleiter kam, erreichte dieser mit heftigem Druck (nach dem Krieg war sogar von Drohungen und Erpressung die Rede), daß der notwendige Grund und Boden erworben werden konnte. Damit waren aber die finanziellen Mittel der Stadt, die eben beim Lohmühlesee (an der Bottwartalstraße) eine erste Kläranlage gebaut hatte, erschöpft. Nur durch freiwilligen Arbeitsdienst aller Sportler und Mitglieder der Parteiorganisationen sei der Bau möglich,

sagte Bürgermeister Kopf im März 1939. Im April begannen die Erdarbeiten, aber bald ist von mangelnder Einsatzbereitschaft die Rede, und mit Kriegsbeginn wurden die Arbeiten eingestellt. Im Frühjahr 1940 wurde das ganze Sportplatzgelände in Kleingärten aufgeteilt und verpachtet.

Auch sonst brachte der Kriegsausbruch 1939 einschneidende Veränderungen. Das Schiller-Nationalmuseum wurde geschlossen, die wertvollsten Stücke wurden an einen als sicher geltenden Platz innerhalb des Museums verbracht. Die zunehmenden Luftangriffe ließen es aber dann doch geraten erscheinen, ab dem Spätjahr 1942 das gesamte Inventar in 66 großen Kisten nach Kochendorf in das dortige Salzbergwerk zu verbringen. In dem leeren Haus fanden verschiedene Stuttgarter Behörden und Einrichtungen Unterschlupf. Zum Glück erlitt der Bau bei Kriegsende keine schwerwiegenden Beschädigungen. Die Spielplatzhalle wurde im Herbst 1939 für polnische Kriegsgefangene geräumt, die bei der Zukkerrübenernte eingesetzt werden sollten. Im folgenden Sommer kamen französische Gefangene dazu. Mitten im Krieg entwickelte Bürgermeister Kopf in einer Sitzung am 30. Dezember 1942 seine Vorstellungen von den Aufgaben, die nach dem Kriege angegangen werden müßten. Darunter nannte er den Ausbau der Sportplatzanlage, die Erweiterung des Volksschulgebäudes und die Errichtung einer Festhalle auf dem Theurer'schen Anwesen, also entlang der Haffnerstraße. Es ist dies das erste Mal, daß der Gedanke an eine solche Halle in Erscheinung tritt.

Die Schillerhöhe hat den Krieg ohne größere Schäden überstanden. Im Frühjahr 1947 konnte der neue Museumsdirektor Dr. Erwin Ackerknecht, die Schätze des Museums aus dem Bergwerk zurückholen und im September der Öffentlichkeit wieder zugänglich machen. Ansonsten mußte in der allgemeinen Notlage nach Kriegsende jedermann aufs Überleben bedacht sein. Trotz der immer drükkender werdenden Wohnungsnot wegen der aus dem Osten einströmenden Heimatvertriebenen fehlten zunächst alle Voraussetzungen zum Bauen. Aber von Anfang an war klar, das am Spielplatzverein begangene Unrecht mußte wieder gutgemacht werden. Die Halle unterstand vorerst einem Treuhänder und wurde vor allem für Kino-Vorführungen und ähnliche Veranstaltungen genutzt. Die Gartenstücke auf dem Sportplatz wurden 1945 neu verpachtet, wobei alte Vereinsmitglieder bevorzugt und ehemalige Parteigenossen ausgeschlossen wurden. Dieses Pachtland erstreckte sich aber nicht nur auf jenes Grundstück, das 1933 im Besitz des Spielplatzvereins gewesen war. Die Stadt hatte ja 1938 noch Gelände dazugekauft, das ihr nun gehörte und das sie nicht wieder aus den Händen geben wollte, zumal eine Aufteilung nicht im Interesse des Sports gewesen wäre. Anderes kam hinzu. Zunächst durften 1945 die alten Sportvereine nicht einfach weitermachen. Auch hatte sich der Gedanke an die Einheit der Sportbewegung weithin durchgesetzt. Vor allem gab es keine aktiven Sportler, durch die die einstigen Arbeitersportvereine als solche wieder hätten begründet werden können. So stand dann 1946, als die Sportvereinigung Marbach zugelassen wurde, an deren Spitze zunächst Hermann Mayer, der vom Arbeitersport kam, und neben ihm Erich Wörner, ein Mann aus dem alten Turnverein. Die Sportler waren es, die in der Folgezeit immer wieder darauf drängten, daß sie in Marbach endlich einen wettkampfgerechten Sportplatz erhielten, denn der Turnvereinsplatz war zu klein, und für Rundenspiele mußte man nach Benningen ausweichen. Überdies wurde der Turnvereinsplatz auch für die in der Nachkriegszeit verhältnismäßig häufigen Absatzveranstaltungen des Württ. Fleckviehzuchtverbandes gebraucht.

Dieser Verband forderte im Herbst 1946 von der Stadt einen Raum, in dem seine Verkäufe bei schlechtem Wetter im Trockenen durchgeführt werden konnten, und er stieß beim Gemeinderat nicht auf taube Ohren. Im März 1947 ist im Gemeinderat von einer entsprechenden Halle die Rede, es wird sogar eine Besichtigungsfahrt nach Herrenberg und Plochingen beschlossen, um ähnliche Hallen zu besichtigen. Nach einer Besprechung im Juli 1947, bei der alle an dem Projekt interessierten Kreise beteiligt waren, beschloß der Gemeinderat eine ganz große Lösung. Vorgesehen war der Bau einer Halle für Konzerte, Veranstaltungen aller Art und eben auch für die Zwecke des Fleckviehverbandes. Als Standort dachte man an den TV-Platz, den die Sportvereinigung einzubringen bereit war. Gleichzeitig sollte die Spielplatzhalle zur ausschließlichen Turnhalle umgestaltet und die Turnhalle von 1903 an der Haffnerstraße sollte Feuerwehrmagazin werden. Außerdem sollte das schon vor dem Krieg geplante Sportstadion als städtische Anlage verwirklicht werden. Kopfzerbrechen bereitete nur die Spielplatzhalle. Sie stand unter Treuhänderschaft, Ausführungsbestimmungen zum Wiedergutmachungsgesetz waren noch nicht erlassen, und außerdem wußte man nicht, an wen sie eines Tages eigentlich zuerst zurückgegeben werden sollte.

Allen Beteiligten war klar, daß diese Pläne nicht von einem Tag zum andern verwirklicht werden konnten. Um aber wenigstens einen regelgerechten Platz zu haben, mußte versucht werden, für die Kleingärten auf dem Sportplatz Ersatzgelände zu finden. Der Gemeinderat wandte sich daher an die Deutsche Schillergesellschaft mit der Bitte, den Pachtvertrag für den sogenannten Schilleracker nördlich des Museums zu lösen und den Acker für Pachtgärten zur Verfügung zu stellen. Der bisherige Pächter sei SA-Sturmbannführer und Ortsbauernführer gewesen, die Auflösung zu dem beabsichtigten Zweck sei also gerechtfertigt. Diese Bemühungen hatten Erfolg, wenn auch die Aufteilung des Ackers im September 1947 reichlich schwierig war. Darauf konnte man an den Ausbau des Sportplatzes gehen, der im August 1949 eingeweiht wurde.

Das Hallenprojekt aber kam nicht voran, weil die Eigentumsverhältnisse nicht geklärt werden konnten. Schließlich wurde der alte Spielplatzverein wieder gegründet und der Gemeinderat erwartete nun, daß der Verein die Halle an die Stadt übertragen würde. Obwohl die Gemeinderäte Karl Lang und Hermann Mayer, die beide dem Ausschuß des Vereins angehörten, sich sehr für diesen Plan einsetzten, konnten sie ihre übrigen Kollegen doch nicht von dessen Richtigkeit überzeugen. Die Mehrheit der Vereinsmitglieder wollte die Halle behalten. Schließlich kam ein Kompromiß zustande: die Stadt behielt den Sportplatz gegen eine angemessene Zahlung, die Halle blieb aber dem Verein. Ob freilich die Stadt nach der inzwischen erfolgten Währungsumstellung überhaupt noch das Geld für die angestrebte Lösung hätte aufbringen können, das ist eine andere Frage. Und ob wir heute mit einer Viehversteigerungshalle so recht glücklich wären, mag man auch bezweifeln.

Mit der Währungsreform 1948 setzte im südlichen Stadtgebiet eine geradezu stürmische Bautätigkeit ein. Innerhalb kürzester Zeit war die östliche Seite der Haffnerstraße bebaut, größtenteils durch die Bezirksbaugenossenschaft Altwürttemberg in Kornwestheim. Die EVS baute Werkswohnungen in der Wielandstraße und in der Bangertstraße, und der Gemeinderat mußte sich über die endgültige Straßenführung klar werden. Dieser fiel dann auch das nutzlos gewordene Eichhaus an der Ludwigsburger Straße zum Opfer. Weiter wurde gebaut an der

Südseite der Grabenstraße, in der Krähbergstraße und in der Schafgartenstraße.

Die Schillerhöhe galt auch nach 1945 in Marbach als der geeignete Platz für festliche Zusammenkünfte. 1952 fand hier ein sudetendeutscher Tag statt, bei dem eine Kassette mit ostdeutscher Erde nach Marbach gebracht wurde. Zwei Jahre später, im Herbst 1954 wurde diese Kassette eingemauert in einen Gedenkstein, der auf der Schillerhöhe aufgestellt wurde. Bei seiner Enthüllung sprach Bürgermeister Zanker von der Hoffnung der Vertriebenen auf Recht und Freiheit und wünschte, Marbach möge künftig eine Pilgerstätte der Sudetendeutschen werden. Die Inschrift auf dem Stein weist pathetisch auf die Leistungen der Deutschen im Osten hin, sagt aber nichts über die deutsche Schuld, durch die diese Heimat verloren ging.

Zu Beginn des folgenden Jahres wurde das Thema akut, das zur bedeutsamsten Veränderung des Schillerhöhengeländes in der zweiten Hälfte unseres Jahrhunderts führte, der Bau der Stadthalle. Der Hallenbau war 1949 aus der Dringlichkeitsliste des Stadtbauamtes gestrichen worden, jetzt kam die Frage wieder auf die Tagesordnung. In einer Bürgerversammlung im Februar 1955 in der Spielplatzhalle hob Bürgermeister Zanker die Dringlichkeit des Problems hervor, im April sagte er vor dem Gemeinderat, »der Bau einer Stadthalle sei notwendig, weil die öffentlichen Säle im Verhältnis zur gestiegenen Einwohnerzahl zu klein geworden seien, ferner weil man größere Tagungen und Veranstaltungen nach Marbach bekommen wolle, und endlich weil man für die Feier des 200. Geburtstags Friedrich Schillers einen größeren Raum brauche, wenn man verhindern wolle, daß die Veranstaltungen dieser Feier in anderen Städten stattfinden, und wenn Marbach nicht in den Geruch kommen wolle, daß es seine Bedeutung als Schillers Geburtsstadt nicht genügend würdige und es am nötigen Interesse fehlen lasse.« »Nicht alle Bürger waren dieser Meinung, vor allem die Anhänger des oft vertrösteten Schwimmvereins wollten lieber ein Freibad. Doch der Gemeinderat schloß sich dem Votum des Bürgermeisters an und gab einstimmig dem Hallenbau den Vorrang. Der alte Gedanke an eine Mehrzweckhalle wurde nach einer Besichtigungsfahrt verworfen, eine reine Festhalle sollte gebaut werden. Den Marbacher Gastwirten wäre es allerdings lieber gewesen, die Halle wäre ohne Restaurant gebaut worden, sie fürchteten offenbar die Konkurrenz. Nach dem Grundsatzbeschluß war die Frage des Bauplatzes zu klären. Zwei Plätze schienen sich anzubieten: einmal der Platz neben der neuen Volksschule an der Kernerstraße, also dort, wo heute der Erweiterungsbau steht; zum andern der Schilleracker am südlichen Ende der Haffnerstraße, auf dem noch immer die Kleingärtner sich betätigten und der Eigentum der Schillergesellschaft war. Diesen zweiten Platz favorisierte der Gemeinderat. Nun traf es sich jedoch, daß just in jenen Tagen im Ausschuß der Deutschen Schillergesellschaft erstmals der Gedanke an ein deutsches Literaturarchiv auftauchte, für das natürlich auch einmal ein Bauplatz nötig sein würde. Im Oktober erhielt deshalb die Stadt die Absage, die im Gemeinderat heftigen Unwillen hervorrief. Die Stadtverwaltung muß aber etwas geahnt haben, denn sie brachte jetzt sofort eine neue Variante ins Spiel: Bau der »Stadthalle hinter der Schillerhöhe, parallel zu ihr und quer zur verlängerten Achse der Haffnerstraße«. Die Anlagen der Schillerhöhe sollten in das Gesamtprojekt einbezogen werden. Der Gemeinderat stimmte zu, in 15 Monaten wurde der Bau nach den Plänen der Architekten Rall und Röper errichtet und am 5. Oktober 1957 festlich eingeweiht. Dem Festakt folgte am nächsten Tag eine Veran-

Stadthalle von Süden (1973)

staltung aller Vereine, und eine Woche später wurden die Eröffnungsfeiern beendet mit einer Aufführung von Goethes »Egmont« durch die Marbacher Theaterfreunde, wozu der Instrumentalkreis die Bühnenmusik Beethovens spielte. Zwei Jahre später, am 10. November 1959 konnte in der Stadthalle dann der Festakt zu Schillers 200. Geburtstag stattfinden, in Anwesenheit des Altbundespräsidenten Theodor Heuss und mit einer Festrede des Dramatikers Carl Zuckmayer.

Bis zu diesem Ereignis hatte allerdings noch eine ganz andere Entwicklung eingesetzt, als deren Ergebnis die Schillerhöhe nicht mehr eine Grünanlage am Rande des bebauten Stadtgebietes darstellte. Als nämlich abzusehen war, daß nach dem Tod des damaligen Besitzers des Makenhofes dieses Hofgut nicht mehr geschlossen bewirtschaftet werden würde, faßte der Gemeinderat den Beschluß, auf einem Teilgelände des Anwesens im Gewand Hörnle den Bau von Wohnungen zu genehmigen. Zwischen 1957 und 1960 wurden 297 Reihenhäuser, 3 Hochhäuser mit 100 und weitere Bauten mit noch einmal 159 Mietwohnungen gebaut. Zwar war diese Siedlung zunächst völlig für sich und getrennt vom zusammenhängenden städtischen Baugebiet, aber die Stadt hörte jetzt nicht mehr an der Schillerhöhe auf.

Auch im Bereich Krähberg-Bangert wurde in den 50er und 60er Jahren eine ganze Reihe von Baulücken geschlossen, und die Gegend erhielt einen neuen Schwerpunkt, als 1962/63 dort in der Schafgartenstraße die neue Erlöserkirche der evangelisch-methodistischen Gemeinde mit ihrem luftigen Turm gebaut wurde. Fast hundert Jahre lang hatten die Methodisten ihre Gottesdienste in der Wildermuthstraße abgehalten, in der alten Kapelle, die nach dem zweiten Weltkrieg zur Stiftskirche erweitert worden war. Jetzt hatte die Gemeinde endlich Platz für ihre sonstigen Gemeindeveranstaltungen.

Was hat sich außerdem in jüngster Zeit in unmittelbarer Umgebung der Schil-

lerhöhe getan? Auf der Ostseite wurde 1953 das Turnerheim erweitert. Daneben entstand 1966/67 das städtische Hallenbad, nachdem sich im Gemeinderat die Erkenntnis durchgesetzt hatte, daß ein Hallenbad zwar notwendigerweise kleiner ausfallen müßte als ein Freibad, daß es aber intensiver genützt werden konnte in der Verbindung mit medizinischen Bädern und einer Sauna – und dies das ganze Jahr über.

Auf der anderen Seite waren 1967 die Vorarbeiten der Deutschen Schillergesellschaft so weit gediehen, daß für den Bau des Literaturarchivs ein Architekturwettbewerb ausgeschrieben werden konnte, aus dem die Architekten Kiefner und Laub als Sieger hervorgingen. Die Kleingärten auf dem Schilleracker mußten geräumt werden und im Herbst 1969 begannen die Bauarbeiten. Am 16. Mai 1973 konnte Bundespräsident Heinemann den fertigen Bau einweihen.

Zur Jahrhundertfeier des Denkmals wurde 1975/76 die Gesamtanlage der Schillerhöhe wieder einmal umgestaltet, worunter vor allem eine Auslichtung der Gehölze verstanden wurde, die in der Öffentlichkeit nicht unumstritten war. In diesem Zusammenhang stiftete Lederfabrikant Oehler einen Brunnen, der eine wertvolle Bereicherung der Anlage darstellt und der vom Gemeinderat Eugen-Oehler-Brunnen genannt wurde.

Das Jahrzehnt seitdem brachte im Zusammenhang mit der völligen Renovierung des Museumsbaus im Innern und einer teilweisen Unterkellerung des Vorplatzes eine Neugestaltung des Platzes zwischen Museum und Denkmal. An der Haffnerstraße wurde das bäuerliche Anwesen von 1882 abgebrochen und durch Reihenhäuser ersetzt. Schließlich wurde 1978 auch die Spielplatzhalle abgebrochen. Mit dem Stadthallenbau waren alle großen Veranstaltungen dorthin abgewandert, und der Verein hatte keine Kraft mehr, die Halle zu erhalten. Er löste sich auf. Mit der Spielplatzhalle verschwand das wichtigste Denkmal der Marbacher Arbeitergeschichte. Heute steht an diesem Platz das Vereinsheim des FC. Um die gleiche Zeit wurde südlich der Schillerhöhe mit der Überbauung des Baugebiets Marbach Süd begonnen, das in seinem Westteil mittlerweile bis zum Eichgraben reicht, von wo aus das Hörnle zum Greifen nahe ist.

Damit haben wir die Gegenwart erreicht, ohne daß wir auf die ganz erheblichen Veränderungen im Norden unseres Bereichs entlang der Grabenstraße eingegangen sind. Aber man kann nicht alles haben. Es sollte gezeigt werden, wie die Entscheidung für ein Denkmal beim Schelmengrüble, weit vor der Stadt im Süden gelegen, die Entwicklung Marbachs ganz wesentlich beeinflußt hat. Weiter war zu zeigen, welche Veränderungen die Schillerhöhe selbst und das sie umgebende Gelände seit 1835 erfahren hat. Dabei gilt es zu bedenken, daß Veränderungen immer ein Zeichen von Leben sind, und so gesehen war die Schillerhöhe in den letzten 150 Jahren immer voll Leben. Möge sie es auch in Zukunft sein.

Vom kühnen Experiment zum soliden Erfolg

125 Jahre Volksbank Ludwigsburg im Wandel der Geschichte*

Von Wolfgang Schmierer

125 Jahre sind für den einzelnen Menschen als Lebenszeit unerreichbar (Historiker rechnen für diese Zeitspanne mit rund vier Generationen), und auch für ein Wirtschaftsunternehmen sind sie ein so ausgedehnter Zeitraum der Entwicklung und Tätigkeit, daß es schwer möglich ist, im Rahmen von Feierstunden ein Traditionsunternehmen wie die Volksbank Ludwigsburg angemessen in seiner historischen Bedingtheit darzustellen.

Lassen Sie mich deshalb zu dem Kunstgriff Zuflucht nehmen, hier insbesondere das Gründungsjahr der Volksbank Ludwigsburg, 1862, und danach die Jubiläumsjahre anzusprechen, also 1887, 1912 usw. bis zum gegenwärtigen Jahr 1987, um so schlaglichtartig Schwerpunkte zu beleuchten; Zäsuren, zu denen auch früher »verschnauft«, Rückblick und Ausschau gehalten wurde. Wir wollen so versuchen, die Entwicklung der Ludwigsburger »Spar- und Vorschußbank« von 1862 zur heutigen Volksbank in ihrem geschichtlichen Rahmen nachzuzeichnen.

1862

1862, als man im Ludwigsburger Gewerbeverein die Planungen zur Gründung einer »Handwerkerbank« aufnahm, dachte sicherlich noch keiner der Beteiligten daran, daß man ihre wirtschaftlichen Selbshilfebemühungen 125 Jahre später als historische Tat würdigen werde. Wir müssen dagegen fragen: aus welcher konkreten politischen und wirtschaftlichen Lage heraus handelten sie? War es Zufall, daß die Geschichte der Ludwigsburger Volksbank 1862 beginnt? Wie sah die Welt damals aus?

Politisch auf den ersten Blick wenig erfreulich – insbesondere in der innnerdeutschen Politik. Die große Emanzipationsbewegung der Märzrevolution von 1848, die zum ersten gesamtdeutschen, allgemein und frei gewählten Parlament in der Frankfurter Paulskirche geführt hatte – und ihr Scheitern wirkten immer noch nach. Der als Kaiser gewählte preußische König Friedrich Wilhelm IV. hatte die ihm auf Parlamentsbeschluß angetragene »Krone aus Dreck und Letten« – wie der hohe Herr sich auszudrücken beliebte – mit Hohn und Spott zurückgewiesen. Die fertig ausgearbeitete und beschlossene Verfassung für das erstrebte Deutsche Reich wurde Makulatur und das nach Austritt vieler enttäuschter Abgeordneter nach Stuttgart verlegte Rumpfparlament war 1849 in der württembergischen Hauptstadt von bewaffneten Polizisten schmählich auseinandergejagt worden. In den rund 30 deutschen Königsreichen, Großherzog-,

* Festvortrag bei der Jubiläumsveranstaltung der Volksbank Ludwigsburg am 18. 9. 1987 in der Musikhalle in Ludwigsburg.

Herzog- und Fürstentümern waren an die Stelle der liberalen Märzministerien reaktionäre Kabinette berufen worden, die sich umgehend daranmachten, mit liberalen und demokratischen Tendenzen gründlich aufzuräumen. Polizeiliche Ausweisungen, Gefängnis- und Zuchthausurteile, in Baden, Wien und Berlin Standgerichte und Erschießungskommandos beendeten zunächst die Hoffnungen auf deutsche Einheit und Freiheit. In Frankfurt waren wieder die Beauftragten des Deutschen Bundes zusammengetreten, dieses seit 1815 bestehenden lokkeren Zusammenschlusses der deutschen Einzelstaaten unter Einschluß Österreichs.

Das gespannte Verhältnis zwischen den europäischen Großmächten Preußen und Österreich bestimmte seit den 1850er Jahren zunehmend die Politik im Bund und brachte auch die süddeutschen Staaten Baden, Bayern und Württemberg in eine prekäre Lage. Nationalstaatstendenzen beherrschten weiterhin offen und verdeckt die innerdeutsche Politik.

Württemberg, seit 1806 Königreich, war 1862 ein Land mit rund 1,7 Millionen Einwohnern, von dem 81jährigen König Wilhelm I. regiert, der das Land seit 1817 als Nachfolger des »dicken Königs Friedrich, also seit 45 Jahren, durch die Stürme der Zeit geführt hatte. Auch hier war unter Leitung des Freiherrn von Linden seit Beginn der 1850er Jahre straff reaktionär regiert worden, doch blieb die Verfassung von 1819 weitgehend intakt und im Stuttgarter Landtag konnte sich das liberale Bürgertum politisch artikulieren; Demokraten galten dagegen noch als Staatsfeinde.

Die Nachbarstaaten mischten nach Kräften in der innerdeutschen Politik mit und demonstrierten ihre Macht als Nationalstaaten: im Osten das mächtige russische Zarenreich, im Westen das französische Kaisserreich unter Napoleon III.: eine hochgerüstete Militärmacht, deren Truppen 1859 Österreich aus Norditalien verdrängt hatten. Nun war im Süden auch der italienische Nationalstaat im Werden.

Jenseits des Atlantik waren die Vereinigten Staaten von Amerika seit Jahrzehnten Ziel deutscher Auswanderer gewesen. Noch in den Jahren 1851-1860 sind über 136.000 Württemberger ausgewandert, die meisten nach Amerika. Die Ludwigsburger Zeitung enthielt 1862 zahlreiche Anzeigen von Agenturen, die ihre preiswerten Auswandererpassagen auf Dampf- und Segelschiffen empfahlen und der schwäbische Wirt des Gasthauses zur Heimat in der französischen Hafenstadt Le Havre annoncierte seine schwäbische Kost für die letzten Tage vor der Abfahrt über den großen Teich. Allerdings konnten die Ludwigsburger 1862 auch die ersten Kriegsberichte über die Gefechte zwischen nord- und südstaatlichen Truppen lesen, die sich seit 1861 im Sezessionskrieg bekämpften, dem ersten »modernen« Krieg unter Einsatz industrieller Technik.

Seit 1859 war die deutsche Politik wieder in Bewegung gekommen. Der neue preußische König Wilhelm hatte das mit gemäßigt liberalen Ministern besetzte Kabinett der sog. »Neuen Ära« berufen, hatte aber trotzdem bald die Opposition der liberalen bürgerlichen Mehrheit im preußischen Abgeordnetenhaus gegen sich, weil er starr an seinen königlichen Rechten festhielt. Aus dem »Heereskonflikt« um nicht bewilligte Truppenverstärkungen entwickelte sich ein »Verfassungskonflikt«, der ausweglos schien. Das bot die Chance für einen Politiker, der schon lange nach Amt und Macht strebte: Otto von Bismarck wurde im Oktober 1862 preußischer Ministerpräsident und entschied den Verfassungskonflikt auf seine Weise: Er regierte ohne Bewilligung durch das Parlament. Die nächsten drei Jahrzehnte deutscher Politik sollten von ihm geprägt

Ludwigsburg um 1850 (von Südwest)

werden. Der deutsche Nationalstaat – 1862 eine Utopie – wurde ein knappes Jahrzehnt später von Bismarck gegründet.

Seit Ende der 1850er Jahre hatte sich auch die wirtschaftliche Lage stabilisiert, die vor der Revolution von 1848 sehr schlecht und für diese mitverantwortlich gewesen war. Große staatliche Investitionen, insbesondere im Eisenbahnbau, Wirtschaftsförderung und vielschichtige private Unternehmerinitiativen hatten ab Mitte der 50er Jahre eine Industrialisierungswelle und einen deutlichen Konjunkturaufschwung ermöglicht. Württemberg, das arm war an den für die Frühindustrialisierung so wichtigen Rohstoffen wie Kohle und Eisenerz, hatte diese Nachteile durch eine weitgefaßte staatliche Wirtschaftsförderungspolitik auszugleichen gesucht: Die 1848 gegründete staatliche Zentralstelle für Gewerbe und Handel in Stuttgart unter ihrem Leiter Ferdinand v. Steinbeis leistete hier entscheidende Pionierarbeit nach dem Motto »Hilfe zur Selbsthilfe«. Sie gab fähigen Handwerkern Darlehen für Betriebsgründungen, ermöglichte auswärtige Studienaufenthalte und beschaffte im Ausland Maschinen und Geräte zum Nachbau.

»Württemberg ist in die Reihe der Industriestaaten eingetreten; die moderne Zeit mit ihren rauchenden Schornsteinen und Fabriken, mit ihrer Entwicklung aller schlummernden Kräfte, mit ihren ungeheuren, früher nie geahn-

ten Mitteln... hat ihren Einzug auch bei uns gehalten... die Grundlage ist gelegt, der Anfang ist gemacht«, stellte der später als Volkswirtschaftsprofessor hochberühmte Gustav Schmoller 1861 fest, damals als Finanzreferendär mit der von der Regierung durchgeführten Gewerbeaufnahme betraut. Und über das Handwerk schrieb er im gleichen Zusammenhang:

»Eine ganze Gesellschaftsklasse, von welcher ein ziemlicher Teil noch vor 10-15 Jahren in gedrückter Verkommenheit mit Mißmut alles Bestehende betrachtete, ist jetzt in glücklicher Zufriedenheit und sieht mit frohem Blick in die Zukunft, versöhnt mit der bestehenden bürgerlichen Ordnung und mit den Interessen der übrigen Gesellschaftsklassen, von deren Gedeihen sie selbst nur weiteren Aufschwung erwarten kann.« Das war zwar zum Teil auch eine amtliche Schönfärberei, zeigt aber auf jeden Fall, daß nach den tristen Zeiten der 50er Jahre nun wirtschaftlicher Optimismus angesagt war.

1861: Gewerbezählung

15 Fabriken

6 Textil- und Bekleidungsbetriebe
4 metallverarbeitende Betriebe
2 Betriebe des Apparate- und Orgelbaus
1 chemischer Betrieb
1 Gaswerk
1 Kleinbetrieb

1937 Gehilfen und Beschäftigte

davon

998 in Handwerksbetrieben

703 in Textilbetrieben

ca. 12.000 Einwohner

davon ca. 7.000 Zivilisten
5.000 Soldaten

Gewerbezählung Ludwigsburg 1861

Ein grundlegender Erfolg der württembergischen Gewerbeförderung war, daß im Frühjahr 1862 unter großer öffentlicher Anteilnahme die aus dem Mittelalter überkommene Zunftverfassung aufgehoben und Gewerbefreiheit im Lande eingeführt wurde – gleichzeitig übrigens mit Baden und Sachsen. Eine Welle von Firmengründungen war die Folge: Allein in Stuttgart zählte man für 1862 438 neue Selbständige. Aber viele dieser neuen Handwerksfirmen scheiterten, nicht zuletzt an der mangelhaften Kapitalausstattung. Daß man zur Firmengründung und -erweiterung Kapital benötigte und daß man dieses durch genossenschaftlich verfaßte Spar- und Darlehensbanken in Selbsthilfe schaffen könne, hatte der liberale Politiker Dr. Hermann Schulze-Delitzsch in Preußen, wo Gewerbefreiheit seit 1815 eingeführt war, seit Beginn der 1850er Jahre durch Gründung solcher Banken und ihre Erfolge bewiesen und in seinen zahlreichen

Hermann Schulze-Delitzsch

Friedrich Wilhelm Raiffeisen

Schriften weithin propagiert. Die Mitglieder des Ludwigsburger Lokalgewerbevereins zeigten also sehr viel wirtschaftlichen Sachverstand, als sie sich genau zum Zeitpunkt der Einführung der Gewerbefreiheit daran machten, eine »Handwerkerbank nach dem Muster von Schulze-Delitzsch« zu gründen.

So hatte es der Kassierer der kleinen vereinsinternen Lokalbankkomission, Kaufmann Dietrich, bei der Generalversammlung des Vereins am 1. Februar 1862 empfohlen. Genossenschaftsbanken gab es damals erst vier in Württemberg: Stuttgart (1856), Ulm (1857), Schwäbisch Hall (1858) und Reutlingen (1861) – alle vier Städte Schwerpunkte der Frühindustrialisierung. Die Ludwigsburger zogen rasch nach: Man entwarf Statuten nach Muster, am 23. August erfolgte die Gründungsversammlung und im September eröffnete die »Spar- und Vorschußbank Ludwigsburg« im Haus Ecke Wilhelmstraße/Seestraße (Büchsenstein & Essig) die Geschäftstätigkeit. Verglichen mit den anderen Genossenschaftsbanken war die Gründung ein kühnes Experiment, denn Ludwigsburg gehörte 1862 mit knapp über 11000 Einwohnern – Stuttgart hatte rund 56000! – zwar zu den sechs größten Städten Württembergs, war aber alles andere als eine fortschrittliche Industriestadt.

Seit Beginn des Jahrhunderts stagnierte die Bevölkerungszahl weitgehend, nur die Veränderungen bei der Garnison, der etwa ein Viertel der Einwohner angehörte, brachte gelegentlich etwas Bewegung in die Statistik. Der Bevölkerungsstagnation entsprach ein weitgehender wirtschaftlicher Stillstand. Von 1828 bis 1851 war kein einziges neues Haus in der Stadt gebaut worden, von 1853 bis 1860 wurden durchschnittlich 8 Gebäude jährlich errichtet, erst ab 1861 zog die Bautätigkeit an. In Ludwigsburg lebte man ruhig: »Die Hauptnahrungsquellen der Einwohner fließen... aus den Gewerben, deren Betrieb besonders auch durch die Bedürfnisse der bedeutenden Militärgarnison, des Beamtenpersonals und der verschiedenen Staatsanstalten vermehrt wird«, stellt die amtliche Oberamtsbeschreibung des »kgl. Statistischen Bureaus« 1859 fest.

Obwohl auch schon von »Fabrikationsanstalten« die Rede ist, hatte die Gründung von Herzog Eberhard Ludwig noch keinen Weg in das beginnende Industriezeitalter gefunden. Das ist etwas verwunderlich, denn die Ausgangsposition dafür, nämlich der Anschluß an die Eisenbahn, bestand ja schon seit 1846 mit Inbetriebnahme der ersten württembergischen Eisenbahnlinie. Aber das Bahnhofgebäude war damals noch nur auf Umwegen von der Stadt aus zu erreichen, die Myliusstraße wurde erst 1866-69 erbaut, an ihrer Stelle gab es nur

Gewerbe-Verein.

Allgemeine Versammlung

Samstag Abend 8 Uhr bei Herrn Carl Körner.

Tagesordnung: Verkündigung der Spar- und Vorschußbank-Statuten,
Entgegennahme von Beitrittserklärungen und
Wahl des Bankausschusses.

Zu dieser Versammlung sind die Mitglieder des Vereins, insbesondere aber die Herren Actionäre der Localbank freundlichst eingeladen.

Vorläufige schriftliche Beitrittserklärungen zur Spar- und Vorschußbank nimmt bis Samstag Abend an

der Vorstand.
Ed. Pflüger.

Anzeige in der Ludwigsburger Zeitung

einen unbefestigten Fußweg durch sumpfiges und unebenes Gelände. Daß Ludwigsburg den Anschluß an die Industrialisierung erreichen müsse, war Programm für die Mitglieder des Gewerbevereins, zu denen auch der 1864 zum Stadtschultheißen gewählte Amtsrichter Heinrich Abel gehörte, der Ludwigsburg in der Folge konsequent modernisierte.

So markiert die Gründung der Ludwigsburger Spar- und Vorschußbank von 1862 historische Wendepunkte: stadtgeschichtlich den Übergang Ludwigsburgs zur bewußten Modernisierung und Industrialisierung, wirtschaftlich den Konjunkturaufschwung zum Übergang in die Hochindustrialisierung und zeitgeschichtlich den Übergang in das politisch bewegte Jahrzehnt der Reichsgründung.

1887

1887 – beim 25jährigen Jubiläum der Spar- und Vorschußbank sah die Welt völlig verändert aus. Nach drei Kriegen, 1864 gegen Dänemark um Schleswig-Holstein, 1866 zwischen Preußen und Österreich um die Vormachtstellung in Deutschland und 1870/71 gegen Frankreich, war durch Bismarcks zielbewußte Politik 1871 das Deutsche Reich als freiwilliger Zusammenschluß der Fürsten und freien Städte gegründet worden. Der preußische König hatte die Kaiserkrone, die er 2 Jahrzehnte zuvor von einem gewählten Parlament nicht ange-

Ludwigsburg.

Allgemeine Versammlung des Gewerbevereins

d. 23 Aug. 1862.

Nach einigen einleitenden Worten des Vorstandes, in denen er den Mitglie
dern des Gewerbevereins nochmals in Erinnerung führte, daß sie
ohne Eintrittsgeld Mitglieder der neuen Spar u. Vorschußbank
werden können, daß ferner die Accreditierten der Localbank bis zum
Schluß des Jahres ohne Störung ihrer Verhältnisse fortarbeiten
dürfen, und die Nützlichkeit und Zeitgemäßheit der Errichtung einer
solchen Bank an dem Beispiele der Nachbarstädte Stuttgart, Cannstadt
und Eßlingen nachgewiesen hatte, bedauerte er die heutige geringe
Theilnahme an der Versammlung, ließ aber gleichwohl die in mehreren
Exemplaren aufgelegten Statuten der Spar u. Vorschußbank verkündigen.

Ein Antrag der Versammlung, diese Statuten auf Schreibpapier zu drucken und denselben für den Eintrag der Einlagen, Papier beizuheften wird zu Protokoll genommen und dem zu wählenden Ausschuße überwiesen.

Hierauf wurden die Anwesenden zu Beitrittserklärungen aufgefordert und haben sich gemeldet:

die Herren

Reichmann, Schreiner
Lell, Schreiner
Beyer, Schreiner
Schmauder, Werkführer
Pflüger, Dreher
Theurer, Buchdrucker
Feyerabend, Conditor
Dieterich, Kaufmann
Elsas, Louis, Fabrikant
Kaufmann, Fabrikant
O. Mayer, Bortenmacher
Kiesel, D. Silberarbeiter
Behr, Fabrikant
Strecker, Zimmermeister
Beutelspacher, Hutmacher
Kaiser, Schuhmacher
Stoll, Schreiner
Rees, Chr. Nadler
Hochstetter, Conditor
Greiner, Schuhmacher
Sprößer, Louis, Gemeinde
Mezger, Schneider
Spaich, Orgelbbauer
Chr. Nagel, Maler
Fisler, Gürtler
Rothfritz, Buchbinder
Eberlen, Conditor

Da nun durch obige 27 Anmeldungen die statutenmäßige Anzahl von Mitgliedern und Hoffnung zu weiteren Beitrittserklärungen vorhanden war, so ging man über zur

Wahl der Beamten u. des Ausschußes der Bank.

Dies wurde derart vorgenommen, daß zuerst blos Vorstand und Kassi gewählt wurden und kommen in Vorschlag die Herren

nommen hatte, von seinen fürstlichen Vettern bekommen. Man sprach von der kleindeutschen Lösung, denn Deutschösterreich blieb außerhalb des neuen Reichs.

Mit dem Reichstag bestand aber eine allgemein, frei und geheim gewählte Volksvertretung; das Wahlrecht war allerdings auf Männer über 25 beschränkt und die Befugnisse des Reichstags waren eng begrenzt. Unter Führung des übermächtigen Reichskanzlers Bismarck, dessen Stellung nicht auf einer parlamentarischen Mehrheit, sondern seiner Berufung durch den Kaiser beruhte, hatte sich der neue deutsche Nationalstaat im Konzert der europäischen Mächte etabliert. Das Verhältnis zu Frankreich blieb wegen Elsaß-Lothringen aber dauerhaft belastet.

Auch Württemberg, noch 1866 an der Seite Österreichs im Krieg gegen Preußen, war 1871 in das Deutsche Reich eingetreten. Die nationale Begeisterung, stimuliert von den Siegen, hatte die noch bis zuletzt vom Königshaus bis zu den linken Demokraten weit verbreitete Ablehnung eines kleindeutschen Nationalstaats unter Führung des hierzulande umstrittenen und wenig beliebten »Junkers« Bismarck in den Hintergrund gedrängt.

Nicht zuletzt aus wirtschaftspolitischen Erwägungen hatten sich aber breite Kreise des liberalen Bürgertums nach dem 1866er Krieg für die kleine nationalstaatliche Lösung entschieden. Es ist bezeichnend, daß die Deutsche Bank, gegründet von Kreditinstituten in verschiedenen deutschen Staaten, u.a. auch von der Württembergischen Vereinsbank, schon ein Jahr vor dem Deutschen Reich entstand! Ein einheitliches deutsches Wirtschaftsgebiet war eben ein genauso attraktives Ziel wie der Nationalstaat. Die wirtschaftsrelevante Gesetzgebung wurde neben dem Militärwesen in den ersten Jahren des Reichs bevorzugt vereinheitlicht, bis mit der Einführung der Goldmarkwährung zum 1.1.1875 ein einheitliches Wirtschafts- und Währungsgebiet geschaffen war; bis dahin hatte man noch im Norden in Talern und Groschen, bei uns in Gulden und Kreuzern gerechnet. Bahn und Post wurden aber noch lange nicht »vereichlicht«; die »Schwäbische Eisenbahn« blieb noch bis nach dem 1. Weltkrieg württembergisch.

Insgesamt konnte man 1887 auf einen gewaltigen Wirtschaftsaufschwung zurückblicken, der von den frühen 60er Jahren bis in die sog. Gründerzeit der frühen 70er Jahre gegangen war und nach einer teilweisen Stagnationsphase bis etwa 1880 mit verlangsamtem Tempo wieder nach oben ging. Die deutsche Wirtschaft war in dieser Zeit in die Hochindustrialisierung eingetreten, wobei Eisenbahnbau und Schwerindustrie die Führungsrolle übernommen hatten. Deutsche Ingenieurleistungen – 1886 fuhr das erste Auto von Carl Benz! – und Industrieprodukte wurden zunehmend im Export konkurrenzfähige und im Ausland hochgeschätzte Artikel. Nicht ohne Grund versuchte die im Welthandel führende Macht Großbritannien im August 1887 durch Einführung der Herkunftsbezeichnung deutsche Produkte abzuwehren. Der Erfolg der Maßnahme war allerdings nicht im Sinne der Erfinder, denn »Made in Germany« wurde rasch ein hochgeschätztes Markenzeichen, das solide Qualität versprach.

Auch Ludwigsburg war eine Industriestadt geworden, seit 1868 die Firma Heinrich Franck Söhne ihren expandierenden Betrieb zur Fertigung von Zichorienkaffee hierher verlegt hatte. Weitere Fabriken folgten, die insbesondere in der jenseits der Bahnlinie neu entstandenen Weststadt angesiedelt wurden. Daneben aber wuchs die Bedeutung der Garnison gewaltig an. Rund 5 bis 6000 Soldaten in mehreren Regimentern, dazu höhere Stäbe und zahlreiche Sonder-

Zichorienfabrik Robert Franck

einheiten waren ständig in Ludwigsburg stationiert, brauchten Kasernen, Wohnungen und andere Gebäude in Fülle, sodaß die Stadt eine langanhaltende Baukonjunktur erlebte. Nach dem 1873-75 erbauten Zeughaus wurde 1881 das Garnisonslazarett fertig, bis 1885 folgten Jägerhofkaserne, Friedrichskaserne, Mathildenkaserne und weitere Funktionsbauten: Gebäude, die heute den Planungen zur Stadtsanierung, insbesondere in der City-Ost im Wege stehen. Der 1887 verstorbene geniale Spötter Friedrich Theodor Vischer ehrte die beiden Konjunkturmotoren seiner Vaterstadt auf eigene Art, als er reimte:

»Oh Ludwigsburg, du edle Stadt,
wo es so viel Soldaten hat,
Artillerie, Infanterie
und zweierlei Cavallerie,
wie mehrt sich deine Gloria
zumal durch die Cichoria, . . .
Einst warst du zweite Residenz,
doch nur im Sommer und im Lenz.
Jetzt thront in dir mit Prachtgestank
allzeit der Wurzelsieder Franck.
Dich rühmt die Welthistoria
als Hauptstadt der Cichoria. . . .«

Die Spar- und Vorschußbank hatte sich in diesen 25 Jahren wirtschaftlichen Aufstiegs fest in Ludwigsburg etabliert und sehr erfolgreich gewirtschaftet: Von 1863 – dem ersten vollen Geschäftsjahr bis 1874, dem letzten Geschäftsjahr in Guldenwährung, hatte sich die Bilanzsumme von 39.300 fl. auf über

487.000 fl. verzwölffacht; nach der Währungsreform stieg sie weiter von 868.000 M in 1875 auf über 1 Million in 1880; bis 1885 erfolgte dann ein Rückgang auf 628.000 M; 1887 wies man wieder Steigerungen auf 707.000 M aus. Die Dividende – nach 1872 zeitweise über 7 % – lag seit 1881 zwischen 5 und 6 %, die Mitgliederzahl 1887 bei 422, der Umsatz bei 7,34 Millionen. Dieser Erfolg war der beste Beleg dafür, daß die Gründer der Bank die wirtschaftlichen Zukunftschancen 1862 richtig eingeschätzt hatten.

1912

Diese Erfolgsbilanz wurde 25 Jahre später, 1912, zum 50. Jubiläum noch bei Weitem übertroffen: Für 1911 konnte eine Bilanzsumme von über 1,2 Millionen ausgewiesen werden, an die 654 Mitglieder waren 1911 – wie fast ständig seit 1887 – 6 % Dividende verteilt worden. Seit 1906 waren, parallel zur wirtschaftlichen Konjunktur in Deutschland, die Umsätze sprunghaft von guten 17,8 Millionen auf über 40 Millionen Goldmark gestiegen. Elektroindustrie und Elektrifizierung, Aufbau der Kfz-Industrie und Anfänge der Luftfahrtindustrie – Flugzeuge und Luftschiffe – sowie das Aufholen der Konsumgüterindustrie brachten seit der Jahrhundertwende neue Innovationsschübe in die deutsche Wirtschaft. In Ludwigsburg herrschte weiterhin Hochkonjunktur im Bauwesen. Die Stadt, der 1901 Eglosheim, 1903 Pflugfelden und 1907 der Salon eingegliedert worden waren, hatte nun über 25.000 Einwohner und erhielt das uns vertraute – und z.T. schon wieder überholte Aussehen: Neben militärischen Neubauten wie der Garnisonskirche (1903) und der Königin-Olga-Kaserne (1907) waren 1906 auf dem Gelände des restlichen nun aufgefüllten Feuersees die Schulgebäude des heutigen Schiller- und Mörikegyymnasiums und 1908 daneben das Stadtbad entstanden. Zur gleichen Zeit wurde am Neckarufer das Heilbad bei Hoheneck und am Bahnhofplatz die Musikhalle, in der wir uns heute befinden, erbaut. Rund 1400 Gewerbebetriebe waren nun in der Stadt tätig.

Für uns Spätere steht das Jahr 1912 schon unter dem Schatten des 1. Weltkriegs von 1914-18, der die europäische Vormachtstellung in Politik und Wirtschaft auf Dauer zerstörte und Deutschland in eine langanhaltende Phase von Krieg, politischer und sozialer Instabilität, von Verbrechen und Vernichtung stürzte. 1912 wußte man davon noch nichts.

Die Gefühle und Ansichten der Zeitgenossen waren gespalten: Einerseits war man mit Recht stolz auf die wirtschaftlichen Erfolge Deutschlands in über 40jähriger Aufbauarbeit, auf den wachsenden deutschen Welthandel, die große Handelsflotte und die seit den 1880er Jahren erworbenen Kolonien, man sah aber auch die problematische außenpolitische Situation. »Ich führe euch herrlichen Zeiten entgegen«, hatte der junge Wilhelm II. – der mit dem Schnurrbart – verkündet, als er 1888 preußischer König und deutscher Kaiser wurde. Die Deutschen hatten bald allen Anlaß, solch große Sprüche ihres Kaisers zu fürchten; außen- wie innenpolitisch wirkten sie so aggressiv, wie sie in Wirklichkeit hohl waren. Die Reichskanzler nach Bismarck, der 1890 entnervt gegangen war, hatten oft alle Mühe, das Porzellan, das die Großsprecherei des Kaisers zerschlagen hatte, wieder zu kitten.

Deutschland wollte in dieser Zeit des Imperialismus, des konkurrierenden Ausgreifens der europäischen Mächte in alle Erdteile, mit den älteren imperiali-

An der Stelle der ehem. »Reichskrone« entsteht 1923 das neue Bankgebäude

stischen Mächten Großbritannien, Frankreich, Rußland gleichziehen. Insbesondere der Aufbau einer deutschen Kriegsflotte verärgerte die Briten nachhaltig und hatte sie zur Beilegung ihrer Interessengegensätze mit Frankreich und Rußland veranlaßt. Fest verbündet mit Österreich-Ungarn sah sich das Reich seit 1904 der »Entente cordiale«, einem Bündnis zwischen England, Frankreich und Rußland gegenüber. Deutschland fühlte sich eingekreist und vermehrte seine Rüstungsanstrengungen.

Innenpolitisch war es nicht gelungen, die Verfassung zeitgemäß zu modernisieren: die Stellung des Reichstags und damit der Einfluß der politischen Parteien blieb zu schwach. Aber insbesondere die wachsende Arbeiterschaft konnte nicht angemessen integriert werden. Zwar war das Bismarck'sche Sozialistengesetz von 1878 zur Zerschlagung der politischen Arbeiterbewegung 1890 aufgehoben worden und die Sozialversicherungsgesetze der 80er Jahre waren eine sozialpolitische Leistung, mit der Deutschland Beispiele setzte, aber die Atmosphäre blieb vergiftet. In Preußen, das über 60 % der Reichsbevölkerung stellte, schloß das sog. Dreiklassenwahlrecht die Arbeiter von der politischen Mitwirkung fast völlig aus. Dagegen fiel zu wenig ins Gewicht, daß die süddeutschen Länder ihr politisches System zunehmend demokratisiert hatten.

Auf kulturellem Gebiet stellten die letzten Jahre vor dem Weltkrieg einen Höhepunkt dar. In Bildender Kunst, Theater und Literatur wurden bleibende Leistungen geschaffen. Wer kennt und sucht heute nicht die Kunstwerke des »Jugendstils«? Als zeitkritische Erzähler traten Thomas und Heinrich Mann, Hermann Hesse, Ludwig Thoma u.v.a. hervor. Gerhard Hauptmann bekam für seine aufrüttelnden naturalistischen Theaterstücke 1912 den Literatur-Nobelpreis. Um 1910 begannen die expressionistischen Dichter, hyperkritisch ihre Gegenwart literarisch umzusetzen. Sie ahnten – wie Kurt Pintus feststellte – »längst vor dem Weltkrieg Krieg und Vernichtung«:

»Aufgestanden ist er, welcher lange schlief,
aufgestanden unten aus Gewölben tief.
In der Dämmrung steht er, groß und unbekannt,
und den Mond zerdrückt er in der schwarzen Hand.«

So beginnt Georg Heyms 1911 veröffentlichtes Gedicht »Der Krieg« – eine Vorahnung der kommenden Schrecken des 1. Weltkriegs.

1937

Als die Ludwigsburger Bank – so hieß die bisherige Spar- und Vorschußbank seit 1919 – im Jahr 1937 ihr 75jähriges Bestehen feierte, hatte der 1. Weltkrieg Deutschland zu einer Macht 2. Klasse degradiert und der nächste, der 2. Weltkrieg war schon absehbar. Nach der Ermordung des österreichischen Thronfolgers Franz Ferdinand durch serbische Nationalisten in Sarajewo hatten die europäischen Staaten, gefangen in ihren Bündnisverpflichtungen, entsprechend den Wertmaßstäben der Zeit bewußt das Risiko eines allgemeinen Krieges in ihre Aktionen einkalkuliert, um ihre nationalen Machtpositionen zu erhalten. Die deutsche Regierung hatte dabei allerdings die militärische und wirtschaftliche Kraft des Reichs und seines Verbündeten Österreich-Ungarn weit überschätzt

und die ungeheuren Reserven der gegnerischen Weltmächte England, Frankreich und Rußland, zu denen sich im Verlauf des Krieges die USA, Japan und unzählige weitere Länder gesellten, zu wenig einkalkuliert. Zwar gelang es, mit Rußland 1917 Frieden zu schließen, im Westen und auf See war Deutschland dagegen bald in Abwehrstellung.

Als das Reich im September 1918 um Waffenstillstand bitten mußte, war es militärisch, wirtschaftlich und politisch am Ende. Die Bevölkerung in der Heimat, die vier Jahre lang die auf totale Rüstungsproduktion umgestellte Wirtschaft aufrechterhalten hatte, war von Hunger, Schwäche und Hoffnungslosigkeit völlig demoralisiert. Im Oktober 1918 meuterten die Matrosen der Kriegsflotte, am 9. November erklärte Reichskanzler Prinz Max v. Baden den Rücktritt des Kaisers und überließ die Reichsregierung dem SPD-Vorsitzenden Friedrich Ebert. Der Sozialdemokrat Philipp Scheidemann rief die Republik aus, alle Fürsten verzichteten binnen Tagen auf ihre jahrhundertealten Throne. Die Bedingungen des Waffenstillstands vom 11. November machten Deutschland weitgehend wehrlos. Das Reich drohte in Anarchie zu versinken und in einzelne Teile zu zerbrechen.

In dieser Situation gelang es der provisorischen Reichsregierung Eberts, dem 1. Reichsrätekongreß die Zustimmung zur Wahl einer Nationalversammlung abzutrotzen. Diese, im Januar 1919 gewählt, trat im Februar in Weimar zusammen, wählte Ebert zum Reichspräsidenten und bestätigte eine Reichsregierung aus Sozialdemokraten, christlichen Demokraten des Zentrums und bürgerlichen Demokraten der DDP: eine Koalition der Vernunft, die leider keinen Bestand auf Dauer hatte. Die neue Regierung mußte nicht nur aus dem Elend der Kriegsfolgen herausführen; sie hatte auch die außenpolitischen Folgen dieses Krieges auf sich zu nehmen. Der Friedensvertrag von Versailles vom Juni 1919 wurde wegen seiner drückenden und diffamierenden Bestimmungen zur Hypothek der Republik. Auf die Kolonien und große Teile des Reichsgebiets mußte verzichtet werden, Deutschland wurde fast völlig entwaffnet, die Handelsflotte mußte bis auf einige Fischereifahrzeuge abgetreten werden, riesige Mengen von Industriegütern und Rohstoffen waren abzuführen, Deutschland hatte ungeheure Reparationen zu zahlen, deren Finanzierung bis in das 21. Jahrhundert gedauert hätte, angebliche Kriegsverbrecher sollten ausgeliefert werden. Mit der Vertragsannahme verbunden war die Anerkennung der alleinigen deutschen Kriegsschuld – eine völlig absurde Bestimmung! Internationale Gleichberechtigung wurde Deutschland verweigert. Dem Reich waren damit die wesentlichen Merkmale eines souveränen Staats genommen, der Außenhandel war vernichtet, Deutschland als Machtfaktor aus der internationalen Politik ausgeschaltet. Österreich-Ungarn wurde aufgelöst, Deutsch-Österreich durfte sich aber nicht, wie in freier Abstimmung beschlossen, dem Deutschen Reich anschließen. Daß die Sieger mit all diesen demütigenden Friedensbedingungen den 2. Weltkrieg mitverursachten, ist kaum zu bestreiten!

Man machte in weiten Kreisen die Republik und die demokratischen Parteien für diese Kriegsfolgen ebenso verantwortlich wie für den finanziellen Ruin des Mittelstandes durch die Inflation von 1923. Der Mittelstand wandte sich nun weithin von der Republik ab und stützte rechtsstehende, republikfeindliche Parteien. Von links trug die 1918 gegründete KPD ihre klassenkämpferischen, ebenfalls republikfeindlichen Parolen in die verunsicherte Arbeiterschaft und untergrub die Position der staatstragenden SPD. Dennoch schien sich die wirtschaftliche Lage nach der Währungsreform von 1923 dank erheblicher Kapital-

anleihen aus den USA zu konsolidieren, bis die alle Erfolge zerstörenden Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise seit 1929 mit unzähligen Firmenzusammenbrüchen und Massenarbeitslosigkeit den Zerfall der Republik einleiteten und am 30. Januar 1933 das noch wenige Monate zuvor Unvorstellbare Wirklichkeit wurde: die Ernennung des Führers der republikfeindlichsten Partei zum Reichskanzler. Die Nazipartei war Nutznießer der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Krise der Weimarer Republik geworden. Mit skrupellosem Gebrauch staatlicher Machtmittel und brutalem Terror der paramilitärischen SA- und SS-Kommandos wurden nun die Republik und ihre Einrichtungen zerstört, politische Gegner psychisch und physisch fertiggemacht. Durch das Ermächtigungsgesetz vom 24.3.1933, dem nur die SPD nicht zustimmte, bekam Hitler diktatorische Vollmachten.

Er nützte sie zur Zerschlagung der Parteien und Gewerkschaften, der Pressefreiheit, zum Kampf gegen die christlichen Kirchen, zur rücksichtslosen Verfolgung der Mitbürger jüdischen Glaubens und – zur militärischen Aufrüstung. Alle Lebensbereiche wurden von der Nazi-Ideologie erfaßt, jede Lebensregung von den braununiformierten Machthabern kontrolliert; »Gestapo«, »Schutzhaft«, »Konzentrationslager« waren neu im Sprachgebrauch auftauchende Wörter, die man allerdings nur zu flüstern wagte. Eine wirtschaftliche Scheinblüte begann infolge der mit gewagten Finanzmanövern in Gang gesetzten Aufrüstung, die von den Siegern des 1. Weltkriegs, die der Republik das Leben schwer gemacht hatten, stillschweigend hingenommen wurde. Trotz des im Ausland scharf mißbilligten Antisemitismus und bewußter Brüskierung der Siegermächte konnte sich der Diktator bei den Olympischen Spielen 1936 in Berlin in internationaler Anerkennung sonnen.

Ludwigsburg hatte in dieser Zeit unter der Reduzierung der Garnison auf ein Viertel ihrer vorigen Größe und durch die verlorenen Exportmöglichkeiten zahlreicher Firmen schwere wirtschaftliche Rückschläge erlitten. Erst 1929 erreichte der Gewerbekataster wieder die Vorkriegshöhe, obwohl viele Firmen in den 20er Jahren zugezogen waren – unter ihnen auch 1928 die Bausparkasse Wüstenrot. Aber in der Wirtschaftskrise hatten auch hier Bankrotte, Entlassungen und Arbeitslosenelend die Szene bestimmt. Die günstige Wirtschaftslage von 1937 beruhte dagegen wieder bevorzugt auf der Garnison. Sie brauchte nach der Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht 1935 neue Kasernen: Fromann-, Eberhard-Ludwig- und Flakkaserne entstanden 1936/37, weitere Militärbauten folgten. Wieder herrschte Hochkonjunktur im Baugewerbe.

Der Geschäftsbericht der Ludwigsburger Bank zum 75. Geschäftsjahr 1937 stellte fest, dieses sei »wiederum beeinflußt von der fortdauernden günstigen allgemeinen Wirtschaftslage, welche in einer reichlichen Beschäftigung von Industrie und Handwerk zum Ausdruck kam«; der Umsatz war in diesem Jahr von 61 auf 66 Millionen Reichsmark gestiegen! Die Zeitgenossen sahen den wirtschaftlichen Aufschwung und fragten wenig nach den Hintergründen. Gerade das Bankgewerbe war im letzten Vierteljahrhundert mit Kriegs- und Übergangswirtschaft, Inflation und Weltwirtschaftskrise zeitweise in schwerer Bedrängnis gewesen. Die Ludwigsburger Bank hatte sich in diesen Jahren gut gehalten. 1923 konnte sie sogar ein neues Geschäftsgebäude am Arsenalplatz beziehen. Nach einem Geschäftsabschluß von über 8.900 Billionen – das ist eine Zahl mit 17 Stellen vor dem Komma! – für das Inflationsjahr 1923 war die Goldmarkeröffnungsbilanz 1924 mit knapp 155.000 Mark allerdings erschreckend niedrig ausgefallen – ein Spiegel der allgemeinen Verarmung. Bis 1930 stieg die

Bilanzsumme wieder auf über 3 Millionen, aber die Mitgliederzahl sank kontinuierlich von 1623 in 1923 auf 851 in 1936 ab: Beleg für die Schwächung und Verarmung des handwerklichen Mittelstandes.

Zwei Jahre später begann der 2. Weltkrieg.

1962

Und 25 Jahre später, 1962 beginnt der auf Hochglanzpapier gedruckte Geschäftsbericht der Volksbank Ludwigsburg – so heißt sie seit 1941 – mit der Feststellung:

»Die westdeutsche Wirtschaft stand 1962 weiter im Zeichen der Hochkonjunktur. Hierzu hat wesentlich der starke Auftragsüberhang aus den Vorjahren sowie die erneute Zunahme des Bestelleingangs ... beigetragen. Kräftige Impulse sind ferner von den wachsenden Ausgaben der öffentlichen Stellen ausgegangen. Auch die Zunahme des privaten Verbrauchs unter dem Einfluß von Lohn- und Gehaltssteigerungen hat die Wirtschaftstätigkeit belebt...

Den Engpaß in der Entwicklung der westdeutschen Wirtschaft bildete auch 1962 wieder der Arbeitsmarkt. Trotz des Anstiegs der Beschäftigtenzahl lag die Zahl der offenen Stellen erheblich über der Arbeitslosenziffer.«

Halten wir die ersten Sätze aus dem mit der Maschine auf Billigpapier getippten Bericht für 1945 dagegen:

»Das Geschäftsjahr 1945 ist wohl mit eines der schwersten in der langen Geschichte unserer Genossenschaft seit ihrer Gründung im Jahre 1862.
Die Ungewissheit über das Schicksal unseres Volkes lastet schwerer denn je auf uns allen...«

17 Jahre liegen zwischen diesen beiden Aussagen! Aber welche historischen Entwicklungen von 1937 bis 1945 und weiter bis 1962? Der Weg in den 2. Weltkrieg mit den anfänglichen Siegen, und dann ab 1942 der unaufhaltsamen Zerschlagung Deutschlands durch die alliierten Mächte, schließlich am 8. Mai 1945 die bedingungslose militärische Kapitulation und Deutschlands Aufteilung in vier Besatzungszonen. Und dann zwar Aufatmen über das Ende der 12jährigen Terrorherrschaft der Nazipartei und das Ende des Krieges, aber auch tiefgreifendes Entsetzen über die Verbrechen, die in dieser Zeit im deutschen Namen und von Deutschen begangen wurden, Entsetzen auch über das ganze Ausmaß der menschlichen Tragödien, der materiellen Schäden und berechtigte Angst vor der Zukunft, Wohnungsnot, Hunger und Elend.

Das zunächst von französischen, später amerikanischen Truppen besetzte Ludwigsburg war vom Bombenkrieg fast völlig und auch vor Zerstörungen bei Kriegsende bewahrt geblieben. Kein Wunder, daß die Einwohnerzahl – noch im Krieg bei etwa 40.000 – 1945 einschließlich der ehemaligen Fremdarbeiter und Kriegsgefangenen sowie der Evakuierten zeitweise bis 100.000 hochschnellte, deren Versorgung mit dem Allernotwendigsten schier unlösbare Probleme bereitete. Bald setzte der Zustrom der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge aus den deutschen Ostgebieten, dem Sudentenland und Osteuropa ein, dem in den 50er Jahren die Flüchtlinge aus der Sowjetisch besetzten Zone folgten. Alle diese Menschen, die oft nur das nackte Leben gerettet hatten, erwarteten Eingliederung, Wohnungen, Nahrung und Arbeit. Nach Beendigung der Hungerzeit 1948 war die Wohnungsnot das »Problem Nr. 1« (Hudelmaier). Wohnungsbau

stand an allererster Stelle der wirtschaftlichen Wiederbelebung der Nachkriegszeit. Bis 1962 wurden etwa 15.000 Wohnungen neu erstellt, daneben zahlreiche neue Industriebauten; erst jetzt wurden die großen Flächen zwischen der Stadt und den eingemeindeten Dörfern überbaut. Die Einwohnerzahl stieg bis 1962 auf über 70.000.

»Mit den vielen Menschen kamen nicht nur Ernährungs- und Wohnungssorgen auf die Stadt zu, es kamen auch Arbeitskraft und Leistung, erfolgversprechende Ideen und wagemutige Unternehmer« (Hudelmaier). Es begann hier wie überall die harte Aufbauarbeit, die man schon bald im Ausland als »deutsches Wirtschaftswunder« bestaunte. Die Ludwigsburger Wirtschaft überwand nun die Abhängigkeit von der Garnison.

Die politischen Voraussetzungen dafür wurden 1947 mit der Zusammenlegung der amerikanischen und britischen Zone zur »Bizone« und zum Vereinigten Wirtschaftsgebiet geschaffen. Sehr zögerlich schlossen auch die Franzosen ihre Zone an diese Keimzelle der Bundesrepublik Deutschland an, während die Sowjetregierung dazu nicht bereit war. »Wir sind die Eingeborenen von Trizonesien« spottete man; die deutsche Teilung bahnte sich an. Durch die 1948 erfolgte Währungsreform wurden für die drei Westzonen wieder stabile Geldverhältnisse und damit die Grundlage für eine Gesundung des Wirtschaftslebens geschaffen. Nach den Vorstellungen von Ludwig Erhard wurde der rechtliche Rahmen für eine soziale Marktwirtschaft festgelegt und wirtschaftliches Wachstum als Hauptziel der staatlichen Wirtschaftspolitik definiert. Insbesondere die neugegründete große Volkspartei CDU unter Führung von Konrad Adenauer, der nach Gründung der Bundesrepublik am 23. Mai 1949 erster Bundeskanzler wurde, verfolgte nun konsequent diesen Kurs, der anfänglich von SPD, Gewerkschaften und Teilen der CDU selbst abgelehnt worden war.

Die umfangreichen Kapitalhilfen der USA im Rahmen des Marshall-Plans und die Einstellung der Nachkriegsdemontagen von deutschen Industrieanlagen beschleunigten den seit der Währungsreform spürbaren Konjunkturaufschwung in der Bundesrepublik. Sie wurde in der Folge, im Zuge des weltweiten Ost-West-Konflikts und der Blockbildung, konsequent in die westliche Verteidigungs- und Wirtschaftsgemeinschaft eingegliedert. Dementsprechend vertiefte sich der Graben zwischen ihr und der neuen DDR ebenso konsequent, bis mit dem Bau der Berliner Mauer, und des »drüben« sogenannten »antifaschistischen Schutzwalls« an der DDR-Westgrenze 1961 das innerdeutsche Verhältnis die Talsohle erreichte.

Die Ludwigsburger Volksbank erlebte parallel zu dem wirtschaftlichen Boom der 50er Jahre sowie dem raschen Wachstum der Stadt und ihrer industriellen Kapazität eine nie zuvor erlebte Hochkonjunktur. Die Bilanzsumme stieg von 1,6 Millionen DM in 1948 bei Zuwachsraten von jährlich bis zu 20 % auf über 24 Millionen 1962, der Umsatz von 211 Millionen auf 652 Millionen, die Mitgliederzahl von 947 auf 1636. In der zum 100jährigen Jubiläum 1962 erschienenen Broschüre wurden solche Zahlen zufrieden kommentiert: »Sie beweisen, welche Stellung sich die Bank in der heimischen Wirtschaft errungen hat. Sie zeigen... deutlicher als viele Worte, welche Leistungskraft einer großen Vertrauensgemeinschaft innewohnt, die innerlich gesund dasteht. Der ... stete Aufstieg ist kein glücklicher Zufall, sondern das Ergebnis eines fleißigen Zusammenwirkens von Mitgliedern, Sparern, Kunden, der Verwaltung und ihrer Angestellten...«. Das erst 1953 renovierte Bankgebäude war schon wieder zu klein geworden; Neubaupläne nahmen bald Gestalt an.

Volksbank Ludwigsburg in den 1950er Jahren

Und die Entwicklung im letzten Vierteljahrhundert? Die Bundesrepublik setzte politisch ihre Existenz als stabiles, in sich gefestigtes demokratisches Staatswesen trotz gelegentlicher Irritationen fort. Ludwig Erhard, seit 1963 nach Adenauer zweiter Bundeskanzler, mußte in der ersten Nachkriegs-Wirtschaftskrise 1966 mit seiner CDU-FDP-Regierung einer großen Koalition von CDU und SPD unter K.G. Kiesinger Platz machen. 1969-1982 folgten die sozialliberalen Koalitionsregierungen von SPD und FDP unter den Bundeskanzlern Willy Brandt und Helmut Schmidt. Deren ursprüngliche Ziele: Modernisierung der gesellschaftlichen Strukturen und Beginn einer neuen Ostpolitik im Rahmen des westlichen Verteidigungsbündnisses wurden von einer klaren Mehrheit der Wähler bestätigt. Die Studentenunruhen 1968 beschleunigten den Wandel zur offenen Gesellschaft unserer Gegenwart. Die neue Ostpolitik erwies sich als tragfähig. Auch das auf den Nullpunkt gesunkene Verhältnis zur DDR konnte bei ersten spektakulären deutsch-deutschen Begegnungen auf höchster Ebene und intensiver Kleinarbeit stetig verbessert werden und hat heute mit dem Besuch des DDR-Staatsratsvorsitzenden in der Bundesrepublik einen – hoffentlich vorläufigen – Höhepunkt erreicht: Es herrscht »mehr Normalität« (so Bundeskanzler Kohl) als je zuvor zwischen beiden deutschen Staaten. Daß die in den 70er Jahren von der CDU/CSU-Opposition heftig angegriffene Ostpolitik nach deren Rückkehr in die Regierungsverantwortung vor 5 Jahren nahtlos fortgesetzt wurde, belegt eindrucksvoll die prinzipielle Übereinstimmung der staatstragenden Parteien in grundsätzlichen Angelegenheiten der deutschen Politik.

Sprunghaft und unregelmäßig entwickelte sich der Wirtschaftssektor. Das Wachstum verlangsamte sich in den 60er Jahren und stockte 1967: die Hochkonjunktur der Wiederaufbauphase war zu Ende. In der Folge zeigte sich immer deutlicher – besonders auffällig bei der Ölkrise von 1973 oder in der Stagnationsphase 1981/82-, daß die Bundesrepublik in die Weltwirtschaft wie nie zuvor eingebunden und deren Einflüssen und Krisen voll ausgeliefert ist: Inflation und Arbeitslosigkeit, Strukturkrisen ganzer Industriebranchen (Kohle, Stahl, Bau), dazuhin die großen Existenzsorgen der deutschen Bauern in der Europäischen Gemeinschaft wurden Dauerprobleme, denen die staatliche Wirtschafts- und Finanzpolitik gegensteuern mußte und muß. Neue Innovationsschübe kamen u.a. durch die republikweiten Orts- und Stadtkernsanierungen, den Straßenbau und sonstige Verkehrs- und Kommunikationsinvestitionen, neuerdings auch Maßnahmen zum Umweltschutz. Autoindustrie und Computertechnik wurden führende Wachstumsindustrien. Insgesamt erhöhte sich der allgemeine Wohlstand stetig; der Lebensstandard der Bundesbürger hält seit vielen Jahren einen Spitzenplatz in der Welt.

Auch Ludwigsburg, nochmals vergrößert in der Gemeindereform der 70er Jahre, blieb – bei insgesamt kontinuierlicher Aufwärtsentwicklung – nicht von größeren Firmenzusammenbrüchen und Veränderungen verschont, hat aber insgesamt eine erstaunlich krisenfeste Wirtschaftsstruktur entwickelt. Kontinuierlich konnte sich die Stadt modernisieren: Verkehrswege wurden heutigen Verkehrsbedingungen angepaßt, weitere Wohngebiete gebaut, großflächige Sanierungen alter Bausubstanzen vorgenommen, Einkaufszentren, Sport- und Freizeiteinrichtungen errichtet. Jeder hier weiß, daß gerade im Sanierungssektor für die Zukunft noch große Aufgaben anstehen. Die barocke Gründungsstadt hat aber nach manchen groben Bausünden auch ihre Identität als Barockstadt,

über das »Blüba« hinaus, wiederentdeckt und ist kulturell attraktiver geworden, nicht nur durch die Schloßfestspiele.

Die Volksbank hat in diesen letzten 25 Jahren, in denen Banken insgesamt von Einrichtungen für die besser Verdienenden und Besitzenden zu Betrieben geworden sind, bei denen jeder und jede das Lohn- oder Gehaltskonto unterhalten muß, – nochmals Expansionsrekorde aufgestellt. Schon 1984 zählte man über 11.000 Mitglieder, hatte eine Bilanzsumme von über 500 Millionen und gehörte zu den 10 größten Volksbanken in Württemberg. 1966 wurde das heutige Gebäude am Arsenalplatz eingeweiht und zugleich erfolgte die Einrichtung der ersten Zweigstellen im Stadtgebiet. 1973 begann mit der Eingliederung der Genossenschaftsbank Hemmingen die Ausdehnung in den ländlichen Raum – eine völlig neue Entwicklung – die 1987, etwas modifiziert, durch die Verschmelzung mit der Oßweiler Bank fortgesetzt wurde. 15 Geschäftsstellen gibt es heute und dabei wird es wohl nicht bleiben. Denn: ohne Festtagsreden-Lyrik darf man abschließend sicherlich feststellen, daß es der Ludwigsburger Volksbank in den 125 Jahren ihres Bestehens gelungen ist, in politisch und wirtschaftlich schwierigen Zeiten zumindest den Bestand zu wahren, in guten Zeiten aber die Chancen zum Ausbau ihrer Geschäftstätigkeit optimal zu nutzen. Diese kaufmännische und unternehmerische Tüchtigkeit bleibt ihr hoffentlich auch in Zukunft bewahrt!

»Besonders schädigend wirkt der Einfluß der Stadt« – Pfarrberichte zur Industrialisierung und sozialen Differenzierung im ehemaligen Oberamt Marbach zwischen 1890 und 1914[1]

Von Stefan Beck

»Im Zusammenhang mit dem Vordringen des sozialdemokratischen Geistes wird in einzelnen Kreisen ziemlich unverhohlen ausgesprochen: Was brauchen wir überhaupt einen ›Pfaffen‹? Es ist dem Pfarrer auch schon begegnet, daß, wenn er Nachts des Wegs kam, unreife Jugend ihm unter dem Schutz der Dunkelheit Beschimpfungen zu Teil werden ließ.‹[2]

Diese Passage aus dem Jahr 1908 findet sich in einem der Pfarrberichte, die in der Regel alle vier Jahre vor der Visitation einer Pfarrei von den Pfarrern zu fertigen und an die Behörde der Landeskirche in Stuttgart zu senden waren. Diese Berichte bilden eine hervorragende Quelle für die württembergische Industrialisierungsgeschichte[3], beeindruckend ist vor allem die schon beinahe seismographische Genauigkeit, mit der von den Pfarrern Verhaltensänderungen in den unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen als Folge der während des Industrialisierungsprozesses aufbrechenden Sozialstrukturen beschrieben werden. Auf Grundlage dieser Berichte soll hier versucht werden, »Zeitdiagnosen« der Geistlichen und ihre Interpretationen der gesellschaftlichen Strukturveränderungen als Folge des Industrialisierungsprozesses nachzuzeichnen.

In Rechnung zu stellen ist dabei, daß diese Berichte vor allem Rechtfertigungsfunktion gegenüber der Visitationsbehörde hatten. Selbstkritik sucht man in den Schilderungen meist vergeblich, für auftretende Schwierigkeiten in den Gemeinden werden in aller Regel relativ unbeeinflußbare Außenfaktoren als Ursache genannt. Ebenso problematisch ist der Versuch, aus den Berichten Aussagen über das Alltagsleben herauszulesen, da das traditionellen Normen entsprechende Leben sich nur sehr vermittelt in den Berichten niederschlägt, das Außergewöhnliche, die Innovation wird daher immer überbewertet. Der auf – überwiegend negativ beurteilte – Veränderungen gerichtete Blick der Pfarrer macht so die Heranziehung weiterer Quellen zur Notwendigkeit, will man historische Prozesse auf lokaler und regionaler Ebene rekonstruieren. Da hier jedoch im Mittelpunkt des Interesses die Frage stand, wie die Pfarrer der ländlichen Gemeinden die gesellschaftlichen Modernisierungsprozesse an der Schwelle des 20. Jh. empfanden, wurde weitgehend darauf verzichtet, zusätzliche Daten und Fakten heranzuziehen.

Untersuchungszeitraum sind die 20 Jahre von 1894 bis 1914, da sich in diesen Jahren die Industrialisierung erstmals in größerem Umfang verändernd auf die Sozialstrukturen in den sechs, hier beispielhaft ausgewählten Gemeinden auswirkte. Vorangestellt sind einige Bemerkungen zur sozialen Position der Pfarrer und zur ökonomischen Situation der untersuchten Pfarreien, bevor die Pfarrberichte unter einigen Aspekten genauer betrachtet werden solle.

Die Rolle der Pfarrer in ihren Gemeinden

Charakteristisch für die soziale Position der Pfarrer in den ländlichen Gemeinden um die Jahrhundertwende ist besonders, daß sie als zugezogene Repräsentanten staatlich-kirchlicher Institutionen außerhalb der Produktionszusammenhänge und damit »außerhalb des dörflichen Kommunikations- und Interaktionssystems«[4] standen. Die evangelischen Geistlichen rekrutierten sich noch Ende des 19. Jhs. zu 75% aus dem Staats- und Kirchendienerstand, während nur 2,7% aus Bauernfamilien stammten.[5] Diese unterschiedliche Klassenzugehörigkeit bzw. Sozialisation und ihre weit überdurchschnittliche Bildung verstärkte die Außenseiterfunktion gegenüber der bäuerlichen Bevölkerung. So bildeten die Pfarrer die – allerdings nie unumstrittene – Spitzenautorität der Gemeinden und rangierten noch vor dem meist aus dem Ort selbst stammenden Schultheißen.

Die Pfarrer waren in hohem Maße fremdbestimmt und kontrolliert durch übergeordnete Instanzen, an deren Zielen und Normsetzungen sie sich orientierten. Dies wies den Pfarrern eine Doppelfunktion zu: Sie waren Vertreter der »weltlichen (kirchlichen) Herrschaft und zugleich Repräsentant und Sprachrohr des Dorfes«[6] gegenüber der Außenwelt. Als privilegierte Vertreter der kirchlichen und staatlichen Macht hatten die Geistlichen in der ersten Hälfte des 19. Jh. wichtige Integrations- und Innovationsfunktionen[7] erlangt. Dieser Bedeutungszuwachs begann sich jedoch in dem Moment wieder zu verringern, als die soziokulturellen Wandlungserscheinungen in Folge von »Industrialisierung, Eisenbahnbau, Mobilität, dem Entstehen einer Arbeiter- und neuen Handwerkerschicht im Dorf«[8] Ende des 19. Jh. einsetzten. Vor diesem Hintergrund müssen die in allen Pfarrberichten wiederkehrenden Klagen der Geistlichen über ihren zurückgehenden Einfluß in den dörflichen Gemeinden relativiert werden.[9]

Wirtschaftliche Verhältnisse im Oberamt Marbach

Das Oberamt Marbach stand 1866 an der siebenten Stelle der württembergischen Oberämter, die einen eindeutigen Wanderungsverlust aufwiesen. In den zehn Jahren 1842 bis 1852 wanderten 1261 Einwohner offiziell ins Ausland ab, so daß auf 252 Einwohner ein Auswanderer kam.[10] In den 1850er Jahren nahm die Auswanderer-Rate nochmals zu. 1853 betrug sie 1:98 und 1855 1:69, womit die höchste Rate aller württembergischen Oberämter erreicht wurde. Die Oberamtsbeschreibung bemerkt dazu: »Hieraus ist erklärlich, daß im Oberamtsbezirk ungeachtet des starken Überschusses (der Geburten) über die Todesfälle der Bevölkerungszuwachs im Ganzen verhältnismäßig unbedeutend blieb.«[11] In den folgenden Jahrzehnten setzte sich dieser Abwanderungsprozeß aus dem Oberamt fort, so daß die Zahl der ortsanwesenden Bevölkerung des Oberamts trotz Geburtenüberschuß zurückging: von 27138 im Jahre 1834 über 26637 im Jahre 1871 auf schließlich 25963 im Jahre 1900.[12] Da industrielle Erwerbsmöglichkeiten im Oberamt nahezu völlig fehlten, konnte die wachsende Bevölkerung keine ausreichende Lebensgrundlage finden. Auch in der zweiten Hälfte des 19. Jh. faßte die Industrialisierung im Oberamt Marbach nur ganz allmählich Fuß, so daß 1904 das Oberamt »einer der wenigen Bezirke des Unterlandes (war), welche auch heute noch vorwiegend landwirtschaftliches Gepräge tragen.«[13] Auch nach 1907

betrug der Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten noch 64,5%.[14]

Die 2210 im Oberamt im Jahre 1865 vorhandenen Handwerksbetriebe[15] erwiesen sich nicht als aufnahmefähig für den Geburtenüberschuß, im Gegenteil setzte als Folge der beginnenden Industrialisierung und begünstigt durch die Aufhebung der Zunftverfassungen im Jahr 1862 ein Konzentrationsprozeß ein[16], wodurch sich die Zahl der Handwerksbetriebe im Oberamt auf nur noch 1563 verringerte[17], während sich einzelne Handwerksbetriebe zu semi-industriellen Produktionsstätten entwickelten. Aus dem traditionellen Gerber- und Schreinergewerbe schälten sich besonders die Leder- und Holzverarbeitung als Kristallisationspunkte industrieller Unternehmen heraus.[18] Die Landschreinereien waren dieser produktiveren Konkurrenz nicht mehr gewachsen und mußten dem Druck der auf dem wachsenden Warenmarkt erhältlichen, industriell gefertigten Produkte weichen. Oft konnten sich diese Handwerker auch nicht mehr durch den Ertrag des kleinen Grundbesitzes ein genügendes Auskommen sichern.

Die Mehrzahl der hier untersuchten Orte war in den 1890er Jahren noch rein bäuerlich strukturiert und insofern repräsentativ für die Masse der Gemeinden im Oberamt Marbach.

Murr hatte im Jahr 1886 912 Einwohner und war rein evangelisch; die landwirtschaftlichen Betriebe dienten überwiegend der Selbstversorgung, Haupteinnahmequelle bildete der Weinbau.[19] Die bäuerliche Bevölkerung charakterisierte der Pfarrer 1893 in seinem Bericht: *»In Bezug auf den Erwerb und den Gebrauch des Zeitlichen ist Fleiß und Sparsamkeit im allgemeinen vorherrschend.«*[20] An größeren Betrieben bestanden in Murr im Jahr 1889 eine Kunstmühle, eine Ziegelei und fünf Schreinereien, die teilweise schon für den überregionalen Markt produzierten.[21] Voraussetzung dafür war die Nähe zur Eisenbahnstation Marbach (3,5 km). Daneben bestanden die dorfüblichen Handwerksbetriebe. Trotz des Eisenbahnanschlusses 1894 blieb der Gewerbebesatz in Murr bis 1897 auf etwa diesem Stand, so daß der Pfarrer auch noch 1897 feststellen konnte: *»Die Einwohner sind größtenteils Bauern und Weingärtner (...)« (Murr 1897).*

Das evangelische Pfarrdorf **Affalterbach** hatte im Jahr 1886 zusammen mit seiner Filiale Wolfsölden 1265 Einwohner.[22] Haupterwerbsquelle war die Rinderzucht, was durch den relativ großen Grundbesitz auch des bäuerlichen Mittelstandes begünstigt wurde. Außer den üblichen Handwerkern waren einige Steinhauer in zwei Steinbrüchen und einige Weber vertreten. Diese Leinenweber des Ortes mußten jedoch in den folgenden Jahrzehnten wegen des zunehmenden Konkurrenzdrucks maschinell hergestellter Produkte ihr Gewerbe aufgeben. Zudem verschob sich die Nachfrage des Marktes von Leinen- auf Baumwollprodukte, was den ökonomischen und sozialen Abstieg der Weber noch beschleunigte.[23] Dies war bereits eine erste negative Auswirkung der Industrialisierung auf die Gemeinde; da jedoch nur ein kleiner Teil der Einwohner betroffen war, konnte der Visitator noch im Jahre 1896 eine aus seiner Sicht positive Bilanz ziehen: *»Affalterbach ist eine ausschließlich bäuerliche, vom Strom des Weltlebens weniger berührte Parochie (...)« (Affalterbach 1896).*[24]

Der Pfarrer hingegen erwähnt auch die typischen Probleme einer bäuerlichen, »weltabgewandten« Gemeinde in jener Zeit: *»Die Berufs- und Erwerbsverhältnisse sind nicht günstig; die Markung wie meist im Unterland verhältnismäßig klein, der Futterbau beschränkt. (...) Es fehlt an Verdienst in einem nahen Fabrikort« (Affalterbach 1896).*

Erbstetten hatte im Jahr 1886 577 Einwohner.[25] Größere Handwerksbetriebe oder gar kleine, industriell arbeitende Betriebe waren im Ort nicht vorhanden. Der bäuerliche Grundbesitz betrug im Durchschnitt ca. 10 Morgen, die ärmere Dorfbevölkerung war daher gezwungen, als Taglöhner in den größeren landwirtschaftlichen Betrieben zu arbeiten.[26] Der Erbstettener Pfarrer schildert die wirtschaftliche Lage seiner Gemeinde: *»Die hiesige Gemeinde ist eine durchaus bäuerliche Gemeinde. Die hier lebenden Handwerker betreiben bis auf zwei neben ihrem Handwerk Ackerbau. 2 oder 3 arbeiten in Backnanger Gerbereien. Maurer und Zimmerleute arbeiten viel auswärts, bes. in Backnang« (Erbstetten 1898).*

Auch **Burgstall** war ein rein evangelisches Pfarrdorf mit 558 Einwohnern im Jahre 1886.[27] Schon die Oberamtsbeschreibung stellt fest, daß es in Burgstall eine große Zahl sehr armer Familien gab, deren sehr geringer Grundbesitz oft zur Existenzsicherung nicht ausreichte.[28] Auch in Burgstall wurde daher als Hausgewerbe die Weberei betrieben, die aber ab den 1890er Jahren immer weniger profitabel war. Die Bestandsaufnahme des Pfarrers im Jahre 1897 ist somit nicht zutreffend, wenn er »Arbeitsscheu« als Grund der Armut sieht oder die Folgen des Verdrängungswettbewerbs als »Unglück« charakterisiert: *»Hauptberuf ist die Landwirtschaft. Es gibt einige vermögliche Großbauern. Am meisten voran kommt übrigens ein Teil der Kleinbauern, welche alles selber arbeiten und nicht das Befürfnis fühlen, die Herren zu spielen. Außerdem gibt es eine Anzahl ganz armer Familien, teils durch Unglück, teils durch Arbeitsscheu« (Burgstall 1897).*[29]

In Burgstall bestand auch eine kleine, turbinengetriebene Thomasmehl-Fabrik, die sich aus einer bereits 1866 vorhandenen, 5gängigen Mühle entwickelt hatte.[30] In dieser Mühle wurden allerdings »nur wenige, meist ältere Arbeiter« beschäftigt (Burgstall 1897).

Die Kleinbäuerliche Produktion im rein evangelischen **Benningen** (1886: 1005 Einwohner[31]) erwies sich schon Anfang der 1890er Jahre als völlig unzureichend zur Subsistenzsicherung. 230 ha Ackerfläche wurden von 130 Familienbetrieben bewirtschaftet. Diese wirtschaftlich katastrophale Situation schildert der Pfarrbericht von 1900: *»Der landwirtschaftliche Betrieb und Weinbau ist die Hauptsache. Bei dem Rückgang der Landwirtschaft und den schlechten Weinjahren müssen es die Leute z. T. sehr sauer werden lassen« (Benningen 1900).*[32]

Die einzige industrielle Erwerbsquelle am Ort stellte eine 1897 gegründete Zigarrenfabrik dar, die 15–16 Arbeitern ein Auskommen bot.[33] Unter diesen Bedingungen entwickelte sich Benningen seit dem Eisenbahnanschluß im Jahre 1879 zu einer Arbeiterwohngemeinde, da Verdienstmöglichkeiten in den nahen Industrieorten gesucht werden mußten.

Im Jahre 1886 zählte die Gemeinde **Steinheim** 1281 Einwohner.[34] Ab den 1880er Jahren fand hier der Sprung von der handwerklichen zur industriellen Produktion im Holzgewerbe statt.[35] Während die Gesamtzahl der Schreinereien im Ort zurückging, expandierten einige Betriebe schnell. Steinheim entwickelte sich zu einem Zentrum der Sitzmöbelindustrie, so daß der Pfarrer 1897 feststellte: *»Steinheim ist der gewerbsamste Ort des Bezirkes. Die herrschende Industrie ist die Möbel- (Stuhl-)Schreinerei, die z. T. fabrikmäßig betrieben wird. Der Umsatz ist ein bedeutender« (Steinheim 1897).*[36]

Dieser positiven Entwicklung im gewerblichen Bereich stand jedoch die schleichende Verarmung von zahlreichen kleinen und mittleren bäuerlichen Betriebe gegenüber.

Sozialer Wandel in den Dörfern: Veränderte »Erwerbsverhältnisse«

Im Vergleich zu anderen württembergischen Bezirken setzte die Industrialisierung im Oberamt Marbach mit erheblicher Verspätung und von Ort zu Ort zeitlich verschoben ein. In Burgstall beobachtete der Pfarrer schon im Jahr 1897, im Unterschied zum »weltabgewandten« Affalterbach, beginnende Auswirkungen der Industrialisierung im dörflichen Leben. Für ihn waren die zwei expandierenden Möbel-Schreinereien verderblich für die Gemeinde: *»Dagegen üben schädigenden Einfluß auf die hiesige Jugend die Lehrlinge und jungen Gesellen der Handwerker, welche selbst sich dem Christenlehrebesuch entziehen und andere dazu verleiten, auch sonst manchen, besonders nächtlichen Unfug treiben. Sozialdemokratische Ideen haben am meisten bei einer auswärts arbeitenden Maurerfamilie Wurzel geschlagen« (Burgstall 1897).*

Hierbei fällt ein, in den Pfarrberichten immer wiederkehrendes, Stereotyp auf: Die »schädlichen« Wirkungen gehen von Ortsfremden aus (Lehrlingen, Gesellen), die in den Handwerksbetrieben des Ortes Arbeit gefunden haben, oder werden von »außen« importiert (»auswärts arbeitender Maurer«.) Implizit gehen die meisten Geistlichen von dem Bild der braven, aber durch bösen Einfluß verführten Gemeindemitglieder aus. So sah es auch der Visitator in seinem Kommentar zum Steinheimer Pfarrbericht 1897: *»Eine große Zahl Auswärtiger ist hereingezogen und hat auf das Gemeindeleben (...) kirchlich und religiös-sittlich abschwächend gewirkt. Die Gemeinde macht also im Kleinen die Krisis, die die christliche Gesellschaft im Großen zu bestehen hat, durch« (Steinheim 1897).*

Der Pfarrer erkannte zwar die Vorteile der beginnenden Industrialisierung an: *»Durch die hiesigen Industrien kommt manche Gelegenheit zu leichtem und schnellem Verdienst in die Gemeinde«* (Steinheim 1897). Aber er bedauerte die damit notwendig verbundenen, langsam sich herauskristallisierenden Interessengegensätze, die die ehemals angeblich homogene[37] bäuerliche Gemeinde zu spalten begannen: *»Auch im bürgerlichen Leben herrscht große Uneinigkeit und stehen sich die Parteien feindselig gegenüber. Diese Uneinigkeit ist mitverursacht durch die Verschiedenheit der Berufs- und Erwerbsverhältnisse. Innerhalb der Gemeinde stehen sich die Landwirtschaft- und die Gewerbetreibenden in gleicher Zahl gegenüber« (Steinheim 1897).*

In der Darstellung des Steinheimer Pfarrers überwiegen die auf die hergebrachte Sozialstruktur destruktiv wirkenden Kräfte der beginnenden Industrialisierung. Der Benninger Pfarrer sah dagegen vor allem die Vorteile, die seinen Gemeindemitgliedern durch die industriellen Erwerbsmöglichkeiten entstanden: *»Es ist (...) äußerst günstig, daß die Gelegenheit zur Fabrikarbeit in und außerhalb des Ortes vorhanden ist. Sehr viele junge Leute männlichen und weiblichen Geschlechts, auch verheiratete Männer – im ganzen 14% der Gesamtbevölkerung –, arbeiten in Fabriken hier, in Ludwigsburg, Kornwestheim und Stuttgart. Die materielle Lage der Gemeindeglieder hat sich dadurch jedenfalls gebessert, was auch daraus ersichtlich ist, daß die Gemeinde in den letzten Jahren nur wenige Ortsarme zu unterhalten hatte« (Benningen 1900).*

Vor dem Hintergrund der Verhältnisse in Benningen – kleine Markung, weitgehende Grundstückszersplitterung durch die Realteilung, ständig zurückgehende Erträge aus dem Weinbau und nur eine kleine Zigarrenfabrik am Ort – ist es nicht verwunderlich, wenn immer mehr Frauen und Männer zur Arbeit in aus-

wärtigen Betrieben gezwungen waren. Der günstige Eisenbahnanschluß (21 Minuten Fahrzeit bis Ludwigsburg (Benningen 1900)) bot dabei die nötige Voraussetzung, daß sich Benningen in den folgenden Jahren zu einer Arbeiterwohngemeinde entwickeln konnte.[38]

Ganz allmählich hielten auch industrielle Betriebe in den an der Eisenbahn gelegenen Orten des Bezirks Einzug und machten sich das ländliche Arbeitskräftereservoir zunutze.[39] Aus bereits vorhandenen handwerklichen Betrieben entwikkelten sich für den wachsenden Markt industriell produzierende Fabriken, nur vereinzelt wurden neue Betriebe gegründet. *»Doch dringt die Industrie immer mehr herein und beginnt auch Einfluß auf die Gemeindeverwaltung zu gewinnen. Außer der hiesigen Holzmehlfabrik (1901 gegründet, S. B.) werden Fabriken in Marbach, Steinheim und Ludwigsburg von hier aus besucht«* (Murr 1909).

Abb. 1: Briefkopf der Firma Zinsser in Murr, gegründet 1901. Wie in vielen Firmenbriefköpfen dieser Zeit wird besonders der Eisenbahnanschluß und die Lage am Fluß zur Energiegewinnung zeichnerisch festgehalten, beides Voraussetzungen unternehmerischer Expansion.

In Steinheim entwickelte sich aus den vorhandenen Handwerksbetrieben ein Zentrum der Möbelindustrie. Neben 60 Gewerbebetrieben bestanden 1905 *»10 industrielle Betriebe, in welchen 80 verheiratete Schreiner«* beschäftigt waren; hinzuzurechnen sind die ledigen Lehrlinge und Gesellen, die im Pfarrbericht nicht erwähnt werden (Steinheim 1905). Die wachsenden Industriebetriebe in den Städten warben auf dem Land um Arbeitskräfte: *»Dagegen machen die Fabrikanten Anstrengungen, Arbeiter und Arbeiterinnen von hier zu gewinnen«* (Burgstall 1909).

Als erste waren die Söhne und Töchter der Tagelöhner und Häusler zur Fabrikarbeit gezwungen, bevor auch die Kinder der Kleinbauern in diesen Prozeß einbezogen wurden. Der Weg dieser jungen Arbeiter war für den Pfarrer vorgezeichnet: sie *»versinken nach der Konfirmation im städtischen Proletariat«* (Burgstall 1909).[40] Anscheinend hatten die auf dem Land aufgewachsenen Arbeiter in den städtischen Fabriken unter ihrer Herkunft zu leiden, sie wurden *»von den Backnanger Arbeitern und Arbeiterinnen nicht gern gesehen und gedrückt«* (Burgstall 1909). Die Ablehnung der städtisch geprägten Arbeiter gegenüber den vom Land stammenden Arbeitern ist ein Phänomen, für das Josef Mooser fol-

Arbeits-Ordnung

der Firma

Lukas Schnaidt, Steinheim a. M.

Mit dem 1. Aug. 1910 tritt nachstehende Arbeitsordnung in Kraft, deren Inhalt für den Arbeitgeber und für jeden Arbeiter der Fabrik rechtsverbindlich ist.

§ 1. Jeder Arbeiter hat vor dem Eintritt in die Fabrik die zur Anmeldung erforderlichen Ausweispapiere und jeder Minderjährige außerdem sein Arbeitsbuch vorzulegen.

§ 2 Jedem Arbeiter wird ein Exemplar der in der Fabrik ausgehängten Arbeitsordnung bei seinem Eintritt ausgehändigt. Er verpflichtet sich dadurch zur genauen und gewissenhaften Beachtung derselben.

§ 3. Die Arbeitszeit beginnt für Erwachsene und jugendliche Arbeiter um 6½ Uhr morgens und endigt um 6 Uhr abends. Mittagspause von 12 bis 1¼ Uhr. Vesperpausen Vor- und Nachmittags je ¼ Stunde. Die Arbeitszeit beziehungsweise die Pausen der jugendlichen Arbeiter sind nach Maßgabe der §§ 135, 136 der Gewerbeordnung besonders geregelt und durch besonderen Aushang bekannt gegeben Von 12—1¼ Uhr ist die Fabrik geschlossen und der Aufenthalt in derselben nicht gestattet.

Abweichungen von der regelmäßigen Arbeitszeit werden jeweils durch besonderen Anschlag bekannt gemacht.

Die erwachsenen Arbeiter sind verpflichtet, auf ergangene Aufforderung, Arbeiten, welche durch das Gesetz oder die zuständigen Behörden gestattet sind, auch an Sonn- und Festtagen vorzunehmen.

§ 4. Jeder Arbeiter hat so zeitig an seiner Arbeitsstelle zu erscheinen, daß er mit dem dafür festgesetzten Zeichen seine Arbeit aufnehmen kann; er darf die Arbeit nicht früher niederlegen, als bis das Zeichen dazu gegeben ist. Das Rüsten zum Verlassen der Arbeit vor diesem Zeichen, ebenso die verspätete Aufnahme derselben ist unstatthaft.

§ 5. In notwendigen Fällen ist das zeitweilige Verlassen der Fabrik während der Arbeitszeit nur nach erfolgter Anzeige gestattet. Der Wiedereintritt während der Arbeitszeit ist dem nächsten Vorgesetzten ohne Verzug anzuzeigen.

§ 6. Die Berechnung der Löhne findet von Woche zu Woche statt und zwar von Freitag abend bis zum nächsten Freitag abend.

In der Zwischenzeit werden keinerlei Zahlungen geleistet.

Die Auszahlung erfolgt am darauffolgenden Samstag nach Schluß der Arbeitszeit.

Die gesetzlichen Kassenbeiträge werden vom Lohn abgezogen.

§ 7. Der Lohn wird innerhalb der ersten Woche nach Eintritt des Arbeiters in das Geschäft vereinbart.

Bei Stückarbeiten gelten die in jüngster Zeit in der Fabrik bezahlten Preise.

Bei Akkordarbeiten erfolgt die endgültige Feststellung des Lohnes nach Beendigung des ersten Akkords.

Die jeweiligen maßgebenden Vereinbarungen, betreffs Akkordarbeit, Ueberzeitarbeit ꝛc., welche in den Fabrikräumen ausgehängt sind, werden den Arbeitsordnungen angeheftet. — § 616 des bürgerlichen Gesetzbuches findet auf das Arbeitsverhältnis keine Anwendung.

§ 8. Durch die Entnahme einer Stückarbeit erklärt sich der Arbeiter für befähigt und verpflichtet, dieselbe sachgemäß und sauber und innerhalb der hierfür vereinbarten oder für einen mittleren Arbeiter nötigen Zeit herzustellen.

Eine übernommene Akkordarbeit kann dem betreffenden Arbeiter entzogen werden, wenn eine als mangelhaft erkannte Arbeit nicht sofort verbessert wird, oder wenn der Arbeiter sich ungewöhnlich lange an einer Arbeit aufhält, ebenso wenn er die Arbeit länger als 2 Tage unterbricht.

Wird einem Arbeiter aus einem der besagten Gründe die übernommene Akkordarbeit entzogen oder bleibt dieselbe wegen Entlassung oder Austritt nach § 123 und 124 der Gewerbe-Ordnung unbeendigt, so erhält derselbe den für das betreffende ganze Stück vereinbarten Akkordlohn nach Abzug der Kosten, welche durch die Vollendung der Arbeit durch einen andern entstehen.

Bleibt die Arbeit durch Vertragsbruch unbeendigt, so werden außerdem die dem Arbeitgeber für diesen Fall zustehenden Schadenersatzansprüche abgezogen.

§ 9. Der Arbeiter hat infolang keinen Anspruch auf Extravergütung für Ueberzeitarbeit, als diese durch sein unentschuldigtes Versäumnis notwendig geworden ist.

§ 10. Beiden Teilen ist, sofern keine andere Vereinbarung stattgefunden hat, gestattet, ohne vorherige Kündigung und ohne Angabe der Gründe das Arbeitsverhältnis jederzeit zu lösen, Stückarbeiter sind jedoch verpflichtet, zuvor die übernommene Akkordarbeit zu beendigen. § 629 des Bürgerlichen Gesetzbuchs findet auf das Arbeitsverhältnis keine Anwendung.

§ 11. Jeder Arbeiter hat den Anordnungen des Arbeitgebers oder dessen Stellvertreters Folge zu leisten.

§ 12. Die Werkzeuge sind beim Eintritt schriftlich zu übernehmen. Für diese sowohl als für die gemeinschaftlichen Werkzeuge, Maschinen und Einrichtungen wird dem Arbeiter möglichste Schonung und Erhaltung zur Pflicht gemacht.

Jeder Maschinenarbeiter hat seine Maschine jeden Samstag nach dem Stillstehen derselben gründlich zu reinigen. Ebenso sind die Maschinen, die gemeinschaftlich benützt werden, von den Maschinenarbeitern zu reinigen.

§ 13. Für durch Verschulden des Arbeiters beschädigte Maschinen und verloren gegangene Geräte und Werkzeuge ist der betreffende Arbeiter ersatzpflichtig.

Desgleichen kann für die durch Leichtsinn verdorbenen Arbeitsstücke und Waren Schadenersatz gefordert werden.

§ 14. Die Benützung der Maschinen ist nur den damit beauftragten Maschinenarbeitern gestattet. Der zwecklose Aufenthalt in den Maschinenräumen ist nicht erlaubt.

§ 15. Jeder Arbeiter ist verpflichtet, die ausgehängten Unfallverhütungsvorschriften, sowie alle durch Aushang bekannt gemachten Instruktionen und Verordnungen genau zu beachten.

§ 16. Das Mitnehmen von Materialien, Werkzeugen, Zeichnungen, Modellen u. s. w. ist strengstens untersagt und hat der Zuwiderhandelnde Anzeige zur Bestrafung bei Gericht zu gewärtigen.

§ 17. Verboten ist ferner:

a. Andere an der Arbeit zu stören,
b. ohne Notwendigkeit die Arbeit zu verlassen,
c. ohne Erlaubnis jemand in das Arbeitslokal einzuführen,
d. Arbeiten für Privatzwecke in der Fabrik zu besorgen,
e. das Ankleben von Illustrationen, Schriften und Drucksachen,
f. das Tabakrauchen in der Fabrik, sowie das nachlässige Umgehen mit Feuer und Licht.

§ 18. Es ist nicht gestattet, sich während der Arbeitszeit Genußmittel holen zu lassen.

Betrunkene werden von der Arbeit ausgeschlossen und aus der Fabrik weggewiesen.

Steinheim, 1. Aug. 1910.

Der Arbeitgeber:

Abb. 2: Auszug der Arbeitsordnung der Firma Lukas Schnaid, Steinheim 1910.

gende Erklärung anbietet: »Die großstädtischen, weithin in die Arbeiterbewegung eingebundenen Arbeiter einerseits und die der Arbeiterbewegung relativ fern stehenden, in ein ›kleinbürgerliches‹ und bäuerliches Sozialmilieu (teil-)integrierten Arbeiter in der Provinz andererseits repräsentieren noch in den 1920er Jahren zwei deutlich getrennte Fragmente sozialer Klassen, die auch die Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen aktualisieren.«[41] Diese ländliche Teilintegration war aber im Fall der Burgstaller Arbeiter durch das tägliche Pendeln in die Großbetriebe einem schnelleren Abbau ausgesetzt als dies bei den Arbeitern der Fall war, die noch in weitgehend patriarchalisch geführten Betrieben auf dem »Land« arbeiteten.[42] Umgekehrt war das Ansehen der Fabrikarbeit bei der bäuerlichen Bevölkerung allgemein sehr schlecht: *»Bis jetzt gilt die Fabrikarbeit als minderwertig, namentlich die Mädchen gehen viel lieber in auswärtige Dienste als in die Fabrik« (Burgstall 1909).*

Allein der im Vergleich zur Taglöhner-Arbeit überdurchschnittliche Verdienst dürfte oft den Ausschlag gegeben haben, die Fabrikarbeit vorzuziehen. So nahmen auch aus dem abseits der Eisenbahn gelegenen Affalterbach mehr und mehr Jugendliche einen langen Fußmarsch bis zum entfernten Bahnhof oder in die nächsten Industrieorte auf sich, um in den Fabriken zu arbeiten: *»Eine Anzahl Arbeiter, vorwiegend Jugendliche, auch Mädchen, arbeitet in verschiedenen auswärtigen Etablissements in Backnang, Marbach, Ludwigsburg und weiterhin. Diese bilden im allgemeinen keinen guten Bestandteil der Bevölkerung« (Affalterbach 1908).*

Beitrag der Jugendlichen zum Familieneinkommen

Die durch die Realteilung kleinen und zersplitterten Grundstücke der Zwerg- und Kleinbauern reichten zur Subsistenzsicherung immer weniger aus, so daß die Kinder zum notwendigen Lebensunterhalt der Familien beitragen mußten: *»Die meisten Einwohner sind nur wenig begütert, der Verdienst der jungen Leute in Fabriken seit Errichtung der Eisenbahnhaltestelle hilft wesentlich zu dem Auskommen der Familien« (Benningen 1904).*

Ihren Verdienst mußten die Jugendlichen, sofern sie noch im elterlichen Haus wohnten[43], überwiegend abliefern, so daß sie zu ihren Eltern in eine Art Kostgänger-Verhältnis traten: *»(Es) ist zu bedauern, daß manche junge Dienstboten und Arbeiter ihren ganzen Verdienst ausschließlich für den täglichen Bedarf ihrer Eltern hergeben müssen« (Burgstall 1893).*

Daß die Jugendlichen in hohem Maße zum Familieneinkommen beitrugen, war eine Folge des traditionellen Autoritätsverhältnisses in der Familie. Darin war aber gleichzeitig die Tendenz zur Verselbständigung der Jugendlichen gegenüber den Eltern beinhaltet: *»Den konfirmierten Kindern gegenüber, welche Geld verdienen, erweisen sich viele Eltern als vollends machtlos« (Burgstall 1897).*

Zunehmend gerieten so die kleinbäuerlichen Eltern in ein finanzielles Abhängigkeitsverhältnis zu ihren Kindern, das die gewohnten Familien- und Autoritätsstrukturen starken Veränderungen unterwarf: *»Die konfirmierte Jugend zeichnet sich durch eine gewisse Frühreife aus; die Söhne insbesondere emanzipieren sich bald von der Autorität der Eltern und der Arbeitgeber; die ledigen Schreiner treten zu den Eltern in das Verhältnis von Kostgängern; die letzteren müssen froh sein, wenn ihnen ein Teil des Verdienstes überlassen wird. Die Jüngeren gefallen*

sich darin, das Beispiel, das ihnen von den Älteren gegeben wird, nachzuahmen u. ein selbstbewußtes Auftreten zur Schau zu stellen« (Steinheim 1905).

Auch der Murrer Pfarrer beklagte diese Entwicklung, die der elterlichen Autorität immer mehr den Boden und die Kinder somit der Beeinflussung im Sinne der althergebrachten Normen entzog: *»Nach der Konfirmation müssen sie froh sein, wenn ihre Kinder daheim bleiben und für sie arbeiten oder müssen ihnen gute Worte geben, damit sie ihren Verdienst mit ihnen teilen. Daher dürfen sie ihren Söhnen und Töchtern möglichst wenig in den Weg legen (...)« (Murr 1913).*

Dabei wurden die Ursachen, die die Dorfjugend in die Fabrikarbeit trieben, oft verkannt. Nicht so sehr die materielle Situation in den Familien, sondern besonders der Hang zum leichten und bequemen Leben wurde den Jugendlichen als vorherrschende Motivation unterstellt. Die aus der größeren finanziellen Unabhängigkeit resultierende Emanzipation von den familiären Autoritätsverhältnissen wurde als Ursache und nicht als Folge der veränderten ökonomischen Verhältnisse interpretiert: *»Die jungen Leute beiderlei Geschlechts streben eben aus der unscheinbaren, oft harten Bauernarbeit den Städten zu, die höhere Löhne und mehr Unterhaltung bieten« (Affalterbach 1900).*

Erst in zweiter Linie konnte die Fabrikarbeit von den Arbeitern auch als Befreiung von dörflicher Enge und sozialer Kontrolle durch die traditionellen ländlichen Moralinstanzen erlebt und genutzt werden. Diese »Freiheit« war allerdings mit dem strengen Fabrikreglement und harten Arbeitszumutungen erkauft.

Dienstbotenmangel als Folge der Industrialisierung

Der entstehende industrielle Arbeitsmarkt mit dem großen »Vorsprung der industriellen Löhne vor den ländlichen Arbeitslöhnen«[44] bedeutete für die Dienstboten und ländlichen Arbeitskräfte eine finanziell attraktive Alternative und verhinderte zunehmend, daß junge Leute sich als Landarbeiter verdingten. So verringerte sich die Zahl des Gesindes in Württemberg zwischen 1882 und 1907 um mehr als ein Drittel.[45] In allen untersuchten Gemeinden hatten die größeren Betriebe Schwierigkeiten, Gesinde zu bekommen: *»Das Gesinde ist nur in dem wohlhabenderen Filial vertreten. Den Bauern fällt es auch hier schwer, ordentliche Dienstboten zu bekommen und längere Zeit zu behalten« (Affalterbach 1896).*

Die Bauern sahen sich durch den Arbeitskräftemangel gezwungen, höhere Löhne zu bezahlen, was sie zusammen mit der seit den 1880er Jahren eingeführten Versicherungspflicht[46] als große Belastung ansahen. Außerdem mußte die soziale Kontrolle des Gesindes noch mehr gelockert werden, nachdem das traditionelle patriarchalische Verhältnis zwischen Bauern und Dienstboten auch im Zuge der Umstellung vom Jahres- auf den Wochenlohn gegen Ende des 19. Jh. und der dadurch möglich gewordenen kurzfristigeren Einstellungs- und Entlassungspraxis fast vollständig aufgehoben und in ein Lohnarbeitsverhältnis umgewandelt worden war. *»Im Gesindewesen liegt eine weitere große Gefahr für die Jugend, indem man in einigen, namentlich großen Haushaltungen dem Gesinde freien Lauf lassen zu müssen glaubt, weil sie sonst nicht bleiben. Besonders vor den Stallmägden – wozu sich selten mehr jemand hergeben mag – müssen sich die Herrschaften fast fürchten« (Burgstall 1897).*

Offensichtlich wurden die Ehehalten, wie man das ländliche Gesinde auch nannte, im Wissen um ihre durch Arbeitskräftemangel stärker werdende Position selbstbewußter und wagten, die eng gezogenen Grenzen des von den Geistlichen definierten »Anstands« ganz offen zu überschreiten: *»In einem Haus mit mehreren Dienstboten kam es vor, daß die Mägde wochenlang jede Nacht aus dem Fenster stiegen; die Herrschaft sagte nicht ein Wort aus Furcht, die unentbehrlichen Arbeitskräfte zu verlieren« (Burgstall 1909).*

Dieses Verhalten des Gesindes war jedoch nichts grundsätzlich Neues.[47] Das schlägt sich auch in der Formulierung des Pfarrers nieder, dem es vor allem bemerkenswert erschien, daß nun das Gesinde nicht mehr vorsichtig und heimlich, sondern ganz offen die dörfliche Sexualmoral durchbrach.

»Import« dorffremder Verhaltensmuster

Neben den Modernisierungstendenzen im Dorf, die durch die zunehmende Industrialisierung und die Einbeziehung eines größer werdenden Anteils der ländlichen Bevölkerung in das Lohnarbeitsverhältnis der Fabrikarbeit ausgelöst wurden, konstatierten die Pfarrer auch noch andere, vermitteltere Formen, mit denen sich der »moderne Zeitgeist« auf den Dörfern bemerkbar machte.

Bürgerliche Verhaltensmuster

Vor der Jahrhundertwende bestand für die Töchter vor allem der Kleinbauern die Möglichkeit, teilweise auch die finanzielle Notwendigkeit, nach dem Abschluß der arbeitsintensiven Feldarbeiten über den Winter eine Dienstbotenstelle in der Stadt anzunehmen, da die Eltern nach wie vor im Sommer nicht auf die Arbeitskraft ihrer Kinder verzichten konnten: den kapitalschwachen Kleinbetrieben waren Rationalisierungsmaßnahmen, z.B. durch Maschineneinsatz, verstellt. Auch als schon industrielle Arbeitsplätze zur Verfügung standen, suchten die Mädchen lieber in der Stadt eine Dienststelle, als in der Fabrik zu arbeiten. Die Töchter der Erbstettener Bauern hielten es für eine »Schande«, in der Fabrik zu arbeiten. *»Wenn zu Hause entbehrlich, gehen sie nach auswärts in Dienst, meist nach Stuttgart-Cannstatt (...)«* (Erbstetten 1910). Anscheinend war den im bäuerlichen Milieu aufgewachsenen Mädchen die Fabrikarbeit zu fremd. Die abwertenden Urteile der Bauern über das »Arbeiterpack« trugen dazu bei, die Vorurteile gegenüber der Fabrikarbeit aufrecht zu erhalten.[48] Auch in Burgstall wurde diese Saisonarbeit der Mädchen praktiziert: *»Manche Mädchen gehen auf den 1. Oktober in eine Stelle nach Stuttgart und rücken auf den 1. April zur Hilfestellung bei der Feldarbeit für den Sommer in die Heimat wieder ein. Sie suchen sich um die Christenlehre zu drücken und bringen oft städtisch leichtfertigen Sinn in die alten einfachen Verhältnisse zurück« (Burgstall 1909).*

Die jungen Mädchen paßten sich anscheinend schnell den bürgerlichen Umgangsformen in der Stadt an und brachten zum Beispiel die als »kultivierter« erscheinende Höflichkeit in das Dorf zurück. Eine Entwicklung, die die Pfarrer mißtrauisch beobachteten; sie zogen das »rauhe aber herzliche« Verhalten »bäuerlichen« Charakters vor, das sie für weniger oberflächlich und ehrlicher hielten: *»Die Gemeindeglieder kommen dem Pfarrer in der starken Mehrzahl mit der*

Freundlichkeit und dem Anstand entgegen, die sie auf ihren Stellen in der Stadt gelernt haben. Sie wollen zeigen, daß sie wissen, wie man sich einem Herrn gegenüber benimmt« (Burgstall 1909).

Die in der Stadt gemachten Erfahrungen führten aber nicht nur zu äußerlichen Verhaltensänderungen wie dem Aufgreifen spezifisch bürgerlicher Etikette, auch neue Werthaltungen bilden sich, die direkt auf die Bindung zur Kirche Einfluß hatten: *»Besonders schädigend wirkt aber auch hier der Einfluß der Stadt, in der fast jede Frau einige Jahre gedient hat. Das unkirchliche Leben ihrer Herrschaft hat sie sich im Lauf ihrer Dienstzeit angewöhnt und verpflanzt es später in die Heimat« (Burgstall 1909).*

Besonders die Frauen der Arbeiterbauern stellten neue Ansprüche an die Gemeinde. Diese Frauen erwarteten von der Gemeinde eine Unterstützung in ihrer besonderen Situation, die durch die Doppelbelastung mit Kindererziehung und Feldarbeit charakterisiert war: *»Eine Kleinkinderpflege ist hier nicht vorhanden. Von kleinen Leuten, die eine solche aus der Zeit ihres Dienens in der Stadt kannten, ist dem Pfarrer gegenüber etlichemale das Verlangen nach einer derartigen Einrichtung geäußert worden, die tonangebenden Großbauern verhalten sich durchaus ablehnend« (Pfarrbeschreibung Burgstall 1905).*

In bezug auf solche Kleinkinderpflegen korrespondierten die Interessen von Arbeiterbauernfamilien und den Pfarrern der untersuchten Orte. Letztere sahen in diesen Einrichtungen vor allem auch eine Gelegenheit, ihren Einfluß auf die sich ihnen und der Kirche langsam entfremdenden Arbeiterfamilien zurückzugewinnen. Für die Familien, bei denen der Mann tagsüber in den umliegenden Fabriken arbeitete und den Frauen die Sorge um Haushalt, Kindererziehung und Feldarbeit allein überlassen war, stellte eine Kleinkinderpflege eine wichtige Entlastung dar. Diese Vorteile wurde von allen Pfarrern der untersuchten Orte gesehen. Der Widerstand der »Großbauern« gegen die Kleinkinderschulen, der sich nicht nur in Burgstall äußerte, wird verständlich, betrachtet man die aus der unterschiedlichen ökonomischen Situation herrührende, andere Aufgabenverteilung innerhalb dieser Familien: Das oft noch vorhandene Gesinde verrichtete zusammen mit dem Bauern die Feld- und Stallarbeit, während den Bauersfrauen vor allem die Erziehung der Kinder und die Überwachung der Hausarbeit oblag. Für die wohlhabenden Bauern bedeutete eine Kleinkinderpflege keine Entlastung, sondern nur eine unnötige finanzielle Belastung. Der Versuch, eine solche Kleinkinderpflege einzurichten, gelang denn vor 1914 auch nur in Affalterbach: *»Die Kleinkinderpflege ist ein rechter Segen; ein tüchtige, erfahrene Schwester (...) dient ihr seit dem 1. November 1907. Die Kinderpflege ist vorerst noch provisorisch in einem Gelaß des alten Schulhauses untergebracht« (Affalterbach 1908).*

Aber schon im Januar 1912 mußte diese Einrichtung wieder geschlossen werden, da es der Gemeinderat auf Druck des Schultheißen abgelehnt hatte, das Gehalt der Schwester angemessen zu erhöhen (Affalterbach 1912). Allerdings spielten bei diesem Konflikt nicht unerhebliche Animositäten zwischen weltlichem und geistlichem Gemeindeoberhaupt eine Rolle. Auch in Benningen bestand in Arbeiterkreisen das Bedürfnis für eine Kleinkinderpflege: *»Es ist auch ein kleiner, freilich ungenügender Baufonds vorhanden. Ob durch das jetzt in Angriff genommene Schulhaus Aussicht auf Verwirklichung der Einrichtung einer Kleinkinderschule gegeben ist, ist noch ungewiß« (Benningen 1908).*

In Steinheim wurde sogar schon seit 1880 für eine Kleinkinderpflege gesam-

melt, ein Fonds, der nach 28 Jahren bis auf 6000 Mark angewachsen war (Steinheim 1908). Der Pfarrer beklagte das geringe Interesse der Gemeideglieder, was auf die spezifische Erwerbsstruktur Steinheims verweist: Anders als in den reinen Arbeiterwohngemeinden verdienten viele als Schreiner in den Möbelfabriken in Steinheim beschäftigte Männer relativ gut und konnten nach der Arbeitszeit, ohne einen weiten Weg nach Hause zurücklegen zu müssen, die vorhandenen kleinen Grundstücke bestellen. Außerdem – auch das verstärkte den Widerstand gegen eine Kleinkinderschule – produzierten Frauen und Kinder der Steinheimer Arbeiter in Heimarbeit Korbsessel und geflochtene Stuhlauflagen für die ansässige Möbelindustrie (Steinheim 1905). Eine Kleinkinderpflege entsprach unter diesen Umständen, in denen auch sehr kleine Kinder als Arbeitskraft unentbehrlich waren, bei den betreffenden ärmeren Arbeiterfamilien ebenfalls keinem Bedürfnis.

Abb. 3: Die Kriegskinderkrippe in Murr 1916. Die Notwendigkeit zur Erwerbsarbeit auch für verheiratete Frauen mit Kindern während der Kriegszeit ließ verstärkt das Bedürfnis nach »Kleinkinderschulen« entstehen. Diese Krippen waren damit Resultat einer langsam einsetzenden Änderung in der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung, die auch nach dem Kriegsende fortwirkte.

In Murr war seit 1899 ein Fonds für die Errichtung einer Kleinkinderschule in Höhe von ca. 900 Mark angesammelt worden: *»auch ein Plan und Bauanschlag wurde vor zwei Jahren gefertigt, aber die Ausführung wegen der bevorstehenden Kirchenrestauration vertagt«* (Murr 1901). Die Errichtung eines Volksschulgebäudes schob den Bau nochmals hinaus (Murr 1909), bis im Jahre 1916 durch den Besitzer der einzigen Fabrik am Ort, Ludwig Zinsser, eine Kriegskinderkrippe eingerichtet wurde (Murr 1917).

Neigung zu »Luxus« und wachsende Mobilität

Als eine nicht unerhebliche Störung des Gemeindelebens wurde von den Geistlichen auch die gewachsene Mobilität der Bevölkerung – begünstigt durch den Ausbau der Straßen und Verkehrsmittel – registriert: *»Die sonntägliche Ruhe und Sitte wird bei schönem Wetter durch die vielen Durchzüge von singenden, schreienden, johlenden und sonst lärmenden Gesellschaften vielfach gestört« (Murr 1893).*

Die verkehrsgünstige Lage Murrs, an einem Bahnhof und der Hauptverkehrsstraße in das – als Ausflugsziel beliebte – Bottwartal gelegen, erwies sich insofern in den Augen des Pfarrers mehr als Störfaktor ländlicher Beschaulichkeit denn als Voraussetzung wirtschaftlicher Prosperität. Vergleichsweise »besser« sah es da in dem abgelegenen Affalterbach aus: *»(...) die Gelegenheiten zu lärmenden Vergnügungen, abgesehen von den Wirtshäusern, fehlen, kein Bahnhof ist vorhanden, und nur wenige Ausflügler machen sich bemerkbar« (Affalterbach 1908).*

In Steinheim dagegen fanden an den Sonntagen *»oft lärmende Vergnügungen statt, die allerdings nicht nur durch hiesige Gemeindemitglieder, sondern auch durch Fremde – einzelne oder Gesellschaften – veranstaltet werden«* (Steinheim 1897). Der Burgstaller Pfarrer schließlich klagte: *»Die Wirtschaft am Bahnhof hat sich unter dem neuen Besitzer, einem ehemaligen Hausknecht, zum Mittelpunkt der ausgelassensten Sonntagsvergnügungen herausgebildet für die Jugend eines ganzen Kreises, namentlich für die aus Erbstetten, die in ihrem Heimatort unter dem Zwang der guten Sitte stehend, auswärts um so mehr sich gehen läßt. An manchen Sonntagen stellt sich Backnanger Fabrikpöbel ein, so daß die Stille eines Sonntages auf dem Lande nur noch im Wunsche vorhanden ist« (Burgstall 1909).*

Die Eisenbahn wurde von den Arbeitern auch dazu benützt, um am arbeitsfreien Sonntag Kollegen in ihren Heimatorten zu besuchen. Für die traditionell »introvertierte«[49] Dorfgemeinschaft eine völlig neue Entwicklung. Frei vom Zwang der dörflichen sozialen Kontrolle konnten sich diese »Ausflugsgesellschaften« unsanktioniert schon einige Verstöße gegen die Norm der Sonntagsruhe erlauben. Auch der Affalterbacher Pfarrer bemerkte *»ja und ja lärmende Burschen mit frechem Auftreten, unverkennbar Sozi«* (Affalterbach 1908)[50].

Einen weiteren Einbruch in das dörfliche Normengefüge erblickten die Pfarrer im zunehmenden Besuchsverkehr mit der großstädtischen Verwandtschaft: *»Der Grund dafür, daß manche Männer dem religiösen Leben vollständig entfremdet sind, liegt in der Einwirkung der irreligiösen Zeitgedanken, denen sie hauptsächlich durch den lebhaften Verkehr mit den vielen Verwandten unterliegen, die nach ihrer Konfirmation ihre Heimat verlassen, in der Großstadt (Stuttgart, Pforzheim, Darmstadt) ihren Beruf gefunden haben und Sozialdemokraten geworden sind« (Burgstall 1909).* Diese Besuche der städtischen Verwandtschaft bedeuteten für die Frauen Mehrarbeit durch die entsprechenden Vorbereitungen, so daß sie an den Sonntagvormittagen nicht zuletzt deshalb der Kirche fernblieben.[51]

Andere »Importeure« des von den Pfarrern als schädlich erachteten Zeitgeistes waren vor allem die Schreiner, die in ihrer Lehr- und Wanderzeit mit Sicht- und Lebensweisen vertraut wurden, die nicht zu den vorherrschenden Werten wie Sparsamkeit und Enthaltsamkeit von »Luxus« passen wollten. *»Die Meister, die sich meist in der großen Welt getummelt, deren Geldbeutel der Großmannssucht aber nicht entspricht, unkirchlich, die Gesellen waschechte Sozialdemokraten, die Lehrlinge das Kreuz des Pfarrers in der Christenlehre« (Burgstall 1909).*[52]

Vor allem den Schreinern wurde »Genuß- und Vergnügungssucht« oder »mangelnde Sparsamkeit« vorgeworfen, was dadurch begünstigt würde, daß bei ihnen *»die Geschäfte fast ununterbrochen gut gehen«* (Steinheim 1891). Andererseits wurde den Gewerbetreibenden ihr Streben nach Gewinn und Verdienst vorgeworfen, wobei die Pfarrer dieses, mit der beginnenden kapitalistischen Produktionsweise korrespondierende Verhalten nicht in seiner Notwendigkeit sehen konnten und ihm schon beinahe pathologische Qualität zuschrieben.[53]

Überhaupt gehört die Klage über die »Genußsucht«, die »mangelnde Sparsamkeit«, »das Luxusstreben« zu den am regelmäßigsten wiederkehrenden Standardurteilen über die Jugendlichen in den Pfarrberichten. Die Vorwürfe mögen ihren wahren Kern darin besitzen, daß die Arbeiter allemal über mehr Bargeld als die Kleinbauern verfügten. Auch fehlte bei ihnen der Zwang, in Produktionsmittel zu investieren wie dies bei Handwerkern oder Bauern der Fall war. Sicher spielte auch »ein Schuß Kompensationsbedürfnis für reale Unterprivilegierung (...) und aus der monotonen Arbeit erwachsende farbige Bedürfnisse«[54] eine Rolle bei der von den Pfarrern verurteilten »Verschwendungssucht« der Arbeiter. Ganz im Gegensatz zu diesem Stereotyp in der Berichterstattung stehen jedoch Äußerungen, die über eine intensive Inanspruchnahme der teilweise von den Pfarrern selbst ins Leben gerufenen Filialen der Württembergischen Sparkasse durch junge Arbeiter berichten: *»Ein nicht unbeträchtlicher Teil des Erworbenen wird bei der Württembergischen Sparkasse angelegt, besonders von jüngeren und einzelstehenden Personen« (Steinheim 1897).*[55]

Auch der Benninger Pfarrer lobt, nur wenige Abschnitte, nachdem er über die »Verschwendungssucht« gewettert hat, das Verhalten der Arbeiter: *»Zur Anlegung der Ersparnisse dient hier teils die Ludwigsburger Oberamtssparkasse, teils die dem I. Schullehrer übertragene Agentur der Württ. Sparkasse, und es werden beide Gelegenheiten in erfreulicher Weise genutzt« (Benningen 1908).*

Mit vollen Händen warfen die jungen Leute das Geld also nicht aus dem Fenster. Der bescheidene »Luxus«, den sie sich bisweilen im Gegensatz zur bäuerlichen Bevölkerung leisten konnten, hielt sie in keiner Weise davon ab, zum Beispiel Geld als Sicherheitsreserve für Krisenzeiten oder für einen späteren Hausbau anzusparen, was durch den Grundbesitz der Eltern eine nicht unwahrscheinliche Perspektive auch für Arbeiter war. Resistenter gegen die von den Pfarrern kritisierten Verlockungen »ausschweifender« Lebensweise und unbäuerlicher Handlungsorientierungen waren die Kleinbauern mit ausreichendem Grundbesitz und die Dorfhandwerker. Letztere wurden vom Burgstaller Pfarrer scharf gegen die in industriell produzierenden Betrieben arbeitenden Schreiner abgegrenzt: *»Zur dritten Schicht (des Dorfes, S.B.) gehören die Handwerker (Schuhmacher, Schmiede, Schneider, Maurer, Bäcker) mit kleinem Grundbesitz. Hier finden sich die treuesten Kirchgänger. Auch die Frauen erscheinen sehr oft in der Kirche. Es ist die Folge früherer altpietistischer Beeinflussung. (...) (Bei ihnen, S.B.) ist Arbeitsamkeit und Sparsamkeit die Regel. Die Jugend wandert in die Städte und gibt vortreffliche Großstadtbürger. In Stuttgart befindet sich eine ganze Kolonie tüchtiger und strebsamer, von hier stammender Metzger und Bäcker« (Burgstall 1909).*

Der Sprung in den industriellen Sektor gelang dagegen vor allem solchen Handwerkern wie den Schreinern, die zwar im Sinne des pietistischen Tugendkatalogs sozialisiert waren, sich aber – aus den unterschiedlichsten Gründen – den

Abb. 4: Betriebsfest der Schreinerei Genkinger in Burgstall, 1911. Der Betrieb wurde 1898 in der ehemaligen Burgstaller Mühle eingerichtet und besaß ein eigenes, dampfgetriebenes Sägewerk.

pietistischen Gemeinschaften entfremdet hatten. Die traditionell produzierenden Dorfhandwerker Burgstalls bildeten den Kern der pietistischen »Stunde« und waren so in ein Normen- und Wertesystem fest eingebunden, das den Erfordernissen einer industriellen Expansion entgegenstand.[56]

Wirkungen der veränderten Sozialstrukturen: *Entkirchlichung*[57]

Ein zentraler Punkt der Pfarrberichte war die Frage nach Veränderungen der Besucherzahl bei den öffentlichen Gottesdiensten. Entsprechend viel Raum nimmt die Schilderung der Teilnahme besonders am Sonntagvormittags-Gottesdienst, dem Hauptgottesdienst, in allen durchgesehenen Pfarrberichten ein.[58] Um die Jahrhundertwende äußerten sich nahezu alle Pfarrer der Orte mit vorwiegend bäuerlicher Bevölkerung noch zufrieden über den sonntäglichen Gottesdienstbesuch: *»Ein großer Teil der Gemeindegenossen beteiligt sich regelmäßig am sonntäglichen Hauptgottesdienst, an Festtagen ist die Gemeinde in Vollzahl anwesend« (Murr 1897).*

In Affalterbach bietet sich ein ähnliches Bild (1900), in Burgstall allerdings war der Besuch an normalen Sonntagen eher mäßig, vor allem seitens der Frauen. Der Grund dafür liegt z. T. darin, daß Burgstall der Hauptsitz der Pregizerianer-Vereinigung[59] war, deren Mitglieder sich den kirchlichen Institutionen vollständig entzogen und an den Gottesdiensten kaum teilnahmen (Burgstall 1897 und Pfarrbeschreibung 1905).

Im sich langsam zum Industrieort entwickelnden Steinheim klagte der Pfarrer schon 1889 über einen völlig unbefriedigenden Gottesdienstbesuch, der allerdings an kirchlichen Festtagen wesentlich besser werde (Steinheim 1889). Acht Jahre später hatten sich die Besucherzahlen noch mehr verringert: *»Zwar sind in den festtäglichen Hauptgottesdiensten die vorhandenen Sitzplätze meist ganz ausgefüllt, allein was will das besagen, wenn man bedenkt, daß die Kirche für die 1418 evangelischen Gemeindemitglieder nur 548 Sitzplätze zur Verfügung stellt. In den sonntäglichen Hauptgottesdiensten sind außerdem eben diese Plätze nur zu 1/2 bis zu 3/4 besetzt« (Steinheim 1897).*

Der Gottesdienstbesuch ging jedoch nicht bei allen Bevölkerungsgruppen gleichmäßig zurück. Der Pfarrer bezeichnete die »unkirchlichen Elemente« näher: *»Zu beklagen ist besonders, daß unter den hiesigen Gewerbetreibenden und namentlich unter den ledigen Arbeitern gar viele sind, die jahrein jahraus kein Gotteshaus betreten« (Steinheim 1897).*

Dagegen konnte er über den Besuch der bäuerlichen Bevölkerung nicht klagen, wie allgemein in den Gemeinden um die Jahrhundertwende. Der Rückgang der Gottesdienstbesucher läßt sich einige Zeit später als im Industrieort Steinheim auch für die Arbeiterwohngemeinde Benningen feststellen. Exaktere Zahlen des durchschnittlichen Gottesdienstbesuches liegen aus dem Jahr 1904 vor: *»Der Besuch des sonntäglichen Gottesdienstes ist mäßig, die Anzahl der Zuhörer mag 100–150 betragen; an Festtagen ist der Kirchenbesuch besser, an Feiertagen ist er sehr gering und kann bis auf 5 Personen herabgehen« (Benningen 1904).*

Selbst in nahezu rein bäuerlichen Gemeinden, die um 1900 noch als durchaus kirchlich bezeichnet werden, nahm der Besuch der Gottesdienste bis zum Jahr 1914 vor allem bei den jüngeren Gemeindemitgliedern beständig ab. *»Das jüngere Geschlecht ist stark vom modernen Zeitgeist beeinflußt und hat sich daran gewöhnt, der Kirche mehr und mehr fernzubleiben. Vor allem die jungen Leute im Alter von 18 bis 20 Jahren fehlen an den Sonntagen fast vollständig und zeigen sich nur an den Festtagen in der Kirche. Viele von ihnen gehen in die Fabriken in Steinheim und Kornwestheim usw., oder arbeiten in den Sandgruben in Steinheim und an allen diesen Orten stehen sie unter dem Einfluß sozialdemokratischer Gedanken« (Murr 1913).*

Ob die jungen Arbeiter mit der Teilnahme an den kirchlichen Festen nur äußerlich der Konvention folgten oder ob dies auf einer immer noch starken inneren Verbundenheit mit der Religion und der Kirche beruhte, kann hier nicht entschieden werden. Der etwas nebulöse Hinweis auf den »modernen Zeitgeist« erklärt aber noch nicht, was denn genau die jugendlichen Arbeiter vom Kirchenbesuch an gewöhnlichen Sonntagen abhielt. Eine etwas komplexere Erklärung für den zurückgehenden Besuch seiner Gottesdienste nennt der Burgstaller Pfarrer: *»Die zahlreichen Feste in der Umgebung, reger Verkehr mit den Verwandten auswärts, der Vereinsgeist*[60]*, sozialdemokratische Einwirkung, im Herbst der Zwang der Arbeit; ausschlaggebend ist die religiöse Gleichgültigkeit. »Kirchenlaufen bringt nichts ein.« Die alte bäuerliche Frömmigkeit, die auf der Furcht vor dem Gebieter über Wind und Wetter beruhte, ist zusammengebrochen und an ihre Stelle noch keine neue, tiefer gegründete getreten. Besonders einträglich war der vergangene nasse Sommer. Seine Wirkungen gehen weiter. In keinem Winter war der Kirchenbesuch so schlecht wie in dem zu Ende gehenden« (Burgstall 1913).*

Der Pfarrer sah also einen direkten Bezug zwischen wirtschaftlicher Prosperi-

tät und zurückgehender religiöser Praxis.[61] Der Steinheimer Pfarrer differenzierte dagegen viel stärker zwischen der religiösen Praxis und der wahren Religiosität seiner Gemeindemitglieder. Er machte vor allem den Gruppendruck in der Arbeiterschaft für die zurückgehende Kirchlichkeit verantwortlich: *»Man kann nicht sagen, daß dem einzelnen Religiosität fehlen würde (...), aber der Chorpsgeist in den Werkstätten bildet eine stille Macht, der sich sehr viele beugen« (Steinheim 1905).*[62]

Der Bruch mit der Kirche wurde offen von den Arbeitern oder Handwerkern nicht vollzogen. In keinem der untersuchten Orte gibt es Hinweise auf etwaige Kirchenaustritte, in Benningen mit seiner stark entwickelten Arbeiterschaft gab es bis 1912 noch keinen Kirchenaustritt (Benningen 1912), in den anderen Orten[63] wird das Problem der Kirchenaustritte erst gar nicht erwähnt.

Die bedeutenden kirchlichen Feste behielten für viele Einwohner, auch wenn sie sonst nur selten die Kirche aufsuchten, immer noch ihre zentrale Bedeutung – diese Feste wurden traditionell im kirchlichen Rahmen begangen. Selbst die sonst als »unkirchliche Sozialdemokraten« beschimpften Schreiner in Steinheim erkannten fast ausnahmslos die Zuständigkeit der Kirche bei den zentralen lebens- und jahreszeitlichen Feierlichkeiten an: *»Bei den 2 letzten Konfirmationen ist es nicht vorgekommen, daß ein Konfirmand bei dem ersten Abendmahlgang von den Eltern nicht begleitet worden wäre. Taufen, Konfirmationen, besonders auch Beerdigungen, bilden immer noch ein Band für die weniger kirchlichen Elemente. Namentlich bieten die Beerdigungen, bei denen jederzeit eine starke Beteiligung konstatiert werden kann, Gelegenheit, auch den Gemeindegliedern, die der Kirche kühl gegenüberstehen, das Wort Gottes nahezubringen« (Steinheim 1905).*

Die kirchliche Trauung folgte in allen untersuchten Gemeinden regelmäßig der standesamtlichen Trauung nach, in allen eingesehenen Pfarrberichten werden insgesamt nur zwei Fälle erwähnt, bei denen auf den kirchlichen Segen bei der Eheschließung verzichtet wurde.

Die Heiligkeit des Sonntags

Ein weiterer Schwerpunkt der Berichterstattung der Pfarrer ist die Haltung der Gemeindeglieder zur Sonntagsruhe, auf deren Einhaltung streng geachtet wurde. Ausnahmen von der Sonntagsruhe wurden allenfalls in der Erntezeit zugestanden, wenn die Witterungsverhältnisse die Erledigung der Arbeiten an den Werktagen nicht erlaubten. Diese kirchliche Norm der Sonntagsheiligung beruht neben den Vorschriften des Alten Testamentes auf dem Lutherischen Katechismus und bildete für die Geistlichen eine Kernfrage der christlich-sittlichen Lebensordnung. Dieses Verbot der Sonntagsarbeit war in der bäuerlichen Bevölkerung tief verankert.[64] Im pietistisch geprägten Erbstetten z. B. wurden nach Aussagen des Pfarrers in den Berichten an die Landeskirche bis 1914 »noch nie am Sonntag Feldarbeiten« ausgeführt, erst der Arbeitskräftemangel während des Krieges setzte dem ein Ende.

Bis zu diesem Zeitpunkt wurde, teilweise auch gegen die Erfordernisse der landwirtschaftlichen Produktion, an dieser Regel festgehalten. Eine schwere »Belastungsprobe«, wie der Pfarrer sich ausdrückte, war der verregnete Sommer im Jahre 1912, während dem der Konflikt zwischen traditioneller Verhaltensnorm und ökonomisch-rationalerem Bewußtsein offen ausbrach. Der in vielerlei Hin-

sicht aussagekräftige Bericht des Pfarrers soll hier ausführlicher zitiert werden: *»Der ganze August war verregnet und besonders viel Haber lag draußen und verdarb. Aber gerade 2 Sonntage, der 18. und 25. waren schön, waren Pausen im Regenwetter. Überall in der Nachbarschaft führte man an diesen 2 Sonntagen ein; in Erbstetten nicht, jedesmal in der Hoffnung, daß auf den schönen Sonntag auch schöne Werktage folgen würden. Als zum letztenmal diese Hoffnung enttäuscht worden war, waren manche über den Zwang der Sitte, die sie doch nicht zu durchbrechen gewagt hatten, sehr erbittert.*

Ich verwendete den Gottesdienst am Ernte- und Herbstdankfest zur ausführlichen Behandlung dieser Frage und Darlegung meines Standpunktes. Ich erklärte der Gemeinde, daß man allerdings diese schwierige Frage nicht mit dem alttestamentarischen Sabbathgebot erledigen könne (das der Standpunkt der Stundenleute[65]), daß ich aber die Aufrechterhaltung der alten Ordnung mit der inneren Sicherheit, die sie gewährt, für einen viel größeren Segen für die Gemeinde halte, als vereinzelte Notwerke äußeren Nutzen bringen, die dann doch nicht selten Ausnahmen blieben, sondern schließlich die alte Ordnung auflösen oder jedenfalls, so oft sie zu Tage treten, die Gemeinde in die Qual der Wahl, in innere Unruhe und Zwiespalt bringen, so daß manche ausfahren, aber mit schlechtem Gewissen, andere aber zu Hause bleiben, aber mit Ärger über die anderen und den Zwang der Sitte.[66] Ich erklärte es für das Ideal, daß auch künftig der Sonntag ganz frei bleibe von Feldarbeit, bei den einen um des Gewissen willen, bei den anderen um der Rücksicht auf die anderen und die gute Ordnung willen, die man dann aber freudig und nicht ärgerlich leisten sollte. (...)

Ich bezweifle aber, daß Erbstetten eine ähnliche Belastungsprobe der alten Sonntagsordnung noch einmal bestehen würde« (Erbstetten 1914).

Die vom Pfarrer geführte Argumentation dürfte schon allein deshalb wenig überzeugend gewesen sein, weil in den Nachbargemeinden die Frage der Sonntagsarbeit bei weitem nicht so dogmatisch gehandhabt wurde. Den Erbstettenern wurde also handgreiflich vor Augen geführt, daß die Durchbrechung des »Sabbathgebotes« mit keinen übernatürlichen Nachteilen gesühnt werden mußte, sondern der wirtschaftliche Schaden allein bei den Erbstettenern lag, die getreu dem kirchlichen Gebot das Getreide hatten verderben lassen. Die Vermutung des Pfarrers, daß sich ein weiteres Mal die alte Norm nicht mehr durchsetzen ließe, war also sehr begründet. In Burgstall war die Sonntagsheiligung schon vor 1897 Veränderungen unterworfen gewesen. Am Sonntag arbeiteten einige *»heruntergekommene Handwerker, die am Werktag nicht gern arbeiten«*[67] und die Arbeiter der Thomasmehlfabrik, letztere allerdings nur bei starkem Arbeitsaufkommen (Burgstall 1897). Die Mitglieder der pietistischen Gemeinschaft, die sich überwiegend aus Bauern mit mittlerem Grundbesitz und Dorfhandwerkern (meist ebenfalls im Besitz von etwas Land) zusammensetzte, hielten aber auch in Burgstall an der Sonntagsruhe fest (Burgstall 1901), so daß Feldarbeiten am Sonntag im allgemeinen nicht vorgenommen wurden. Eine Ausnahme bildeten nach Aussagen des Pfarrers nur Sonntage im Herbst während der Obsternte: *»Jung und Alt laufen während des Vormittagsgottesdienstes zwischen den Bäumen und den Straßengräben umher, um das Fallobst aufzulesen. Manche bleiben den ganzen Sonntag draußen, um das Obst gegen Diebstahl zu schützen. Denn unter den kleinen Leuten sind etliche, die ihren eigenen Ertrag an Obst, Rettichen, Bohnen, Gelben Rüben durch Felddiebstahl zu mehren suchen« (Burgstall 1909).*

In Affalterbach ruhten am Sonntag alle Feldarbeiten (Affalterbach 1908), auch in Murr wurde die Sonntagsruhe nur in der Erntezeit bisweilen durchbrochen (Murr 1905). In der Arbeiterwohngemeinde Benningen dagegen fiel es den Arbeiterbauern aufgrund ihrer Doppelbelastung durch Feld- und Fabrikarbeit zunehmend schwer, der kirchlichen Norm zu entsprechen. Die Konvention war aber auch hier noch insofern wirksam, als vorrangig häusliche Arbeiten verrichtet wurden, auf dem Feld oder in den Weinbergen ließ man sich am Sonntag möglichst nicht sehen. *»Durch die Fabrikarbeit kommt man mit der Feldarbeit immer mehr ins Gedränge. Dieser Umstand und die Abnahme der guten alten Sitte bewirkt, daß in vielen Häusern der Vormittag noch kein feiertägliches Aussehen hat (...)« (Benningen 1904).*

Durch die Fabrikarbeit wuchsen dem Sonntag auf dem Land neue Funktionen zu. Einerseits mußten Dinge erledigt werden, die an den Werktagen wegen der Abwesenheit des Mannes liegengeblieben waren[68], andererseits diente der Sonntag auch der Erholung von der Fabrikarbeit. Der Pfarrer bemerkte, daß *»die Fabrikarbeiter am Sonntag sich nicht beeilen aufzustehen«* (Benningen 1908). Die im Vergleich zur Landarbeit intensivere Fabrikarbeit ließ das Bedürfnis der körperlichen Erholung gegenüber der von den Pfarrern eingeforderten »geistigen Besinnung« Vorrang bekommen, eine Entwicklung, die als Entkirchlichung wenn nicht gar als Entchristlichung gewertet und auch in den Predigten öffentlich scharf verurteilt wurde. Auch diese Kritik der Pfarrer an den veränderten Bedürfnisstrukturen der Arbeiter trug zum Entfremdungsprozeß von der Kirche bei.

In Steinheim wurde schon 1891 teilweise an den Sonntagen in den Schreinereien gearbeitet (Steinheim 1891), wobei der Arbeitsdruck auch dazu führte, daß die Firmeninhaber die Sonntage zur Erledigung ihrer Korrespondenz oder zu Geschäftsreisen benutzten, da sie während der Woche in der Produktion mitarbeiteten (Steinheim 1905). Durch alle diese Arbeitsnotwendigkeiten änderte sich das Sonntagsgepräge auf dem Land, es wurde nicht mehr ausschließlich Feiertagskleidung getragen, wie dies als äußeres Zeichen des nicht-werktäglichen Charakters des Sonntags bei der bäuerlichen Bevölkerung üblich war, sondern mehr und mehr auch Arbeitskleidung, die bisweilen noch die Spuren der Arbeit trug: *»Daß die Gemeinde den Wert der Sonntagsheiligung nicht zu schätzen weiß, geht auch daraus hervor, daß es als keine Schande gilt, noch nach dem Vormittagsgottesdienst im schmutzigsten Gewand durch die Straßen zu gehen« (Burgstall 1909).*

Veränderte Kommunikationsbedürfnisse

Weitere Gründe für die »Sonntagsentheiligung« liegen in den veränderten Kommunikationsbedürfnissen und -strukturen vor allem der Arbeiterschaft, oberflächlich von den Pfarrern wahrgenommen am zunehmenden Wirtshausbesuch[69], Vereins- und Festaktivitäten am Sonntag, die in Konkurrenz zu den kirchlichen Gottesdiensten treten. In Gemeinden wie Erbstetten und Affalterbach war der Wirtshausbesuch am Sonntag noch um 1910 eine Seltenheit. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte die Schilderung des Pfarrers Gültigkeit: *»Es sind hier 5 Wirtshäuser vorhanden, die aber schlechte Geschäfte machen, ohne Grundbesitz und Landwirtschaft nicht bestehen könnten. Nicht nur die Gemeinschaftsleute enthalten sich des Wirtshausbesuches; derselbe als regelmäßiger ist überhaupt nicht Sitte, auch nicht am Sonntag« (Affalterbach 1896).*

Besonders bei der Jugend war dieses Verhalten jedoch einer tiefgreifenden Veränderung unterworfen, indem sich die Wirtshäuser als bevorzugte Treffpunkte der Jugendlichen herauskristallisierten. Der Murrer Pfarrer bemerkte: *»Die ledige Jugend hält sich immer mehr vom Gottesdienstbesuch fern und führt nach der Arbeitszeit ein für geistige Interessen unempfängliches Leben, dessen Mittelpunkt der Wirtshausbesuch ist« (Murr 1909).*

Es waren in der Hauptsache Arbeiter, die das Wirtshaus zum häufig besuchten Kommunikationsort machten. Aber es gab auch ganz handfeste Gründe, die die Arbeiter in die Wirtschaften zwangen. Nur noch kleinere Handwerksbetriebe gewährten ihren Gesellen und Lehrlingen Kost und Logis, weshalb die Arbeiter und Gesellen der Stuhlfabriken im Wirtshaus essen mußten (Steinheim 1901). Die dörfliche Mittelschicht (Bauern und kleine Handwerker) hielt sich aufgrund ihrer anderen Situation weitgehend von den Wirtshäusern fern. Der Pfarrer in Burgstall analysierte die Verbindung zwischen Erwerbssituation und Wirtshausbesuch: *»Vom Wirtshaussitzen hält sich der Mittelstand in erfreulichem Gegensatz zu den Großbauern[70] fern. (...) Die ledige männliche Jugend, namentlich die Schreiner, stellt häufige Wirtshausgäste, auch unter den weiblichen sind etliche unter dem Einfluß des Fabrikgeistes so weit gekommen, daß sie sich nicht entblöden, am Sonntag ins Wirtshaus zu sitzen und mit den ledigen Burschen zu schäkern« (Burgstall 1909).*

Für den Pfarrer stellte dies einen Rückfall in die Zeiten dar, als in Burgstall – wie auch andernorts – noch eine »Spinnstube« als Treffpunkt der Jugend bestand, für deren Auflösung die Geistlichen hart gekämpft hatten.[71] Doch suchte sich das unterdrückte Bedürfnis nach Umgang mit dem anderen Geschlecht neue Wege: *»Von eigentlichen Lichtkärzen[72] ist dem Geistlichen nichts bekannt, um so mehr von den vielen Tanzbelustigungen, die in den hiesigen Wirtschaften veranstaltet wurden und an denen sich die ledige Jugend von frühen Jahren an beteiligt« (Steinheim 1897).*

Tanzveranstaltungen als Möglichkeit der Jugend, sich ungezwungen begegnen zu können, wurden einige Zeit später auch in Burgstall eingeführt: *»In neuester Zeit wird hier (in einem Wirtshaus, S. B) im Winter eine Tanzstunde gehalten, die aber nur von den schlechteren Elementen besucht wird, aber mit der Zeit auch auf andere, die sich bis jetzt zurückgehalten haben, ihre verlockende Wirkung ausüben könnte« (Burgstall 1909).*

Wie seine Kollegen wetterte der Pfarrer heftig gegen die »Tanzerei«, er verbot den Mädchen, die er im Jungfrauenverein zusammengefaßt hatte, den Besuch öffentlicher Tanzveranstaltungen, getreu der pietistischen Grundeinstellung, daß Tanzbelustigungen den Menschen vom richtigen Weg[73] abbrächten. Das Ergebnis seiner moralischen Strenge bestand darin, daß die Hälfte der Mädchen dem Jungfrauenverein den Rücken kehrte anstatt den Tanzbelustigungen fernzubleiben (Burgstall 1913). Dies ist nur ein Beispiel dafür, wie die Geistlichen durch ihren Unwillen, auf die neuen Verhältnisse und Bedürfnisse einzugehen, und ihr dogmatisches Festhalten an einem überlebten Normensystem sich ihrer Gemeinde immer mehr entfremdeten.

Vereine als Ausdruck zunehmender Klassenauseinandersetzungen

Auch die sich langsam auf den Dörfern ausbreitenden Vereine stellten eine Al-

ternative zum kirchlich bestimmten Ablauf des Sonntages dar.[74] Die Vereinszusammenschlüsse waren dabei u. a. der Versuch der Arbeiter, der Individualisierung der Bedürfnisse in nahezu allen Sphären des Lebens in der kapitalistischen Gesellschaft das Prinzip der Gemeinschaft entgegenzusetzen.[75] Am entwickeltsten ist das Vereinswesen in den untersuchten Orten um die Jahrhundertwende in Steinheim, das der Industrialisierung und den daraus resultierenden sozio-ökonomischen Veränderungen am meisten unterworfen war: *»Es bestehen hier 2 Gesangsvereine, 1 Turn-, 1 Militär-, 1 homöopatischer, 1 sozialdemokratischer, 1 gewerklicher Fortbildungsschulverein, 1 Musikkapelle, 1 Bürgerabend« (Steinheim 1900).*

In der kleineren Arbeiterwohngemeinde Benningen bestanden 1900 drei Vereine (Kriegerverein, Gesangverein, Turnverein), deren *»zahlreiche Vereinsfestlichkeiten am Ort und in der Umgebung«* die kirchliche Sonntagsfeier zunehmend beeinträchtigten (Benningen 1900). Besonders für die Arbeiter war der Sonntag der einzige Tag, an dem sie, ohne von der Arbeit ermüdet zu sein[76], ihren Vereinsaktivitäten nachgehen konnten. Dadurch gerieten sie automatisch in Konflikt mit den Geistlichen, die die Teilnahme am Vor- und Nachmittagsgottesdienst bzw. den Bibelstunden erwarteten. So nahm der 1907 in Murr gegründete Turnverein die *»jungen Leute vom 17. Jahr an für sich in Beschlag«* (Murr 1909), so daß der Pfarrer seine Bemühungen, die Jugendlichen zu mehr Kirchlichkeit anzuhalten, als völlig gescheitert ansah. Auch in Burgstall übten die Arbeiterturner[77] just zur Zeit des Vormittagsgottesdienstes auf den Murr-Wiesen, bestaunt von einer großen Schar Kinder (Burgstall 1909).

Sehr resigniert berichtet der Burgstaller Pfarrer 1913 über das Freizeitverhalten seiner Gemeindemitglieder: *»Das gesellige Leben spielt sich innerhalb des Gesangs- und Turnvereins ab, namentlich über die Weihnachtsfeiertage. Die Schreiner sind am geselligen Leben reger und zahlreicher beteiligt als die Bauern. Der Vorstand des Turnvereins ist ein Makler, eine sittlich minderwertige Persönlichkeit: Weggeworfener Stuttgarter Polizeidiener. Es ist dem Pfarrer unmöglich gemacht, hier mitanzustehen und sich der Jugend anzunehmen. Auch der Geist, der im Gesang- und Kriegerverein herrscht, ist kein guter trotzdem daß auch kirchliche Elemente vertreten sind. Der Alkohol spielt die große Rolle, namentlich am Sonntag Abend nach der Gesangsstunde. Singen macht Durst« (Burgstall 1913).*

Die Zusammensetzung der Vereine orientierte sich zunehmend an den entstehenden Klassengrenzen in den Gemeinden, es kam zu Abspaltungen und Neugründungen von Arbeitervereinen. Der Steinheimer Pfarrer beschreibt das Resultat dieses Prozesses: *»Das gesellige Leben bekommt seine Eigenart durch die soziale Zusammensetzung der Gemeinde. Charakteristisch ist z. B. die Tatsache, daß hier 3 Gesangvereine nebeneinander bestehen; die Mitglieder sind in der Hauptsache beim einen Bauern, beim anderen Arbeiter, beim dritten Gewerbetreibende.[78] Diese Scheidung geht durch alles hindurch; ein Gemeindebewußtsein ist kaum vorhanden, Gemeindefeiern, etwa an patriotischen Gedenktagen, sind unmöglich« (Steinheim 1913).*

Vom Idealbild der Pfarrer, einer geschlossenen Gemeinde, die sich zur gemeinsamen Andacht versammelt, kann immer weniger gesprochen werden. Die sozialen Gegensätze brachen auch in den kirchlichen Institutionen und Einrichtungen auf, die von den Pfarrern gegründet worden waren, um die Ablösung der Jugendlichen von der Kirche zu verhindern: *»Die Zahl der Mitglieder (des Jungfrauen-*

Abb. 5: Erstes Stiftungsfest des Turnvereins Burgstall, 1909.

vereins, S. B.) hat sich von 22 auf 4 verringert. Das Verbot, am öffentlichen Tanz teilzunehmen, sprengte etliche Mitglieder ab, dann streikten die Fabrikarbeiterinnen unter der Begründung, daß die Bauerntöchter sich nicht neben sie setzen wollten[79]*, endlich mußte der Anmaßung einiger Töchter aus den tonangebenden Familien gewehrt werden. Das alles trug nicht dazu bei, die frühere Blüte zu erhalten. Ich hoffe beim Blick auf die gegenwärtig christenlehrepflichtigen Töchter nicht auf baldige Besserung des leidigen Zustandes« (Burgstall 1913).*[80]

Auch in Affalterbach entwickelten sich die Vereine zu den Orten des geselligen Lebens, wenn auch die Vereine hier, gemäß der noch überwiegend bäuerlichen Sozialstruktur und der geringeren Größe der Gemeinde, kaum politisch differenziert waren. Immerhin existierten 1912 drei Vereine im Ort, in denen für die dörfliche Gemeinschaft neue Formen von Geselligkeit praktiziert wurden: *»Der Liederkranz ist wirtshausfreundlich, er veranstaltet »Familienabende« in der Weihnachtszeit, so daß der »Kriegerverein« und der Turnverein nicht zurückbleiben können. Das Vereinswesen ist namentlich durch die Lehrer auf die Bahn gekommen« (Affalterbach 1912).*

Dieser Siegeszug der Vereine setzt sich in der Weimarer Republik fort und es entwickelt sich ein sehr differenziertes Vereinswesen auch in den Dörfern.

Politisierung des dörflichen und kleinstädtischen Lebens

Die erst informellen Zusammenschlüsse der Arbeiter in Wirtshäusern, später der institutionelle Zusammenschluß in neuen Vereinen, stärkten das Selbstbewußtsein der Arbeiter und stabilisierten die in der unbäuerlichen Lebensweise angelegte differente Identität der Arbeiter gegenüber der Bauern. Ein weiterer Ausdruck dieses Emanzipationsprozesses von dörflichen Verhaltensmaximen sind schließlich auch vereinzelte Gründungen von sozialdemokratischen Ortsvereinen im Bezirk noch während des Kaiserreiches. Damit gelang es der Arbeiterschaft, ihren Interessen, die vom im Oberamt vorherrschenden Bauernbund nicht vertreten wurden einen organisatorischen Ausdruck zu verleihen. Die ersten sozialdemokratischen Aktivitäten sind in Steinheim feststellbar und wurden von zugereisten Schreinergesellen getragen, die über das entsprechende politische Bewußtsein und die notwendigen organisatorischen Erfahrungen verfügten.[81]

In den anderen Orten des Oberamtes war es schwerer, Arbeiterorganisationen ins Leben zu rufen, da durch die vorherrschenden patriarchalischen Strukturen der relativ kleinen Betriebe und die soziale Kontrolle der dörflichen und kleinstädtischen Gesellschaft der Weg zur organisatorischen Unabhängigkeit oft verstellt war. So gelang es nur noch in der Arbeiterwohngemeinde Benningen (1905) und in Murr (1912)[82], einen sozialdemokratischen Ortsverein zu gründen. In Affalterbach, Erbstetten und Burgstall gelang dies nicht, aus unterschiedlichen Gründen. Burgstall war zwar nach Aussage des Pfarrers »sozial stark zerklüftet«, allerdings waren diese sozialen Spannungen weniger auf die Industrialisierung als auf die sehr ungleiche Besitzverteilung der Bauern zurückzuführen.[83]

Erbstetten war bis in die 1910er Jahre eine Hochburg des Pietismus, nennenswerte Gewerbebetriebe gab es im Dorf nicht, nur eine Anzahl Arbeiter pendelte täglich in nahegelegene Industriebetriebe. So erklärt sich die Überzeugung des Pfarrers, der eine *»sozialdemokratische oder auch nur liberale Wahlversammlung«* im Ort für undenkbar hielt (Erbstetten 1910). Aber schon ein Jahr später, am 23. Juli 1911, feierte der sozialdemokratische Arbeiter-Radfahrer-Verein Wanderlust sein Stiftungsfest in der Gemeinde. *»Die ca. 10 jungen Radfahrer, die es hier gibt, glaubten es ihnen und der Ehre des Dorfes schuldig zu sein, sich als ›Verein‹ zu konstituieren und an den genannten Tagen ihre ›Kollegen‹ von Auswärts und das hiesige Publikum zu ihrem Stiftungsfest einzuladen. Die Mehrzahl der Gemeinde stand aber nicht gut zu dieser ganz überflüssigen Neuerung; die Teilnahme an dem Feste beschränkte sich auf die jungen Leute und das Zuschauen der Schuljugend; und die einzige schwarz-weiß-rote Fahne, die es hier gibt, die das Dorf festlich schmücken sollte, wurde von ihrem Besitzer, dem Pfarrer, nicht herausgegeben«* (Erbstetten 1914).

Trotz dieses Boykotts des Pfarrers fand an diesem Sonntag das erste Vereinsfest in der Geschichte Erbstettens, nun freilich ohne nationalistischen (Deck-)Mantel[84] und ohne den Segen des Pfarrers, jedoch mit Bierausschank auf einer Wiese nahe des Dorfes statt.

Autoritätsverlust der Pfarrer

Durch ein solches Verhalten waren die Geistlichen maßgeblich an der Ausgrenzung der Arbeiterschaft aus der dörflichen oder kleinstädtischen Gemein-

Was will die Sozialdemokratie?

Das ist in diesen Tagen eine hochwichtige Frage für jeden Bürger. Und auf diese wichtige Frage bekommt der Wähler keine Antwort, wenn er die Flugblätter der Sozialdemokratie liest oder ihre Reden hört. Denn da pflegt sie ihre letzten Ziele heuchlerisch zu verbergen. Die Sozialdemokratie hat in diesem ganzen Wahlkampf ihre wahren Grundsätze verleugnet und ein trügerisches Spiel getrieben. **Laßt euch, ihr Wähler, nicht täuschen durch dieses trügerische Spiel!**

Was sind die wahren Ziele der Sozialdemokratie?

Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Liebknecht sagt: Unsere Partei leugnet alle Autorität im Himmel und auf Erden.

In **politischer** Beziehung erstrebt die Sozialdemokratie als letztes Ziel: unbeschränkte Herrschaft der jeweiligen Volksmehrheit, das heißt **Einrichtung der Republik, Beseitigung der Monarchie, Absetzung von Kaiser, Königen und Fürsten.** Die Sozialdemokratie ist aber zu feig, dieses Ziel in diesen Tagen offen kundzugeben.

Auf **wirtschaftlichem** Gebiet erstrebt die Sozialdemokratie **Abschaffung des Privateigentums.** Alles Privateigentum des Bauern, des Handwerkers, des Kaufmanns, des Gewerbetreibenden soll aufhören, soll „vergesellschaftet" werden. Da würde jede Freiheit des einzelnen aufhören, ein jeder dürfte und müßte nur diejenige Arbeit verrichten, welche ihm der Staat als einziger Arbeitgeber anweist. Auch dieses Ziel hat die Sozialdemokratie vollständig verschwiegen.

Auf welchem Weg will die Sozialdemokratie ihre Ziele erreichen?

Auf dem Weg der **Revolution,** des **gewaltsamen Umsturzes** der bestehenden Ordnung. Der Begründer der Sozialdemokratie, Marx, sagt: „Zusammenstoß Mann gegen Mann ist das letzte. Kampf oder Tod, blutiger Krieg oder das Nichts. So ist die Frage unerbittlich gestellt." Und einer der bedeutendsten noch lebenden Führer der Sozialdemokratie, Kautsky, schreibt: „Erst wenn die große Masse organisiert und zum Ansturm bereit ist, erst dann kommt der große Klassenkampf, die Entscheidungsschlacht gegen den Staat." Auch hievon schweigen die sozialdemokratischen Führer in der Wahlzeit vollständig. Laßt euch, ihr Wähler, durch ihr scheinbar friedliches Gebaren nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Sozialdemokratie eine grundsätzlich revolutionäre, eine Umsturzpartei ist!

Bürger aller Stände!

Wer nicht will, daß wir auf revolutionäre Wege getrieben werden, wer seine Freiheit lieb hat, wer eine ruhige und stetige Entwickelung unserer öffentlichen Verhältnisse, wer Ordnung und Sicherheit in Staat und Gesellschaft haben will, wer Religion, Familie, Monarchie als die unantastbaren Grundlagen unseres Staatswesens festhält, wer sein Vaterland lieb hat, der darf, der kann am Tage der Stichwahl seine Stimme keinem Sozialdemokraten geben, der muß sie abgeben

für **Prof. Dr. Joh. Hieber**
aus Stuttgart.

Das Wahlkomite für Prof. Dr. Hieber.

Druck und Kommissionsverlag von Carl Grüninger, Hofbuchdruckerei Jh. Gutenberg, Stuttgart.

Abb. 6: Flugblatt der »Deutschen Partei« zum Reichstagswahlkampf 1898. Das Flugblatt wandte sich besonders an Bauern und Handwerker, um sie vor der Sozialdemokratie, ihren »gefährlichen Umsturzplänen« und der »Abschaffung des Privateigentums« zu warnen.

schaft und damit letztlich an ihrer Politisierung beteiligt. Die Reaktion der Arbeiter blieb nicht aus, teilweise wurde die direkte Konfrontation gesucht, teilweise wandten sich die Arbeiter mehr und mehr von der Kirche ab. Der Steinheimer Pfarrer empfand den sonntäglichen Kirchgang bisweilen als eine gemäßigte Form des Spießrutenlaufens, da einige Arbeiter ihn nicht zuerst grüßen wollten, was er als ein ihm zukommendes Privileg erachtete: *»Unehrerbietiges Verhalten begegnet ihm hin und wieder bei jungen Leuten – sozialdemokratischen Arbeitern besonders –, von denen einzelne sich ein Vergnügen daraus zu machen scheinen, an Sonntag Vormittagen in nicht sonntäglicher Kleidung sich dem Geistlichen bei seinem Kirchgang in den Weg zu stellen und ihn ungegrüßt an sich vorbeigehen zu lassen« (Steinheim 1897).*

Die Arbeiter zahlten den Pfarrern in gleicher Münze heim. Die Geringschätzung, mit denen ihnen von den Geistlichen entgegengetreten wurden, quittierten sie mit der Verweigerung des üblichen und vom Pfarrer erwarteten Verhaltens einer »Obrigkeit« gegenüber. Auch der Murrer Pfarrer empfand *»infolge des Einflusses der Sozialdemokratie, die hier ziemlich viel Boden hat, bei manchen ein kühleres Benehmen dem Pfarrer gegenüber«* (Murr 1909). Allerdings waren »Ungehörigkeiten« bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht vorgekommen. Murr besaß zu diesem Zeitpunkt noch einen geringeren Arbeiteranteil als Steinheim, zudem stammten die meist jungen Arbeiter aus örtlichen Kleinbauernfamilien, was dem Pfarrer gegenüber trotziges Verhalten nicht zuletzt durch familiäre Kontrolle erschwerte.[85] Eine Strategie der jungen Arbeiter, ihrem Unmut über den Pfarrer trotz der dörflichen Kontrolle risikolos Luft zu verschaffen, war dem Benninger Pfarrer Anlaß zur Klage: *»Im Zusammenhang mit dem Vordringen des sozialdemokratischen Geistes wird in einzelnen Kreisen ziemlich unverhohlen ausgesprochen: Was brauchen wir überhaupt einen ›Pfaffen‹? Es ist dem Pfarrer auch schon begegnet, daß, wenn er Nachts des Wegs kam, unreife Jugend ihm unter dem Schutz der Dunkelheit Beschimpfungen zu Teil werden ließ« (Benningen 1908).*

Sein Nachfolger zeigte sich im Umgang mit der Arbeiterschaft geschickter, eine Haltung, die auch nach Aussage des Visitators eine merkliche Abschwächung der Fronten zwischen Arbeiterschaft und Pfarrhaus und zumindest eine atmosphärische Besserung bewirkte: *»So stehe ich mit der Arbeiterschaft im ganzen auf friedlichem Grußkomment, der anfangs freilich von mir begonnen, doch nun zur Gegenseitigkeit geworden ist (...)« (Benningen 1908).*

Zumindest die äußere Form konnte so in Benningen noch gewahrt werden. Pfarrern des »alten Schlages« gelang dieses Arrangement nicht, so hatte der Burgstaller Pfarrer mit »seinen« Arbeitern ganz massive Schwierigkeiten: *»Das kleine Häuflein, das morgens auszieht und am Abend heimkehrt, ist besonders frech und gemein. Es ist dem Pfarrer nicht möglich, den Abendzug, der nur 4ter Klasse fährt, zu benützen« (Burgstall 1909).*

Wurde gegenüber der Arbeiterschaft von allen Pfarrern ein Rückgang des Ansehens und der Autorität ihrer Person und des Amtes bemerkt, so hatten sie mit der bäuerlichen Bevölkerung im allgemeinen keine Differenzen. Repräsentativ ist die Aussage: *»dem bäuerlichen Charakter der Gemeinde entsprechend ist das Verhalten der Leute im ganzen ordentlich«* (Affalterbach 1908). Doch auch innerhalb der bäuerlichen Bevölkerung und dort vor allem bei der Jugend lockerte sich das Band, das die Verbindung der Gemeindemitglieder mit der Kirche herstellte (Affalterbach 1912). Immer mehr entzog man sich den Versuchen des Pfarrers,

auf das Verhalten der Gemeindemitglieder einzuwirken, zum Beispiel einfach dadurch, daß dem Pfarrer der Einblick in das »Privatleben« verwehrt wurde: *»›Der Pfarrer muß nicht alles wissen!‹ Dem Pfarrer zeigt man sich im Sonntagsgewand. In diesem Grundsatz sind sich alle einig, die sonst durch scharfe Gegensätze voneinander getrennt sind« (Burgstall 1913).*

Damit wurde den Geistlichen aber eine ihrer Hauptaufgaben, die Kontrolle und Korrektur »unsittlichen« oder »unchristlichen« Verhaltens, zusehends unmöglich gemacht. Den Pfarrern wurde gegenüber den diesseitigen Dingen immer weniger Kompetenz zugestanden und entsprechende Macht entzogen.

Tageszeitungen und neue Weltsicht

Einen direkten Autoritätsverlust erlitten die Pfarrer auch dadurch, daß das kirchliche Erklärungsmonopol zur Interpretation der gesellschaftlichen Realität sich langsam auflöste. Die traditionellen theologischen Erklärungsmuster erwiesen sich zunehmend als antiquiert und den modernen ökonomischen Verhältnissen nicht mehr angemessen. Ein entscheidender Punkt schließlich war, daß die Kirche ganz eindeutig auf seiten der bestehenden, die Arbeiterschaft unterdrükkenden gesellschaftlichen Machtverhältnisse stand und als Garant für die Aufrechterhaltung des wilhelminischen Klassenstaates auftrat.

Die infolge der allgemeinen Politisierung des gesellschaftlichen Lebens auftretenden Publikationsorgane, vor allem die Tageszeitungen, trafen auch auf dem Land und dort besonders unter der Arbeiterschaft auf ein wachsendes Informationsbedürfnis. Ab der Jahrhundertwende lassen sich zahlreiche Belege für das veränderte Leseverhalten der Bevölkerung finden. Für die bäuerliche Bevölkerung bildeten Ende des 19. Jh. christliche Blätter nahezu die ausschließliche Lektüre, allenfalls wurde »Der Postillion«, eine in Marbach erscheinende konservative Tageszeitung, in einigen Häusern gelesen. Parallel zur Einbeziehung der ländlichen Bevölkerung in die Industriearbeit änderte sich dies jedoch: *»Gelesen wird in den Familien viel und vielerlei. In erster Linie stehen die Zeitungen der verschiedenen Parteistandpunkte« (Steinheim 1897).*

In der Arbeiterwohngemeinde Benningen wurde 1912 *»viel mehr Zeitung gelesen als früher (besonders natürlich auch die schwäb. Tagwacht, z. Zt. in 75 Expl.)«* (Benningen 1912). Auch der Murrer Pfarrer bemerkt in seinem Bericht, daß sich *»die Lektüre der Familien (...) in der Hauptsache auf die Tageszeitungen (beschränkt), die immer mehr in den Familien Eingang finden«* (Murr 1913).

Beispielhaft für Murr kann die wachsende Zahl der gelesenen sozialdemokratischen Tageszeitungen angeführt werden. Ab 1907 lassen sich genaue Zahlen über die in den Gemeinden des Bezirkes bestehenden Abonnements sozialdemokratischer Tageszeitungen ermitteln.[86] So steigt die Zahl der Exemplare der »Schwäbischen Tagwacht« von einem Exemplar im Jahre 1907 auf 9 im Jahre 1914. Wie regelmäßig in der »Schwäbischen Tagwacht« angezeigt wurde, lagen die Zeitungen besonders in den Wirtschaften aus, die der Arbeiterschaft als Treffpunkte dienten. Die Zahl der Leser überstieg so die Zahl der abonnierten Exemplare bei weitem. Neben der »Schwäbischen Tagwacht« wurde in Murr 1913 auch noch das sozialdemokratische, in Heilbronn erscheinende »Neckar-Echo« in 16 Exemplaren gelesen.

Schwäbische Tagwacht

Organ der Sozialdemokraten Württembergs

Mit dem täglichen Unterhaltungsblatt Aus Leben, Kunst und Wissenschaft

:: Beilagen: Für unsere Jugend und Für unsere Frauen, je alle vierzehn Tage ::

Nr. 176 | Stuttgart, Samstag 1. August 1914 | 34. Jahrg.

Bezugspreise für einen Monat: Durch die Austrägerinnen frei ins Haus . . . 80 Pf. Durch die Post im Orts- und Nachbarortsverkehr . 75 Pf. Durch die Post im sonstigen Verkehr . . . 80 Pf. Postbestellgeld monatlich 10 Pf., im Reich 14 Pf. Ausgabe: Täglich außer Sonn- und Festtags früh 11 Uhr

Anzeigen, Tarifliche Preise: Geschäftsanzeigen 22 Pf.; aus Württemberg . . 20 Pf. Vereins- und Versammlungs-Anzeigen . . . 15 Pf. Arbeits- und Wohnungsmarkt, Privat-Anzeigen 12 Pf. Reklamezeilen außerhalb des Anzeigenteils 75 Pf. Bei gerichtl. Zwangsvergleichen, Konkursen oder gerichtlicher Beitreibung fällt jeder Rabatt. Anzeigenannahme-Schluß früh 7 Uhr

Telephon-Anschlüsse: Redaktion . . . . . 3745 Expedition und Buchhandlung 1545 Geschäftsstelle . . . . . 8711 Buchdruckerei 9025

An die Parteigenossen Württembergs!

Infolge der Erklärung des Kriegszustandes ist die Durchführung der Versammlungstätigkeit der Sozialdemokratischen Partei zur Erhaltung des Friedens wie auch die Flugblattverbreitung dazu unmöglich geworden.

Die für die nächsten Tage angezeigten Versammlungen werden hiermit abgesagt.

Zugleich fordern wir unsere Parteigenossen auf, das für nächsten Sonntag zur Verbreitung bestimmte Flugblatt nicht zur Verbreitung zu bringen.

Der Landesvorstand.

Der Parteivorstand an die deutsche Sozialdemokratie.

Unser Parteivorstand erläßt heute im Vorwärts einen Aufruf, in dem es heißt: **Waren unsere Protestkundgebungen, unsere wiederholten Ermahnungen um Erhaltung des Friedens erfolglos, waren die Verhältnisse, unter denen wir leben, noch einmal stärker als unser und unserer Arbeitsbrüder Wille, so müssen wir feststehen, was auch kommen mag. Mit Festigkeit werden wir den Dingen ins Auge sehen und mit fatalistischem Gleichmut werden wir die kommenden Ereignisse durchleben. Wir werden unseren Waffen treu bleiben, wir werden festzusammenhalten, durchdrungen von der erhabenen Größe unserer Kulturmission. Die Frauen insbesondere, welcher die Schwere der Ereignisse doppelt und dreifach lastet, haben in diesen ernsten Zeiten die Aufgabe, im Geiste des Sozialismus zu wirken, damit die Wiederholung dieses namenlosen Unglücks vermieden wird und dieser Krieg der letzte ist. Die strengen Vorschriften des Kriegsrechts treffen mit furchtbarer Wucht die Arbeiter. Unbesonnene, unkluge und falsch verstandene Opfer müssen in diesem Augenblick nicht nur dem einzelnen, sondern auch unserer Sache.**

An unsere Leser!

Mit dem Eintritt des Kriegszustandes wird die Pressefreiheit aufgehoben. Für die sozialdemokratische Presse, stark bedroht. Unsere Leser werden es daher verstehen, wenn wir gezwungen sind, den herrschenden Zuständen Rechnung zu tragen. Für uns alle heißt es jetzt, ruhiges Blut und Kühlen Kopf bewahren. Selbstverständlich stehen wir auch wie vor nicht auf seiten unserer Gegner, in der Geschichtsschreibung wird sich ja unsere Sache, in der wir geschichtlichen Notwendigkeit, daß der Sozialismus unüberwindlich ist.

Die Redaktion der Schwäbischen Tagwacht.

Der Vorwärts an seine Leser!

Einem Aufruf an die Leser verweist die Redaktion des Vorwärts auf die Verhängung des Kriegsrechts und auf die dadurch bedingte Einschränkung des Presse-, Versammlungs- und Vereinsrechtes. Die Redaktion sagt, daß die Anordnungen, die von der Militärbehörde erlassen sind, zu befolgen zwingen und den Bestand der Zeitung bedrohen. Sie erwartet von der Schulung und Ueberzeugungstreue der Genossen, daß sie die Zwangslage, in die das Blatt versetzt ist, zu würdigen wissen.

Kriegszustand in Deutschland.

Berlin, 31. Juli. Der Kaiser hat auf Grund des Artikels 68 der Reichsverfassung das Reichsgebiet ohne Bayern in Kriegszustand erklärt. Für Bayern ergibt die gleiche Maßnahme sich aus dem Gesetz.

Berlin, 31. Juli. Der Zustand der drohenden Kriegsgefahr umfaßt alle militärischen Maßnahmen an der Grenze und zu Wasser, sowie Verkehrsbeschränkungen der Post, der Telegraphen und der Eisenbahnen zugunsten des militärischen Bedarfs.

Weitere Folgen sind die Erklärung des Kriegszustandes für das gesamte Reichsgebiet, sowie das Verbot der Versammlungen, über Truppenbewegungen und Betriebseinstellungen. Der Kriegszustand ist gleichbedeutend mit dem Belagerungszustand in Preußen (siehe Art. 68 der Reichsverfassung).

Erlaß des Königs von Württemberg.

Nachdem S. M. der Kaiser das Reichsgebiet in Kriegszustand erklärt hat, spricht S. M. der König das feste Vertrauen aus, daß die Militärverwaltungs- und Gemeindebehörden nun im Interesse des Vaterlandes eintretende Unterstellung unter die Militärbefehlshaber mit Ernst und Umsicht gerecht werdenden gehobenen Pflichten mit Eifer anfassen, und die ihnen obliegenden Amtsaufgaben mit besonderes strengem Diensteifer aufs gewissenhafteste erfüllen werden.

Auf Allerhöchsten Befehl gibt das Staatsministerium vorstehendes bekannt.

Stuttgart, 31. Juli 1914.

Freiherr v. Marchtaler. Fleischhauer.
Schmidlin. Habermaas. Pistorius.

An die Bevölkerung des württembergischen Korpsbereichs.

Seine Majestät der Kaiser hat das Reichsgebiet in Kriegszustand erklärt. Für diese Maßregel sind lediglich Gründe der raschen und gleichmäßigen Durchführung der Mobilmachung maßgebend und nicht etwa die Besorgnis, daß die Bevölkerung die vaterländische Haltung werde vermissen lassen. Die Schneidigkeit und Zielsicherheit unseres Aufmarsches erfordert einheitliche und zielbewußte Leitung der gesamten vollziehenden Gewalt. Wenn durch die Erklärung des Kriegszustandes die Gesetze berührt werden, so wird dadurch niemand, der das Gesetz beachtet und den Anordnungen der Behörden Folge leistet, in seinem Tun und Wirken beschränkt. Ich vertraue, daß die gesamte Bevölkerung alle Militär- und Zivilbehörden freudig und rückhaltlos unterstützen und und damit die Erfüllung unserer hohen vaterländischen Pflichten erleichtern wird. Dann wird auch der alte Waffenruhm des Armeekorps aufrechterhalten und es vor den Augen unseres Kaisers, unseres Königs und des deutschen Volkes in Ehren bestehen.

Der Kommandierende General
des XIII. (Königl. Württ.) Armeekorps.

Beschränkung des Postverkehrs im Inland.

Zu obiger Erklärung des Kriegszustandes werden von jetzt ab bis auf weiteres verschlossene Privatsendungen (verschlossene Briefe und Pakete) zur Postbeförderung nicht mehr angenommen:

1. nach Eilab-Bestellungen,
2. nach den zum Regierungsbezirk Trier gehörigen Kreisen St. Wendel, Ottweiler, Saarbrücken (Stadt), Saarbrücken (Land), Saarlouis, Merzig und Saarburg (Bez. Trier).
3. nach Orten im Fürstentum Birkenfeld,
4. nach den zum Befehlsbereiche der Festungen Straßburg (Elsaß) und Neubreisach gehörigen badischen Postorten, das sind:

a. im Bereich der Festung Straßburg die Orte: Altenheim, Appenweier, Auenheim (Amt Kehl), Bodersweier, Diersheim, Dundenheim, Isenheim, Kehl, Kork, Legelshurst, Leutesheim, Lichtenau (Baden), Ring, Marlen, Meißenheim (Baden), Memprechtshofen (Amt Kehl), Neufreistett (Amt Kehl), Rheinbischofsheim, Scherzheim (Amt Kehl), Schutterwald, Sundheim (Baden), Urloffen, Wagshurst, Willstätt (Amt Kehl), Windschlag;

b. im Bereich der Festung Neubreisach die Orte: Achkarren, Breisach, Burkheim, Gottenheim, Jechtingen, Jöhringen, Königschaffhausen (Kaiserstuhl), Kreozingen, Merzingen (Baden), Merdingen (Baden), Munzingen, Oberbergen (Kaiserstuhl), Obermalsheim, Oberrotweil, Opfingen, Sasbach (Kaiserstuhl), Schallstadt.

5. nach der Rheinpfalz.

Die durch die Briefkasten aufgelieferten sowie die bei Postanstalten eingehenden dieser Bekanntmachung bereits in der Beförderung begriffenen verschlossenen privaten Briefsendungen und Frachtgüter nach den vorbezeichneten Gebietsteilen, nach Orten werden bei Abenden zurückgehalten, soweit sie nicht bekannt sind, nach den Vorschriften für unbestellbare Sendungen behandelt werden.

Kgl. Generaldirektion der Posten und Telegraphen.

Die Bedeutung des Kriegszustandes.

Die Frankfurter Zeitung veröffentlicht die gesetzlichen Bestimmungen, die für den Kriegszustand im Betracht kommen. Wir bringen diese Ausführungen zum Abdruck, damit sich unsere Leser ebenfalls informieren können.

Die Verhängung des Kriegszustandes geschieht gemäß Art. 68 der Reichsverfassung, welche bestimmt: „Der Kaiser kann, wenn die öffentliche Sicherheit in dem Bundesgebiete bedroht ist, einen jeden Teil desselben in Kriegszustand erklären. Bis zum Erlaß eines Reichsgesetzes, die Form der Verkündigung und die Wirkungen einer solchen Erklärung regelnden Reichsgesetzes gelten dafür die Vorschriften des preußischen Gesetzes vom 4. Juni 1851. Da ein Reichsgesetz bisher nicht erlassen ist, so gilt das preußische gesetzliche Recht jetzt für den Fall des Kriegszustandes, nur daß das Reichsstrafgesetzbuch, das Militärstrafgesetzbuch und die Militärstrafprozeßordnung verschiedene Bestimmungen erlegt haben.

Das erwähnte preußische Gesetz ist das Gesetz über den Belagerungszustand, dessen hier in Betracht kommende Bestimmungen besagen:

Mit der Bekanntmachung geht die polizeiliche Gewalt an die Militärbefehlshaber über. Die Zivilverwaltungs- und Gemeindebehörden haben den Anordnungen und Aufträgen der Militärbefehlshaber Folge zu leisten. Für ihre Anordnung sind die betreffenden Militärbefehlshaber persönlich verantwortlich.

Wenn es für erforderlich erachtet wird, die Art. 5, 6, 7, 27, 28, 29, 30 und 36 der Verfassungsurkunde (Unverletzlichkeit der Wohnung, Verbot der Ausnahmegerichte, die Preßfreiheit, das Vereins- und Versammlungsrecht, das Einschreiten der bewaffneten Macht) ganz oder teilweise außer Kraft zu setzen, so müssen die Bestimmungen darüber ausdrücklich in die Bekanntmachung aufgenommen werden. Hält es das Staatsministerium für notwendig, die ordentlichen Gerichte zu suspendieren, so treten an deren Stelle die Kriegsgerichte. Diese werden aus Offizieren und Zivilrichtern zusammengesetzt. Das Verfahren ist das sogenannte standrechtliche. Alle Strafen werden binnen 24 Stunden nach Verhandlung des Urteils vollzogen. Todesstrafen sind nach dem Reichsgesetz vom 1907 die Todesstrafe überhaupt oder für einen bestimmten Begirk oder zu Zeiten und über auch bestimmten Objekten durch Anordnung des Bundesfeldherrn vorübergehend eingeführt werden.

Die Militärpersonen stehen für die Dauer des Kriegszustandes unter den Bestimmungen des Militärstrafgesetzbuches für strafbare Handlungen im Felde. Der Gouverneur, Kommandant oder sonstige Befehlshaber eines in Kriegszustand erklärten Ortes oder Distriktes hat die Gerichtsbarkeit über alle zur Besatzung gehörenden Militärpersonen.

Für eine Reihe von Vergehen tritt nach § 4 des Einführungsgesetzes zum Strafgesetzbuch an Stelle lebenslänglichen Zuchthauses die Todesstrafe ein. Das gilt für folgende Vergehen:

§ 81. Hochverrat: Wer es unternimmt,

1. einen Bundesfürsten zu töten, gefangen zu nehmen, zu Handlungen zu nötigen oder zur Regierung unfähig zu machen,
2. die Verfassung des Deutschen Reiches oder eines Bundesstaats oder die in derselben bestehende Thronfolge gewaltsam zu ändern,
3. das Bundesgebiet ganz oder teilweise einem fremden Staat gewaltsam einzuverleiben oder einen Teil desselben von [illegible] losgerissen,

Abb. 7: Titelblatt der Schwäbischen Tagwacht, »Organ der Sozialdemokraten Württembergs«, vom 1. August 1914.

Durch die Industrialisierung wurde nicht nur ein sehr weitreichender sozialer Umstrukturierungsprozeß eingeleitet, sondern auch alte Wertvorstellungen, Normen und Verhaltensweisen durch neue abgelöst. Dieser Wandel setzte von Ort zu Ort zu verschiedenen Zeitpunkten und mit unterschiedlicher Intensität ein; aber auch innerhalb der einzelnen Gemeinden begannen die sozio-kulturellen Innovationsprozesse unterschiedlich schnell bei den verschiedenen Bevölkerungsgruppen. Die unterbäuerliche Schicht, die über keinen oder nur einen kleinen Grundbesitz verfügen konnte, wurde als erste in die Fabrikarbeit einbezogen, bevor im Verlauf der Industrialisierung der Region zunehmend auch die Kinder der Kleinbauernfamilien zur Fabrikarbeit gezwungen waren. In den Gemeinden, in denen sich größere Produktionsstätten aus bestehenden Handwerksbetrieben entwickeln konnten oder deren günstige Verkehrsanbindung das tägliche Pendeln zwischen städtischer Fabrik und ländlichem Wohnort ermöglichte, setzte diese »Modernisierung« früher ein und schritt dort schneller voran. Abgeschwächt oder doch zumindest verdeckt wurde die Klassendifferenzierung in Folge der Industrialisierung durch die berufliche Doppelexistenz vieler Arbeiter als Arbeiterbauern. In allen untersuchten Orten jedoch bildete sich bis 1914 eine ländliche Arbeiterklasse, die sich in ihren Werthaltungen und in ihrem Verhalten immer mehr von der bäuerlichen Bevölkerung der Gemeinden zu unterscheiden begann.

Der »Mobilisierung« der Gesellschaft, die nicht nur im engeren Sinne, sondern auch in sozialer und kultureller Hinsicht wirksam wurde, traten die Pfarrer der untersuchten Orte mit einer defensiven Grundhaltung gegenüber. Sie versuchten, »die alte Ordnung« gegen die rasche Veränderung der Lebensbedingungen zu verteidigen und bestanden auch unter den veränderten Bedingungen der Einbeziehung eines größer werdenden Bevölkerungsanteils in die Fabrikarbeit auf der Einhaltung kirchlicher Normen, die am Jahres- und Wochenrhythmus bäuerlicher Produktion orientiert waren. Mit diesen Ansprüchen gerieten sie notwendigerweise in Konflikt mit der veränderten Wocheneinteilung z. B. eines Arbeiterbauern, der gerade den Sonntag zu landwirtschaftlichen Arbeiten nutzen mußte.

Die Pfarrer geißelten erste – sehr bescheidene – Ansätze der Konsumgesellschaft, wenn sich die jugendlichen Arbeiter von ihrem Lohn einige Wünsche erfüllten, die den Pfarrern und der bäuerlichen Bevölkerung als verschwenderischer Luxus erschienen. Damit griffen sie ein entscheidendes Sublimationsmedium an, mit dem sich die Arbeiter über die harten Arbeitszumutungen der Fabrikarbeit hinweghalfen. Mochten Werte wie Sparsamkeit noch für die bäuerliche Bevölkerung und Teile der Handwerker sehr wohl eine Funktion besitzen, so hatten sie für die entstehende Arbeiterklasse nur noch eine geringe Bedeutung, da die Akkumulation oder gar die Anlage von Kapital den Arbeitern in aller Regel nicht möglich war. Eine Ausnahme – und sicherlich eine Besonderheit des untersuchten Realteilungsgebietes – bildete die Möglichkeit für einige Jugendliche, ein ererbtes Grundstück für einen späteren Hausbau nutzen zu können. Die angebliche »Verschwendungssucht« der Arbeiter bildete aber letztlich nur die andere Seite der verstärkt einsetzenden Konsumgüterproduktion, die eine Erhöhung des gesamtgesellschaftlichen Wohlstandes erlaubte; solche Überlegungen waren den Pfarrern der untersuchten Orte jedoch weitgehend fremd.

Den Versuch, dem langsamen Prozeß einer Entkirchlichung besonders unter

der Arbeiterschaft und den Jugendlichen aktiv entgegenzusteuern, unternahmen nur wenige Pfarrer. Den von ihnen gegründeten Jungfrauenvereinen und Jünglingsvereinen war in der Regel kein dauerhafter Erfolg beschieden. Für die jungen Männer bildete nach der Konfirmation in der Regel das Wirtshaus oder der Turnverein die bessere Alternative, die den aus der Fabrikarbeit resultierenden Kommunikationsbedürfnissen eher gerecht wurden. Zudem waren die in den christlichen Gesprächskreisen thematisierten Gegenstände – soweit sich dies aus den hier verwendeten Quellen schließen läßt – kaum von entscheidender Relevanz für die in den Fabriken arbeitenden Jugendlichen, sondern eher an dem ländlichen Erfahrungshorizont und der konservativen politisch-ideologischen Einstellung der Pfarrer orientiert. Demzufolge stagnierten die Besucherzahlen dieser »Vereine« auf einem sehr geringen Niveau, vielfach gingen diese nach kurzer Zeit sogar gänzlich ein. Dieser Mißerfolg führte aber in keinem der untersuchten Orte zu einer verstärkten Tätigkeit der Pfarrer in anderen Bereichen. Im Gegenteil verstärkte er die Resignation und verwies die Geistlichen auf eine weitgehend passive Rolle, die in einen weitgehenden Autoritätsverlust mündete.

Insgesamt interpretierten die Pfarrer den sozio-kulturellen Wandel in ihren sich sozial mehr und mehr differenzierenden und schließlich auch politisierenden Gemeinden vor allem als Verfallsprozeß des alten, bewährten Normengefüges. Sie vertraten in dieser Hinsicht eine Auffassung, die die »Kultur« durch die »Zivilisation« bedroht sah, indem der Fortschritt der »Zivilisation« mit einem Rückschritt der »Kultur« erkauft sei. »Unsittlich«, »verderbt«, »zuchtlos«, »schamlos« sind nur einige Prädikate, mit denen der »moderne Zeitgeist« in den Berichten der Pfarrer be- und verurteilt wird. Generell läßt sich aus allen Äußerungen der Pfarrer eine zutiefst kulturpessimistische Tendenz herauslesen, ein Pessimismus, der auch nicht durch den Rückgang der krassesten Armut und der sich langsam bessernden materiellen Lage der Arbeiterklasse abgeschwächt wurde.[87]

Anmerkungen

1 Die hier vorgestellte Arbeit entstand im Zusammenhang des von Prof. D. Langewiesche im Wintersemester 87/88 geleiteten Seminars »Kultur und Gesellschaft im wilhelminischen Kaiserreich« an der Universität Tübingen. Für diese Arbeit wurde auf Materialien des ehemaligen Arbeitskreises zur Heimatgeschichte der Arbeiter in Marbach und Umgebung zurückgegriffen, der inzwischen in der Alexander-Seitz-Geschichtswerkstatt Marbach aufgegangen ist. Der Autor ist Mitglied der Geschichtswerkstatt.

2 Pfarrbericht Benningen 1908. Landeskirchliches Archiv Stuttgart (LKAS), Bestand A 29/352. Die äußere Form und der Inhalt dieser Berichte wurde in der »Vorschrift zur Verfertigung der Pfarrberichte« geregelt. Vgl. z.B. die Fassung v. 1822 in: Reyscher, A.L., Hrsg.: Kirchen-Gesetze, 2.Theil. (= ders.: Sammlung der württembergischen Gesetze, Bd.9). Tübingen 1835, S.577f.

3 Vgl. z.B. Scharfe, M.: Protestantismus und Industrialisierung im Königreich Württemberg. In: Forschungen und Berichte zur Volkskunde in Baden-Württemberg 1974–1977, Bd.3, Stuttgart 1977, S.149–162.

4 Köhle-Hezinger, C.: Lokale Honoratioren. Zur Rolle von Pfarrer und Lehrer im Dorf. In: Wehling, H. G., (Hrsg.): Dorfpolitik. Fachwissenschaftliche Analysen und didaktische Hilfen. Bd.22, Opladen 1978, S.54–64. S.57.

5 Ebd., S.59.

6 Ebd., S.61.

7 So z. B. bei der Einrichtung von Raiffeisenkassen, sozialfürsorgerischen Vereinen oder der Industrieschulen (vgl. Marquardt, W.: Geschichte und Strukturanalyse der Industrieschule. Arbeitserziehung, Industrieunterricht, Kinderarbeit in niederen Schulen (ca. 1770–1850/70). Diss., Hannover 1975, S. 508 f.)
8 Köhle-Hezinger, C.: Lokale Honoratioren, S. 64.
9 Vgl. Marbach, R.: Säkularisierung und sozialer Wandel im 19. Jahrhundert. Die Stellung des Geistlichen zur Entkirchlichung und Entchristlichung in einem Bezirk der hannoverschen Landeskirche. Göttingen 1978, S. 16 f.
10 Beschreibung des Oberamts Marbach. Herausgegeben von dem königlichen statistisch-topographischen Bureau. Stuttgart 1866, unveränderter Photomechanischer Nachdruck, Stuttgart 1962, S. 38. (Oberamtsbeschreibung)
11 Ebd., S. 39.
12 Das Königreich Württemberg. Eine Beschreibung nach Kreisen, Oberämtern und Gemeinden. Hrsg. von dem Königlichen Statistischen Landesamt. Stuttgart 1904, S. 450. (Das Königreich Württemberg 1904)
13 Das Königreich Württemberg 1904, S. 451.
14 Boelke, W. A.: Bevölkerung und Beschäftigung im Wandel. In: Der Kreis Ludwigsburg. Stuttgart und Aalen 1977 (Reihe Heimat und Arbeit), S. 243–255, S. 255. Hierbei ist jedoch zu bemerken, daß zahlreiche Arbeiterbauern bei der diesen Zahlen zugrunde liegenden Berufszählung »Landwirt« angaben, da dies mit einer höheren Statuszuordnung belegt war, was solche absoluten Zahlenangaben natürlich relativieren muß.
15 Oberamtsbeschreibung, S. 76 f.
16 Borcherdt, C., Häsler, S., Kuballa, S., Schwenger, J.: Die Landwirtschaft in Baden-Württemberg. Veränderungen von Anbau, Viehhaltung und landwirtschaftlichen Betriebsgrößen 1850–1980 (Schriften zur politischen Landeskunde, Bd. 12), hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung. Stuttgart 1985, S. 63. (Die Landwirtschaft)
17 Thier, M.: Zweihunderfünfzig Jahre Wirtschaft im Kreis Ludwigsburg. In: Der Kreis Ludwigsburg. Aalen und Stuttgart, 1960 (Reihe Heimat und Arbeit, Bd. 4) S. 198–242, S. 208.
18 Schönberger, K.: Die Arbeiterturn- und Arbeitersportbewegung im ehemaligen Oberamt Marbach/Neckar 1900–1933. Magisterarbeit, Tübingen 1986, S. 16.
19 Das Königreich Württemberg. Eine Beschreibung von Land, Volk und Staat. Hrsg. v. d. Königlichen Statistischen Landesamt. Bd. 3, Buch 5, Stuttgart 1886, S. 190. (Das Königreich Württemberg 1886)
20 Bericht des Murrer Pfarrers aus dem Jahr 1893, LKAS: A29/2981. Im folgenden wird bei Zitierungen der Pfarrberichte nur Ort und Jahr angegeben, bei der erstmaligen Erwähnung eines Ortsbestandes auch dessen Faszikelnummer.
21 Gemeindearchiv Murr, A 1785 (Eisenbahnakten). Aufstellung vom 25. 8. 1889.
22 Das Königreich Württemberg 1886, S. 186.
23 Vgl. Borcherdt, C., u. a.: Die Landwirtschaft, S. 42.
24 LKAS: A29/41, Randglosse des Visitators.
25 Das Königreich Württemberg 1886, S. 187.
26 LKAS: A29/1115, Pfarrbericht aus dem Jahr 1898.
27 Das Königreich Württemberg 1886, S. 187.
28 Oberamtsbeschreibung, S. 174.
29 LKAS: A29/719.
30 Oberamtsbeschreibung, S. 173.
31 Das Königreich Württemberg 1886, S. 177.
32 LKAS: A 29/352.
33 Arbeitskreis zur Heimatgeschichte der Arbeiter im Raum Marbach a. N.: Arbeiterkultur in der proletarischen Provinz 1890–1933. Marbach 1983, S. 7.
34 Das Königreich Württemberg 1886, S. 191.
35 Schönberger, K.: Die Arbeiterturn- und Arbeitersportbewegung, S. 21.
36 LKAS: A29/4303.
37 Interessengegensätze waren in den Dörfern aber keineswegs eine neue Erscheinung, sondern in die Produktions- und Lebensbedingungen des Dorfes fest eingebaut. Auch das traditionelle Dorf ist ein scharf gegliederter Sozialraum, der von großen Eigentumsunterschieden ge-

prägt wurde. In Realteilungsgebieten zum Beispiel standen in den Familien dramatische Erbauseinandersetzungen auf der Tagesordnung, eine Erscheinung, die von den Pfarrern lediglich als Streitsucht »verharmlost« wurde, weil sie die existentiellen Probleme einer »ungerechten« Teilung des Grundbesitzes unterschätzten. Vgl. dazu: Jeggle, U.: Dörfliche Lebenswelt. Zur Spezifik ländlicher Wahrnehmungs- und Handlungsweisen. In: Frahm, E., u.a.: Dorfentwicklung. Aktuelle Probleme und Weiterbildungbedarf. Unters. des. L.-Uhland-Inst. der Univ. Tübingen, Bd. 71. Tübingen 1987. S. 35–43. Hermann Bausinger (Dorf – das verwackelte Leitbild, ebd., S. 15–25) spricht in diesem Zusammenhang von sentimentalisch-sentimentalen Sehnsüchten, die auf das Dorf projiziert werden. Diese Projektionen und der im hergebrachten Sozialgefüge hohe Sozialstatus der Pfarrer führten bei ihnen dazu, daß sie das dörfliche Leben idealisierten und idyllisierten, es folglich nur »unscharf« wahrnehmen konnten.

38 Vgl. dazu: Schönberger, Klaus: Die Arbeiterturn- und Sportbewegung, S. 20.

39 Zur Rolle der Eisenbahn und des Ausbaues der Straßen vgl. Borcherdt; C., u.a: Die Landwirtschaft, S. 68–71.

40 Diese Integration in das städtische Proletariat setzte vor allem bei Kindern ein, deren Eltern über keinen oder nur einen sehr geringen Grundbesitz verfügten. Für die Kinder der Kleinbauern erhöhte das tägliche Pendeln in die Fabriken unter Beibehaltung des ländlichen Wohnortes die Krisensicherheit, da notfalls durch die Mitarbeit auf den kleinen Grundstükken der Familie zumindest die Grundversorgung mit Nahrungsmitteln gesichert werden konnte. Insgesamt eine Situation, die die Kinder der Kleinbauern eher an ihren Geburtsort band. Kinder der Handwerker zogen dagegen auch in die Städte, doch scheint es dort nicht wenigen gelungen zu sein, sich in den erlernten Handwerksberufen (besonders Metzger und Bäcker) selbständig zu machen. (Burgstall 1909)

41 Mooser, J.: Arbeiterleben in Deutschland 1900–1970. Klassenlagen, Kultur und Politik. Frankfurt/M. 1984, S. 172f.

42 Ein Beispiel dafür ist die Murrer Holzmehlfabrik, die von ihrem Besitzer nach patriarchalischen Grundsätzen geführt wurde. Nicht zuletzt durch den Bau von Werkswohnungen und anderen »sozialen Taten« gelang es in dieser Fabrik der Gewerkschaft auch während der Weimarer Republik nicht, Fuß zu fassen (vgl. Neckar-Post v. 26.3. 1927).

43 In den untersuchten Orten war dies ein häufiger Fall, da einerseits auf die Arbeitskraft der Kinder nicht ganz verzichtet werden konnte, andererseits aber das Wohnen in den Industriestädten wesentlich kostspieliger war als zu Hause bei den meist hausbesitzenden Eltern. Der ländliche Wohnort bot zudem in Krisenzeiten eine willkommene Sicherheit, da dort die Möglichkeit zur Subsistenzsicherung vorhanden war. Vgl. hierzu auch: Borcherdt, C., u.a.: Die Landwirtschaft, S. 98f.

44 Born, K. E.: Der soziale und wirtschaftliche Strukturwandel Deutschlands am Ende des 19. Jahrhunderts. In: Wehler, H.-U.: Moderne Deutsche Sozialgeschichte. NWB Geschichte Bd. 10, S. 271–284, S. 272.

45 Borcherdt, C., u.a.: Die Landwirtschaft, S. 97.

46 Vgl. Scharfe, M.: Knechte und Mägde vor hundert Jahren. In: Blümcke, M., (Hrsg.): Abschied von der Dorfidylle? Ein Lesebuch vom Leben und Arbeiten im deutschen Südwesten in den letzten 200 Jahren. Stuttgart 1982, S. 128–135, S. 132.

47 Außereheliche Beziehungen und Illegitimität waren auch im frühen 19. Jahrhundert ein bekanntes Phänomen, das in den finanziellen und Arbeits-Umständen begründet war. Vgl. dazu: Lipp, C.: Dörfliche Formen generativer und sozialer Reproduktion. In: Kaschuba, W., Lipp, C.: Dörfliches Überleben. Zur Geschichte materieller und sozialer Reproduktion ländlicher Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert. Unters. d. Ludwig-Uhland-Inst. d. Univ. Tübingen, Bd. 56, S. 288–589, S. 402f.

48 »Für die Bauren war der Arbeiter n' Pack. Des war der Baurenstolz«. Interview mit K. Strähle, aus: Schönberger, K., H. Steffens: Arbeiterkultur in der Provinz. Geschichten um eine Ausstellung. In: Paul, G., B. Schoßig (Hrsg.): Die andere Geschichte. Geschichte von unten. Spurensicherung. Ökologische Geschichte. Geschichtswerkstätten. Köln 1986. S. 221–242, S. 228.

49 Unter der Realteilung bestand der Zwang, daß innerhalb des Dorfes geheiratet werden mußte, um durch die Zusammenlegung der Grundstücke der Eheleute auskömmliche Be-

triebsgrößen zu erzielen. Als Folge dieses Diktats entwickelte sich das Dorf zu einer nahezu geschlossenen Gesellschaft.

50 Ein bei den Pfarrern sehr häufig auftretendes Klischeebild, bei dem Jugendliche, die es angeblich an Respekt fehlen ließen, sofort mit dem Schimpfwort »Sozialdemokrat« belegt wurden. Allerdings wird man nicht einfach durch einen verweigerten Gruß zum Sozialdemokraten, trotzdem liegt diesem unehrerbietigen Verhalten eine veränderte Einstellung gegenüber den traditionellen Autoritäten zugrunde, die nicht unbedingt »politisch« motiviert sein muß, von den Pfarrern jedoch so interpretiert und empfindlich registriert wurde.

51 Vgl. dazu Murr 1921.

52 An anderer Stelle weist der Pfarrer darauf hin, daß besonders die große Fluktuation in den Werkstätten die Integration der Lehrlinge und Gesellen in das dörfliche Leben schwierig machte: »Die schlimmsten der Schlimmen sind die Schreiner, namentlich die, die von auswärts bleiben und hier mehr oder weniger vorübergehend in Arbeit stehen.« (Burgstall 1909)

53 Eben dies beobachtet auch Martin Scharfe: Protestantismus und Industrialisierung, S. 152. Er stellt in diesem Beitrag den hauptsächlich moralinen Charakter der Kritik durch die Geistlichen fest, der deshalb notwendig an der gesellschaftlichen Realität vorbeigeht.

54 Scharfe, M.: Pietistische Moral und Industrialisierungsprozeß. In: Gladigow, B., (Hrsg.): Religion und Moral, S. 27–47, S. 37.

55 Von der guten Annahme der Sparkassen durch die Arbeiter berichtet auch Marbach, R.: Säkularisierung und sozialer Wandel, S. 108.

56 Zumindest für Burgstall scheint die von M. Scharfe geäußerte Vermutung (in: Pietistische Moral und Industrialisierungsprozeß, S. 43), daß besonders Randpersonen der pietistischen Gemeinschaften den Anforderungen des Industriekapitalismus besser entsprechen konnten, verifizierbar zu sein.

57 Mit Entkirchlichung wird im folgenden der Rückgang der religiösen und sozialen Bedeutung der Institution Kirche bezeichnet.

58 Unberücksichtigt in der weiteren Darstellung bleiben Abnahmen des Besuches, wenn sie auf eher persönlichen Schwierigkeiten des jeweiligen Pfarrers – etwa »langweilige Predigten« oder »Zerwürfnis mit der Gemeinde« – beruhen.

59 Die Pregizerianer beriefen sich auf den Haiterbacher Pfarrer Christian Gottlob Pregizer (1751–1824), dessen Predigten schon seit 1808 zu Spannungen mit der Landeskirche geführt hatten. Es gelang nicht, die Gemeinschaft wieder vollständig in die Landeskirche zu integrieren. Vgl. dazu: Scharfe, M.: Die Religion des Volkes. Kleine Kultur und Sittengeschichte des Pietismus. Gütersloh 1980, S. 69f.

60 In Burgstall übte der Turnverein während des Gottesdienstes im Sommer auf einer nahegelegenen Aue-Wiese, im Winter in der Waschküche des »unkirchlichen« Schultheißen. (Burgstall 1909)

61 Der von ihm zitierte Spruch, daß Kirchenlaufen nichts einbringe, könnte auf einen zunehmend rationaleren Umgang auch der Bauern mit der Natur verweisen. Nicht mehr der göttlichen Gnade, sondern zunehmend der eigenen Arbeitsleistung wird vertraut, für die Unterordnung unter den göttlichen Willen bleibt so weniger Platz.

62 An dieser Stelle teilt der Pfarrer auch mit, daß »in den letzten 1 1/2 Jahren (...) von 80 verheirateten Stuhlschreinern ca. 50 beim Abendmahl erschienen (sind).« Das relativiert die bitteren Klagen der Pfarrer über die völlige Trennung der meisten Schreiner von der Kirche erheblich, wobei aber berücksichtigt werden muß, daß bei ledigen Schreinern und Arbeitern der »unkirchliche« Teil größer war.

63 Zwar vermutet der Steinheimer Pfarrer schon 1891, daß »ausgesprochene Spötter oder Religionsverächter wohl unter den hiesigen Sozialdemokraten vorhanden« seien, aber daß sie mit ihren irreligiösen Anschauungen öffentlich aufgetreten seien, weiß er nicht zu berichten. (Steinheim 1891) In den folgenden Berichten aus Steinheim konnte kein Hinweis auf Austritte aus der Kirche gefunden werden. Aus den Äußerungen der Pfarrer muß geschlossen werden, daß sie über dieses Verhalten der sozialdemokratischen Arbeiter beinahe überrascht waren. Offensichtlich vertraten auch sie die Meinung, wie sie in den »Erbaulichen Mitteilungen« im Jahre 1901 sehr pointiert vertreten wurde: »Ein bewußter Christ kann nicht Sozialdemokrat sein und ein bewußter Sozialdemokrat kann nicht Christ bleiben.« (Erbauliche Mittelungen 43 (1901), Nr. 7; S. 55; zit. n. Lehmann, Hans: Pietismus und weltliche Ord-

nung in Württemberg vom 17. bis zum 20. Jahrhundert. Stuttgart 1969, S. 261.)

64 Auch heute noch gilt es in den Landorten des ehemaligen Oberamtes Marbach als unschicklich, Feld- oder Gartenarbeit am Sonntag zu verrichten, die mit abergläubisch-ironischen Sätzen kommentiert wird: »Des Sach' wachst krumm.«

65 Mitglieder der pietistischen M. Hahn'schen Gemeinschaft.

66 In dieser Frage zeigte sich also der Pfarrer wesentlich weniger dogmatisch-verhärtet als die Mitglieder der pietistischen Gemeinschaft. Wohl eher einem »aufgeklärterem« Bewußtsein verpflichtet, argumentiert er aus Gründen einer allgemeinen Generalprävention, um den – zwar berechtigten – Anfängen zu wehren, an deren Ende er aber schließlich den Sonntag zum Werktag gemacht sieht.

67 Im Zusammenhang mit den Berichten der folgenden Jahre läßt sich mit einiger Sicherheit vermuten, daß es sich hierbei um die Schreiner handelt, deren Betriebe sich in den folgenden Jahren industriell weiterentwickeln.

68 So z. B.: »Wieder sind es die kleinen Leute, die den Sonntag zu Näh- und Wascharbeit verwenden.« (Burgstall 1909)

69 Natürlich trafen sich auch die Bauern bisweilen in den Wirtshäusern, doch hatte für die Arbeiter das Gespräch im Wirtshaus eine andere Funktion. Die Koordinationserfordernisse des bäuerlichen Alltags, z. B. durch den Flurzwang, waren durch institutionalisierte Regeln bereits festgelegt und seit langem Praxis. Der eigentliche Arbeitsablauf und die Arbeitstechniken wurden dann aber individuell organisiert. Der Arbeitsalltag in den Fabriken erforderte jedoch den solidarischen Zusammenschluß der Belegschaft zur Interessendurchsetzung, der Informationsaustausch der in unterschiedlichen Betrieben Beschäftigten erhöhte die Chancen einer Verbesserung der Lebenssituation der einzelnen Arbeiter. Zudem erhöhte auch die entfremdete Arbeitswirklichkeit den Interaktionsbedarf.

70 Die zwei größten Bauern Burgstalls besaßen selber Wirtshäuser.

71 Vgl. zur Funktion der Spinnstuben für das dörfliche Leben: Weber-Kellermann, I.: Landleben im 19. Jahrhundert. München 1987, S. 188 f.

72 D. i.: Spinnstuben.

73 Daß Tanzen zu den Dingen gehörte, die in direkter Linie ins Verderben führen mußten, war in sinnfälliger Weise auch in der pietistischen Metapher vom »breiten und vom schmalen Weg« festgelegt. Charlotte Reihlen, Mitglied der Hahnschen Gemeinschaft, hatte dieses Bild in den 1860er Jahren entworfen und es fand als kolorierte Lithographie eine große Verbreitung. Gleich zu Beginn des lasterhaften Weges steht ein Wirtshaus, im Giebel die Aufschrift »Sonntagsentheiligung«, vor dem eine fröhliche Tanzveranstaltung stattfindet. Vgl. dazu: Scharfe, M.: Die Religion des Volkes, S. 84 f.

74 Zur Entstehung und sozialen Differenzierung des dörflichen Vereinswesens in Folge der Industrialisierung im Untersuchungsraum vgl. Schönberger, K.: Die Arbeiterturn- und Arbeitersportbewegung, S. 34–56.

75 Vgl. dazu: Groschopp, H.: Zwischen Bierabend und Bildungsverein. Zur Kulturarbeit in der deutschen Arbeiterbewegung vor 1914. Ost-Berlin 1985, S. 82.

76 Dazu steht nicht im Gegensatz, daß sich die Arbeiter durch das Turnen oder Fahrradfahren körperlich anstrengende Freizeitaktivitäten wählten: »Die aus der zunehmenden Sterilität und Intensität der kapitalistischen Lohnarbeit resultierende Entfremdung reduziert die Befriedigungsmöglichkeiten der Arbeiter im Produktionsprozeß selber und verstärkt das Bedürfnis nach physischer Anstrengung und psychischer Befriedigung außerhalb der Arbeitstätigkeit. Demnach erfordert anstrengende körperliche Arbeit anstrengende körperliche Entspannung als Ausgleich.« Diese These, die ursprünglich auf R. F. Wheeler zurückgeht, ist Schönberger, K.: Die Arbeiterturn- und Arbeitersportbewegung, S. 44 entnommen.

77 Der Verein kann noch nicht als explizit sozialdemokratischer Verein bezeichnet werden, da er nicht innerhalb der Arbeiterturnbewegung organisiert war. In dem Verein waren jedoch mehrheitlich Arbeiter vertreten, ganz besonders die jungen Schreiner der zwei Burgstaller Möbelfabriken, die vom Pfarrer regelmäßig als Sozialdemokraten bezeichnet werden. In seinen Berichten steht »Schreiner« oft als Synonym für »Sozialdemokrat«, so daß hier ohne Zweifel von einem der Sozialdemokratie sehr nahestehenden Verein ausgegangen werden kann.

78 Über diese Differenzierung berichtete auch der Kommunist Gustav L. in einem Interview

dem Arbeitskreis zur Heimatgeschichte der Arbeiter in Marbach und Umgebung 1981: »Und dann sind noch lauter Kleine (Handwerker) gewesen, die waren alle beim Liederkranz; da ist man schon auf d'Kravatt g'stande, so etwa. Der hat dann der Krawättles-Verein g'heißen. (...) Aber (der Arbeitergesangverein) – des war der stolzeste Gesangverein da (...). Obwohl der Liederkranz nicht schlecht war, aber das (der Arbeitergesangverein) war dortmals schon ein gemischter Chor (...) die anderen waren nur Männerchöre (...).« Entnommen aus: Schönberger, K., H. Steffens: Arbeiterkultur in der Provinz, S. 229.

79 Diese Passage erscheint vor allem deshalb bemerkenswert, da hier die Arbeiterinnen ein politisches Kampfinstrument, das sie in den Backnanger Fabriken als ein wirksames und effektives Mittel der Interessendurchsetzung kennengelernt hatten, in ihrem Dorf für die Austragung von sozialen Konflikten einsetzten. Es entbehrt allerdings nicht einer gewissen Ironie, daß die Kampfform der organisierten Arbeiterklasse eingesetzt wurde, um das Miteinander in einem kirchlichen Verein für die Arbeiterinnen erträglich zu gestalten.

80 Schon früher berichtet der Pfarrer von einem Mädchen, daß wegen der »Drohungen des sozialdemokratischen Vaters« nicht mehr an den Treffen des Jungfrauenvereins teilnahm und so dem Einfluß des Pfarrers entzogen wurde. (Burgstall 1909)

81 1888 war in Steinheim eine »Ortsverwaltung der Central-Kranken- und Sterbekasse der Tischler u. a. gewerblicher Arbeiter« gegründet worden (HStAS E 159/Bü 2044, Bericht des Stadtpolizeiamtes Stuttgart vom 13. 7. 1888), für das Jahr 1889 ist ein Arbeiterverein dokumentiert (StASt A 2270).

82 Vgl. zu den Konstitutionsbedingungen des Ortsvereins in der Arbeiterwohngemeinde Murr: Beck, S., K. Schönberger: ... wenn sie ihnen möglichst viel Freiheit lassen... Die Arbeiterbewegung in Murr zwischen Kaiserreich und Faschismus 1900–1933. In: Ortsverein Murr der SPD (Hrsg.): 1912–1987 – 75 Jahre Sozialdemokraten in Murr für Murr. Jubiläumsschrift des SPD-Ortsvereins Murr anläßlich der Festveranstaltung am 24. Oktober 1987. Ohne Paginierung.

83 »Die Leitung der Gemeinde liegt seit Jahrzehnten in der Hand der begüterten Familien des Oberdorfes (...). Ihre Angehörigen bilden den Ortsadel, tragen ein sehr hohes Selbstbewußtsein zur Schau und werden von den übrigen Ortsansässigen mit Sie angeredet. Bei diesen Familien haben sehr viele Männer und Frauen in den früheren armseligen Zeiten gedient und erzählen mit Erbitterung von der Behandlung, die sie sich damals gefallen lassen mußten. (...) Der Versuch, die Herrschaft dieser Oligarchie im Gemeinderat zu brechen, ist bis jetzt unter der Einwirkung der aufgelegten Bierfässer und bei der Uneinigkeit der Kleinen mißlungen. *Von rein kirchlichem Standpunkt wäre ein solcher Umschwung zu bedauern, weil die Bauern mit Ausnahme des Schultheißen stramm kirchlich gesinnt sind und in den letzten Jahren allerlei Bittgesuche des Kirchengemeinderates um Unterstützung glatt bewilligt haben. Die Herrschaft der Kleinen würde den Gemeindebeutel kirchlichen Bedürfnissen gegenüber verschließen.*« Burgstall 1909 (Im Original keine Hervorhebung!)
Die kursiv gesetzte Textstelle wirft ein bezeichnendes Licht auf das Interesse der Kirche, das sie oft direkt an die Seite der die wirtschaftlich Mächtigen trieb und sie damit zwangsläufig in Opposition zur Arbeiterbewegung geraten ließ.

84 Es ist aus der Quelle allerdings nicht ersichtlich, ob dieser nationale Bezug für die jungen Arbeiter, die oft dem Vorwurf ausgesetzt waren, sie seien »vaterlandslose Gesellen«, selber von Wichtigkeit war, oder ob es sich dabei nur um einen Beschwichtigungsversuch handelte.

85 Ebenso waren die in bäuerlichen Verhältnissen sozialisierten und noch immer stark mit ältlichen Ansichten, Werten, Normen und Arbeitsweisen konfrontierten Arbeiter zum Teil immer noch dem bäuerlichen Normsystem verhaftet, auch wenn dies mehr und mehr in einen spannungsreichen Gegensatz mit ihrer täglichen konkreten Arbeitspraxis geriet.

86 Die Zahlen beruhen alle auf den »Berichten der Landesversammlungen der Sozialdemokratischen Partei Württembergs«, 1907–1914.

87 Für die Überlassung und Erlaubnis zur Reproduktion der Abbildungen bedanke ich mich bei Frau Margarete Weiß (Abb. 4) und Herrn Heinz Haselmayer (Abb. 5), beide Burgstetten, bei Herrn Trautwein von der Gemeindeverwaltung Murr (Abb. 3), dem Staatsarchiv Ludwigsburg (Abb. 2) und dem Stadtarchiv Marbach (Abb. 6).

Der Größte war's im ganzen Land
Anmerkungen zur fünfzigjährigen Geschichte des Kreises Ludwigsburg*

Von Karl Moersch

Die Morgenausgabe des »Stuttgarter Neuen Tagblattes« erschien am Mittwoch, dem 4. Mai 1938 mit der vierspaltigen Überschrift: »Eine historische Aufgabe des Landes gelöst«.[1] Auf eineinhalb Zeitungsseiten berichtete die Zeitung an diesem Tag wie alle anderen Zeitungen im Lande Württemberg über ein Gesetz zur Neuordnung der alten, fast unverändert seit dem Jahre 1817 bestehenden Verwaltung von Bezirken.[2] Nach 121 Jahren hörten die württembergischen Oberämter auf zu existieren.

Die Könige Friedrich und Wilhelm I. hatten sich einst für diese Verwaltungseinteilung entschieden. Sie sollte ein Instrument der Modernisierung des aus vielen ganz unterschiedlichen Herrschafts- und Verwaltungsformen zusammengefügten neuen Königreiches sein.[3] Was im Jahre 1817, noch vor der Verabschiedung einer Verfassung, als ein moderner Verwaltungsaufbau erschien, das galt inzwischen längst als veraltet, als zu kleinräumig und als zu wenig »leistungsfähig«, wie ein auch damals beliebter Begriff lautete. Von nun an – genauer gesagt: vom 1. Oktober 1938 an – sollte die Bezirkseinteilung aus Kreisen bestehen, denen man vielerorts sogleich den inoffiziellen Namen »Großkreis« gab. Das hörte sich nach der Ausrufung des »Großdeutschen Reiches« im März 1938 recht zeitgemäß an und entsprach dem neuen Selbstgefühl – auch vieler unserer württembergischen Landsleute.

Der größte aller württembergischen Kreise war Ludwigsburg, Rechtsnachfolger, aber nicht Gesamterbe der Oberämter Ludwigsburg, Besigheim und Marbach.[4] Von seinem Zustandekommen soll hier die Rede sein.[5]

Beim Erforschen zeitgeschichtlicher Ereignisse sind Zeitungen nach allgemeiner Ansicht eine wichtige Quelle der Erkenntnis. Für das Jahr 1938 gilt dies allerdings nur bedingt, wie ein Blick in die alten Zeitungsbände rasch zeigt. Seit vielen Jahren, ja Jahrzehnten vertraut mit einer ausführlichen Berichterstattung über Ereignisse und Personen, zuweilen auch über Nicht-Ereignisse, entdeckt man bei der Suche nach den Vorgängen von 1938, wie sehr sich die damals von der NSDAP dirigierte oder von den Weisungen der verschiedenen Parteidienststellen weitgehend abhängige Regional- und Lokalpresse mit genaueren Informationen und mit redaktionellen Stellungnahmen zurückgehalten hat. Nur im damals noch nicht direkt von der NSDAP dirigierten »Stuttgarter Neuen Tagblatt« fand ich am 5. Mai einen nicht gezeichneten, vorsichtig formulierten Kommentar. Bei aufmerksamer Lektüre konnte man ihm entnehmen, daß die Stadt Stuttgart sich bei dieser Neuordnung der Bezirksverwaltung nicht zu den Gewinnern zählte.

---

* Dem Aufsatz liegt ein am 10. Juni 1988 im Ludwigsburger Kreishaus gehaltener Vortrag zugrunde, der für die Drucklegung mit den notwendigen Anmerkungen versehen wurde.

Im Kreis Ludwigsburg kommentierte der »Kreisamtsleiter für Kommunalpolitik«, der Parteigenosse Hurlebaus, das Ereignis, das überraschenderweise niemand anders als der Gauleiter der NSDAP, der Reichsstatthalter Wilhelm Murr auf einer Pressekonferenz in Stuttgart verkündet und erläutert hatte. Der Parteigenosse Hurlebaus teilte den Lesern der in Bietigheim, Oberamt Besigheim, erscheinenden NS-Rundschau mit, daß die Neueinteilung der Bezirksverwaltung nun im Grunde nichts anderes als eine »Anpassung aus dem Zwang der Sache« sei, nachdem die Organisation der NSDAP bereits mit Wirkung vom 1. Juli 1937 verändert worden war.[6] Diese Behauptung durfte man getrost als eine Teilwahrheit bewerten. Zwar hatte die NSDAP ihre bis dahin den alten Oberämtern entsprechende Organisation der Partei-Kreise im Sommer 1937 geändert und dabei die Ortsgruppen mehrerer Oberämter zu einem neuen Kreis – einem Partei-Kreis – zusammengefaßt, aber diese veränderte Partei-Organisation glich in vielen Bereichen im Prinzip den Vorschlägen, die schon in früheren Zeiten von württembergischen Regierungen erarbeitet und erörtert worden waren.

Als Hurlebaus sich in der Zeitung zu Wort meldete, die im nunmehr aufzulösenden Oberamt Besigheim erschien, da mag er durchaus gespürt haben, daß er zumindest der Stadt Besigheim und seinen dortigen, zum Teil auch im Geschäftsleben recht engagierten Parteigenossen keine erfreuliche Kunde vermittle, wenn er begründe, weshalb der »Gauleiter und Reichsstatthalter« und die Landesregierung mit Genehmigung des Reichsinnenministers nun die Stadt Ludwigsburg zum Sitz des zuständigen Landrates mache. So tröstete Hurlebaus denn die Leser im nördlichen Teil des neuen Kreises mit dem Hinweis, daß man bei der nun entschiedenen Neuordnung »verkehrspolitisch sehr gut gefahren« sei, der Neckar, gerade in der Kanalisierung von Heilbronn bis Stuttgart begriffen, werde als Kanal eine wichtige Achse im neuen Kreis bilden; die Eisenbahn verbinde die wichtigen Orte miteinander, und auch kulturell habe dieser Kreis Ludwigsburg Günstiges zu bieten, etwa die Ludwigsburger Schlösser, die Herkunft Schillers aus Marbach und die alte Stadtanlage von Besigheim. Im übrigen lobte der NS-Funktionär »die wohlgeratene Form des Kreises«.

Anscheinend auch ein Ästhet, dieser Parteigenosse Hurlebaus, der im übrigen auch hätte vermerken können – was er nicht tat –, daß dieser neue Landkreis Ludwigsburg mit 119665 Einwohnern der volkreichste in ganz Württemberg sei (vor Göppingen mit 110000 und dem Landkreis Heilbronn mit 103000 Einwohnern).[7]

In allen parteiamtlichen Verlautbarungen jener Maitage des Jahres 1938 finden sich zur Oberamts-Auflösung stets die Stichworte »Verkehr« und »Wirtschaft«. So sagte denn der Gauleiter und Reichsstatthalter in seiner allgemeinen Begründung, seit der Schaffung von 63 Oberämtern zwischen den Jahren 1806 und 1817 habe »die verkehrstechnische und wirtschaftliche Entwicklung ganz andere Wege genommen, so daß eine Lage entstand, die geradezu unnatürlich geworden ist«.

Als allgemeine Lesart verbreitete die Presse, daß nun die Zeit vorbei sei, in der »Württemberg mit seinen oft zwergenhaften Verwaltungen unter einem ungeheuerlichen Leerlauf der Verwaltung gelitten« habe.[8] Es sei, so wurde amtlicherseits als Selbstlob verbreitet, »nicht in diktatorischer Weise, nicht vom grünen Tisch aus, sondern nach sorgfältiger Prüfung und Abwägung aller Verhältnisse, Bedürfnisse und Wünsche entschieden« worden, sofern »sie der Berücksichtigung wert erschienen waren«.

Fast wortgleiche Behauptungen hat es bei irgendwelchen Neugliederungen von Verwaltungsbezirken hierzulande immer gegeben (wenn man einmal von König Friedrich absieht, der seine Entscheidungen meist für so überzeugend hielt, daß er sie nicht weiter begründete). Daß auch die NS-Regierung es für notwendig hielt, sich auf solche Weise zu rechtfertigen, versteht man besser, wenn man den zu allen Zeiten wichtigen lokalen und persönlichen Interessen nachspürt. Nicht ohne Grund teilte der Reichsstatthalter Murr vor der württembergischen Presse mit, daß den alten Oberamtsstädten für den Verlust, den sie erleiden müssen »im Laufe der Zeit irgendwie ein Ausgleich« zu schaffen sei. Was sich für die Betroffenen zunächst wie ein schwacher Kanzleitrost ausnahm, sollte dann für die beiden alten Oberamtsstädte im Kreis Ludwigsburg, für Besigheim und für Marbach, doch relativ bald zur Realität werden, wenn auch auf höchst unterschiedliche Weise.

Bevor hierzu Fakten genannt werden, erscheint mir ein kleiner Blick in die Geschichte von Nutzen: Das Vorbild der königlich württembergischen Verwaltung war Frankreich. König Friedrich vertrat im Jahre 1806 den Standpunkt, daß die Verwaltungsbezirke möglichst »einheitlich und gleichförmig« sein sollten. Für einige Jahre, von 1810 und 1817, existierten im Königreich als Zwischeninstanz zwischen Ämtern bzw. Oberämtern und Regierung zwölf Landvogteien mit jeweils rund 100 000 Einwohnern. Benannt waren diese, den französischen Departements nachempfundenen Verwaltungsbezirke meist nach Flüssen, so daß es zum Beispiel die »Landvogtei an der Enz« gab. Unter Wilhelm I. kam es dann neben der – im Prinzip bis zum Jahre 1938 bestehenden – Oberamts-Einteilung zur Bildung jener vier Zwischeninstanzen, die man »Kreise« nannte.

Die Stadt Ludwigsburg war in jener Zeit der Sitz des Neckar-Kreises und zugleich Oberamtsstadt. (Es gab noch den Jagst-, den Donau- und den Schwarzwaldkreis.) Die Kreisregierung führte die Aufsicht über jeweils 14 bis 17 Oberämter und amtierte als Oberbehörde für alle Sachen, die der Mittelinstanz zugeordnet waren. Da ein entsprechender Kommunalverband im Bereich dieser Kreise fehlte, war diese Mittelinstanz in den 107 Jahren ihres Bestehens (bis 1924) nie populär und von Gemeinden und Oberämtern nur ungern akzeptiert. Einen wichtigen Teil der Befugnisse, die der Kreisregierung vorbehalten waren, übernahm im Volksstaat Württemberg – nach dem Ende der Kreisregierungen – eine Behörde mit dem Namen: »Ministerialabteilung für Bezirks- und Körperschaftsverwaltung«, geleitet von einem Präsidenten im Range eines Ministerialrates.

Es entspricht nur bedingt der Wahrheit, wenn man behauptet, die alten württembergischen Oberämter, die in der Zeit des Königs Friedrich gebildet worden waren, seien historisch gewachsene, miteinander verbundene Bezirke gewesen. Wäre die Gestalt der alten Oberämter historisch vorgegeben gewesen, dann hätte man schwerlich erreicht, daß diese Oberämter im Jahre 1818 durchweg etwa gleich viel Einwohner, nämlich cirka 20 000, zählten. Noch am Beginn der Industrialisierung und des Eisenbahnbaues, ums Jahr 1860, unterschieden sich die alten Oberämter nach der Zahl der Einwohner nicht allzu sehr; das Oberamt Ludwigsburg hatte im Jahre 1856 knapp 33 000 Einwohner, Marbach (1864) 27 000, Besigheim (1853) 29 000; in Vaihingen, dem nach der Bevölkerungszahl kleinsten der heute zum Kreis Ludwigsburg gehörenden Oberämter, registrierte man 1853 knapp 24 000 Einwohner.

Als das Ministerium Weizsäcker im Jahre 1911 mit einer ausführlichen Denk-

schrift eine allgemeine Verwaltungsreform propagierte und die Auflösung wenigstens der kleinen Oberämter vorschlug, fand man in dieser Denkschrift einige Zahlen, die uns zeigen, wie sehr sich im Verlaufe eines halben Jahrhunderts gerade in unserem, nun industrialisierten Gebiet die Bevölkerung konzentriert hatte, so daß die einst angestrebte annähernde Gleichheit der Oberamtsbezirke nicht mehr gegeben war.[9] Damals, im Jahre 1911, war Ludwigsburg nach den Oberämtern Ulm und Heilbronn (zu denen diese beiden im Jahre 1938 kreisfrei gewordenen Städte noch gehörten), mit 60000 Einwohnern das drittgrößte Oberamt. Besigheim und Marbach befanden sich in der Mittelgruppe, Vaihingen/Enz zählte nur noch 21500 Einwohner und war damit nur wenig größer als Blaubeuren, Welzheim, Horb, Neresheim, Sulz und Spaichingen (mit nur 17500 Einwohnern). Eine ganz neue Grenzziehung schien dem Ministerium Weizsäcker jedoch zu riskant. Deshalb erörterte man in der Denkschrift in vorsichtiger Form die Möglichkeit einer Zusammenlegung von Oberämtern, etwa der Oberämter Cannstatt und Stuttgart (auch Stuttgart-Amt genannt, zur Unterscheidung von der Residenzstadt). Auch Vaihingen und Maulbronn wären wohl entsprechend den damals vorgetragenen Argumenten und Empfehlungen für eine Zusammenlegung in Frage gekommen, ebenso wie Besigheim und Brackenheim. (Das Oberamt Brackenheim zählte 23800 Einwohner).

In der Weizsäcker-Denkschrift wurde errechnet, daß in den zehn größten Oberämtern die Personalkosten pro Einwohner durchschnittlich 40 Mark pro Jahr ausmachten, für die zehn kleinsten Oberämter ergaben sich dagegen 61 Mark pro Einwohner und Jahr, also 50% mehr.

Das Ersparnis-Argument findet man in allen Zeiten und in allen Debatten über eine Verwaltungsreform und Neugliederung. Ebenso findet man in allen Diskussionen zwischen 1911 und 1938 und fortdauernd bis ins Jahr 1972 die Behauptung, daß die Vergrößerung der Verwaltungseinheit die Verwaltungskraft und die allgemeine Qualität der Verwaltung durch Spezialisierung stärke. Für das Jahr 1911 leuchten derartige Argumente sicherlich insofern ein, als damals die kleinen Oberämter mit weniger als 20 Personen besetzt waren und der Oberamtmann als Angehöriger des höheren Dienstes mancherlei Dinge tun mußte, die in größeren Verwaltungen einem Angehörigen des damaligen mittleren Dienstes übertragen werden konnten.

Ein einschneidender Gesichtspunkt für die Zusammenlegung der im Jahre 1911 noch existierenden 63 Oberämter auf insgesamt 43, also die Aufhebung von 21 Oberämtern, war die Verkehrsfrage. Ausdrücklich sagt die von Weizsäcker unterzeichnete, grundlegende Arbeit über die Neuordnung der Verwaltung und der Verwaltungsbezirke, daß die zusammengelegten Oberämter »an einem Verkehrszug, möglichst an einer Bahnlinie liegen« sollten. Statt durchschnittlich 35000 Einwohner sollten die neuen Oberämter etwa 60–80000 Einwohner zählen, ein Kriterium, welches das Oberamt Ludwigsburg erfüllt hätte.

Insgesamt wollte man zu jener Zeit im Königreich Württemberg durch die Verringerung der Oberämter übrigens 113000 Mark pro Jahr sparen; gerechnet wurde ganz ernsthaft mit dem Wegfall von 72 Stellen. Ein biß'chen, ich gebe es zu, liest sich die Weizsäcker'sche Denkschrift heute wie ein Märchenbuch, ein Verwaltungsmärchenbuch. Ob diese Denkschrift den Referenten, die im Jahre 1972 im Landesteil Württemberg an der Kreisreform mitgewirkt haben, überhaupt im Detail bekannt gewesen ist, vermag ich nicht zu sagen. Allerdings bin

ich sicher, daß die Weizsäcker'sche Denkschrift von 1911 in jedem Falle die Autoren der im Jahre 1924 versuchten, aber im Landtag an einer Mehrheit gescheiterten Reform kräftig inspirierte.[10]

Die Regierung Hieber stürzte, weil sie ihre Existenz mit der Aufhebung von sechs Oberämtern verbunden hatte. Nach der ohnedies bevorstehenden Neuwahl des Landtages bildete das bis dahin mit den Demokraten in einer Minderheitenregierung verbundene Zentrum eine Koalition mit den Rechtsparteien unter der Leitung des deutsch-nationalen Politikers Bazille. Die neue Mehrheit entschied sich sogleich gegen einen zweiten Versuch zur Aufhebung der kleinen Oberämter.[11] Sie wurde beim Vermeiden jeder Änderung nachdrücklich von einem neugewählten Abgeordneten unterstützt, der damals als Mitglied des »Völkisch-Sozialen Blocks« gewählt war: der spätere nationalsozialistische Kultminister und Ministerpräsident Mergenthaler. Er war es, der im Jahre 1938 als Leiter des Ministeriums und zweithöchster Funktionär im Lande Württemberg die endgültige Gesetzes-Vorlage zur Bildung von Kreisen anstelle der alten Oberämter unterschrieb und an den Reichsstatthalter Murr zur Billigung weiterleitete.

Als Murr auf der bereits erwähnten Pressekonferenz am 3. Mai 1938 die Personen namentlich erwähnte, die sich um das Reformwerk verdient gemacht haben, vergaß er – sicherlich nicht zufällig – den Ministerpräsidenten Mergenthaler; stattdessen lobte er den Innenminister Dr. Jonathan Schmid und, als Autoren der Gesetzes-Vorlage, die Mitglieder einer Regierungs- sowie einer Parteikommission: den Präsidenten Köstlin[12], den Landrat Dr. Thierfelder[13], den Oberregierungsrat Drautz[14], den Partei-Organisationsleiter Michelfelder und den Landesplaner Baurat Bohnert.

In der Chronik des heutigen Kreises Ludwigsburg ist Dr. Hermann Thierfelder zweimal verzeichnet, einmal als Landrat des Oberamtes Besigheim für die Jahre 1934 bis 1938 und, daran anschließend, als der oberste Beamte des neugebildeten Kreises Ludwigsburg. Ehemalige Angehörige der württembergischen Innenverwaltung haben auf Befragen die Ansicht vertreten, Dr. Thierfelder sei der Hauptautor des Neugliederungsgesetzes von 1938 gewesen und habe bei der Arbeit an dieser Neugliederung durchaus schon mit einer Übernahme des Landratspostens im nunmehr größten württembergischen Landkreis rechnen können.[15] Obwohl nach der Lebenserfahrung und entsprechend der Landestradition ein Zusammenhang von Sache – in unserem Falle der Gründung eines besonders großen Kreises – und Person nicht gerade unwahrscheinlich ist, bleibt doch das etwas anders lautende Zeugnis eines Angehörigen der Familie Thierfelder. Dieser Angehörige hat mir berichtet, Dr. Thierfelder sei im Jahre 1938 von seiner Ernennung zum zunächst kommissarischen Landrat des großen Kreises Ludwigsburg überrascht worden.[16]

Bei den beiden anderen Mitgliedern der staatlichen Reformkommission findet man keine direkten Beziehungen zu Ludwigsburg, wohl aber fällt auf, daß der Oberregierungsrat Gustav Drautz einmal im Oberamt Backnang als Landrat amtiert hatte[17] und daß der Präsident Reinhold Köstlin, der im Jahre 1926 in die Leitung der Ministerialabteilung für Bezirks- und Körperschaftsverwaltung gelangt war, zu Backnang ebenfalls enge persönliche Beziehungen besaß: Köstlins Vater leitete viele Jahre das Dekanat Backnang.

Ich erwähne dies, weil man sich bei der Prüfung der damaligen Vorgänge doch fragen muß, weshalb zum Beispiel zwei Gemeinden, die so eng mit der Stadt und

dem Oberamt Marbach verbunden gewesen sind wie Rielingshausen und Affalterbach, im Jahre 1938 zum neuen Kreis Backnang befohlen wurden, eine Entscheidung, die im Falle Rielingshausen in unserer Zeit durch den Zusammenschluß mit der Stadt Marbach und, im Falle Affalterbach, bei der Auflösung des Kreises Backnang zugunsten des Kreises Ludwigsburg korrigiert worden ist.

Wenn allgemein gesagt wird, man habe vor fünfzig Jahren die drei alten Oberämter Ludwigsburg, Besigheim und Marbach vereinigt, so stimmt dies bei Besigheim und Marbach nur mit großen Einschränkungen.[18] Tatsächlich wurden lediglich jeweils rund 60% der Fläche und Bevölkerung dieser beiden Oberämter dem neuen Kreis Ludwigsburg angegliedert. Vom alten Oberamtsbezirk abgetrennt und den Kreisen Heilbronn-Land oder Backnang zugeschlagen wurden vom Kreis Besigheim: Ilsfeld, Lauffen am Neckar, Neckarwestheim und Schozach, vom Kreis Marbach die Gemeinden Rielingshausen, Affalterbach, Allmersbach, Burgstall, Erbstetten, Kirchberg an der Murr, Kleinaspach, Nassach und Weiler zum Stein. Ludwigsburg erhielt seinerseits vom Oberamt Vaihingen die Orte Groß- und Kleinsachsenheim, Untermberg und Unterriexingen; Vaihingen, das Weissach an Leonberg abtreten mußte, bekam das ganze Oberamt Maulbronn und – vom Oberamt Brackenheim – die heutigen Ortsteile von Sachsenheim: Häfnerhaslach, Ochsenbach und Spielberg. Außerdem rundete sich das neue Ludwigsburger Kreisgebiet am rechten Ufer des Neckars ab, denn vom Oberamt Waiblingen gelangten Hochdorf, Hochberg und Neckarrems in den Verantwortungsbereich des Ludwigsburger Landratsamtes.

Die Parteiorganisation paßte sich nun der staatlichen Kreisorganisation an. Mit den Gemeinden und Orten wanderten auch die einzelnen Ortsgruppen der NSDAP zum jeweiligen Kreisleiter, in unserem Falle war dies der Ludwigsburger Kreisleiter Otto Trefz.

Wie die Zusammenarbeit zwischen der staatlichen Dreierkommission Köstlin, Drautz und Thierfelder mit dem Parteivertreter Michelfelder und dem Landesplaner Bohnert funktioniert hat, läßt sich nicht mehr feststellen, weil nach amtlicher Auskunft die Parteiakten anscheinend bei Kriegsende vernichtet worden sind. Immerhin fanden sich im gut geführten Archiv der Stadt Besigheim doch einige bemerkenswerte Dokumente. Sie zeigen uns, daß der Kreisleiter des Oberamtes Ludwigsburg, Otto Trefz[19], von Anfang an mehr Einfluß gehabt haben dürfte als etwa der in Bietigheim beheimatete Kreisleiter von Besigheim oder auch der Kreisleiter von Marbach[20]. Abgesehen davon, daß die Kreisleitung für die drei Oberämter schon im Juli 1937 in Ludwigsburg ihren Sitz hatte, muß es bereits zuvor eine Auseinandersetzung mit dem Kreisleiter Drauz von Heilbronn gegeben haben, die Neugliederung betreffend, in der sich der Kreisleiter Trefz bei der Gauleitung durchsetzte. Auslöser dieses Vorganges war allem Anschein nach der Besigheimer Bürgermeister Fuchs, der im Januar 1936 eine interne Versammlung einberufen hatte, an der »15 führende Parteigenossen« und eine Anzahl sogenannter »Prominenter« aus dem Parteikreis Besigheim teilnahmen. Zu den führenden Parteigenossen gehörte der Heilbronner Kreisleiter Drauz. Bürgermeister Fuchs[21] argumentierte, daß bei der Zusammenlegung mit Ludwigsburg – ich vermute mit »Zusammenlegung« meinte Fuchs die Parteiorganisation – das Oberamt in Gefahr sei. In der überlieferten Notiz lesen wir dazu: »Drauz Heilbronn unterstrich dies und sagte, daß nur eine starke, von ihm geführte NS-Presse das Unglück verhindern könne. Wenn er dem Reichsstatthalter gegenüber sagen

könne, so und soviele NS-Rundschau-Leser sind im Kreis Besigheim, dann könne er die Auflösung des Oberamtes verhindern«. Dazu muß man wissen, daß Drauz nicht nur der NSDAP-Kreisleiter war, sondern auch im damaligen Zeitungsverbund der »Heilbronner Verlagsdruckerei«, dem die NS-Rundschau angeschlossen war, eine starke Position besaß. Bemerkenswert ist das Zusammenspiel des Besigheimer Bürgermeisters mit dem Heilbronner Kreisleiter nicht nur wegen der überraschenden Zeitungsstrategie, sondern wegen einer anderen angeblichen Planung, die bei diesem Treffen vom Januar 1936 offenbart wurde. Es heißt in dem überlieferten Aktenvermerk: »Es ... kam weiterhin zum Ausdruck, daß ein Großkreis Besigheim – umfassend die Kreise Besigheim, Marbach und Vaihingen – geplant sei«. Der Kreisleiter Drauz scheint die Gründung eines derartigen Kreises, zunächst als Parteikreis, durchaus für möglich gehalten zu haben, denn er versicherte den Besigheimer Parteigenossen, »er habe schon mehr fertiggebracht, er werde auch dieses Ziel erreichen, Voraussetzung sei jedoch die Unterstützung seiner Presse«.[22]

Wodurch und weshalb der hier zitierte Aktenvermerk an die Gauleitung in Stuttgart gelangt ist, bleibt ein Geheimnis. Es scheint zumindest, als habe der Bürgermeister Fuchs damals versehentlich auch einen Gegner des Großkreises Besigheim eingeladen. In den Zeitungen der damaligen Jahre findet man so gut wie nichts über interne Auseinandersetzungen, nicht einmal Andeutungen über Interessendifferenzen. Die Parteileitung hatte, eingedenk der früheren Auseinandersetzungen in Landtag und Öffentlichkeit, die öffentliche Erörterung der Oberamts-Auflösung untersagt.

Erstaunlicherweise findet man auch in den erhalten gebliebenen staatlichen und kommunalen Akten kaum irgendwelche Eingaben oder Vorschläge der Betroffenen, sieht man von allgemeinen Hinweisen auf die strenge Einhaltung des Dienstweges ab. Eine Ausnahme macht die Stadt Mühlacker. Ihr Bürgermeister richtete zusammen mit dem Ortsgruppenleiter mehrfach die Bitte an Gauleitung und Regierung, man solle doch Mühlacker zum Sitz des neuen, aus den Oberämtern Maulbronn und Vaihingen gebildeten Kreises machen. Die Bitte wurde abgewiesen.[23] Vaihingen verfügte, wie es scheint, über die stärkeren Fürsprecher in der Partei. Und darauf kam es an. Das zeigte sich auch bei der Diskussion über die Frage, ob es denn nicht geboten sei, Bietigheim und nicht Ludwigsburg zum Sitz des Landratsamtes zu machen.[24]

Das war im Jahre 1938 keine neue Diskussion, sondern eine öffentlich schon viel früher ausgetragene oder, genauer gesagt, von Ludwigsburger Seite souverän ignorierte Debatte.[25] Ausgelöst wurde sie durch eine Denkschrift über Einsparungen und Reformen in der Verwaltung, die der Reichssparkommissar Sämisch im Jahre 1930 auf Wunsch der württembergischen Regierung vorlegte.[26] Der Sparkommissar des Reiches empfahl damals eine radikale Neuordnung der Verwaltungsbezirke.[27] Es sollten neben mehreren kreisfreien Städten noch 23 Oberämter, später Kreise genannt, bestehen bleiben. Vorgesehen war die Bildung eines Oberamtes Bietigheim mit 106 Gemeinden und 187000 Einwohnern, das bevölkerungsreichste im ganzen Land. Es sollte gebildet werden aus allen Gemeinden des Oberamtes Ludwigsburg, mit Ausnahme von Zuffenhausen (im Herbst 1929 hatte eine Mehrheit in Zuffenhausen für die Eingemeindung nach Stuttgart votiert). Vierzehn Gemeinden und eine Teilgemeinde aus dem Oberamt Marbach waren genannt, vier aus dem Oberamt Waiblingen, sechs aus dem Oberamt

Leonberg (die Gemeinden aus dem Vorderamt), drei, einschließlich Feuerbach, aus dem Oberamt Stuttgart, 15 aus dem Oberamt Besigheim, 21 aus dem Oberamt Vaihingen und 22 aus dem Oberamt Maulbronn.

Man sieht, der Reichskommissar verfuhr recht großzügig und übertraf mit seinem Vorschlag selbst den heute gewiß nicht kleinen Umfang des Kreises Ludwigsburg. Ein wesentliches Argument für die Zusammenfassung industriell starker Gemeinden und landwirtschaftlicher Orte war das damalige Steueraufkommen. Das neue Oberamt – Super-Oberamt müßte man wohl sagen – hätte ein Pro-Kopf-Steuereinkommen (Anteil an der Einkommen- und Körperschaftssteuer) von 67,35 Reichsmark im Jahr erreicht; das wären zwar 21 Reichsmark weniger gewesen als im bestehenden Oberamt Ludwigsburg (mit Zuffenhausen[28] und dem 1942 nach Stuttgart eingemeindeten Stammheim), aber immer noch das höchste Steueraufkommen aller vorgeschlagenen württembergischen Oberämter.

Als sich die Amtsversammlung des Oberamtes Ludwigsburg mit dem Sämisch-Vorschlag gefaßte, kritisierte der Vorsitzende das Projekt der Aufteilung der Oberämter »für zu weitgehend«, die »angestellten Ersparnisvorschläge hielt er für reichlich optimistisch«. In dem Zeitungsbericht[29] über die Amtsversammlung wurde gefragt, weshalb das 32000 Einwohner zählende Ludwigsburg seinen Amtssitz an das nur 6000 bis 7000 Einwohner zählende Bietigheim verlieren soll, das, so heißt es wörtlich, »zwei Kilometer vom Bahnhof entfernt liegt«. Genauso wenig logisch empfand es der Verfasser des Berichtes, wenn man in dem vorgeschlagenen großen Oberamt Esslingen mit Nürtingen und Kirchheim die Stadt Plochingen zum Sitz der Verwaltung machen wollte.

Bei der Erläuterung des städtischen Haushaltsplanes in der Amtsversammlung ging der damalige Ludwigsburger Oberbürgermeister Dr. Schmid auf den Vorschlag des Sparkommissars Sämisch nur am Rande ein. »Die Verlegung des Oberamtssitzes nach Bietigheim nehme er nicht ernst«, sagte Dr. Schmid. Die Oberamtsstadt mit ihren Einrichtungen und ihrer Bedeutung müsse auch wirklich den Mittelpunkt bilden, in dieser Hinsicht halte »Bietigheim keinen Vergleich mit Ludwigsburg aus«.

Daß der Bietigheimer Bürgermeister Schmidbleicher ganz anderer Ansicht war, hatte man unabhängig von der Denkschrift des Sparkommissars schon am 30. Oktober 1929 in der »Württemberger Zeitung« lesen können. Dort legte Schmidbleicher dar, welche Vorzüge Bietigheim vor allem verkehrstechnisch für einen Bezirkssitz biete. Man müsse nach der sicherlich bald bervorstehenden Auflösung des Amtsoberamtes Stuttgart mit einem Sog der Stadt Stuttgart rechnen, meinte der aus Feuerbach gekommene Schmidbleicher. Als das beste Mittel für die Erhaltung der Selbständigkeit des im Norden von Stuttgart gelegenen Gebietes betrachtete der damalige Bietigheimer Bürgermeister ziemlich exakt jene Neugliederung der Verwaltung – allerdings mit Hauptsitz Bietigheim –, die dann, in gewissen Variationen, im Jahre 1938 und schließlich im Jahr 1972 wirksam geworden ist. Daß 1937 und 1938 in dieser Frage auch ein Ludwigsburger Kreisleiter – gegen Bietigheim – mitreden würde, das allerdings konnte im Jahre 1929 der Vertreter der Stadt Bietigheim nicht voraussehen.

Fragt man heute, aus einer gehörigen zeitlichen Distanz von fünf Jahrzehnten, welche Überlegungen damals bei der Neugliederung, verbunden mit der Auflösung des Amtsoberamtes Stuttgart, für die Gründung des neuen Kreises Ludwigsburg wichtig gewesen sein könnten, dann muß man sich vor

allem auch mit dem Thema Stuttgart und seine Nachbarn befassen.

Die Reformer des Jahres 1938, Köstlin, Thierfelder und Drautz, waren wohlvertraut mit Vorarbeiten zur Neugliederung, die bereits im Jahre 1926 konkrete Formen im Innenministerium angenommen hatten. Möglich, daß die im NS-Staat tätige Kommission teilweise sogar personengleich war mit Beamten, die in den zwanziger Jahren mit dieser Arbeit begonnen und auch dem Reichssparkommissar zugearbeitet hatten. Jedenfalls kennt man Pläne aus dem Jahre 1929. In ihnen war vorgesehen, daß die Oberämter Esslingen, Ludwigsburg und Leonberg einen der Stadt Stuttgart zugeordneten *gemeinsamen* Verwaltungsbezirk bilden sollten, nicht als Teil der Kernstadt, aber doch als Teil eines Gemeindeverbandes Groß-Stuttgart.

Die Rede war von der Auflösung des Amtsoberamtes Stuttgart, von Eingemeindungen – einige davon, wie Zuffenhausen, kamen bald zustande – und von einem »Verwaltungskreis um Stuttgart«. Die »Cannstatter Zeitung«, die diese Darstellung publizierte, meinte dazu, daß der Norden Stuttgarts, also Zuffenhausen, auch Feuerbach, nicht das Wichtigste für die Landeshauptstadt seien.[30] Man war überzeugt davon, daß sich das Zentrum der Landeshauptstadt mit dem Bau des Neckarkanals allmählich nach Cannstatt verschieben werde und weitere Siedlungsmöglichkeiten, vor allem in Münster, Fellbach und Schmiden, für Stuttgart vorhanden seien und erschlossen werden müssten.

Dieses Thema – die Ausdehnung Stuttgarts – beschäftigte nach 1933 die Stuttgarter Stadtverwaltung mit dem Oberbürgermeister Dr. Strölin intensiv, ohne daß sich die Hoffnungen der Landeshauptstadt, die mit der Auflösung des Amtsoberamtes Stuttgart verbunden waren, auch nur ansatzweise erfüllt hätten. In den Akten befindet sich ein Vermerk des Staatssekretärs Waldmann vom Innenministerium aus dem Jahre 1936.[31] Er ist an den Ministerpräsidenten Mergenthaler gerichtet und faßt ein Gespräch Waldmanns mit dem Oberbürgermeister und Parteigenossen Dr. Strölin zusammen. Demnach wünschte der Stuttgarter Oberbürgermeister, daß die Gemeinden Stammheim (Oberamt Ludwigsburg), Münchingen, Gerlingen und Korntal (Oberamt Leonberg) sofort – im Mai 1936 – nach Stuttgart eingemeindet werden sollten. Auch die Gemeinden Schmiden und Oeffingen benötige – so Strölin – die Landeshauptstadt für ihre weitere Entwicklung. In einigen Jahren müsse man auch Ditzingen, Fellbach und Aldingen nach Stuttgart holen. Zwei Gemeinden standen ebenfalls auf der Stuttgarter Dringlichkeitsliste: Schwieberdingen und Echterdingen.

Die Liste der Stuttgarter Wünsche war noch viel länger. Ich habe nur diejenigen erwähnt, die weder im Jahre 1938 noch später erfüllt worden sind (Stammheim ausgenommen).

Wie wenig die Stuttgarter Forderungen den Parteigenossen Mergenthaler als Ministerpräsidenten beeindruckten, ergibt sich aus dem mit dem üblichen Grünstift geschriebenen Vermerk für das Innenministerium: »Gelegentlich Vortrag, mit den notwendigen Karten«. Als Strölin am 2. April 1937 Mergenthaler in der gleichen Sache um einen Termin zur gelegentlichen Berichterstattung bat – nach der Eingemeindung von Uhlbach und Sillenbuch –, kam dieses Treffen nicht zustande; es habe sich, sagt der Vermerk, »vorläufig erledigt«.[32]

Die Ablehnung der Stuttgarter Eingemeindungswünsche ist, soweit man den damaligen Vorgang aus den nur noch spärlich vorhandenen Unterlagen rekonstruieren kann, bei der Landesregierung und bei der Parteileitung wesentlich da-

durch zustandegekommen, daß der damalige NS-Landesbauernführer Arnold die stärkeren Bataillone auf seiner Seite hatte.[33] Arnold argumentierte, die von Stuttgart geplante Besiedlung betreffe wertvolles, für die Ernährung wichtiges Ackerland. Man müsse die bäuerlichen Gemeinden im Umkreis der Stadt in ihrer alten Funktion sichern.

Erst im Kriege gelang der Stadt Stuttgart dann die Eingemeindung so wichtiger Orte wie Vaihingen/Filder und Möhringen. Was Korntal[34] betrifft, so blieb es bei einer Gemarkungskorrektur zugunsten von Stuttgart-Weilimdorf.

Gerlingen mußte im Jahre 1942 ebenfalls einen Teil seiner Gemarkung, nämlich die Solitude, an die Stadt Stuttgart abgeben. Der Streit über diesen Stuttgarter Zugriff endete im Jahre 1951 mit einem Vergleich: Stuttgart gab 42 Hektar Wald an Gerlingen zurück und bezahlte 300000 DM.[35] Daß Echterdingen wegen des Flughafens, daß Gerlingen und vor allem Fellbach wegen der Straßenbahn-Verbindung von der Stadt Stuttgart einmal heiß begehrt worden sind, wird man durchaus verstehen können. Bei Schwieberdingen und Aldingen möchte man zumindest die genauen Begründungen kennen, die der Oberbürgermeister Strölin im Jahre 1936 dem Staatssekretär Waldmann mitgeteilt hat. Doch darüber fand sich nichts in den übrig gebliebenen staatlichen und städtischen Akten.

Klar ist indessen, daß die Stadt Stuttgart bei der Gemeinde- und Kreisreform Anfang der siebziger Jahre keinen ernsthaften Versuch mehr gemacht hat, die alten, schon aus den zwanziger Jahren stammenden Wünsche nach Ausdehnung durchzusetzen. Ebenso wie die Städte Karlsruhe und Mannheim erklärte die Stadt Stuttgart – vertreten durch ihren Oberbürgermeister Dr. Klett und den Ersten Bürgermeister –, daß sie die Probleme durch die bewährte gute Nachbarschaft zu lösen gedenke und deshalb keine Forderungen stelle. Der ehemalige Beamte des Innenministeriums, der diese Haltung der Stadt Stuttgart bezeugt[15], glaubt, daß in allen drei Städten – Stuttgart, Karlsruhe und Mannheim – Anfang der siebziger Jahre ein Bedürfnis nach Ruhe, bedingt durch eine lange Amtszeit der Stadtoberhäupter, unverkennbar gewesen sei. Diesem Umstand verdanken wir also die unbestrittene Zugehörigkeit einiger der vorhin genannten Gemeinden zum Kreis Ludwigsburg.

Der Überblick über die Vor- und Entstehungsgeschichte des Kreises Ludwigsburg wäre unvollständig, wenn ich nicht auch noch kurz berichtete, wie denn die Oberamtsstädte Besigheim und Marbach für ihren Verlust entschädigt worden sind. Im Jahre 1938, bei der Bekanntgabe des regierungsamtlichen Beschlusses, blieb der Reichsstatthalter ja, wie wir gehört haben, ziemlich vage mit seinen Zusagen.

Was Besigheim betrifft, so erwies es sich für diese alte Oberamtsstadt als vorteilhaft, daß der neue Landrat schon der alte Besigheimer Landrat gewesen war. Es erscheint, daß der im Innenministerium in Stuttgart offensichtlich auch in jener Zeit recht einflußreiche Dr. Thierfelder mitgewirkt hat, das Straßen- und Wasserbauamt und das »Feldbereinigungs- und Kulturamt« von Ludwigsburg nach Besigheim zu verlegen. Aus einer alten Akte läßt sich entnehmen, daß damals 16 verheiratete Beamte nach Besigheim umgezogen sind und für sie eine Mietwohnung gefunden werden mußte. Damit war für die wegen der Abwanderung von Beamten ein wenig beunruhigte Besigheimer Geschäftswelt ein gewisser Ausgleich geschaffen.

Im übrigen blieb das Amtsgericht in Besigheim wie auch das in Marbach beste-

hen. Das war nicht von Anfang an selbstverständlich. Als man 1911 und dann wiederum im Jahre 1924 in Württemberg über eine Neugliederung der Vewaltungsbezirke stritt, erstrebten die Reformer auch eine Veränderung der Gerichtsbezirke und die Auflösung kleinerer Amtsgerichte. Im Jahre 1938 war dies jedoch kein zentrales Thema.[36] Der neue Kreis Ludwigsburg gehörte deshalb fortan teils zum Landgerichtsbezirk Heilbronn, teils zum Landgerichtsbezirk Stuttgart. Die von der Regierung Filbinger-Krause in Kraft gesetzte Kreisreform hat an diesem, einer historischen Kuriosität gleichenden, Zustand nichts geändert.

Weshalb sind im Jahre 1938 im Kreis Ludwigsburg die Landgerichtsbezirke nicht den neuen Verwaltungsgrenzen angeglichen worden? Weder aus den Akten noch aus damaligen Zeitungsberichten läßt sich diese Frage beantworten. Zu bedenken ist indes, daß die Justizverwaltung und damit auch die Entscheidung über die Gerichtsorganisation damals Reichssache war. Eine Neugliederung hätte also in Berlin entschieden werden müssen. Das hielt man in Stuttgart allem Anschein nach für zu kompliziert und außerdem nicht für besonders eilbedürftig. Deshalb finden wir noch heute in den Abgrenzungen der beiden Landgerichtsbezirke Heilbronn und Stuttgart mitten im Kreis Ludwigsburg im wesentlichen eine über tausend Jahre alte Grenze, jene Grenze nämlich, die einst die Herzogtümer Franken und Schwaben voneinander getrennt hat, übrigens auch das schwäbische Bistum Konstanz einerseits, sowie die fränkischen Bistümer Speyer, Worms und Würzburg andererseits. Als der Schwabe Friedrich Schiller geboren wurde, gehörten die Katholiken des Amtsbezirkes Marbach, so es dort in Schillers Geburtsjahr Katholiken gegeben hat, kirchenrechtlich zum fränkischen Bistum Speyer.

Noch ein Wort zu Marbach.[37] Anders als bei Besigheim[38] sorgte im Jahre 1938 niemand dafür, daß irgendeine Behörde sogleich nach Marbach verlegt worden wäre. Und doch erhielt die Stadt alsbald eine Entschädigung für den damaligen Verlust. Allerdings geschah dies auf eine eher kuriose Weise.

Das Stichwort heißt »Dampfkraftwerk«. Wir kennen es alle als jenes Unternehmen der EVS, das von weitem sichtbar die Neckarlandschaft schmückt oder kennzeichnet, um einen neutralen Begriff zu wählen. Dieses Elektrizitätswerk, das heute zur Freude der Stadt Marbach einen erheblichen Teil des städtischen Steueraufkommens bestreitet, gehörte in seinen Anfängen gar nicht zu Marbach, sondern wurde 1937 auf der Gemarkung Neckarweihingen geplant und alsbald gebaut – als ein Projekt der Stadt Stuttgart und der TWS. Im April 1939 wechselte jedoch der Bauherr – offensichtlich auf Wunsch oder Befehl des Reichstatthalters Murr. Nun erhielt die wenige Jahre zuvor aus einigen hauptsächlich kommunalen Kraftwerken hervorgegangene EVS das Neckarweihinger Unternehmen. Man beachte: bei der TWS hatte der Oberbürgermeister Dr. Strölin das Sagen, bei der EVS bestimmte in erster Linie der Gauleiter und Reichsstatthalter Murr. Im März 1940 teilte eine Delegation aus Stuttgart dem Neckarweihinger Bürgermeister Veith mit, daß er einen Teil der Gemarkung an Marbach abzugeben habe, rund 107 Hektar, und zwar den Teil mit dem neuen Kraftwerk.[39]

Die Geschichte der nun, vor allem nach dem Krieg, folgenden politischen und gerichtlichen Auseinandersetzungen zwischen den Gemeinden Marbach und Neckarweihingen steht teilweise in der Neckarweihinger Chronik, zum Teil findet man sie in Gemeinde- und Gerichtsakten.[40] Der Neckarweihinger Bürgermeister Erich Speck erreichte jedenfalls schon bald nach seinem Amtsantritt, daß die

Gemeinde Neckarweihingen bei der für Marbach gedachten Entschädigung für den Verlust des Oberamtssitzes – darum ging es bei der Markungsänderung von 1940 – nicht allein der direkt oder indirekt gebende Teil blieb. Durch einen Vergleich wurde bestätigt, daß Neckarweihingen für 25 Jahre einen Teil des zu erwartenden Gemeindesteueraufkommens erhalten solle.

Insgesamt waren dies rund 12 Millionen Mark. Wäre es im übrigen damals, im Jahre 1938, allein nach dem Willen des Kreisleiters Otto Trefz und den Repräsentanten der Stadt Ludwigsburg gegangen – ich nenne hier den Oberbürgermeister Dr. Karl Frank und seinen Stellvertreter Arnold – dann hätte man den Streit über die Steuereinnahmen aus dem EVS-Kraftwerk, der im Jahre 1940 begann, nicht zwischen Marbach und Neckarweihingen, sondern zwischen Marbach und Ludwigsburg austragen müssen. Ludwigsburg betrieb nämlich schon vor dem Kriege ganz entschieden die Eingemeindung Neckarweihingens, unter anderem mit der Begründung, man wolle, ja müsse in der Nähe des Kraftwerkes einen neuen Schlachthof bauen.[41]

An diesem Punkt will ich mir die zwar stets anregende, aber zu nichts führende Erörterung aller nur denkbaren: »Was wäre gewesen, wenn...?«-Fragen versagen, auch die Frage, ob der Gauleiter und Reichsstatthalter Murr die Gemarkung der Stadt Marbach wohl auch auf Kosten der Stadt Ludwigsburg um das Kraftwerksgelände vergrößert hätte. Hier und heute soll schließlich nicht irgendein historischer Streit entfacht oder aufgewärmt werden; meine Aufgabe war es nur, ein wenig Licht in die Anfänge einer nun fünfzigjährigen Geschichte des großen Kreises Ludwigsburg zu bringen.[42] Wenn es mir gelungen sein sollte, einige bisher nicht bekannte Einzelheiten ausfindig zu machen, so verdanke ich das einigen Pensionären der öffentlichen Verwaltung ebenso wie Mitarbeitern des Kreisarchivs, den Leitern mehrerer Stadtarchive und Mitarbeitern des Hauptstaatsarchivs sowie Angehörigen des Innen- und Justizministeriums und, nicht zu vergessen, der stets anregenden Lektüre alter Zeitungsbände.

Anmerkungen

1 Stuttgarter Neues Tagblatt, Morgenausgabe, 4. Mai 1938 und 5. Mai 1938

2 Vgl. Paul Sauer: Württemberg in der Zeit des Nationalsozialismus, Ulm, 1975.

3 Walter Grube hat in »Vogteien, Ämter, Landkreise in der Geschichte Südwestdeutschlands«, Stuttgart, 1960, die Anfänge der Oberämter ausführlich dargestellt.

4 Zur Geschichte und der früheren Einwohnerzahlen der Oberämter siehe auch die Oberamtsbeschreibungen von Ludwigsburg, Marbach, Besigheim, Vaihingen/Enz und Leonberg.

5 Eine ausführliche historische Darstellung zum »Gebiet des Großkreises Ludwigsburg« publizierte Gregor Richter aus Anlaß der Kreisreform in Ludwigsburger Geschichtsblätter 25/1973, S. 7–21.

6 Über das Verhältnis Partei-Verwaltung siehe u. a. HStA Stuttgart, E 140, Bü 20. – In einem Schriftstück zur Neuordnung, abgezeichnet mit »M« (vermutlich Mergenthaler), wird in einer Vorbemerkung darauf verwiesen, daß der »Reichsstatthalter mit Rücksicht auf die wachsende Beunruhigung der Bevölkerung auf baldige Verabschiedung« der Reform dränge. Ein wichtiges Argument war auch der Hinweis, daß die Wehrmacht, deren Wehrbezirk Nürnberg bis ins Hohenlohische reichte (Oberämter/Mergentheim, Künzelsau, Gerabronn, Crailsheim), nun über die neuen Verwaltungsgrenzen Klarheit benötigte. Keiner der neuen Kreise sollte zwei verschiedenen Wehrbezirken zugeordnet sein (HStA Stuttgart, E 130 IV, Bü 556). – Da eine allgemeine deutsche Kreisordnung allem Anschein nach 1937 nicht in Sicht war, betrieb vor allem Staatssekretär Waldmann vom Innenministerium »eine württembergische Lösung« (Sauer: Württemberg, Seite 114).

7 Statistische Grundlage für die Neuordnung von 1938 war die Volkszählung vom 16. Juni 1933.

8 Was heute oft »Verwaltungskraft« genannt wird, hieß in der Sprache des Jahres 1938 »die nötige Stoßkraft« der untersten staatlichen Verwaltungsbehörden. So jedenfalls findet man es in dem Entwurf einer Pressemitteilung des Innenministeriums über die Aufhebung der alten Oberämter (HStA Stuttgart, E 130 IV, Bü 556).

9 »Denkschrift über Vereinfachungen der Staatsverwaltung« vom 27. Februar 1911 (Weizsäker) in »Verhandlungen der Zweiten Kammer 1911–12, Beilagenband Nr. 3, Beilage Nr. 28, 337ff. Argumente für eine bestimmte Art der Reform lieferten auch die Reichstagswahlkreise des Kaiserreiches. Zusammen mit den Oberämtern Brackenheim, Heilbronn und Neckarsulm bildete Besigheim den Wahlkreis III im Königreich Württemberg; den Reichstagswahlkreis II bildeten die Oberämter Cannstatt, Ludwigsburg und Waiblingen.

10 Die Debatten über die »Änderungen der Gerichts- und Oberamtsbezirke« findet man u. a. in den »Verhandlungen des Württembergischen Landtags«, 226. Sitzung vom 2. April 1924, 227. Sitzung vom 3. April 1924, sowie in der 5. Sitzung (neuer Landtag) vom 5. Juni 1924.

11 Am 5. Juni 1924 wählte der neue Landtag den Abgeordneten Bazille zum württembergischen Staatspräsidenten. Der neue Landtag hob die von der Regierung Hieber erlassene Verordnung über die Aufhebung von Oberämtern auf. Die Regierung Bazille umfaßte außer dem Zentrum die drei Rechtsparteien Bürgerpartei, Bauernbund und Deutsche Volkspartei (Nationalliberale). Finanzminister dieser Regierung Bazille wurde der Ministerialrat Dehlinger, der dieses Amt auch nach 1933 im Kabinett Mergenthaler behielt.

12 Reinhard Köstlin, Jahrgang 1875, war ursprünglich in Deutsch-Ostafrika in der Kolonialverwaltung. Von 1919–1924 leitete er das Oberamt Neckarsulm, war 1924–1926 Oberregierungsrat im württ. Staatsministerium und wurde dann Präsident der Ministerialabteilung für Bezirks- und Körperschaftsverwaltung. Köstlin starb im Jahre 1962 in Schwarzenberg (Baiersbronn). (Hinweise aus dem Buch von Maria Köstlin, »Familie Köstlin«, Stuttgart, 1929 und Auskunft von Dr. med. Karlfritz Köstlin, Schwarzenberg).

13 Dr. Hermann Thierfelder, geboren am 9. November 1900, verstarb am 28. Januar 1962. Er wohnte in Ludwigsburg und war zuletzt Ministerialdirigent im baden-württembergischen Innenministerium (Nachruf in der LKZ vom 31. Januar 1962).

14 Die Personalakte Gustav Drautz, (Min.Rat. Bes.Gr. 1 a) befindet sich im HStA Stuttgart, EA 2/150.

15 Mündliche Mitteilung von Ministerialdirigent a. D. Dr. Karl Römer, Stuttgart.

16 Einer der Söhne Dr. Thierfelders berichtete dem Verfasser, daß sein Vater die Ernennung

zum kommissarischen Landrat des neuen Kreises Ludwigsburg am Tag der Geburt seines jüngsten Sohnes erhalten habe und diese Nachricht ganz überrascht seiner auf der Entbindungsstation liegenden Ehefrau mitgeteilt habe.

17 An die Tatsache, daß der Oberregierungsrat und spätere Ministerialrat Gustav Drautz Anfang der dreißiger Jahre Oberamtmann in Backnang gewesen sei, erinnerte sich auch der Oberbürgermeister a. D. Karl Mai, Bietigheim, im Gespräch mit dem Verfasser.

18 Über das Ende des Oberamtes Marbach berichtete die Marbacher Zeitung am 1. Oktober 1938 in einem umfassenden historisch-statistischen Beitrag. In der gleichen Ausgabe findet man auch einen Aufruf des Kreisleiters Trefz zur »Landesneueinteilung von Württemberg«, in dem der Kreisleiter voller Stolz anmerkt, daß Ludwigsburg nun der »größte Landkreis des Gaues Württemberg« sei.

19 Über Otto Trefz siehe den Bericht über die Spruchkammerverhandlung in der Stuttgarter Zeitung vom 20. 11. 1948.

20 Der Einfluß des Marbacher Kreisleiters der NSDAP, Otto Thumm, erscheint im Vergleich zu der starken Position des Ludwigsburger Kreisleiters Otto Trefz schwach gewesen zu sein. Thumm wurde im Jahre 1933 Verlagsleiter bei der Marbacher Zeitung (Bottwartalbote, Der Schozachtäler) und ging im Juli 1937 bei der Aufhebung des Parteikreises Marbach als Verlagsleiter zur NS-Presse nach Rottenburg-Horb, ohne dort Parteifunktionen zu übernehmen. Otto Thumm starb am 4. September 1938 in der chirurg. Klinik in Tübingen im Alter von 43 Jahren. (Siehe auch Marbacher Zeitung vom 9. September 1938).

21 Ein Brief (22. Januar 1936) der Heilbronner Verlagsdruckerei GmbH an »Pg. Bürgermeister Fuchs, Besigheim« befindet sich im Stadtarchiv von Besigheim.

22 Ein Kuriosum in den Auseinandersetzungen um die Oberamtsreform findet sich im Enz- und Metterboten vom 7. September 1929. Die Tatsache, daß damals die »Ludwigsburger Zeitung« mit dem örtlichen Besigheimer Verlag eine wirtschaftliche Vereinbarung traf, wurde von Anhängern des Oberamtes Besigheim als ein von politischer Seite veranlaßter Versuch zum Anschluß des Oberamtes Besigheim an Ludwigsburg gedeutet, was wiederum ein entrüstetes Dementi der Ludwigsburger Stadtverwaltung zur Folge hatte.

23 Der Reichsstatthalter Murr, den neben dem Präsidenten Köstlin die Oberregierungsräte Drautz und Dr. Göbel am 12. November 1937 (zusammen mit Innenminister Dr. Schmid) über den Stand der Reform-Arbeiten unterrichteten, entschied selbst, daß Vaihingen/Enz Kreisstadt sein bzw. bleiben solle. Ein entsprechender Vermerk trägt Köstlins Unterschrift (HStA Stuttgart, E 130 IV, Bü 556).

24 Hinweise auf einen erneut von der Stadt Bietigheim gemachten Anspruch, Sitz eines neugeschaffenen Kreises zu werden, erhielt der Verfasser von Regierungsamtmann a. D. Hugo Gengenbach, Ludwigsburg, der Mitarbeiter von Landrat Dr. Thierfelder war. Nach der Erinnerung dieses Zeitzeugen sperrte sich vor allem der Ludwigsburger NSDAP-Kreisleiter Otto Trefz gegen eine Verlegung der Kreisbehörde nach Bietigheim. Schriftliche Unterlagen über diesen Vorgang fanden sich in keinem der Archive, auch nicht im Bietigheimer Stadtarchiv. Vermutlich hat jedoch der damalige Bürgermeister Holzwarth den Kreisbehörden ein leerstehendes Fabrikgebäude als Behördendomizil angeboten.

25 Siehe auch Roemer: Geschichte der Stadt Bietigheim, 258f.

26 Das »Gutachten des Reichssparkommissars über die Landesverwaltung Württemberg« besteht aus zwei Hauptbänden und einem Anlagenband. Im Anlagenband wird auf S. 14–25 das »Oberamt Bietigheim« in allen Details abgehandelt. Unter anderem wird gegen Ludwigsburg als Sitz der Verwaltung eingewandt, daß »die Stadt Ludwigsburg ... an die südöstliche Peripherie gerückt wird« (S. 15). Das Innenministerium in Stuttgart hat dem Verfasser freundlicherweise dieses dreibändige Gutachten zur Einsicht überlassen.

27 »Eine nichtsaussagende Stellungnahme der württ. Regierung zum Gutachten des Sparkommissars« lautete die Überschrift im Enz- und Metterboten vom 5. März 1931.

28 Eine erwartete »wirtschaftliche und steuerliche Besserung« war laut Protokoll der Amtsversammlung Ludwigsburg der Grund dafür, daß am 19. November 1929 eine Mehrheit der Zuffenhauser Bevölkerung für die Trennung vom Oberamt Ludwigsburg und den Anschluß an die Stadt Stuttgart votierte. Im Jahre 1927 hatten Beratungen über einen Zusammmenschluß von Feuerbach und Zuffenhausen begonnen. Die vereinigten Gemeinden wären in den

Bezirk Ludwigsburg eingegliedert worden. Doch Feuerbach blieb damals noch als selbständige Gemeinde im Amtsoberamt Stuttgart.

29 Bericht im Enz- und Metterboten vom 16. Mai 1930, Ausschnitt im Stadtarchiv Besigheim.

30 Nachdruck aus der »Cannstatter Zeitung« am 29. 6. 1929 im Enz- und Metterboten unter dem Titel: »Großer Verwaltungsring um Stuttgart? – Ein Großkreis Stuttgart?« Hierzu eine Stellungnahme aus Ludwigsburg im Enz- und Metterboten vom 7. 9. 1929 unter der Überschrift »Zwischen Stuttgart und Heilbronn« sowie ein Zitat aus der Ludwigsburger Zeitung vom 31. 8. 1929 im Enz- und Metterboten.

31 Die Reaktion Mergenthalers auf das Stuttgarter Petitum vom April 1936 ist u. a. die mit Grünstift notierte Weisung: »Gelegentlich Vortrag durch ... (unleserlich) mit den notwendigen Karten« (HStA Stuttgart, E 130 IV, Bü 556).

32 Strölins Brief vom 2. April 1937 bezieht sich u. a. auf die Eingemeindung von Uhlbach und Sillenbuch. Der Stuttgarter Oberbürgermeister fügte dem Brief an Ministerpräsident Mergenthaler eine Rede bei, die in dem Aktenstück (Nr. 300) fehlt (HStA Stuttgart, E 130 IV, Bü 556).

33 Speziell gegen einen Anschluß von Fellbach, Schmiden, Öffingen und der Filderorte (mit Ausnahme von Vaihingen/Filder) an Stuttgart richtete sich der Einspruch des Landesbauernführers Arnold (HStA Stuttgart, E 130 IV, Bü 556).

34 Aus einem Vermerk geht hervor, daß »Korntal bei seinen besonderen Verhältnissen die Eingemeindung nicht wünscht«, aber bereit wäre, »den Teil der Markung, der eine unmögliche Grenze gegen Stuttgart bildet, an Stuttgart abzutreten« (HStA Stuttgart, E 130 IV, Bü 556).

35 In Gerlingen glaubte man, daß die Stadt Stuttgart im »Ditten Reich« vor allem aus Prestigegründen in den Besitz der Solitude gelangen wollte: offiziell begründete die Stadt Stuttgart den Zugriff auf einen Teil der Gerlinger Gemarkung damit, daß nach dem Kriege eine großzügige Verkehrserschließung beginnen solle, für die es Gerlingen an den nötigen Finanzen fehle.

36 Auch im Jahre 1938 scheint trotz der Reichskompetenz für die Justizorganisation über den Abbau kleiner Amtsgerichte debattiert worden zu sein (Gerabronn und Neckarsulm wurden aufgelöst – eine Mini-Reform). Im Jahre 1924, in der Debatte, die im Landtag dem Sturz der Regierung Hieber vorausging, polemisierte vor allem der Abgeordnete Bazille gegen die beabsichtigte Auflösung des Landgerichts Hall und gegen die Beibehaltung des Landgerichts Ellwangen. Bazille unterstellte, daß der dem Zentrum angehörende Justizminister Beyerle sich aus konfessionellen Gründen für Ellwangen und gegen Hall entschieden habe.

37 Im Staatsarchiv Ludwigsburg findet man in Bestand F 182, Bü 95, mehrere Vorgänge, die belegen, daß es immer wieder Versuche gegeben hat, die Oberamtseinteilung von 1817 wenigstens partiell zu korrigieren. Gefordert wurde u. a. »die Wiedervereinigung von Benningen mit dem Oberamt Marbach« (1837) und die »Zuteilung der Gemeinden Mundelsheim, Ottmarsheim und Pleidelsheim zum Oberamt Besigheim« (1837). Im Jahre 1866 beantragte Ottmarsheim – wiederum vergebens – erneut die »Zuteilung zum Oberamt Besigheim«.

38 Von 1808 bis 1810 existierte das Oberamt Bietigheim, entstanden aus den Oberämtern Besigheim, Bietigheim und Lauffen am Neckar. König Friedrich änderte den Oberamtssitz 1810 zugunsten von Besigheim. Im Jahre 1842 kamen die Orte Ober- und Untergruppenbach, Donnbronn, Stettenfels und Abstatt zum Oberamt Heilbronn. Über die »unverständliche Oberamtseinteilung« des Jahres 1817 findet sich in der Festschrift »1200 Jahre Ottmarsheim« eine Anmerkung von Emil Unkauf. Der Verfasser weist darauf hin, daß Ottmarsheim eigentlich zum Bezirk Besigheim hätte gehören müssen, nicht aber »zum 16 Kilometer entfernten Marbach«.

39 Ein Mitglied der Stuttgarter Delegation antwortete auf die Einwände des Bürgermeisters Veith gegen die Änderung der Gemarkungsgrenzen, Neckarweihingen habe die Steuereinnahmen von einem Kraftwerk bisher auch nicht gehabt (siehe Bolays »Neckarweihinger Chronik« Seite 191 ff.), insofern entstehe der Gemeinde kein Schaden.

40 Das Rechtsamt der Stadt Ludwigsburg erstellte anläßlich der Eingemeindung von Neckarweihingen ein Gutachten, das Bürgermeister Erich Speck erbeten hatte. Hier sind die Vorgänge noch einmal zusammengefaßt (Schreiben vom 4. Oktober 1973, Geschäftszeichen II/30/Dr.B/be).

41 Am 2. Mai 1938 stellte Kreisleiter Trefz bei der Gauleitung der NSDAP, Amt für Kommu-

nalpolitik, den Antrag auf Eingemeindung von Neckarweihingen nach Ludwigsburg (Einzelheiten dazu in der »Neckarweihinger Chronik« von Bolay).

42 Die französische Besatzungsmacht leistete im Juni 1945 ebenfalls einen Beitrag zur Kreisgeschichte, indem sie verfügte, daß die von französischen Truppen besetzten Orte des Kreises Ludwigsburg (Freudental, Kirchheim, Hohenstein, Bönnigheim, Erligheim, Hofen, Löchgau, Groß- und Kleiningersheim, Metterzimmern, Bietigheim, Bissingen, Untermberg, Unterriexingen, Tamm, Asperg, Möglingen und Schwieberdingen) mit dem Landkreis Vaihingen »vereinigt« wurden, eine Episode, die nur wenige Tage dauerte, weil der amerikanische Präsident Truman den französischen Staatschef de Gaulle durch massive Drohungen zur Räumung der den Amerikanern im Londoner Protokoll zugesprochenen Gebiete veranlaßte. (Einzelheiten s. Pressemitteilungen des Kreises Ludwigsburg vom 25. 6. 1985).

Displaced persons (DPs) in Ludwigsburger Kasernen 1945–1951

von Ulrich Müller

Ausländische Arbeiter in Ludwigsburg bei Kriegsende

Es ist nicht leicht, sich auf Grund der vorhandenen Akten ein genaues Bild über die Zahl der in Ludwigsburg bei Kriegsende lebenden ausländischen Arbeiter zu machen. In einer Aufstellung des Oberbürgermeisters Dr. Franck vom 2. Mai 1945 wurden 3074 ausländische Arbeitskräfte aufgeführt, die Mitte April dem Arbeitsamt gemeldet waren. Allerdings müssen sofort weitere Ausländer dazugekommen sein, denn Franck beklagt sich darüber, daß die Stadt täglich Verpflegung für 4500 ehemalige Zwangsarbeiter zu beschaffen habe. Auf Anordnung der französischen Militärregierung sollten die Ausländer erheblich höhere Lebensmittelrationen als die Deutschen bekommen. Während den Deutschen nur 36 Gramm Fleisch zustand, erhielten die Ausländer 150 Gramm; Franck hielt es auf die Dauer für unmöglich, diese Verpflegungssätze aufrechtzuerhalten. In den nächsten Monaten war dieses Problem ständig auf der Tagesordnung der Gespräche zwischen Stadtverwaltung und Militärregierung. Untergebracht waren die befreiten Ausländer zu diesem Zeitpunkt in folgenden Kasernen: Flak-Kaserne (Ossweil), Luitpold-Kaserne, Jägerhof-Kaserne, Fromann-Kaserne, Mathilden-Kaserne und Karls-Kaserne.[1]

Aber schon wenige Tage später war die Zahl sprunghaft angestiegen. So hatte die Stadt am 8. Mai 1945 »für 7600 ausländische Zivilarbeiter, die in den hiesigen Kasernen untergebracht sind, 7500 Essensrationen täglich zu liefern. Dazu gehört ein Pfund Brot täglich.«[2]

Die große Zahl der in Ludwigsburg leerstehenden Kasernen sollte sich für die Stadt in den nächsten Jahren als dauernde Belastung auswirken, da die Militärregierung in diesen Kasernen befreite Ausländer unterbrachte, die von hier aus in ihre Heimatländer zurückgeführt werden sollten. Die ehemaligen Kriegsgefangenen, Zwangsarbeiter und Fremdarbeiter wurden von den Alliierten zusammenfassend als »displaced persons« (DPs) bezeichnet und sollten verständlicherweise zuvorkommend behandelt werden. Daß mit der Versorgung der DPs ungeheuere organisatorische Probleme verbunden waren, wird deutlich, wenn man sich die Zahlen vor Augen hält. Es wird nämlich geschätzt, daß allein auf dem Gebiet der späteren Bundesrepublik 5 840 000 Ausländer von den Alliierten befreit worden sind.[3]

In Ludwigsburg waren nun fast alle Nationalitäten vertreten, die bei weitem größte Gruppe stellten aber die Polen. Allerdings gibt es aus den ersten Monaten keine verläßlichen Zahlen, die Ausländer unterlagen nämlich nach ihrer Befreiung nicht mehr der deutschen Meldepflicht. Lediglich dem Standesamt gegenüber mußten Eheschließungen, Geburten und Todesfälle gemeldet werden. So heirateten 1945 1048 Polen, 111 Russen, 25 Franzosen, 12 Holländer und 9 Griechen; dazu kamen noch etliche Angehörige anderer Nationalitäten.[4]

Bei diesen hohen Zahlen muß man bedenken, daß es sich bei den Zwangsarbei-

tern um überwiegend junge Menschen handelte, denen während des Krieges eine Eheschließung nicht möglich war.

Allerdings konnte es vorkommen, daß bereits verheiratete Polen vor dem deutschen Standesamt noch einmal eine Ehe eingingen. Da mindestens fünf solcher Fälle im Juli 1945 aktenkundig geworden sind, forderte der Sprecher der Polen, Dr. Frankowski, daß alle Polen, die bei deutschen Verwaltungen vorsprechen wollen, vorher die Genehmigung der polnischen Verwaltung einholen müßten.[5]

Dementsprechend hoch war auch die Zahl der Geburten. Im Jahr 1945 wurden 116, 1946 103, 1947 122 polnische Kinder geboren.

Auf dem Standesamt wurde auch die Geburt russischer Kinder registriert: 1945 16, 1946 17 und 1947 20.[6] Vermutlich aber waren dies Kinder von Ukrainerinnen, da die meisten sowjetischen Staatsangehörigen bereits bis zum Herbst 1945 repatriiert worden waren. Die Zahl der in Ludwigsburg untergebrachten Ausländer ändert sich nun täglich.

Während Oberbürgermeister Dr. Franck am 15. Juni 1945 vor der Militärregierung erklärte, daß die Zahl der DPs von 16000 auf 5000 zurückgegangen sei, wird zugleich die Ankunft von 3000 Italienern am selben Tag angekündigt.[7] Es war ein Kommen und Gehen. Am 11. Juli 1945 wird dem Oberbürgermeister mitgeteilt, daß nun täglich 1000 Italiener abtransportiert werden. Ein Griechenlager wird am 6. August 1945 geräumt.[9]

Zweifellos haben Italiener und Griechen und alle anderen Westeuropäer sehr gerne Deutschland verlassen. Anders aber verhielt es sich mit den sowjetischen Staatsbürgern: sie mußten dem Abkommen von Jalta zufolge in die UdSSR repatriiert werden und zwar ausdrücklich ohne Rücksicht auf ihre persönlichen Wünsche.[10] Viele der ehemaligen sowjetischen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter fürchteten aber – wie sich später herausstellen sollte mit Recht –, daß sie nach ihrer Rückkehr in die UdSSR als Kollaborateure bestraft werden würden. Es nützte ihnen nichts: die westlichen Alliierten wendeten Gewalt an, und es kam zu zahlreichen Zwangsrepatriierungen.[11] So ist es zu erklären, daß die Repatriierung der sowjetischen Staatsbürger mit über zwei Millionen Menschen bereits im September 1945 abgeschlossen war.[12]

Das Problem der Zwangsrepatriierung wurde auch in den Gesprächen zwischen der Militärregierung und der Stadtverwaltung angesprochen. Als Dr. Franck sich wunderte, warum die Repatriierung so schleppend vorankomme, bekam er zur Antwort, »daß man in Heilbronn die eigentümliche Erfahrung gemacht habe, daß von den abzutransportierenden Russen viele sich plötzlich als Polen bezeichneten, um der Rückkehr in die UdSSR zu entgehen, auch die Polen würden am liebsten hier bleiben.«[13]

Obwohl bereits am 12. Juni 1945 die Zivilrussen bis auf 500 abtransportiert worden waren[14], bekam noch im Frühjahr 1946 die Ludwigsburger Polizei von der Militärregierung die Anweisung, beim Transport von sowjetischen DPs nach Bad Hersfeld besonders aufzupassen. Vermutlich handelte es sich um vereinzelte Personen, die von Hersfeld aus repatriiert werden sollten. Bei Festnahme eines sowjetischen DP sollte sofort eine Leibesvisitation durchgeführt werden, um eventuelle Waffen oder Messer wegzunehmen. Eine ständige Bewachung sollte einen gemeinsamen Ausbruch oder Selbstmorde verhindern.[15]

Ende Juli 1945 lebten in Ludwigsburg demnach fast ausschließlich polnische DPs. Sie wurden von der UNRRA – United Nations Relief and Rehabilitation

Hochzeit von DPs (Ukrainer?). Ludwigsburg, November 1945.

Uniformierte DPs (Polen?). Ludwigsburg, Januar 1946.

Administration – untergebracht und verpflegt. Die UNRRA war eine internationale Organisation, die bereits im November 1943 gegründet worden war und in der 54 Staaten zusammengeschlossen waren, mit dem ausdrücklichen Ziel, die in Deutschland lebenden Ausländer in ihre Heimat zurückzuführen. Immer war die UNRRA bestrebt, die verschiedenen Nationalitäten geschlossen unterzubringen. Dadurch ist es zu erklären, daß in Ludwigsburg Polen bzw. Ukrainer konzentriert wurden.

Polnische DPs in Ludwigsburg

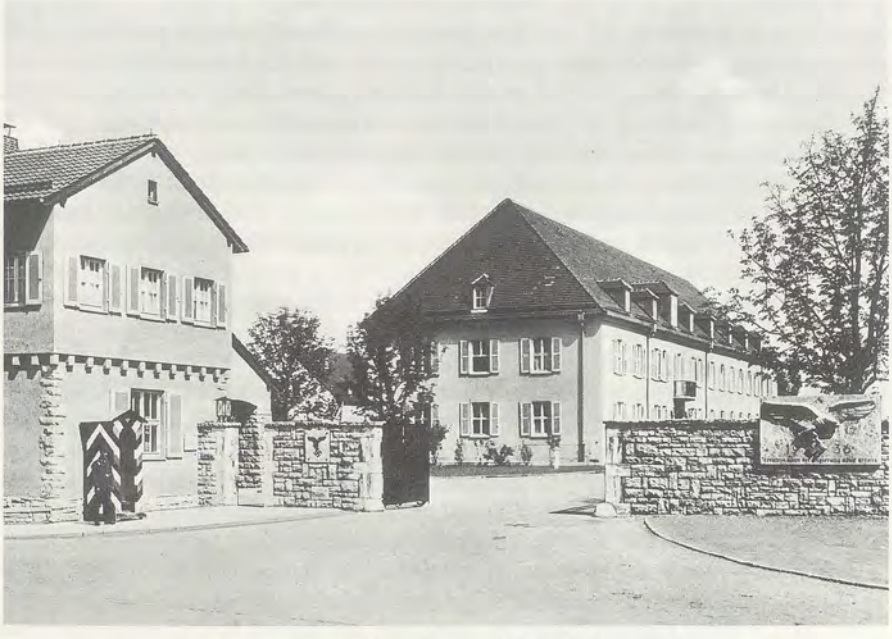
Die Polen gründeten in Ludwigsburg einen Zentralverband der polnischen DPs, dessen Vorsitzender, Dr. Frankowski, am 30. Juli 1945 einen Überblick über die mit Polen belegten Kasernen gab:

Fromann-Kaserne	3040
Eberhard-Ludwig-Kaserne	820
Königin-Olga-Kaserne	2200
Jägerhof-Kaserne	1300
Karls-Kaserne	775
Luitpold-Kaserne	1218
	9353.

Dazu hin waren nach Frankowskis Darstellung noch weitere ca. 4000 Polen in verschiedenen Lagern des Landkreises untergebracht. Die Mehrheit der Polen, nämlich etwa 6000, wäre sofort bereit, in die alte Heimat zurückzukehren, wenn dies die Transportverhältnisse und die politische Lage zulassen würden.[16] Tatsächlich wurde jedoch bei den Polen die Bereitschaft, sich repatriieren zu lassen, in den nächsten Jahren immer geringer. Die wirtschaftliche Lage ihres Landes war alles andere als vielversprechend und nachdem klar geworden war, daß sich die Kommunisten durchsetzen würden, war dies für manchen Polen ein Grund, sein Glück im Westen zu suchen. Es nützte nur wenig, wenn die UNRRA den Rückkehrwilligen zum Teil Lebensmittel für zwei Monate mitgab und sie neu einkleidete.[17] Die meisten zogen das Leben in einem DP-Lager vor; dank der Versorgung durch die UNRRA hatten sie keine materiellen Sorgen. Ihre Lebensmittelrationen lagen deutlich über den deutschen. Selbstverständlich hatten deutsche Behörden für sämtliche Kosten aufzukommen, die aus der Unterbringung der DPs entstanden. Für alle Städte und Gemeinden, in denen DP-Lager eingerichtet worden waren, – allein in der amerikanischen Zone Württembergs war dies in mindestens 24 Kommunen der Fall –, entwickelte sich ein DP-Problem, dessen Lösung sich meist bis 1950, in Ludwigsburg sogar bis 1951 hinzog. Die anfängliche Hoffnung, daß die DPs nur den Winter 1945/46 in Deutschland verbringen würden, hatte sich als trügerisch erwiesen. Ende November, Anfang Dezember 1945 sind dann 5–6000 Polen von Ludwigsburg weggebracht worden. Vermutlich wurden sie in ein anderes Lager verlegt, denn sie bekamen von der UNRRA für zehn Tage Brot mit auf die Reise.[18]

Damit waren die Fromann-, Olga- und Eberhard-Ludwig-Kaserne geräumt; sie wurden aber nicht freigegeben, sondern von den US-Truppen zur Unterbringung von deutschen Internierten benutzt.[19]

Luitpold-Kaserne, Alt-Württemberg-Allee 40. Um 1938.



Flak-Kaserne, Ludwigsburg-Oßweil. Um 1938

Etwa ein Jahr später liegt die erste genaue UNRRA-Statistik vor. Am 7. Dezember 1946 gibt es in Ludwigsburg und Aldingen/Grünbühl vier DP-Lager, in denen fast nur Polen leben:

Nr. 643 Jägerhof-Kaserne	914 Bewohner
Nr. 644 Luitpold-Kaserne	890 Bewohner
Nr. 646 Karls-Kaserne	385 Bewohner
Nr. 717 Aldingen Camp	905 Bewohner
	3094 Bewohner[20].

Da die befreiten Ausländer ihre neue Freiheit ausnutzten und sich an den Deutschen für die von ihnen erlittenen Demütigungen rächen wollten, kam es besonders in den ersten Wochen nach ihrer Befreiung zu zahllosen Plünderungen und blutigen Ausschreitungen.[21] Um Plünderungen und sinnlosen Zerstörungen Einhalt zu gebieten, schlug Dr. Franck den Amerikanern vor, einen deutschen Selbstschutz einzurichten. Natürlich lehnte dies der amerikanische Major Lindsay ab: »Eine völlige Einschließung der DPs in den Kasernen sei ihm von höherer Stelle verboten«.[22] Als sich dann aber abzuzeichnen begann, daß die Polen länger als gedacht in Ludwigsburg bleiben werden, stimmte Lindsay der Einrichtung einer polnischen Polizei zu, die in Zusammenarbeit mit der deutschen Polizei gegen straffällig gewordene Polen ermitteln sollte.[23]

Aus der Sicht der deutschen Polizei war jedoch die polnische Polizei nicht sehr erfolgreich. Nur vier Tage lang seien die Polen bereit gewesen, zusammen mit den deutschen Feldhütern auf Streife zu gehen. Sie hätten sich geweigert, gegen Landsleute vorzugehen, da sie Repressalien befürchteten.[24]

So nahmen die Übergriffe weiter zu, und Dr. Franck mußte am 23. August 1945 Lindsay mitteilen, daß zur Zeit vier bis sechs Raubüberfälle pro Tag vorkämen, während es früher einer pro Jahr gewesen sei. Auch der Amerikaner war von der Untragbarkeit dieser Zustände überzeugt, so daß er vorschlug, »die kriminell veranlagten Polen in einem besonderen Lager zusammenzufassen und wie in einem KZ zu behandeln.[25]« Selbst der Sprecher der Polen, Dr. Frankowski, griff diesen Vorschlag auf und konkretisierte ihn am 30. August 1945. Er schätzte, daß etwa 150 Personen davon betroffen sein würden, und schlug als Internierungslager das ehemalige Pferdelazarett vor.[26] Tatsächlich wurden 41 polnische Kriminelle dort interniert.[27]

Ganz allgemein wurde die Freizügigkeit der Polen durch die Amerikaner immer mehr eingeschränkt, so daß die DPs beinahe wie Gefangene behandelt wurden. Damit die Polen nicht wie bisher ungehindert aus der Fromann-Kaserne ein- und ausgehen konnten, wurde angeordnet, die Kaserne vollständig mit einem drei Meter hohen Drahtzaun und anschließendem Stacheldraht zu umgeben. Um den Überwachungsdienst, der von amerikanischen Soldaten ausgeübt wurde, zu erleichtern, wurden entsprechende Lampen angebracht. Major Lindsay hoffte nun auf eine Entspannung der Lage, zumal seine Truppen für Bewachungszwecke verstärkt worden waren und auch Schießerlaubnis hatten.[28]

Allerdings konnte dieser harte Kurs gegen die Polen, der am 13. September 1945 vereinbart worden war, nicht lange durchgehalten werden. Schon am 8. Oktober 1945 mußte Lindsay bekanntgeben, daß auf Befehl von General Eisenhower die amerikanischen Wachen vor den Polenlagern zurückgezogen werden

mußten. Außerdem mußte die polnische Polizei wieder entwaffnet werden.[29] An dem Interessengegensatz zwischen dem General und der unteren Truppenebene ist gut zu erkennen, daß der verantwortliche Offizier in Kenntnis der praktischen Probleme eher für die deutsche Seite Partei ergriff, was sich Eisenhower nicht leisten konnte oder wollte. Er war den politischen Vorgaben verpflichtet und konnte deshalb nicht zulassen, daß die DPs, die Opfer deutscher Politik, als Gruppe kriminalisiert wurden.

Auch in einem ganz anders gelagerten Fall läßt sich nachweisen, daß der Sprecher der Polen, Dr. Frankowski, bestrebt gewesen war, unter seinen Landsleuten Ordnung zu halten und deshalb mit den deutschen Behörden zusammenzuarbeiten. Es ging um 30 bis 40 polnische Prostituierte, die angeblich von der Wehrmacht nach Ludwigsburg gebracht worden waren, und die nun in den Lagern weiter ihrem Gewerbe nachgehen wollten. Dr. Frankowski wollte sie aus dem Lager herausnehmen und außerhalb der Stadt unterbringen, damit sie einen anständigen Lebenswandel führen konnten.[30]

Übrigens gab es auch DPs, die nicht in den Lagern, sondern privat in der Stadt gewohnt haben, sie erhielten dann die gleichen Verpflegungssätze wie die Deutschen, also nicht die erhöhte Ration.[31] Von seiten des Wohnungsamtes durfte auf DPs kein Druck ausgeübt werden, etwa die Privatzimmer aufzugeben. Grundsätzlich galt die Verordnung Eisenhowers, den DPs bessere oder gleiche Unterkünfte wie den Deutschen zur Verfügung zu stellen.[32]

Die Polen und der deutsche Arbeitsmarkt

Es gab im Sommer 1945 verschiedene Versuche, die ca. 10000 in Ludwigsburg lebenden Polen in den deutschen Arbeitsmarkt zu integrieren. Der zuständige amerikanische Offizier, Major Lindsay, dachte an einen Einsatz in der Landwirtschaft unter polnischer Führung, schloß aber auch die Beschäftigung von Handwerkern, insbesondere Schneidern und Schustern, nicht aus.[33] Auch von der Stadtverwaltung wurde dieser Gedanke weiterverfolgt, zumal man auch hoffte, daß die Diebstähle der Polen zurückgehen würden, wenn sie einer sinnvollen Beschäftigung nachgehen könnten. Es wurde angeregt, die Polen auf ihren alten Bauernhöfen einzusetzen, wenn sie dazu freiwillig bereit waren.[34]

Dr. Frankowski legte am 1. August 1945 anläßlich einer Besprechung zwischen Stadtverwaltung und Arbeitsamt eine Liste der arbeitsfähigen Polen vor. Nach Abzug der älteren Frauen und der Kinder blieben immerhin noch 6015 Arbeitssuchende. Abgezogen waren bereits 920 Polen, die von der UNRRA angestellt waren und in der Lagerverwaltung arbeiteten. Allgemein war üblich, daß in den DP-Lagern ca. 8–10% der Lagerbewohner in der Verwaltung beschäftigt waren. Frankoswki regte aber auch an, seinen Landsleuten eine eigene Produktion zu ermöglichen. Er dachte an eine eigene Seifenfabrik und zwar in den Gebäuden der Maschinenfabrik »Excelsior«.[35]

Es sollte sich aber bald zeigen, daß Überlegungen, die Polen bei Deutschen zu beschäftigen, nicht ohne weiteres in die Praxis umzusetzen waren. Selbst, wenn es Polen gab, die zum Beispiel auf dem Gut Heutingsheim arbeiteten, gab es wieder andere, die die Arbeitswilligen zwangen, ihre Arbeit einzustellen.[36] Daraufhin erklärte der Vertreter des Arbeitsamtes, Josenhans, am 15. August 1945 »die pol-

nischen DPs hätten wenig Lust zu arbeiten und würden alle erklären, daß sie nach Hause gehen wollen, das seien keine geordneten Arbeitskräfte.«[37]

Im Arbeitsamt mußte sich dieser Eindruck noch verstärken, als es den Polen 900 Arbeitsplätze anbot, auf dem Güterbahnhof in Kornwestheim und im ländlichen Bereich, und kein polnischer Verbindungsmann bereit war, die Arbeiter zu vermitteln.[38]

So kann man davon ausgehen, daß es nicht gelungen ist, polnische DPs im Rahmen einer gezielten Arbeitsbeschaffungsmaßnahme, zu beschäftigen. Das mag daran gelegen haben, daß erst im Sommer 1945 allen Beteiligten klar geworden war, daß die UNRRA für alle DPs großzügige Wohlfahrtsleistungen anbot, so daß eigentlich gar kein Grund zum Arbeiten bestand. Es ist aber auch sehr verständlich, wenn sich auf polnischer Seite Widerstand dagegen regte, beim Aufbau der deutschen Wirtschaft mitzuwirken.

Dennoch gab es jedenfalls bis zum Herbst 1945 Arbeitsverhältnisse polnischer DPs bei deutschen Handwerkern und Bauern, denn im Herbst 1945 ließ der Landrat des Kreises Ludwigsburg über die Bürgermeisterämter allen Handwerkern und Bauern im Kreis mitteilen, »daß die polnischen Fremdarbeiter abgegeben werden müssen«. Alle polnischen Staatsangehörigen, die nicht in einem Lager untergebracht seien, hätten am 25. November 1945 eine letzte Gelegenheit, mit der Eisenbahn in ihre Heimat zurückzukehren.[39]

Da sich konkrete Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen als nicht durchführbar erwiesen hatten, konnte der Oberbürgermeister nur versuchen, über Appelle den arbeitswilligen DPs zu einer Beschäftigung zu verhelfen. So haben die in Ludwigsburg wohnenden etwa 1000 Ukrainer eine Arbeitsgemeinschaft »Unkrainische Volkskunst« gegründet, die kunstgewerbliche Gegenstände herstellen wollte. Dr. Franck unterstützte diese Arbeitsgemeinschaft, weil »ich von dem Leitgedanken ausgehe, diese Leute zu beschäftigen, statt daß sie dem Müßiggang nachgehen.« Acht verschiedene Firmen, die Lacke, Sperrholz und ähnliches herstellten, erhielten seinen Brief mit der Bitte, den Ukrainern entsprechende Materialien zu liefern.[40]

Diese Ukrainer waren möglicherweise 1945 als Polen in der Lagerstatistik geführt worden. Erst nachdem auf der Potsdamer Konferenz Polen nach Westen verschoben worden war, und damit die westliche Ukraine sowjetisch wurde, hatten die von dort stammenden Polen als Ukrainer zu gelten. Auch die einzige deutsche Behörde, die die DPs statistisch erfaßt hatte, das Standesamt, kannte keine Rubrik »Ukrainer«.

Tschechen in Ludwigsburg

Im Sommer 1948 wurde Ludwigsburg zu einem Zentrum der tschechischen Emigration. Diese Emigration war dadurch ausgelöst worden, daß sich im Februar 1948 in Prag die Kommunisten unter Gottwald endgültig durchgesetzt hatten. Zahlenmäßig fielen die tschechischen Flüchtlinge kaum ins Gewicht. Die offizielle tschechische Statistik spricht sogar nur von 6230 Auswanderern[41], während die tschechischen Emigranten in London eine Organisation für 20000 Flüchtlinge gründen wollten.[42] Wenn man der Statistik der IRO Glauben schenken möchte, lebten sogar nur 3488 tschechische DPs in den Westzonen[43]. Er-

UNRRA
UNITED NATIONS RELIEF AND REHABILITATION ADMINISTRATION
ASSEMBLY CENTER
LUDWIGSBURG/WÜRTT.
GERMANY
US-ZONE

DIRECTOR:
ERNEST W. SIBLEY (UK)

DEP. DIRECTOR:
HERMAN A. OPREL (DUTCH)

HEADQUARTERS:
35 STUTTGARTER STRASSE
PHONES ~~4788~~, 3553
(4868 (5 LINES)
BILLET: BAHN-HOTEL
PHONE 3023
CAMPS: JÄGERHOF-KASERNE No. 643
LUITPOLD-KASERNE No. 644
KARLS-KASERNE No. 646
ALDINGEN No. 717

RELIEF
REHABILITATION
REPATRIATION

April 2nd 1947 EWS/IA

To: Oberbuergermeister
L U D W I G S B U R G

Subject: Your letter dated 1.4.1947 - O/Boe -

With reference to your letter dated April 1st concerning the straw sacks for use of evicted DP.s I have been in touch with UNRRA HQ.s in Stuttgart and they suggest that you send your application to Mr. Campbell, Welfare Division, E.1 Mil.Govt. Stuttgart, as provision of supplies for evictees is not the responsibility of UNRRA.

UNITED NATIONS RELIEF AND REHABILITATION ADMINISTRATION
U.N.R.R.A.
CENTER
LUDWIGSBURG

E.W. SIBLEY
Director
UNRRA Assembly Center
Ludwigsburg

Druckerei Martin Huch Ludwigsburg (194) 1000. XI 46.

Schreiben der UNRRA an den Oberbürgermeister von Ludwigsburg vom 2. April 1947

staunlich ist, daß drei Jahre nach dem Ende des Krieges eine Gruppe von Flüchtlingen als DPs anerkannt wurde, mit all den Privilegien, die dieser Status mit sich brachte. Da mit dem Begriff »DP« ursprünglich nur Personen bezeichnet wurden, die durch die nationalsozialistische Politik aus ihrer angestammten Heimat verschleppt worden waren, hätten die Tschechen 1948 keinen DP-Status erhalten dürfen. Gewiß war der kalte Krieg dafür verantwortlich, daß die Amerikaner grundsätzlich bereit waren, antikommunistisch eingestellten Menschen ihre Unterstützung zuteil werden zu lassen. Außerdem war die Zahl der Tschechen so gering, daß sie in dieser Frage großzügig sein konnten, zumal die Kosten für die DPs von den deutschen Behörden zu tragen waren.

Die ersten Tschechen kamen im August 1948 in die Jägerhofkaserne, die vorher von den Polen geräumt worden war. Es waren 775 Personen, 26 waren außerhalb der Kaserne untergebracht. Dem amerikanischen Inspektionsbericht zufolge waren etwa 700 arbeitsfähig, aber nur 26 waren beschäftigt.[44] Im Oktober lebten in der Jägerhofkaserne bereits 1100 Tschechen,[45] aber auch die Krabbenloch- und die Arsenalkaserne wurden durch Tschechen belegt.[46]

In der Krabbenlochkaserne lebten am 1. November 1948 1321 Tschechen, 843 waren arbeitsfähig, aber nur 44 waren bei Deutschen beschäftigt.[47] Die Tschechen traten mit einem anderen Selbstbewußtsein als die »alten DPs« auf und stellten die IRO, die seit dem 1. Juli 1947 die Aufgaben der UNRRA übernommen hatte, vor neue Probleme.

Die Tschechen gründeten sofort eine »Vereinigung tschechoslowakischer Flüchtlinge in Deutschland«, die ihren Sitz in der Arsenalkaserne hatte. Sie beklagten sich am 29. April 1949 über die schlechten Zustände in der Krabbenlochkaserne: das Essen sei unzureichend und außerdem bekämen sie kein Taschengeld.[48]

In den Berichten der Amerikaner wird darüber geklagt, daß in der Krabbenlochkaserne interne tschechische Streitigkeiten ausgetragen würden. Junge Agitatoren hätten die Lagerbewohner aufgehetzt, so daß niemand arbeiten und die Lagerordnung anerkennen wolle. Essensrationen seien veruntreut worden und ein von der IRO angestellter Tscheche sei nach Prag zurückgegangen und habe ein Namensverzeichnis der Lagerbewohner mitgenommen.[49]

In der Arsenalkaserne errichteten die Tschechen sogar eine eigene Universität, die in der IRO-Statistik vom 16. Juni 1949 als »Czech University at Ludwigsburg« offiziell geführt wurde. Damals waren 275 Studenten eingeschrieben, es wurden »general education courses leading to B.S. degree« angeboten.[50]

Die Zustände an dieser »Universität«, an der zwei Professoren und 14 Assistenten unterrichteten, entsprachen so wenig amerikanischen Ordnungsvorstellungen, daß in dem Inspektionsbericht vom 6. Dezember 1949 kurzerhand die Schließung des »Camp WG 214 Arsenalkaserne« empfohlen wurde. Ähnlich wie in der Krabbenlochkaserne wurde über die allgemeine Unsauberkeit geklagt, überall liege Müll herum und der Lagerleiter habe gegenüber den Studenten überhaupt keine Autorität.[51] In ihrer Antwort war die IRO-Leitung dem Gedanken der Schließung nicht abgeneigt, gab aber zu bedenken, daß die »Schließung der sogenannten tschechischen Universität« ernste Verwicklungen mit sich bringen würde, da diese »Universität« in der Weltpresse eine große Beachtung gefunden habe. Der zuständige Mitarbeiter der IRO, Edwards, wollte nicht die ungünstigen Folgen einer unbedachten Aktion verantworten.[52]

Die Auflösung der Ludwigsburger Lager

Während die UNRRA versuchte, die DPs zur Repatriierung zu veranlassen, dabei aber immer weniger Erfolge verbuchen konnte, setzte die IRO seit Beginn ihrer Tätigkeit, seit dem 1. Juli 1947, ausschließlich auf die Auswanderung der DPs – meist nach Übersee. Sie konnte dabei große Erfolge erzielen und in ihrem besten Jahr – 1949 – 260000 DPs eine neue Heimat vermitteln.[53] Da aber die Einwanderungsländer an Alter, Gesundheit, berufliche Qualifikation und Familienstand hohe Anforderungen stellten, blieben die Alten, Kranken und kinderreichen Familien in den Lagern zurück. In der Sprache der IRO wurden die letzten 100000 DPs, die sich 1950 in der Bundesrepublik befanden, als »hard core«, als »harter Kern« bezeichnet, der für eine Auswanderung nicht mehr in Frage kam. Dieser »harte Kern« sollte ab dem 1. Juli 1950 seinen DP-Status verlieren und dafür als »heimatlose Ausländer« der bundesdeutschen Sozialfürsorge überantwortet werden, da mit demselben Datum die IRO ihre Tätigkeit einstellen sollte.

In Nordwürttemberg wurden fünf Kasernen ausgewiesen, die den »hard core« der DPs aufnehmen sollten, darunter war auch die Arsenalkaserne (WG 214)[54], aber auch die Krabbenlochkaserne wurde noch weit über den ursprünglich vereinbarten Schließungstermin hinaus als DP-Lager genutzt. Est am 31. Januar 1951 wurden die letzten »heimatlosen Ausländer« in staatliche Wohnheime überwiesen. 247 Tschechen kamen nach Ingolstadt, 103 Polen nach Bad Reichenhall, 61 Letten nach Traunstein und 222 Angehörige verschiedener Nationalitäten nach Neu-Ulm in die Reinhard-Kaserne.[55]

Damit war aber für Ludwigsburg das DP-Problem noch keineswegs gelöst, denn in der Stadt verblieben noch zwei andere Einrichtungen der IRO, die überregionale Bedeutung hatten und deren Schließung sich deshalb hinauszögerte.

Die erste war die »Vocational Training School«, die der beruflichen Ausbildung diente. UNRRA und IRO waren gleichermaßen bestrebt, die DPs nicht nur materiell zu versorgen, sondern ihnen eine möglichst gute berufliche Qualifikation zu vermitteln, die sie in die Lage versetzen sollte, in ihrer neuen Heimat rasch Fuß zu fassen. Die Ludwigsburger Schule wurde unter der Nummer WG 251 geführt und war in zwölf Gebäuden des ehemaligen Exerzierplatzes zwischen Stuttgarter-, Hindenburgstraße und Königsallee untergebracht. Im Dezember 1948 wurden dort für 273 »Studenten« zwölf Kurse angeboten. Die Kurse z. B. für Zimmerleute, Schneider, Maler, Maurer oder Maschinenschlosser dauerten sechs Wochen, während dieser Zeit wurden die Teilnehmer in der Schule untergebracht und verpflegt.[56]

Erst am 31. März 1951 wurde diese Schule geschlossen. Bemühungen der Schulleitung, dem Land Württemberg-Baden die Trägerschaft der Schule zu übergeben, waren ohne Erfolg geblieben.[57] Die Schulräume wurden aber nicht sofort freigegeben, sondern dem »WG 272 Resettlement Center« für Verwaltungsaufgaben überlassen, wie bereits vorher die Arsenalkaserne dem Resettlement Center angeschlossen worden war.[58]

Im »Resettlement Center« wurden die auswanderungswilligen DPs aus Nordwürttemberg auf ihre Emigration vorbereitet. Dort waren auch die Missionen der Einwandererländer, die eng mit den Dienststellen der IRO zusammenarbeiteten.[59] Dieses »Auswandererlager« war ursprünglich in der Flandernkaserne in Stuttgart

gewesen, aber am 24. August 1948 in die Flakkaserne nach Ludwigsburg-Ossweil verlegt worden.[60] Im März 1950 waren folgende Nationalitäten im Resettlement Center vertreten und traten von dort ihre Reise nach Übersee an: Tschechen 231, Esten 196, Letten 438, Litauer 154, Staatenlose 64; Polen 638, Ukrainer 517, Russen 38, Jugoslawen 43, Verschiedene 117, Juden 135.[61] Die letzten aktenmäßig überlieferten Nachrichten vom Resettlement Center stammen vom Juli 1951. Damals beklagten sich ehemalige DPs, daß die deutschen Sozialämter ihnen keine Sozialhilfe gewähren wollten, weil für ihre Versorgung die IRO zuständig sei.[62]

Bald darauf dürfte das Resettlement Center aufgehoben worden sein, denn 1951/52 wurde westlich der Grünbühlsiedlung ein spezielles IRO-Auswandererlager auf Kornwestheimer Markung errichtet (im Bereich der heutigen Memelstraße).[63] Für die in Württemberg zurückbleibenden heimatlosen Ausländer wurden in vielen Gemeinden staatliche Wohnheime errichtet, z. B. auch auf Aldinger Markung 1950 im Rahmen der Grünbühl-Siedlung das Wohnheim Aldingen-Neuheim.[64]

Damit ist die Geschichte der DPs in der Stadt Ludwigsburg zu Ende. Im neuen Stadtteil Grünbühl haben die letzten heimatlosen Ausländer seit langem eine neue Heimat gefunden. Lediglich die zahlreichen slawischen Namen der jetzigen Bewohner und die Bewahrung bestimmter Formen von Religiosität lassen Rückschlüsse auf die Herkunft dieser Menschen zu.[65]

Länger als andere Gemeinden hatte Ludwigsburg den displaced person Unterkunft gewähren müssen. Viele DPs wurden hier geboren, haben jahrelang hier gelebt und schließlich mit der Auswanderung von hier ihrem Leben eine neue Wendung gegeben. Dennoch kann auf Grund der ungünstigen Quellenlage keine Aussage über die menschliche Seite des DP-Problems gemacht werden. Die DPs selbst haben fast keine Spuren oder Zeugnisse hinterlassen, so daß wir nichts von ihren Sorgen, Hoffnungen und Wünschen erfahren. Die erhaltenen Akten erlauben eine Darstellung dieses fast vergessenen Themas nur aus der Perspektive deutscher bzw. angelsächsischer Verwaltungen.

Anmerkungen

1 Stadt A LB,L 3 II, 1700: Schreiben Franck an Militärregierung vom 2.5.1945
2 Ebd. 1700: Schreiben Franck an Bürgermeisteramt von Bissingen
3 Jacobmeyer, Wolfgang: Vom Zwangsarbeiter zum heimatlosen Ausländer, Göttingen 1985, S. 83
4 Mitteilung des Standesamtes Ludwigsburg an den Verf. vom 14.7. 1988
5 Stadt A LB, L 9/13, Niederschrift vom 30.7. 1945
6 Wie Anm. 4
7 Stadt A LB, L 9/13, Niederschrift vom 15.6. 1945
8 Ebd., 11.7.1945
9 Stadt A LB, L 9/13, Besprechung Militärreg.-Stadt am 6.8. 1945
10 Jacobmeyer, S. 83
11 Tolstoy, Nikolai: Die Verratenen von Jalta, 1987
12 Jacobmeyer, S. 83 und S. 136/37
13 Stadt A LB, L 9/13, Niederschrift vom 11.7. 1945
14 Ebd.
15 Stadt A LB, L 3, II, 1700: Militärregierung an Polizei am 4.2. 1946
16 Stadt A LB, L 9/13, Niederschrift vom 30.7. 1945

17 Jacobmeyer, S. 120
18 Stadt A LB, L 9/13, Niederschrift Militärregierung – Stadt vom 3.12. 1945
19 Ebd., Niederschrift Militärregierung – Stadt vom 13.12. 1945
20 Archiv der United Nations, New York PAG-4/3.0.11.3.1:7
21 Demnächst soll eine spezielle Untersuchung zu diesem Thema von Wolfgang Läpple, Stadtarchiv Ludwigsburg, erfolgen
22 Stadt A LB, L 9/13, Niederschrift vom 8.6. 1945
23 Ebd., Niederschrift vom 17.7. 1945
24 Stadt A LB, L 3/BÜ 920, Schutzpolizei an OB am 10.8. 1945
25 Stadt A LB, L 9/13, Niederschrift vom 23.8. 1945
26 Stadt A LB, L 3/920, Protokoll vom 30.8. 1945
27 Stadt A LB, L 9/13, Protokoll vom 13.9. 1945
28 Ebd.
29 Ebd., Protokoll vom 8.9. 1945
30 Ebd., Protokoll vom 30.7. 1945
31 Ebd., Protokoll vom 23.6. 1945
32 Stadt A LB, L 3; II, 1700; UNRRA Team 91 an OB am 27.2. 1946
33 Stadt A LB, L 9/13, Niederschrift vom 17.7. 1945
34 Ebd., Niederschrift vom 30.7. 1945
35 Ebd., Niederschrift vom 1.8. 1945
36 Stadt A LB, L 3/920, Niederschrift vom 8.8. 1945
37 Ebd., Niederschrift vom 15.8. 1945
38 Ebd., Niederschrift vom 23.8. 1945
39 Ebd., Landrat an die Bürgermeister am 16.11. 1945
40 Ebd., OB am 25.2. 1946
41 Keesing, Archiv der Gegenwart, Essen 1950, S. 2013 F
42 Ebd., S. 1620 F
43 Jocobmeyer, S. 171
44 Nationalarchiv Paris AJ 43, 815, Bericht der US-Armee vom 8.9. 1948
45 Ebd.
46 Ebd., Schreiben der IRO vom 13.10. 1948
47 Ebd., Bericht der US-Armee vom 1.11. 1948
48 Ebd., AJ 43, 826, Schreiben vom 29.4. 1949
49 Ebd., Schreiben vom April 1949
50 Ebd., AJ 43, 846 Allgemeine Statistik der IRO über Erziehungswesen
51 Ebd., AJ 43, 820, Schreiben des Armee Hauptquartiers vom 6.12. 1949
52 Ebd., Schreiben der IRO vom 16.12. 1949
53 Jocobmeyer S. 173
54 Nationalarchiv Paris AJ 43, 814, Schreiben der IRO vom 16.1. 1950
55 Ebd., Schreiben der IRO vom 8.1. 1951
56 Ebd., AJ 43, 846, Bericht der US-Armee vom 22.12. 1948
57 Ebd., Aktennotiz 31.1. 1951
58 Ebd., Schreiben der IRO vom 7.2. 1951
59 Ebd., AJ 43, 826, Schreiben der IRO vom 29.4. 1949
60 Ebd., AJ 43, 814, Schreiben der IRO vom 30.4. 1948
61 Ebd., AJ 43, 826, Statistik der IRO auf der Basis vom 31.3. 1950
62 Ebd., AJ 43, 820, Schreiben der US-Armee vom 9.7. 1951
63 Schlatterer, Frank: Chronik Grünbühl, ein Stadtteil von Ludwigsburg, Ludwigsburg 1986, S. 65
64 Ebd.
65 Ebd. S. 119.

Berichte und Notizen

Die Veranstaltungen des Historischen Vereins 1988/89.

1. Die Vorträge im Winterhalbjahr 1988/89 im Kulturzentrum.

1. Donnerstag, 13. Oktober 1988. Dr. Matthias Untermann vom Landesdenkmalamt Stuttgart, Abteilung »mittelalterliche Archäologie«, sprach über »Das Kloster Mariental in Steinheim – Ergebnisse der Grabungen 1982–1986«. Der als »Ausgräber« für diesen Vortrag prädestinierte Redner bemerkte zu Anfang, daß das Landesdenkmalamt glücklicherweise gerade noch eingreifen konnte, ehe das Areal des ehemaligen Nonnenklosters völlig überbaut wurde. Seine Geschichte beginnt mit der Gründung in den Jahren 1254/55, als Stiftung des Berthold von Blankenstein und seiner Gemahlin Elisabeth von Steinheim. Die Nonnen des Konvents lebten zunächst nach den Regeln der Augustiner, später der Dominikaner. Die Überlieferung meldet, daß die Klosterzucht in Steinheim oft sehr zu wünschen übrig ließ. Dessen ungeachtet war das Kloster für Steinheim über Jahrhunderte eine Stätte von zentraler Bedeutung und ist aus der Stadtgeschichte nicht wegzudenken. Als 1553 der Konvent im Zuge der Reformation aufgelöst wurde, zeigten sich die Nonnen zunächst äußerst widerspenstig, und auch für die Stadt war damit das Ende einer für sie bedeutenden Zeit gekommen.

Der Grabungsbericht war mit sehr anschaulichen Dias illustriert. In der tiefsten ergrabenen Schicht stieß man im Kreuzgangbereich auf das Mauerwerk eines römischen Bades, das seinen Ausmaßen nach wohl für eine ganze Siedlung bestimmt war. Obwohl es schon im 3. Jh. aufgelassen wurde, blieben seine Ruinen noch jahrhundertelang – über die alemannische Landnahme hinaus – stehen, doch haben mehrere große Überschwemmungen der Murr mit ihrem Schlamm das Terrain um etwa 1,80 m erhöht. Im 11., spätestens im 12. Jh. hat man die – weitgehend im Schlamm steckenden – Mauern des alten Bades in einen langgestreckten, wahrscheinlich mehrgeschossigen, Neubau einbezogen, dessen Größe und Bautyp eine pfalzähnliche Anlage nahelegen. Ofenkacheln des 12./13. Jh. zeugen von einst reicher Ausstattung. Tatsächlich fand sich dann, daß in Urkunden aus der Klostergründungszeit von einer »curia libera« (Freihof) des Markgrafen von Baden die Rede ist, der diesen Hof 1255 dem neugegründeten Kloster verkaufte. Das Gebäude wurde dann sofort in die Planung der Anlage einbezogen. Dr. Untermann konnte als Vergleichs-Parallele zum Steinheimer »Freihof« den »Saalhof« in Frankfurt a. M. vorführen, eine staufische Pfalz, deren Ausmaße sogar geringer waren als diejenigen des Steinheimer Baues. Dieser wurde, zum Wirtschaftstrakt des Klosters umgebaut. Eine ergrabene eigenartige Heizungsanlage im nördlichen Teil läßt dort das Hospital vermuten, zumal Dielenfußboden und Kachelofenrelikte auf Krankensäle hinweisen. Bemerkenswert ist, daß beim Kloster »Mariental« die Kirche nicht dem nördlichen, sondern dem südlichen Kreuzgangflügel entlang lag. Der westliche verlief der ehemaligen Pfalz entlang, der nördliche wurde erst im 14. Jh. aufgeführt. Der Ostflügel, der als einziger nach einem großen Brand (1643) für die württembergische Klosterhofmeisterei wieder aufgebaut worden war, fiel 1980/81 einem Neubau zum Opfer. Die Un-

tersuchungen zeigten, daß sich die ganze Klosteranlage nach den einbezogenen Vorgängerbauten richten mußte. So auch die Klosterkirche, deren Chorfundamente schon 1981 vorübergehend freigelegt wurden. Ihr Chor war daher nicht genau »geostet«, wie auch die gesamte Anlage nicht genau »genordet« war.

Abschließend konnte der Vortragende aus der Vielzahl der Funde noch einige im Bild vorführen: Brunnenfundamente im Kreuzgangsbereich, die Heizungsanlage, eine Wasserleitung, Fragmente von Ofenkacheln, Glasgefäße, sogar Prunkgläser mit Schmelzfarben und Gold verziert. Erfreulicherweise wird vieles davon zusammen mit einer ausführlichen Dokumentation der Geschichte und Baugeschichte des Klosters im neugeschaffenen Klostermuseum zu sehen sein.

2. Donnerstag, 10. November 1988. Oberstudienrat Dr. Manfred Scheck vom Gymnasium Markgröningen sprach über das Thema »Der Enzweihinger Schulmeister Gottlieb Mittelberger, ein schwäbischer Amerikareisender im 18. Jahrhundert.« Der Vortrag stützt sich auf ein in der Stuttgarter Landesbibliothek befindliches 120 Seiten starkes Büchlein von 1756 mit dem umfangreichen Titel: »Gottlieb Mittelbergers Reise nach Pennsylvanien im Jahr 1750 und Rückreise nach Deutschland im Jahr 1754. Enthaltend nicht nur eine Beschreibung des Landes nach seinem gegenwärtigen Zustande, sondern auch eine ausführliche Nachricht von den unglückseligen und betrübten Umständen der meisten Teutschen, die in dieses Land gezogen sind, und dahin ziehen.« Dieser Bericht ist in den USA als wichtige Quelle der Kolonisationsgeschichte Pennsylvaniens anerkannt und mehrfach ins Englische übersetzt worden, wogegen in Mittelbergers Heimat erst neuerdings das Interesse an dem Schicksal des unternehmungslustigen Schwaben erwacht ist. Der Vortrag wurde bereits in den Ludwigsburger Geschichtsblätter, Hefts 42/1988 gedruckt.

3. Donnerstag, 8. Dezember 1988. Dr. jur. Richard Oßwald, der nach langjähriger Tätigkeit bei der Firma Daimler-Benz AG zum Mitbegründer der Berufsakademie Baden-Württemberg wurde, sprach über »Der Ludwigsburger Lehrer Karl Friedrich Oßwald und seine Zeitschrift »Der Sommergarten – eine Schrift fürs Elternhaus – ein Stück württembergischer Schulgeschichte.« Der interessante Vortrag wird in dem nächsten Heft der Ludwigsburger Geschichtsblätter veröffentlicht werden.

Beim Neujahrsempfang des Landratsamts hielt der Vereinsvorsitzende, Dr. Wolfgang Bollacher, die Festansprache. Sie ist in diesem Heft gedruckt. Der Historische Verein beteiligte sich auch an den zu diesem Anlaß im Landratsamt aufgebauten Ausstellungen.

4. Donnerstag, 12. Januar 1989. Der Abend galt zunächst der jährlichen Mitgliederversammlung. Der Vorsitzende, Dr. Wolfgang Bollacher, erwähnte nach dem Jahresbericht über Vorträge und Exkursionen des vergangenen Jahres, daß im vergangenen Jahr ausnahmsweise zwei Hefte der Geschichtsblätter erschienen sind, das »reguläre« und ein Sonderheft mit sämtlichen Vorträgen des Jubiläumsjahres. Ferner berichtete er über Ehrungen einiger Vereinsmitglieder. Direktor Dr. Albert Sting (Karlshöhe) erhielt die Bürgermedaille der Stadt Ludwigsburg für seine engagierte Tätigkeit auf der Karlshöhe und als bewährter »Curator« der Stadt. Dr. Paul Sauer, Ltd. Stadtarchivdirektor in Stuttgart, erhielt den Titel »Professor«, womit insbesondere seine umfangreiche Publikationstätigkeit im Bereich der älteren und neueren württembergischen Geschichte gewürdigt wurde. Apotheker Markus Otto, Bietigheim-Bissingen, wurde aufgrund seiner langjähri-

gen Tätigkeit für den Historischen Verein anläßlich seines 75. Geburtstags zum Ehrenmitglied ernannt, und Glasermeister Paul Müller, Asperg, wurde für seine Verdienste um die Heimatgeschichte mit der Eberhard-Ludwig-Medaille des Landkreises Ludwigsburg ausgezeichnet. Der Bericht der Kassenverwalterin, Frau Schmidt, ergab, daß sich die Vereinskasse infolge der durch die zwei Bände der Geschichtsblätter gesteigerten Ausgaben in gespannter Lage befinde, weshalb der Vorsitzende an die Spendefreudigkeit der Mitglieder appellierte.

Nach einstimmiger Entlastung der Kassenverwalterin und des gesamten Vorstands ergriff der Redner des Abends, Herr Kurt A. Schupp, Ludwigsburg, das Wort zu seinem Vortrag über »Geschichtsquelle Dachboden – Neues aus Alt-Ludwigsburg.« Keinen Grund zu ungeteilter Freude, so meinte der Referent, habe die bauliche Entwicklung der Stadt in den vergangenen Jahrzehnten gegeben. Dabei seien die vom Stadtgründer und von Herzog Carl Eugen hinterlassenen Bauten – trotz Ludwigsburgs im Vergleich mit seiner Umgebung kürzerer Bautradition – nicht minder zu schätzen. Es sei bedauerlich, daß die einst von Eberhard Ludwig erlassenen strengen Bauvorschriften zum Nachteil der baulichen Entwicklung der Stadt im 19. und frühen 20. Jh. gelockert worden seien. Mahner zum Guten sei Regierungsbaumeiseter Dr. Ing. Strobel gewesen, der 1918 über den Historischen Verein seine Arbeit »Ludwigsburg, die Stadt Eberhard Ludwigs« veröffentlicht hat. Diese Arbeit sei bis heute aktuell geblieben, und offenbar sei einiges davon in das heutige Stadtplanungskonzept eingegangen, insbesondere hinsichtlich gedankenloser »Abriß-Mentalität.« Lobend erwähnte Herr Schupp in diesem Zusammenhang die Restaurierung des sogenannten »Jägerhauses«, des Sitzes der herzoglichen, später königlichen Porzellan-Manufaktur (1758–1824) in der Schorndorferstraße 42. Im Garten- und Hofbereich hinter dem Hauptgebäude waren schon 1984 die ehemaligen Produktionsanlagen der Manufaktur aufgefunden worden, worüber Herr Schupp 1986 berichtet hat. Die Anordnung der erhalten gebliebenen Hauptgebäude ist schloßartig, und in einer Schilderung von 1784 ist die Rede von zentralen Bau als dem »Corps de Logis« (parallel zur Schorndorferstraße verlaufend) und zwei Flügelbauten als »Pavillons«. Als die Restaurierung des Hauptgebäudes im Gang war, fand Herr Schupp im mehr als 200-jährigen Schutt und Staub »zwischen Sparrenschwellen, Deckenbalken und Dachtrauf, ja sogar unter dem Dielenboden«, ein unvorstellbares Sammelsurium von Papieren, Keramik, Textilien, Gegenständen aus Glas, Holz, Leder und Metall, kurz einen Spiegel menschlichen Lebens von fast 3 Jahrhunderten!

Hervorragende Dias gaben einen Überblick über die aufgefundenen Gegenstände. Neben Prozellanscherben von Tellern und Henkeltassen fanden sich auch keramische Haushaltsgegenstände, bedruckte und beschriebene Papiere. Ältester Fund ist ein juristischer Traktat von 1691. Eine Tabelle der »Hochfürstlich Herzoglichen Porcellan-Fabrique« von 1758 enthält eine Preisliste für »Tabatièren« (Tabakdosen), die damals beliebte Mode- und Geschenkartikel waren. Aus einer Seite des Buchhaltungsjournals der Fayence-Fabrik von 1760/61 geht hervor, daß damals Blei und Zinn aus der heute noch bestehenden »Bischoff'schen Apotheke« bezogen wurden. Mundgeblasene Champagnerflaschen, Weinbouteillen des 18. Jh., sowie eine Austernschale künden von fröhlichen Gelagen. Besonders kostbar sind zwei Tabakpackungen aus derselben Zeit, die aus Amsterdam stammen und mit dem englischen Wappen sowie einem Bild vom Londoner Hafen (Hinweis

auf den überseeischen Import) versehen sind. Zwei fragmentarische Rezepte, davon eines für den, in einem der beiden Flügelbauten wohnenden »Kassier« Jäger, geben interessante Einblicke in die damals üblichen Verordnungen, und zwei Druckbogen mit Lotteriescheinen erinnern an die Einführung des Glückspiels durch Herzog Carl Eugen. In hochbrisante politische Zeit führt ein Blatt der »Stuttgarter Nachrichten« von 1795, das allerdings noch seitenlang Angebote von Neujahrskarten, Spielen und anderem, sowie von Immobilien aufweist, auch eine Ecke für verlorene, gefundene und gestohlene Dinge ist vorhanden. Eine Broschüre »Übersicht des merkwürdigen (= denkwürdigen) Feldzuges am Rhein im Jahr 1796« führt dann schon mitten ins Kriegsgeschehen. Eine 140-seitige Broschüre über die französische Revolution hat man offenbar als »gefährliche Schrift« auf dem Dachboden versteckt. Weitere Blicke in die Zeitgeschichte vermitteln Zeitungsausgaben von 1805 und 1813. 1824 zog nach Auflösung der Manufaktur die inzwischen privatisierte Tuchfabrik in das Gebäude ein. Von ihrem Chef, dem Fabrikanten August Schönleber, fand sich eine Rechnung von 1828, außerdem der Rest eines Geschäftsbriefs aus Stuttgart »An die Königliche Tuch-Fabrique in Ludwigsburg«.

Zahlreiche Medizin- und andere Flaschen und Fläschchen, teilweise mit Aufschriften der Inhaltsangabe ergänzten den Raritätenschatz. Abschließend bemerkte Herr Schupp, es erfülle ihn mit Genugtuung, daß es ihm gelungen sei, solch »sprechende« Dokumente zur Stadtgeschichte vor ihrer Landung auf irgendeiner Müllkippe gerettet zu haben. Dr. Bollacher würdigte in seinem Nachwort die von Herrn Schupp so erfolgreich angewendete und leider sonst noch viel zu wenig beachtete Methode sehr treffend als »Dachboden-Archäologie«.

5. Donnerstag, 9. Februar 1989. Dr. Ulrich Klein, vom Württ. Landesmuseum berichtete über den »Münzfund von Marbach«. Beim Umbau des Hauses Marktstraße 36 tauchte unter dem Fußboden im Eingangsbereich zur größten Überraschung der Entdecker ein Hort von 1004 Goldmünzen auf, alle zwischen 1340 und 1395 geprägt. Fundort und -lage ließen die rasch herbeigerufenen Fachleute für »mittelalterliche Archäologie« des Landesmuseums darauf schließen, daß hier gewissermaßen der »Haustresor« eines weitgereisten Kaufmanns und Finanziers zu Tage gekommen war. Die Münzen fand man nämlich in wohlgeordneten Stapeln unter einem vermoderten Holzbrett. Der Besitzer dieses Schatzes konnte bisher nicht ermittelt werden, doch ist der Fund ein Beweis dafür, daß es auf der Wende vom 13. zum 14. Jh. in Marbach außer dem Stifter der Wendelinskapelle noch weitere sehr wohlhabende Bürger gegeben haben muß.

Beginnend mit dem Anfang der Goldmünzenprägung im Mittelalter, schlug der Vortragende gewissermaßen einen »geographischen Bogen« über den Kontinent und stellte die 28 verschiedenen Prägungen des Fundes unter Erläuterung der verschiedenen Prägebilder vor. In der Hochblüte der italienischen Stadtstaaten im 13. Jh. forderte der sich ausweitende Handel immer größere Bargeld-Mengen. Demzufolge prägte das damals führende Florenz 1252 erstmals eine Goldmünze von 3,5 Gramm Gewicht und einem Durchmesser von 2 cm. Damit hatten die Florentiner ein internationales Zahlungsmittel geschaffen, einen »Goldstandart«, der bis ins 20. Jh. seine Gültigkeit bewahrt hat. Die Vorderseite der Münze zeigte das Bild des heiligen Johannes, des Stadtpatrons von Florenz, die Rückseite die Florentiner Lilie mit herkunftsbezeichnender Umschrift. Durch den Fernhandel erhielt die Münze, die man wegen ihrer Beschaffenheit »Gulden«,

wegen ihrer Herkunft »Florentiner« oder »Florin« nannte, weite Verbreitung, erst in Italien, dann auch nördlich der Alpen. Beide Bezeichnungen leben heute noch im holländischen »Gulden« und im ungarischen »Forint« fort. Von gleichartiger Bedeutung war auch der 1284 erstmals in Venedig geprägte »Dukaten«, der seinen Namen vom »Dogen« ableitet. Der Marbacher Münzfund enthielt 20 solcher venezianischer Dukaten.

Bald folgten eigene Prägungen des neuen Zahlungsmittels durch die Stadtrepubliken Venedig und Genna, nicht viel später solche durch weltliche und kirchliche Fürsten Europas. Nachdem zunächst Prägungen außerhalb von Florenz noch den heiligen Johannes und die Lilie trugen, so daß die Herkunft nur aus der Umschrift hervorging, veränderte sich bald das Bild, indem zunächst die rückseitige Lilie durch das jeweilige Herrschaftswappen ersetzt und später auch St. Johannes durch den jeweiligen Stadtheiligen oder gar durch das Porträt des Prägeherren abgelöst wurde. Dr. Klein zeigte sodann die geographische Verteilung der aufgefundenen Münzen. Unter den insgesamt 28 Prägearten finden sich neben den italienischen Stadtstaaten die großen Prägeherrschaften im Deutschen Reich: Pfalzgrafschaft/bei Rhein (203 Münzen) und Erzbistum Mainz (129 Münzen), sodann Königreich Ungarn (315 Münzen) sowie andere (u. a. Aragon, Schweidnitz und Liegnitz).

Die Zuhörer konnten sodann im Bild sehen, wie kleinste Fehler in der Prägung, die sich nach und nach erweitern, den Fachmann über den Abnutzungsgrad der Prägestempel informieren und damit eine Altersbestimmung der entsprechenden Münze ermöglichen. Abschließend ergab ein kleiner Exkurs des Vortragenden in die Wirtschaftsgeschichte, daß man zum Beispiel durch die große Anzahl der Prägungen aus dem Königreich Ungarn, der Pfalzgrafschaft bei Rhein oder des Erzbistums Mainz auf die Umlaufmenge der Goldmünzen und damit auf die Wirtschaftskraft dieser Herrschaften schließen kann, denn zur Prägung neuer Münzen mußte man ja erst das nötige Geld besitzen.

6. Donnerstag, 9. März 1989. Hermann Josef Dahmen, der maßgebliche Silcherforscher und Kustos des Schnaiter Silchermuseums, sprach über »Friedrich Silcher und Ludwigsburg.« Da es im Laufe des gegenwärtigen »Silcherjahres« gut erreichbare Darstellungen seines ereignisreichen Lebens gibt, sei hier aus dem Vortrag entsprechend dem Thema nur auf die Ludwigsburger Zeit und deren »Umfeld« eingegangen.

Der als viertes Kind einer Lehrerfamilie am 27. Juni 1789 in Schnait i. R. geborene Philipp Friedrich Silcher mußte zur Erlernung des väterlichen Berufs noch bei älteren Schulmeisters in die »Lehre« gehen. Er fand verschiedene hervorragende Lehrmeister, die auch seine außergewöhnliche Musikalität entdeckten. In Schorndorf, wo er noch einen besonderen Privatunterricht für Junglehrer genoß, stellte ihn nebenbei der Kreishauptmann Joseph Friedrich von Berlichingen als Hauslehrer für seine fünf Töchter an. In diesem Mann gewann Silcher einen Freund und Förderer, und als derselbe als Landvogt, Kammerherr und Staatsrat nach Ludwigsburg versetzt wurde, nahm er Silcher mit und ließ ihn als Provisor an der dortigen Mädchen-Volksschule anstellen.

In den folgenden sechs »Ludwigsburger Jahren« erhielt der junge Schulmeister und Musikus die für seine Zukunft entscheidenden Impulse. Mit Dekan Bahnmeier fand er einen pädagogisch tüchtigen und für Volkslied und Brauchtum aufgeschlossenen Ratgeber. Bei den im Hause des großen Musikfreundes stattfinden-

den Hauskonzerten konnte er Erfahrungen als Komponist und Begleiter sammeln und wurde nebenbei von Bahnmaier mit den Lehrmethoden Pestalozzi's bekannt gemacht. Dessen Lehrsatz »Musik und Gesang sind ein wichtiges Mittel zur sittlichen Veredelung und wahrer Bildung der Menschen« veranlaßte Silcher, seine Lebensaufgabe in der musikalischen Erziehung der breiten Schichten des Volkes zu sehen. Ein entscheidendes Erlebnis war auch die Begegnung mit Carl Maria v. Weber, der damals als Geheimsekretär des Königsbruders in Ludwigsburg lebte. Dieser Komponist wurde fortan für Silcher in jeder Hinsicht Vorbild, welcher auch seine erste große Klavierkomposition, ein Thema aus der Oper »Rinaldo Rinaldini« mit Variationen, ganz dem großen Meister nachempfunden hat.

Als sich Silcher 1815 entschloß, als freier Musiker und Musiklehrer nach Stuttgart zu ziehen, nahm er Wohnung im Haus des Klavierbauers Schiedmayer, wo er Zimmernachbar des damaligen Hofkapellmeisters Conradin Kreutzer wurde. Auch dessen Nachfolger, der bekannte Mozartschüler Johann Nepomuk Hummel, kreuzte in Stuttgart Silchers Weg. Inzwischen war sein Ludwigsburger Freund und Gönner Bahnmaier als Professor für Theologie und Pädagogik an die Universität Tübingen berufen worden, und auf dessen Empfehlung wurde Silcher als Universitätsmusikdirektor nach Tübingen berufen, was dann zu seiner vielseitigen dortigen Tätigkeit als Komponist, Chorleiter, Orchesterdirigent und Musikpädagoge führte, die mit seinem Tod am 26. August 1860 ihr Ende fand.

II. Die Sommerfahrten 1989

1. Samstag, 29. April 1989: Halbtagesfahrt nach Weilheim/Teck und Ochsenwang. Im Zuge der Besuche von alt-württembergischen Städten stand in diesem Jahr Weilheim/Teck, eine ehemalige »Landstadt«, auf dem Programm, wobei es sich anbot, anschließend noch das in der Nähe oben auf der Alb gelegene Mörike-Ochsenwang anzusteuern. In Weilheim, wo Markus Otto die Führung übernommen hatte, hielt der vollbesetzte Bus direkt vor dem kostbaren Kleinod der Stadt, der stolzen Peterskirche, und man begab sich nach kurzer Außenbesichtigung des Bauwerks (Grundstein »1489«) alsbald in das Innere, dessen architektonische und künstlerische Gestaltung den Besucher vielleicht zu dem Urteil kommen lassen, ein solches Wunder sonst in Württemberg noch nicht gesehen zu haben. Zur Einstimmung ertönten einige Choralsätze von der kostbaren Barockorgel, einem Werk mit 22 Registern vom Orgelbauer Andreas Gohl, das mit seinem mechanischen Spielwerk den unvergleichlichen Klang bis heute unverändert erhalten hat. Weilheim ist als »Wilheim« schon 769 und 861 in Urkunden der Klöster Lorsch und Wiesensteig genannt, doch waren das, nur wenige zerstreut liegende Gehöfte, also ein »Weiler«. Die eigentliche Geschichte beginnt auf einem nahegelegenen, der Alb vorgelagerten Basalttuff-Kegel, der 598 m hohen »Limburg«. Auf dieser alten heidnischen Kultstätte baute um die Mitte des 11. Jh. Herzog Berthold I., aus einem in seinen Ursprüngen bis heute noch nicht geklärten Geschlecht, das sich bald darauf »die Zähringer« nannte, seine Burg. 1070 begann er im Tal mit dem Bau eines Hausklosters am Platz der heutigen Weilheimer Peterskirche. Als engagierter Parteigänger des Papsttums im »Investiturstreit« hatte Berthold »von Limburg« starke persönliche Bindungen zum Kloster Hirsau, der Hochburg der Papstgetreuen, so daß er, als er 1078 auf der Limburg

starb, in Hirsau beigesetzt wurde. Sein Sohn Gebhard war dort als Mönch ins Kloster eingetreten und wurde später Bischof von Konstanz. Ein andrer Sohn, Herzog Berthold II., der sich bereits »von Zähringen« nannte, vollendete den Bau der romanischen Klosterkirche St. Peter, und sein Bruder Gebhard weihte sie 1089. Wahrscheinlich bedingt durch die politischen Wirren stagnierte der Ausbau des Klosters, nachdem die romanische Basilika mit zwei Westtürmen vollendet war, und schon 1093 verließen die Mönche das unfertige Kloster und zogen in die inzwischen von Herzog Berthold gegründete Benediktiner-Abtei St. Peter im Schwarzwald, die ebenfalls in den weit auseinandergezogenen Besitztümern der Zähringer lag. Abgesehen von der schönen Klosterkirche blieb in Weilheim nur ein mit ihr verbundenes Priorat mit einem Klosterhof übrig.

Ein weiterer Zweig der Zähringer, zu denen auch die »Herzöge von Teck« gehörten, waren die »Grafen von Aichelberg«. Ihre ebenfalls auf einem Vulkankegel errichtete Stammburg lag unmittelbar beim gleichnamigen Ort. Diese Grafen traten in den Besitz der Zähringer in Weilheim ein, wogegen der Klosterbereich dort weiter dem Kloster St. Peter im Schwarzwald unterstellt blieb. Graf Ulrich II. »von Aichelberg« erlangte für Weilheim das Stadtrecht, umgab es mit einer festen Mauer und zog in das von ihm errichtete Stadtschloß, doch konnten die Grafen von Württemberg schon 1334 die Stadt kaufen, und die nunmehrige »Landstadt« wurde Sitz eines im Schloß residierenden Amtmanns. Die alte Klosterkirche war zur Pfarrkirche der Stadt geworden, deren Wappen der »Petersschlüssel« ist.

Eine völlig neue Geschichte begann für die Peterskirche, als anläßlich ihres 200jährigen Jubiläums Abt Peter Einhard vom Kloster St. Peter im Jahr 1489, großzügig gefördert durch Graf Eberhard im Bart, anstelle der romanischen Basilika eine »moderne«, also spätgotische Kirche errichten ließ. Baumeister war der bekannte Peter von Koblenz, der üblicherweise zunächst den Chor erbaute (1492 vollendet). Nach dem Tod des Abts kam der Bau der Kirche ins Stocken, und obwohl Turm und Schiffwände ohne die Arkaden der geplanten dreischiffigen Hallenkirche nur bis zum Dachtrauf fertiggestellt waren, verließen die Werkleute 1495 den Bauplatz. Man errrichtete über dem Schiff auf riesigen Querbalken ein schweres Dach und im Inneren brachte der Kirchheimer Maler Thomas Schick der Ältere die ersten Wandgemälde an (am Chorbogen: Jüngstes Gericht, an der Schiff-Nordwand: Mutter Anna selbdritt und heilige Sippe). Alsbald drohte nun die schwere Dachkonstruktion das Schiff auseinanderzudrücken. Es fand sich für die Rettung des Baues und seine endliche Fertigstellung ein tüchtiger, namentlich unbekannter Mann aus dem Uracher Meisterkreis, dessen Meisterzeichen an etlichen Kirchen zu sehen ist (Marbach, Ditzingen, Schwieberdingen, Markgröningen). Zahlreiche Schlußsteine, mit herrlichen Pflanzenornamenten umgeben, zieren mit interessanter Heiligenabfolge die Gewölbe, die kunstreiche Steinkanzel stammt aus Uracher Werkstatt, und der Maler Thomas Schick der Jüngere vollendete die Ausmalung der gesamten Kirche. Bedeutendstes Werk ist ein großes »Rosenkranzbild« an der Schiff-Nordwand. Emporenbrüstungsbilder mit den Stationen des Lebens Christi stammen von Daniel Buckien aus Eßlingen. Eine Serie von Herzogsbildern geht auf Herzog Friedrich I. zurück, der beanstandete, daß das Bild des obersten Herren der Stadt in der Kirche fehle. Von den ursprünglich 16 Bildern, die heute in einigen Museen zu sehen sind, befindet sich nur noch das Bild von Herzog Eberhard im Bart im Chor.

Nach einem kleinen Rundgang durch die Stadt war das Dörflein Ochsenwang

in kurzer Busfahrt erreicht, wo man sich alsbald in die kleine barocke Kirche begab. Gern lauschte man dort den Ausführungen des früheren Kirchheimer Gymnasiallehrers Fischer, der Mörikes Ochsenwanger Zeit (Januar 1832 bis Oktober 1833) liebevoll nachzeichnete. Damals erlebte Mörike den ersten großen literarischen Erfolg mit dem »Maler Nolten«, es ging aber auch seine Verlobung mit der Plattenhardter Pfarrerstochter Luise Rau zu Ende. Wahrscheinlich wurde die Trennung von der Familie der Braut betrieben, die bezweifelte, daß Luise jemals eine gesicherte Existenz haben werde. In der Tat scheint Mörike für eine dauerhafte Verbindung ungeeignet gewesen zu sein, denn seine spätere Ehe mit Margarethe Speeth endete mit Entfremdung. Bezeichnend für des Dichters zarte Konstitution ist, daß er zunächst von der Frische der Luft und der Weite der Landschaft schwärmte, jedoch bald über das rauhe Klima jammerte und sich deswegen von Ochsenwang, wo ihm seine Mutter weithin Gesellschaft leistete, wegmeldete. Herr Fischer verstand es, durch Vorlesen von Briefen und Gedichten, Mörikes Liebe zur Natur und seine Stärke in deren bildhafter Darstellung, sowie überhaupt seine geniale dichterische Begabung unter Beweis zu stellen. Ein Gang in das der Kirche gegenüberliegende Pfarrhaus galt schließlich der Pfarrwohnung, in welcher ein kleines Mörike-Museum mit sehenswerten Erinnerungsstücken eingerichtet wurde.

2. Samstag, 24. Juni 1989. Ganztagesfahrt nach Mannheim. Nachdem der Historische Verein in den vergangenen Jahren nun schon etliche bedeutende badische Städte besucht hat, stand in diesem Jahr Mannheim auf dem Programm. Schon das riesige Barockschloß mußte für die Ludwigsburger als Vergleichsobjekt für ihr eigenes Barockschloß eine Reise nach Mannheim notwendig und interessant machen. Pünktlich langte man am Treffpunkt »Wasserturm/Friedrichsplatz« an, wo die Stadtführerin, Frau Homering, bereitstand. Gerade dieser Friedrichsplatz ist schon eine der großen Sehenswürdigkeiten Mannheims, weil dort einige bedeutende Jugendstilbauten stehen: der »Rosengarten«, Kultur- und Veranstaltungszentrum, die »Kunsthalle« und der monumentale Wasserturm, Wahrzeichen Mannheims, prächtiges Bauwerk eines Stuttgarter Architekten, Frau Homering gab zunächst eine Einführung in die ereignisreiche Stadtgeschichte: 766 im Lorscher Codex als »Mannenheim« erwähnt (Fischerdorf), 1275 beim alten Dorf erstmals genannte, direkt am Rhein gelegene kurpfälzische Zollburg »Eichelsheim« (zerstört 1622). Kurfürst Friedrich IV., Haupt der »protestantischen Union« gründet 1606 am Zusammenfluß von Neckar und Rhein die Festung »Friedrichsburg« und die Handelsstadt »Mannheim«, deren Zerstörung 1622 durch die »katholische Liga« unter Tilly erfolgte. Wiederaufbau unter dem Kurfürsten Carl Ludwig (dem Bruder der »Liselotte von der Pfalz«). Er zieht durch erweiterte Privilegien zahlreiche Siedler in die Stadt und errichtet eine »Nationalkirche« als Doppelkirche mit deutschen und französisch-wallonischem Flügel und zentralem, hohem Kirchturm. 1689 totale Zerstörung Mannheims im Krieg Ludwigs XIV. gegen die Pfalz durch die Franzosen. 1697 Wiederaufbau durch Kurfürst Johann Wilhelm, einen katholischen Wittelsbacher, nach dem Plan des niederländischen Festungsbaumeisters Menno Coehorn (sprich »Cuhorn«). 1720 Verlegung der Residenz von Heidelberg nach Mannheim durch Kurfürst Carl Philipp. Schloßbau 1720–1760. Größte Blütezeit der Residenz unter Kurfürst Carl Theodor, der jedoch 1778 seine Hofhaltung nach München verlegt, um das dortige Erbe anzutreten. Prompt folgt der Niedergang der Stadt, di-

rekt mit Ludwigsburg vergleichbar, als die Residenz nach Stuttgart verlegt wurde. Mannheim, vorher wirtschaftlicher und kultureller Mittelpunkt der Pfalz, wird 1801 badisch, nachdem bereits 1799–1801 die Festung geschleift worden war. Den Wiederaufstieg verdankt die Stadt der Binnenschiffahrt und der Eisenbahn, der Rhein-Neckar-Korrektion, den immer mehr vergrößerten Hafenanlagen, dem Neckarkanal und einer stetig anwachsenden Industrieansiedlung: Großmühlen, chemische Industrie (Badische Anilin- und Sodafabrik), Maschinenbau, Fahrzeugbau usw. Im zweiten Weltkrieg wurde bei 151 Luftangriffen die Kernstadt zu 95 % zerstört, das Gesamt-Stadtgebiet zu mehr als 50 %.

Bei der Stadtrundfahrt galt das Hauptaugenmerk dem Schloß, das als größtes Barockschloß Deutschlands gilt und dessen Gesamtanlage trotz der langen Bauzeit (1720–1760) und mehrerer Baumeister durchaus homogen wirkt. Gegen die Stadt öffnet sich im Mittelpunkt ein großer Ehrenhof mit dahinter gelegenem »Corps de Logis«. Von hier aus verläuft als Mittelachse die »breite Straße« durch die Stadt in Richtung Neckar und kreuzt in der Mitte die Querachse »Planken«, die von Südosten Richtung Rhein führt. Obwohl die Rechteckform der Häuserblocks (man sagt dennoch »Quadrate«) schon von Anfang an der Stadt ihr besonderes Gepräge gegeben hat, konnte nun, mit dem Schloß als »Basis«, die Einteilung der Häuserblocks höchst einfach erfolgen: die vom Schloß wegführenden Straßen sind mit Ziffern, die parallel zum Schloß verlaufenden Querstraßen mit Buchstaben bezeichnet.

Bewundernswert gut ist der Wiederaufbau des total ausgebrannten Schlosses gelungen. Es beherbergt heute hauptsächlich die Universität und einige Behörden. Im Corps de Logis das prunkvolle Treppenhaus gänzlich wiederhergestellt. Neben großartigem Stuck weist es Kopien der einstigen Deckengemälde auf. Ebenso wurde der im Mittelpunkt liegende »Rittersaal« (nach dem kurpfälzischen St. Hubertus-Jagdorden benannt) nebst dem daneben liegenden »Roten Saal« und dem »Trabanten-Saal« in altem Glanz erneuert. Glücklicherweise fand sich sowohl ein Mannheimer Maler, der die wertvollen Deckengemälde Asams getreu nach Aufnahmen kopieren konnte, als auch ein Ladenburger Stukkateur, der den gesamten herrlichen Stuck an Wänden und Decken nach den alten Vorlagen neu schaffen konnte. Im Schloß war auch die beste Gelegenheit, der enormen Musiktradition Mannheims zu gedenken, denn hier war der Boden für die »Mannheimer Frühklassik (Stamitz, Vogel, Holzbauer), und der junge Mozart lernte dort auch seine spätere Gattin Constanze Weber kennen.

Der wissenschaftlich interessierte Kurfürst Carl Theodor, dessen wertvolle Kunstsammlungen einst aus dem Schloß von ihm größtenteils nach München mitgenommen wurden, gründete einst die »kurpfälzische Akademie der Wissenschaften, in die er bedeutende geistige Größen berief, darunter auch seinen Hof-Astronomen Pater Christian Mayer, dem er den heute noch als Baudenkmal erhaltenen Sternwartenturm erbaute. Alessandro Galli di Bibiene, einer der Schloßbaumeister, begann 1733 auch den Bau der in Schloßnähe stehenden »Jesuitenkirche«, der bedeutendsten Barockkirche am Oberrhein. Auch hier bewunderte man die gelungene Erneuerung durch heutige Künstler. Das 1779 erbaute »Nationaltheater«, berühmt durch die Uraufführung von Schillers »Räubern« im Jahr 1782, führt die alte Tradition in der Gegenwart, inzwischen an neuem Platz, erfolgreich fort.

Der Nachmittag galt dem Besuch des Reiß-Museums, das im alten »Zeug-

haus«, einem monumentalen Bau, untergebracht ist. Oberkonservator Dr. Swoboda führte durch die wertvolle Sammlung von »Frankentaler Porzellan«. Während die Hälfte der Besucher das Porzellan betrachtete, informierte Oberkonservator Dr. Arnscheidt die anderen anhand von Modellen und hervorragendem Bildmaterial weiter über die Stadtgeschichte, insbesondere die Entwicklung des Hafengebiets und der Wasserwege. Einen reizenden Schlußpunkt setzte sie mit der Vorführung des ersten Laufrades des Freiherrn von Drais. Goethe nannte einst Mannheim eine »heitere Stadt«, womit er meinte, daß ihr Bild erfreulich und der Aufenthalt dort angenehm sei. Die Ludwigsburger kamen zu dem Urteil, diese Städtefahrt sei bisher die schönste gewesen!

3. Samstag, 30. September 1989. Halbtagesfahrt nach Marbach a. N. Die Herbstfahrt führte nach Marbach, wo Rektor i. R. Hans Besch durch die Stadt und Dr. Werner Volke durch das Deutsche Literaturarchiv führten.

Hans Besch, der zu Beginn dieses Jahres für seine Verdienste um die Heimatpflege Marbachs mit der Eberhard-Ludwig-Medaille des Landkreises ausgezeichnet wurde, begann die Führung an der Alexanderkirche. Im Anblick der südlich des Strenzelbachtales sich türmenden Stadt, wies er auf eines der wichtigsten Ereignisse der Stadtgeschichte hin, den durch französische Soldaten im Jahre 1693 gelegten Brand, dem die gesamte Stadt zum Opfer fiel. Vierhundert Häuser brannten bis auf die Grundmauern nieder. Verschont blieben nur die Alexanderkirche und einige Gebäude in ihrer Nähe, weshalb das zur einstigen Wehranlage der Kirche gehörende Torhaus, 1440 erstmals erwähnt, als ältestes Haus Marbachs angesprochen wird. Heute steht die Altstadt Marbach, die seit dem Wiederaufbau nach 1693 keine Verheerung mehr erlebt hat, unter Denkmalschutz.

Die Alexanderkirche erinnert an einen fränkischen Königshof. Er ist, nachdem das Gebiet um 500 fränkisch geworden war, an einem Verkehrsknotenpunkt errichtet worden. Hier schnitt sich nämlich ein uralter Fernweg von Rhein zur Donau mit der Römerstraße von Benningen nach Murrhardt. Um den Hof entstand das Dorf Marbach (972 als Marcbach erstmals erwähnt). Der Name bedeutet Grenzbach, der aber wohl nicht die ehemalige Stammesgrenze zwischen Alemannen und Franken bildete. Diese Grenze verlief weiter südlich. Die Alexanderkirche ist der Nachfolgebau einer karolingischen Kirche und einer romanischen Basilika. Sie hat als einzige Kirche Württembergs den Papst und Märtyrer Alexander (um 110) zum Patron und wurde 1450 von Aberlin Jörg auf Geheiß Graf Ulrichs V von Württemberg (1433–80) – das Gebiet war seit 1382 württembergisch – zu bauen begonnen und gegen Ende des 15. Jh. von rheinpfälzischen Baumeistern als dreischiffige Hallenstaffelkirche vollendet. Sehenswert sind das strenge »schwäbische« Netzgewölbe im Chor und das heitere »rheinpfälzische« Sternnetzgewölbe im Schiff, die Kanzel und die Konsolensteine, die am Ende der sogenannten »Dienste«, welche die Gewölbe tragen, eingefügt sind. Das Wandgemälde im Chor ist ein »Kriegerdenkmal«. Es ist Caspar Speth von Hoheneck und Otto von Heinriet gewidmet, die in einem Gefecht des Pfälzerkrieges 1460 bei Wüstenhausen ihr Leben ließen. Die Ritter knien vor der Gottesmutter, die nach der Reformation mit einem Kruzifix übermalt wurde, aber inzwischen wieder darunter hervortritt. Einzige Glocke auf dem Turm ist die 1859 von Moskauer Schwaben gestiftete Schillerglocke »Concordia«, die an Schillers Geburts- und Todestag (10. November und 9. Mai) geläutet wird.

Am Anfang der Niklastorstraße erhebt sich das Gasthaus »Zum Löwen«, in

dem Elisabetha Dorothea Kodweiß, Schillers Mutter, geboren wurde. Ihr Vater war Bäcker, Gastwirt und Holzinspektor der Neckarflößerei. Hier heiratete die Siebzehnjährige den etwa zehn Jahre älteren Caspar Schiller aus Bittenfeld, der als Soldat auf einem Ritt aus den Niederlanden vorbeigekommen war und sich nach seiner Heirat als Wundarzt in Marbach niederließ. Als der alte Kodweiß Konkurs machte, das Haus verlor, darinnen die jungen Schillers wohnten, und als »Gnadenbrot« das Torwächteramt am Niklastor erhielt, ertrug Caspar Schiller diese Schande nicht und wurde wieder Soldat. 1759 zogen er und seine Familie in das Erdgeschoß des Schölkopfschen Hauses, wo am 10. November des gleichen Jahres Friedrich Schiller geboren wurde. Das vom Schillerverein 1857 erworbene und von dem Neugotiker Leins »hergemachte« Haus wurde vor dem Besuch der Englischen Königin 1965 wieder in seinen ursprünglichen schlichten Zustand versetzt. Der Niklastorturm wurde 1794 abgebrochen und an seine Stelle ein Gittertor mit Steinpfeilern gesetzt, wovon noch einer erhalten ist. Mit dem Bruchwerk des Turms wurde die bergwärts gelegene »Wette« aufgefüllt. Der »Wilde Mann«, eine Brunnenfigur, um die sich viele Sagen und Geschichten ranken, ist der furchteinflößende Schildhalter des Marbacher Stadtwappens.

An der einstigen Kapelle »Zu Unserer Lieben Frau«, der heutigen Stadtkirche, befindet sich auf der Südseite ein kleines Renaissance-Portal, das vermutlich von dem 1693 abgebrannten Schloß stammt. Die um den Chor aufgereiht gewesenen, stark verwitterten Steinfiguren sind in der Alexanderkirche magaziniert und warten auf ihre Restaurierung.

In den hübsch gestalteten Holdergassen findet vor allem die »Kaserne«, ein Bau, der gerade erneuert wird, Interesse. Möglicherweise rührt der Name des stattlichen Gebäudes daher, daß in ihm zeitweise eine Truppe lag, die den Holztransport der Stadt aus ihrem Wald im Lautertal zu sichern hatte. In der Marktstraße verdienen vor allem das barocke Rathaus mit seinen Bogenarkaden, eben neu renoviert, die Wendelinskapelle mit ihren rechteckigen Chorfenstern und das Haus Nr. 32 Erwähnung, in dem am 17. 11. 1987 der sensationelle Münzfund von 1004 Goldmünzen, alle zwischen 1340 und 1395 geprägt, gemacht wurde. In der Strohgasse sind die Band- und Kleine Zehntscheuer nach alten Vorlagen neu errichtet worden. Sie liegen westlich des alten Oberamtsgebäudes, in dem der berühmte Jurist Karl Georg von Wächter geboren wurde (1797–1880). Ein Gang zur alten Stadtbefestigung an der Südseite der Altstadt mit Zwingerturm und über das Gelände des ehemaligen Schlosses, das anstelle einer staufischen Burg angelegt wurde, und in dem Graf Ulrich V gerne residierte, beschloß die Stadtbesichtigung.

Sodann führte Dr. Werner Volke in die Geschichte des Deutschen Literaturarchivs ein, das aus der von Otto Güntter zusammengetragenen »Schillersammlung« hervorgegangen ist. Güntter hatte die Sammlung in »S« (Schwaben) und »NS« (Nichtschwaben) untergeteilt, was heute für einen Unkundigen zu Irritationen führen kann. 1901–03 wurde vom Schwäbischen Schillerverein das Schillermuseum im Stil der Solitude über dem Steilhang zum Neckar hin erbaut. In den zwanziger Jahren wurde es zum »Nationalmuseum«. Der Schwäbische Schillerverein wurde 1946 zur Deutschen Schillergesellschaft erweitert. 1955 wurde das Deutsche Literaturarchiv gegründet. Das Archiv besitzt eine große Fachbibliothek, einen umfangreichen Bestand von Nachlässen deutscher Dichter und Autoren und kostbare Handschriftensammlungen, darunter das Cottasche Ver-

lagsarchiv. Nach einer Wanderung durch Teile der Bibliothek und der Magazine – wahrhaftige Katakomben des Geistes – zeigte Dr. Volke einige Schätze der Sammlungen: Originalhandschriften von Hermann Hesse, Thomas Mann, Alfred Döblin, Hans Carossa, Theodor Fontane u. a. Es war ein »weites Feld«, das sich den Mitgliedern des Historischen Vereins an diesem Nachmittage an Sehens- und Bemerkenswertem darbot. Den sachkundigen Interpreten Hans Besch und Dr. Werner Volke dankte herzlicher Beifall.

Der vorliegende Jahresbericht folgt den Zeitungsberichten von Dr. Wolfgang Bollacher, Paul Haensler und Markus Otto. *Markus Otto*

Wohin mit den Restbeständen der »Ludwigsburger Geschichtsblätter«?

Jedes Mitglied des Hist. Vereins erhält bekanntlich als Vereinsgabe das jeweils neueste Heft der in der Regel jährlich erscheinenden »Ludwigsburger Geschichtsblätter«. Darüber hinaus geht ein nicht geringer Teil der Auflage an die Verwaltungen von Stadt und Kreis, außerdem im Tauschverfahren an andere Hist. Vereine, Gesellschaften u. ä., wofür der Hist. Verein im Gegenzug wiederum deren Veröffentlichungen bekommt. Unabhängig davon werden aber auch zahlreichen auswärtigen Institutionen, wie Archiven, Bibliotheken und Museen, regelmäßig die »Ludwigsburger Geschichtsblätter« kostenlos zugesandt. Selbstverständlich können die letzten Jahrgänge der »Ludwigsburger Geschichtsblätter« auch im örtlichen Buchhandel erworben werden.

Trotz des großen Leser- und Interessenkreises hatten sich aber im Laufe der Jahrzehnte erhebliche Restbestände der nach dem Zweiten Weltkrieg erschienenen Jahrgänge angesammelt, die bei der Geschäftsstelle des Hist. Vereins magaziniert wurden. Abgesehen von dem damit verbundenen Lagerungsproblem bedeutete dies vor allem auch, daß der hohe Informationswert unserer wertvollen Publikationsreihe nicht optimal genutzt werden konnte.

Erstmals befaßte sich der Vorstand des Hist. Vereins 1975 mit den Restbeständen. Damals wurde beschlossen, zu einem günstigen Preis die noch lieferbaren Hefte an Vereinsmitglieder und andere Interessenten, aber auch an Buchhandlungen und Antiquariate, abzugeben. Insgesamt gesehen wurde von diesem Angebot reger Gebrauch gemacht, so daß mancher Geschichts- und Heimatfreund preiswert seine eigene Sammlung mit älteren Jahrgängen, auch aus der Vorkriegszeit, komplettieren konnte. Dennoch war es nicht möglich, die nach wie vor umfangreichen Restbestände auf einen vertretbaren Bestand zu reduzieren. Jahr für Jahr kamen weitere Ausgaben hinzu und füllten die Archivregale.

1988 mußte sich dann der Vorstand des Hist. Vereins wieder mit den Restbeständen befassen. Einstampfen, so die einhellige Meinung, kam nicht in Betracht. Ein brauchbarer Vorschlag aus den Reihen der Vorstandsmitglieder war, die Auflagenhöhe künftig herabzusetzen (dies wird erstmals bei Heft 43/1989 der Fall sein). Angeregt wurde aber auch, den Verteiler der »Ludwigsburger Geschichtsblätter« zu erweitern. Beschlossen wurde dann, in Zukunft sämtlichen Schulen im Kreis (Grund-, Haupt-, Realschulen, Gymnasien und Sonderschulen) das jeweils neueste Heft für die Schulbibliothek zukommen zu lassen. Der Zeitpunkt für eine

solche Initiative schien günstig zu sein, da die Heimatkunde in den Schulen wieder einen höheren Stellenwert einnimmt.

Begonnen wurde die Aktion mit dem Heft 41/1988, dem anläßlich des 90jährigen Vereinsjubiläums erschienenen Sonderheft, das zusammen mit einer Anzahl älterer Jahrgänge versandt wurde. Dankenswerterweise erklärte sich der Landkreis bereit, die Verteilung an die Schulen in eigener Regie zu übernehmen. Die Resonanz seitens der Schulen war durchwegs positiv. Somit stehen die »Ludwigsburger Geschichtsblätter« mit ihren ortsbezogenen und kreisübergreifenden Beiträgen, die wegen ihrer Qualität in Fachkreisen und bei sonstigen Lesern gleichermaßen hochgeschätzt sind, nunmehr auch den Schülern im Kreis als den zukünftigen Kuratoren unseres kulturellen Erbes zur Verfügung und tragen mit dazu bei, Interesse an der Geschichte unserer Heimat zu wecken. Die Verteilung der »Ludwigsburger Geschichtsblätter« an die Schulen ermöglichte es, die Restbestände weiter abzubauen.

Welche Exemplare noch erhältlich sind, geht aus der Aufstellung am Schluß dieses Heftes hervor. Bevor auch diese vergriffen sind und dann gegebenenfalls nur noch von Antiquariaten, meist nach zeitaufwendigem Suchen und oftmals für teueres Geld, beschafft werden können, ist es ratsam, sich evtl. noch fehlende Hefte rechtzeitig zu sichern. *Wolfgang Läpple*

Ansprache von Dr. Wolfgang Bollacher beim Neujahrsempfang des Landkreises 1989

Meine Damen und Herren,
als ich mich vor etwa drei Wochen der Bitte des Herrn Landrats, heute hier zu sprechen, nicht entziehen konnte, mich auch nicht entziehen wollte, erkannte ich zu spät, daß ich mich damit in einige Verlegenheit gebracht hatte, denn ich wußte nicht, für wen, in welcher Funktion und worüber mit welchem Ziel ich sprechen solle. Die Unruhe legte sich, als ich erkannte, daß meine Situation keine besondere war, und daß es schon manchen Redner gab, der dies alles auch nicht wußte, und der trotzdem geredet hat.

Zunächst zu meiner Funktion. Ich rede nicht für die staatlich oder kommunal bestellten Archiv-, Geschichts- und Heimatpfleger, auch nicht für die ehrenamtlichen, die nachher geehrt werden, denn ich gehöre weder zu den einen noch zu den anderen, ich rede auch nicht für die vielen Geschichts- und Heimatvereine im Kreis, die heute ihre Arbeit im Kreishaus eindrucksvoll darstellen, denn ich habe hierzu keinen Auftrag. Nur für den Historischen Verein Ludwigsburg zu reden, in dem ich tätig bin, verbietet mir der Anstand, denn damit würde ich mein Kanzelrecht – sit venia verbo – mißbrauchen. Ich versuche deshalb als Freund und Bewunderer der Heimatpflege im Landkreis zu sprechen, wie es dieser Stunde gemäß ist, und damit, wenn auch nicht im Auftrag, so doch wenigstens im Sinne all derer, die an den unterschiedlichsten Plätzen mit Heimatpflege befaßt sind.

Die Funktion liefert auch das Thema: Heimat, Heimatpflege und Ermunterung zur Heimatpflege. Angesichts der Fülle des Stoffes bin ich – worüber jeder dankbar sein wird – zu strenger Selektion gehalten, muß aphoristisch bleiben und mich auf einige Gedankensplitter beschränken.

Der Begriff »Heimat« beinhaltet vieles: Raum, Landschaft, Geschichte, Familie, Religion, Recht und Gerechtigkeit als objektive Komponenten und Erinnerung, Zugehörigkeit und Geborgenheit als subjektive. Der Begriff ist unscharf, ausfransend, vielschichtig und intellektuell nicht aufzulösen. Das ist aber gut so, denn nur dann behält er sein Leben, kann ideologiefrei bleiben und nicht mißverstanden werden als politisches Fahnenwort wie zu Zeiten der Blut- und Bodendoktrin des »Dritten Reiches« oder als Klischee für eine »heile Welt«, wie noch oft in unseren Tagen. Heimat, ein Wort, das übrigens kein Analogon in anderen Sprachen hat, steht für Identitätsfindung, für Aufdeckung geistiger und geistlicher Bindungen, für Beschäftigung mit den Wurzeln, aus denen wir kommen, freilich auch für Erhaltung unserer vielfältig bedrohten Umwelt. Heimat ist Gegenbild zu Sentimentalität, Entwurzelung und kaltem Geschäftsgeist.

Wird Heimat so verstanden, dann steht sie in der Güterhierarchie sehr weit oben, ist Primärgut. Dann ist die Pflege dieser Heimat permanentes und nicht nur modisches Anliegen, dann muß jeder mitmachen.

Kultur, Geschichte und Landschaft unseres Landkreises sind facettenreich und in einem wohlverstandenen Sinne unendlich. Man vergegenwärtige sich, was dieses kleine Territorium alles gesehen hat: Menschen der Ur- und Vorzeit, Kelten,

Römer, Alemannen, Franken, alle mit typischen Errungenschaften, Bauern, Mönche, Ritter, fahrendes Volk, oft genug Soldaten und Soldateska. Wohin wurde aufgebrochen? Nach Rußland, Bessarabien, ins Heilige Land, nach Amerika. Ströme von Auswanderern verließen Neckar, Enz, Rems, Murr und Glems. Unter welchen Lasten und Servituten wurde gelitten? Unter Hunger, Seuchen, Pest, Hochwasser, Brandschatzung, ungebührlicher Steuer, Plünderung, Verfolgung und dies bis in die jüngsten Tage. Was hat das Land um den Asperg hervorgebracht? Bürgerbauten, Burgen, Klöster, Kirchen, Schlösser, Kasernen, Spitäler, Gefängnisse, Wegenetze, Brücken, großartige Kunstwerke und welch bedeutende Geister aus allen Bereichen des Lebens. Sie kennen mehr davon als ich. Vor- und frühgeschichtliche Kultur, Adels-, Mönchs-, Bürger- und Arbeiterkultur, sie alle haben Spuren und Zeichen hinterlassen.

Ein weites Feld. Jeder kann da eine auf ihn zugeschnittene Aufgabe finden, kann sich heimatpflegerisch betätigen, wenn er nur will, jeder kann sich der Faszination des Aufspürens, Entdeckens, Sammelns und Bewahrens hingeben. Seine Tätigkeit wird, wie jedes pflegerische Wirken, nicht an der Oberfläche bleiben, sondern ihn rasch zu respektvollem Staunen über das Objekt seiner Pflege und zu größerer Einsicht führen. So, wenn er erkennt, daß in unserer Vergangenheit mehr unruhige als ruhige, mehr Entbehrungs- als Friedenszeiten zu registrieren sind, mehr Zeiten harten Arbeitens als zufriedenen Genießens und daß die Menschen rascher welkten als heute. Man würde es dem alten Oberamtsarzt Dr. Schwandner aus Marbach gönnen, heute einmal an einem Sommertag durch die Freibäder im Landkreis zu streifen. Er müßte korrigieren, was er in der Beschreibung des Oberamts Marbach um die Mitte des letzten Jahrhunderts geschrieben hat: »Beim weiblichen Geschlechte meines Bezirks ist eine große Flüchtigkeit der Jugendreize bemerklich.« Der Satz, der heute Unterhaltungswert haben mag, verdeutlicht, wie schwer das Leben noch vor 150 Jahren war. Die Menschen haben sich krumm gearbeitet.

Setzt man angesichts solcher Erkenntnisse nicht neue Maßstäbe, sieht man das »Heute« nicht richtiger und wohl auch dankbarer? Findet man nicht bestätigt, was Karl Jaspers gesagt hat: Je tieferen Grund im Vergangenen wir gewinnen, desto wesentlicher ist unsere Teilnahme am gegenwärtigen Gang der Dinge?

Heimatpflege ist schön. Der Einstieg in sie lohnt an jedem Punkt und Schwellenangst ist unbegründet. Man wird, hat man erst einmal den Anfang gemacht, schnell von einer Geschichtsperiode zur anderen, von einem Faktum zum anderen geführt, man wächst hinein.

In den sechziger Jahren wurde in Kornwestheim das Grab eines Ortsadligen der Merowingerzeit freigelegt. Das Grab war ausgeraubt. Man sah genau, wo und wie die Grabräuber in das sicher gut ausgestattete Grab eingedrungen waren. Grabraub also nicht nur im Tal der Könige in Ägypten, sondern auch in Kornwestheim, der Stadt Philipp Matthäus Hahns und Jakob Sigles! Einem Kornwestheimer Bürger, der hinzukam, schmeckte dies wenig und er meinte: »Des hent a paar Ludwigsburger do!« Er wußte natürlich, daß dies nicht sein konnte – Ludwigsburg wurde erst gute 1000 Jahre später gegründet –, und er sagte es nicht im Ernst, aber er sagte es auch nicht im Scherz. Es wurde in seiner Rede etwas vom Restgroll der Kornwestheimer gegen die Ludwigsburger manifest, die ihnen einhundert Hektar Gemarkung – gelinde gesagt – weggemessen hatten. Der Heimatpfleger, der mit dem Spaten in der Hand ganz auf den Ortsadligen fixiert war,

Dr. Bollacher bei der Ansprache zum Neujahrsempfang des Landkreises Ludwigsburg 1989

wurde durch den ungnädigen Zuschauer schon auf ein nächstes Forschungsfeld aufmerksam gemacht: das für manche Nachbargemeinde ungern gesehene Werden der Kreishauptstadt Ludwigsburg. So kann die Praxis aussehen.

Es liegt eine Zeit fehlenden Heimatsinnes und Respektes vor der Heimat hinter uns und wir bemerken, welch oftmals beklagenswerte Auswirkungen diese Zeit hatte: Schädigung alter Orts- und Stadtbilder, Zersiedelung und Zerstörung der Landschaft, Vernichtung vieler Denkmale, Eliminierung oder Fasteliminierung alter Ortsnamen. Es ist wohltuend, daß ein Wandel zu verzeichnen, daß Hinwendung zu Heimat und Heimatpflege zu spüren ist, zu erinnerndem Aufarbeiten der Geschichte, zu Brauchtum und regionaler Eigenart. In den vergangenen Jahren haben sich viele Bürger, denen manche Fehlentwicklung der »heimatlosen« Zeit die Sinne geschärft hat, in bestehenden Heimatvereinen oder in neuen Interessengruppen und Vereinen gesammelt mit dem Ziel, Verschwundenes wieder sichtbar zu machen und dazu beizutragen, daß Erhaltungswürdiges in Natur und Kultur unter Berücksichtigung der Bedürfnisse unserer Tage bewahrt wird, mit der Absicht auch, nötigenfalls Widerspruch zu erheben gegen heimatgefährdende Absichten dieser oder jener Administration, wobei ihnen zupaß kommen mag, daß es den Schwaben keine Überwindung kostet, wider die Obrigkeit zu löcken. Nach König Wilhelm I. heißen die ersten Worte, die württembergische Landeskinder lernen, bekanntlich: »Noi, etta!«

Es seien hier die Geschichts- und Heimatfreunde von Bietigheim–Bissingen, Bönnigheim, Bottwartal, Gerlingen, Kornwestheim, Marbach, Sachsenheim, Schöckingen, Schwieberdingen, Steinheim, Vaihingen/Enz erwähnt, um nur ei-

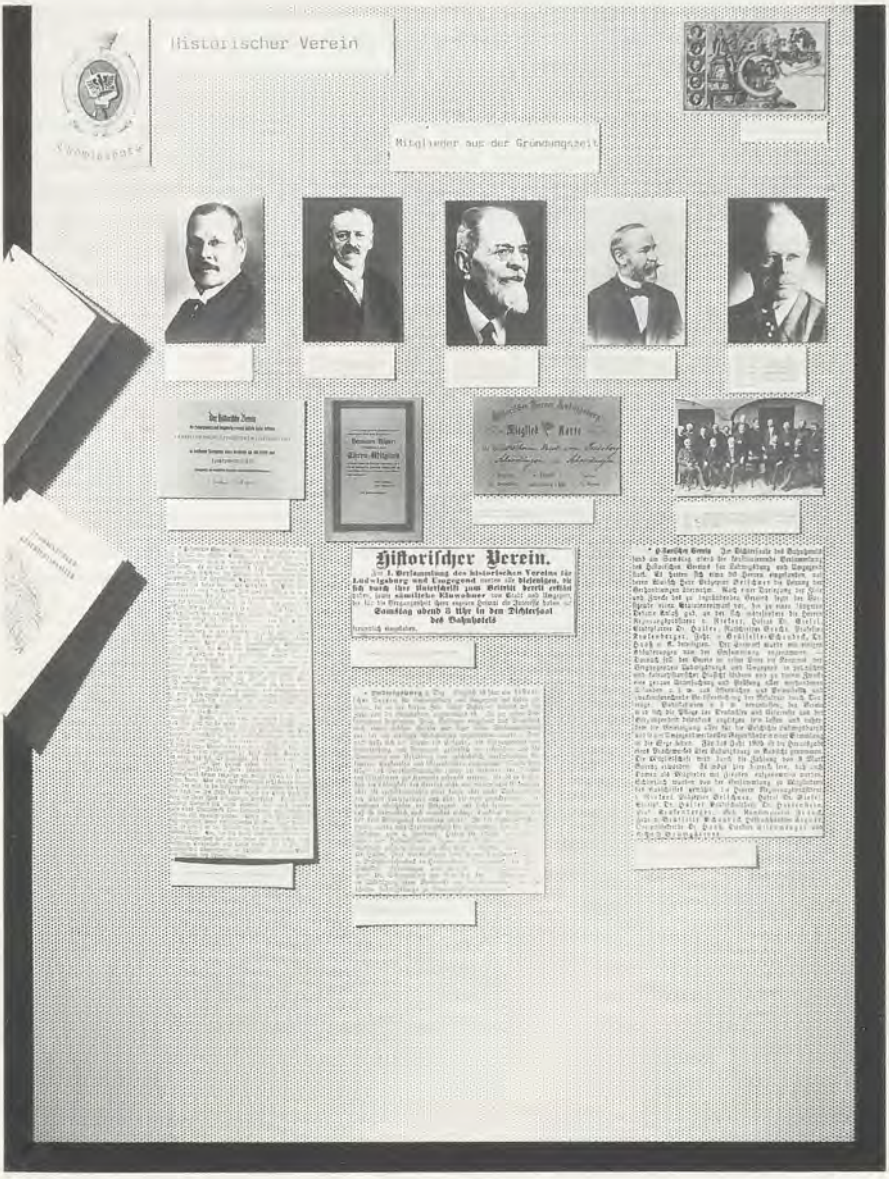
nige zu nennen. Die Ergebnisse, die sie und andere vorweisen können, zum Teil in eigenen Veröffentlichungen – Ganerbenblätter, Geschichtsblätter aus dem Bottwartal, Heimatkundliche Schriftenreihe Remseck – sind beachtlich und von einer Qualität, welche vor den Augen der Fachwelt besteht, ja diese häufig auf unbekannte oder vernachlässigte Phänomene hinweist und sie zu weiterer vertiefender Forschung anregt. Diese Geschichts- und Heimatfreunde stehen in einer guten Tradition und ich darf – fast wahllos – zwei Protagonisten privater Heimatpflege aus vergangenen Tagen herausgreifen: den Marbacher Präzeptor Magister Simon Studion, der zu Ausgang des sechzehnten Jahrhunderts – vom späten Humanismus geprägt – den Grundstock für das Herzogliche Lapidarium legte, indem er in Benningen römische Inschriftensteine ans Licht hob, und den Ludwigsburger Spezial Georg Sebastian Zilling, der – ganz im Geiste der Aufklärung – gegen Ende des achtzehnten Jahrhunderts die Denkwürdigkeiten seiner Vaterstadt Ludwigsburg aufschrieb und damit einen wichtigen Beitrag zur Historiographie Ludwigsburgs lieferte. Er ist die bisher einzig bekannte Quelle dafür, daß zu Zeiten Herzog Carl Alexanders die feste Absicht bestand, die Universität Tübingen und das Reichskammergericht von Wetzlar nach Ludwigsburg zu verlegen. Es waren auch die im 19. Jahrhundert aufsprossenden privaten Altertumsvereine, welche die Überzeugung verbreiteten, die Kunst- und Altertumsdenkmale verdienten staatliche Aufmerksamkeit. Sie waren Geburtshelfer der staatlichen Denkmalpflege, deren Geburtsstunde in Württemberg im Jahre 1858 – also vor jetzt 130 Jahren – schlug.

Auf solchen Schultern also stehen die Heimat- und Geschichtsfreunde in unserem Landkreis, ohne die es heute wahrscheinlich keine Synagoge in Freudental gäbe, kein Hornmoldhaus in Bietigheim–Bissingen, keinen Schafhof in Kornwestheim, keine restaurierte Burgruine Nippenburg in Schwieberdingen, keinen Flattichstein in Münchingen, kein Tobias-Mayer-Haus in Marbach, keine Wiedereinsetzung der berühmten Stifterscheiben im Rathaus in Großbottwar und in der Kirche in Steinheim–Kleinbottwar, nicht die Absicht, die Reste des römischen Handelshauses in Walheim zu überdachen und vieles andere mehr.

Gewiß ist Heimatpflege heute in erster Linie Staatsaufgabe, aber ohne die interessierte und die Heimatpflege mittragende Bevölkerung kann diese Staatsaufgabe nicht hinreichend erfüllt werden. Es bedarf des Miteinanders von oben und unten. An diesem Miteinander fehlt es im Landkreis nicht. Dankbar sei es gesagt. Die Tatsache, daß der Landkreis den Neujahrsempfang 1989 unter das Zeichen »Heimatpflege im Landkreis« stellt, verdiente ehrenamtliche Heimatpfleger ehrt und den Vereinen Gelegenheit gibt, sich und ihr Wirken zu präsentieren, diese Tatsache – sie stehe stellvertretend für viele andere – zeigt das hohe Maß an Interesse und Aufgeschlossenheit des Landkreises für diese Aufgabe. Der Empfang ehrt und illuminiert nicht nur die Vereine und die ehrenamtlichen Heimatpfleger, sondern auch den Kreistag und seinen Landrat.

Das Verständnis der Obrigkeit für heimatpflegerischen Eifer seiner Bürger war nicht immer so ausgeprägt wie heute im Landkreis. Als Wilhelm Krämer, der mit der Gründung der »Ludwigsburger Schloßkonzerte« nicht nur, wie Strässner in seinem Buche »Die Ludwigsburger Schloßfestspiele« sagt, eine »liebevoll-lokalpatriotische«, sondern auch eine heimatpflegerische Tat vollbracht hatte – führte er doch das Schloß Ludwigsburg einer neuen stilvollen Nutzung zu und machte Ludwigsburg zur Musikstadt –, als Wilhelm Krämer wegen Überlassung des Or-

Bilderbogen über Ludwigsburg um 1900



Aus der Ausstellung des Historischen Vereins

denssaales bei der Bauabteilung des württembergischen Fiskus, der feuerpolizeiliche Bedenken angemeldet hatte, erscheinen mußte, sah ihn der Leiter der Abteilung abweisend an. Beamte sehen gewöhnliche Bürger häufig abweisend an und gewinnen erst an Liebenswürdigkeit, wenn sie merken, daß sie nicht zuständig sind. Der Leiter der Bauabteilung war zuständig. Er blieb deshalb abweisend und eröffnete das Gespräch mit dem Satz: »Sie sind also der, der mein Schloß anzünden will!«

Es ist hier nicht der Platz, diesen Satz zu untersuchen, der vieles vom Selbstverständnis eines württembergischen Beamten der frühen dreißiger Jahre und von seinem Verständnis der Denkmalpflege verrät – die Untersuchung wäre durchaus eine heimatgeschichtliche Aufgabe –, der Satz soll nur zeigen, welche behördlichen Widerstände zivile Initiative oftmals zu überwinden hatte, und mehr als einmal mag die Verwirklichung einer guten heimatpflegerischen Idee daran gescheitert sein, daß ihr Urheber mit gebrochenen Schwingen vor einer Amtsstube liegen blieb. Solches könnte heute im Landkreis Ludwigsburg nicht mehr passieren. Ist das nicht ein Lob?

Ich komme zum Ende.

Das Ziel meiner Worte soll ein doppeltes sein. Sie sollen zum einen alle Bürger ermuntern, sich der Heimatpflege zu widmen. Die Heimat ist ein unerschöpflicher Born. Der Bedarf an Pflege ist groß, die Pflege lohnend und reizvoll und unter dem derzeitigen Kreistag und Landrat eine Lust, weil von beiden gern gesehen. Zum andern sollen die Worte einem besonderen Anliegen forthelfen, wobei ich annehme, insoweit nicht nur im Sinne, sondern jetzt sogar im mutmaßlichen Auftrag aller heimatpflegerisch Tätigen zu sprechen. Der Landkreis verleiht heute den ehrenamtlichen Heimatpflegern Medaillen und er überläßt den Vereinen sein Haus. Er verteilt damit Lorbeer und Auszeichnung. Das ist eine gute Sache, wofür der Landkreis einmal mehr zu loben ist, aber wir befänden uns nicht in Schwaben, wenn diesem Lob nicht ein kleines Aber folgen müßte, das ich mit einer kurzen Parabel – einer lehrhaften Begebenheit – aus dem militärischen Ambiente – wir befinden uns ja in einer alten Garnisionsstadt – umschreiben möchte. Ein Schwabe hatte sich im ersten Weltkrieg hervorgetan, Tapferkeit gezeigt und dabei eine Verwundung erlitten. Er war ins Lazarett geschafft worden, wo er sich anstrengte, zu genesen. Eines Tages besuchte ihn sein General und überbrachte ihm mit schönen Worten den Dank des Vaterlandes, um dann den Soldaten, der die Rede gelassen ertragen hatte, zu fragen, was ihm als sichtbarer Ausdruck der Anerkennung jetzt angenehmer sei, das Eiserne Kreuz oder hundert Goldmark. Der General, der angenommen hatte, der Kriegsmann werde prompt antworten, er begehre natürlich das Kreuz, sah sich getäuscht, denn der Soldat schwieg, und es war ihm anzusehen, daß er seine Gedanken bewegte. Er war eben ein Schwabe, wie ihn Friedrich Theodor Vischer und August Lämmle beschrieben haben, mit einer tief eingewurzelten Abneigung gegen Übereilung und vorbehaltslose Entscheidung. Was denn das Kreuz wert sei, wollte er darum nach einiger Frist von seinem General wissen. Nun, meinte dieser, die Brauen hochziehend und auf eine solche Frage nicht gefaßt, die Material- und Herstellungskosten seien gering und lägen vielleicht bei zwei Goldmark. Der Grenadier verfiel wieder ins Sinnen. Dann verkündete er seine Entscheidung, in der schwäbische Eigenart, jene seltsame Mischung aus Biederkeit und Schläue, aus Idealismus und rechnerischem Scharfsinn in knapper Wendung deutlich wird: »Herr

General, gebet Sie mir's Kreuz und achtundneunzig Mark«. Ich hoffe, verstanden worden zu sein. Lob, Ehrung und Auszeichnung und Medaillen sind gut, aber ein bißchen Geld ist es auch, selbstverständlich nicht für den privaten Gebrauch der Heimatfreunde, sondern für ihre Sache. Der Landkreis gibt Geld, weshalb das Dictum des schwäbischen Soldaten vor allem als Bitte an den Landkreis begriffen werden soll, in der finanziellen Unterstützung der Heimatpflege in all ihren Spielarten nicht zu ermüden und sie vielleicht noch zu verbessern. Die Heimatfreunde jeder Provenienz und das Kreisvolk werden es ihm lohnen.

Jahresrückblick 1988

Johann Gottfried Herder sagte: »Ein Traum, ein Traum ist unser Leben auf Erden hier, wie Schatten auf den Wolken schweben und schwinden wir. Und messen unsre trägen Tritte nach Raum und Zeit: und sind – und wissens nicht – in Mitte der Ewigkeit.« So war auch das Jahr 1988 nur ein kurzer Abschnitt in der Mitte der Zeit. Und ist schon Vergangenheit. Der Kalenderchronist will sie mit wenigen Schlaglichtern noch einmal kurz in Erinnerung rufen. Auch diesmal soll einiges wieder stellvertretend für Gleiches oder Ähnliches stehen und die ganz persönliche Wertung soll Maßstab sein für das Erwähnte.

Für die Familie Raithel in Möglingen fing das Jahr wahrhaftig gut an: am 1. **Januar** wurde im Ludwigsburger Krankenhaus Tochter Pia Jana geboren, 3400 g schwer, 51 cm groß. Das erste im Krankenhaus geborene Kind des Jahres.

Die Bundesbahn entschließt sich, Stückgut auch auf der Straße zu transportieren, um konkurrenzfähig zu sein. Das teilt die Generalvertretung Güterverkehr der Bundesbahndirektion in Kornwestheim mit. Bietigheim–Bissingen wird Sieger im Landeswettbewerb des Sozialministeriums und erhält das Prädikat »Familienfreundliche Stadt«. Die Auszeichnung wird Ende des Monats überreicht. Die Stadt Vaihingen lädt zum Neujahrsempfang, und in Gerlingen gibt es eine Ausstellung über die Geschichte der Elektrizität im Haushalt. Am Neujahrsschwimmen der DLRG im 6.8 Grad kalten Wasser des Neckar machen 65 Teilnehmer vom Bezirk Enz zwischen der Schleuse bei Poppenweiler und der Anlegestelle in Hoheneck die Zuschauer frösteln. Ihnen sei es, sagen sie, warm geworden.

Beim Bundesligaturnier in Düsseldorf erringt die Standardformation des 1. Tanzclubs Ludwigsburg siebenmal die »Eins«. Der Neujahrsempfang des Landkreises am 10. Januar steht im Zeichen vielfältiger Senioren-Aktivitäten. Am Vormittag versammeln sich 500 Gäste, am Nachmittag gibt's einen Rekordbesuch im Kreishaus: »Tag der offenen Tür«! Das Arbeitsamt meldet Mitte des Monats Abnahme der Kurzarbeit. Aber Zunahme der Arbeitslosigkeit: Ende 1987 waren es 4.4 Prozent. Ministerpräsident Späth beim Kreisbauerntag in Schwieberdingen: »Die Agrarproduktion muß gedrosselt werden«. Unsre Bauern sind zu gut. Sie produzieren mehr als sie verkaufen können.

In Ditzingen wird eine Ausstellung zum Thema »Neofaschismus« eröffnet und in Kornwestheim beginnen wieder die beliebten Märchenwochen: Fragen und Interpretationen zu Märchen von Wissenschaftlern und Theologen. Das Murrer Schlachtfest ist wieder ein Bombenerfolg. Bisher kamen bei diesem jährlichen Vergnügen für jung und alt 200000 Mark für kommunale Projekte zusammen.

Öko-Transfer von Sersheim nach Canale, der Partnerstadt in Italien. Bürgermeister Noak übergibt 10000 Mark zur Einrichtung eines Feuchtbiotops. Die Bundeswehr gibt ihren Neujahrsempfang am 14. Januar im Kreishaus. Am 16. Januar lädt die Stadt Gerlingen wieder zum Schwabenball der Ungarndeutschen. Zum 35. bereits. Botschafter Dr. Istvan Horvath aus Bonn und Ministerpräsident Lothar Späth sind die prominentesten Ehrengäste.

Das Programm der Schiller-Volkshochschule 1988 mit dem Schwerpunkt China erscheint. Erstmals in Baden-Württemberg wird auch Spanisch für Spanier angeboten. Und erstmals ist das Programm auf Umweltschutzpapier gedruckt. Dadurch wurden 24000 Mark gespart. Ministerpräsident Späth kommt zum Neujahrsempfang der Industrie- und Handelskammer.

Die Heimerdinger Burg hat es tatsächlich gegeben: Hobbyarchäologen entdekken Teile des Grabens, Brunnen und Scherben aus dem 10. Jahrhundert. Das 3. Stiftungsfest im Pädagogisch-Kulturellen Centrum Freudental sieht zahlreiche Vertreter jüdischer Gemeinden aus dem In- und Ausland. Der Londoner Professor Albert H. Friedlander spricht über »Versöhnung mit der Geschichte«. Der Umbau des Ludwigsburger Schlosses zur Aufnahme der Thyssen-Gemäldesammlung würde 90 Millionen kosten. Soviel wie ein Museums-Neubau. Ein Danaer-Geschenk in Aussicht?

Der Grabhügel des Keltenfürsten von Hochdorf ist ein starker Anziehungspunkt. Jetzt wird über den Bau eines Museums diskutiert. Die Kreissparkasse in Großbottwar zeigt eine Ausstellung über Matern Feuerbacher, den Anführer des »Hellen Haufens«, mit Dokumenten aus dem Bauernkrieg. Der Historische Verein Bottwartal will an ihn, der Gastwirt in Großbottwar war, erinnern.

Der Bundespräsident überreicht die höchste deutsche Sportauszeichnung, das Silberne Lorbeerblatt, an die Weltmeisterformation des 1. Tanzclubs Ludwigsburg. Fünf Meisterpaare sind in die Villa Hammerschmidt geladen. Der Landkreis schreibt einen Umweltpreis aus. Mit 10000 Mark sollen Initiativen für den Artenschutz anerkannt werden. Die Bilanz der Industrie- und Handelskammer für 1987: die Wirtschaft des Kreises ist mit dem Ergebnis noch zufrieden. Die Bilanz der Polizei für 1987: Kein Grund zur Zufriedenheit. 46 Menschen starben auf den Straßen. Die Polizei wird in Zukunft die Verkehrsüberwachung intensivieren. Immer mehr Gemeinden entschließen sich zu eigenen Geschwindigkeitskontrollen. Die Deutschen sind ein Volk von Rasern geworden. Ein Projektteam der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg erarbeitet ein Konzept für die Verkehrserziehung in der Schule.

Am 29. Januar wird auch die Kreisstadt Ludwigsburg mit dem Prädikat »Familienfreundliche Stadt« ausgezeichnet.

Ende Januar ist ein Dutzend Firmen aus dem Kreis bei der alljährlichen Touristikmesse in Stuttgart vertreten. Der Landkreis startet eine Kampagne gegen den »Moloch Müll« – vom »Mülljournal« mit Informationen und Aufklärung bis zum Müllberater, der u.a. auch die Schulen zur Mitarbeit aktivieren soll. Eine Ausstellung in der Kreissparkasse in Marbach ist Tobias Mayer gewidmet. Der Tobias-Mayer-Museumsverein hat Faksimile-Reproduktionen von Landkarten zusammengestellt, die vor fast 250 Jahren in Nürnberg gedruckt worden sind. Der Titel der Ausstellung: »Der Kartograph und sein Leben«.

Über den Monatswechsel zum **Februar** dokumentiert im Rathaus von Neckarrems eine Wanderausstellung die Siege und Niederlagen der Arbeiter: »Arbeiter, Kultur und Lebensweise im Königreich Württemberg«. Die Alterspyramide wird künftig die Form eines Pilzes haben statt die einer Buche. Im Kreis Ludwigsburg sind rund 350 zusätzliche Pflegeplätze nötig, verlautet beim Kreisverband Ludwigsburg der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU, der mit der Seniorenunion in Bietigheim–Bissingen tagt.

Am 7. Februar wird Martin Maier erneut Bürgermeister von Ingersheim. Er

stand als einziger Bewerber um das Amt zur Wiederwahl. Von 1964 bis 1972 war er bereits Bürgermeister in Großingersheim. Bundeskanzler Helmut Kohl stattet Bietigheim–Bissingen einen Kurzbesuch ab. Eine Fotodokumentation »Am Anfang war das Wasserrad« ist von Abiturienten des Ellental-Gymnasiums für eine Ausstellung bis 6. März im Hornmoldhaus zusammengestellt worden.

»Joint Venture« nennt man das: Schuhkombinate in Leningrad und Witebsk sind jetzt Partner des Kornwestheimer Unternehmens Salamander. Vorstandsvorsitzender Dr. Franz-Josef Dazert hat darüber ein zweites Abkommen unterschrieben. Beim Besuch mit Ministerpräsident Späth. Das neue deutsch-sowjetische Unternehmen heißt »Len West«. 60 Prozent sind in sowjetischer, 40 Prozent in deutscher Hand.

Loriot führt im Forum am Schloßpark Regie für die Neuinszenierung der Oper »Freischütz« im Rahmen der Festspiele. Schöckinger Bürger retteten das im Land seltene Firstständerhaus. Sie haben rund 2000 Arbeitsstunden geleistet und werden dafür von der Landesregierung ausgezeichnet. Das Haus war vom Abbruch bedroht, aber etwa 20 Bürger waren da anderer Meinung. Nun sind alle stolz, daß die Bürgeraktion Unwiederbringliches erhalten hat.

Die Maschinenfabrik GW Barth, einer der ältesten Industriebetriebe Ludwigsburgs, zieht kurz vor dem Hundertjährigen nach Freiberg um. Vor acht Jahren mußte der Spezialist für Röstmaschinen Konkurs anmelden. Die neue Firmenleitung hat das Blatt gewendet. Nun ist man wieder auf Erfolgskurs.

Eugen Munz und Hans Besch haben für die Reihe »Schriften zur Marbacher Stadtgeschichte« eine Chronik der Teilortsgemeinde Siegelhausen geschrieben. Der Schillerverein bringt sie nun heraus. Die Polizeidirektion Ludwigsburg legt die Kriminalstatistik für 1987 vor: die Gesamtzahl der Straftaten stagniert, die Aufklärungsrate ist leicht gestiegen. Und doch zählt der Landkreis Ludwigsburg noch immer die meisten Verbrechen im Regierungsbezirk Stuttgart. 18 566 Straftaten! Kein Grund zur Zufriedenheit, auch wenn 46.4 Prozent davon aufgeklärt werden. Im Regierungsbezirk liegt der Durchschnitt bei 49 Prozent.

Das Hochdorfer Keltenmuseum soll doch nicht im ehemaligen Schweinestall des Schlosses untergebracht werden. Man plant einen Neubau. Für 2.5 Millionen. 150 m Luftlinie vom Grabhügel entfernt.

Am 1. **März** bringt eiskalter Nordwind Polizei und Räumdienste ins Schwitzen. Schneeverwehungen legen den Verkehr teilweise lahm. Straßen müssen gesperrt werden, Schneepflüge bleiben stecken. Zwischen Schwieberdingen und Markgröningen stehen etwa 40 Lkw quer. Zwischen 5 Uhr am Morgen und Mittag ereignen sich 19 Unfälle.

Der Bund der Bürgerinitiativen Mittlerer Neckar richtet ums Kernkraftwerk Neckarwestheim fünf private Meßstellen ein, um mögliche Strahlungen zu kontrollieren. Und die amtlichen Kontrollen. Sie wollen denen keinen Glauben schenken, sagen sie. In Kornwestheim soll das alte Wasserwerk, ein Backsteinhaus und Industriedenkmal im »Täle« restauriert werden. Die Zahl der Handwerkslehrlinge im Landkreis ist deutlich gesunken. Um 10.2 Prozent. Die Zahl der Berufsanfänger 1987 um 8.3 Prozent. Und der Anteil der Berufsfachschüler an der Gesamtzahl auf 46.1 Prozent.

Am 6. März werden die Bürgermeister Siegfried Menner in Erdmannhausen und Herbert Schlagenhauf in Freiberg für weitere acht Jahre wiedergewählt. Die Fastnachtszeit wird von der Wahlkampfzeit abgelöst. Am 20. März ist Landtags-

wahl. Hohe Politprominenz kommt in den Kreis, um für ihre Freunde zu werben.

Karl Erwin Fuchs legt in Markgröningen die Ergebnisse seiner Forschung über Grenzsteine vor. Bürgermeister Heinrich Vogel bekommt das erste Exemplar. Bürgermeister Otto Sinz in Asperg, am 6. Dezember des Vorjahres wiedergewählt, wird erneut auf sein Amt verpflichtet.

Anfang März haben mehr als 200 Kinder im Kreis Scharlach. Das Gesundheitsamt sagt, die Eltern würden die Krankheit nicht ernst genug nehmen. Die Allgemeinen Ortskrankenkassen von Ludwigsburg und Bietigheim–Bissingen beschließen, im Juli zu fusionieren. Ein richtungweisender Schritt für das Gesundheitswesen im Kreis. Das Zweigstellennetz soll dann ausgebaut werden.

Bilanz zieht auch die Sportkreisjugend: 1987 kamen fast 13 000 Kinder in die Zeltlager Untersteinbach im Hohenlohischen und Füllmenbacher Hof bei Maulbronn. Bietigheim–Bissingen will seine ökologisch wertvollen Bestände sichern. Grundlage dafür ist eine umfangreiche Biotopkartierung, deren 1. Teil dem Technischen Ausschuß vorgestellt wird. Studenten der Fachhochschule Nürtingen, Fachbereich Landschaftspflege, haben die Bestandsaufnahme zum Thema ihrer Diplomarbeit gemacht.

Bei einer Fachkonferenz des Kreisverbandes Ludwigsburg der Arbeiterwohlfahrt in Kornwestheim werden Perspektiven für den Kreis Ludwigsburg aufgezeigt: der weitere Ausbau der mobilen Dienste, die Aufstellung eines Kreisaltenplanes und als Modell die Einrichtung einer Altenpflegeschule. Außerdem Schaffung ortsnaher Einrichtungen mit maximal 50 Plätzen. Dem Mangel an Pflegeplätzen soll abgeholfen werden.

Bei der Musikmesse in Frankfurt wird eine Digitale Kirchenorgel vorgestellt, die in Steinheim entstanden ist. Originalklänge von Kirchenorgeln können darin gespeichert und nach Belieben abgerufen werden.

Am 14. März findet in Marbach die Freisprechung von 271 Lehrlingen der Kreishandwerkerschaft statt. In der Feierstunde erhalten die jungen Leute ihre Gesellenbriefe. Am 16. März startet die Deutsche Umwelthilfe gemeinsam mit den Jugendorganisationen der Naturschutzverbände die Aktion »Jugend erlebt Natur«. Lothar Späth ist dabei anwesend. Und Professor Dr. Konrad Lorenz ist der Schirmherr. Die unter dem Maikäfersymbol stehende Kampagne wird von der Europäischen Gemeinschaft im Rahmen des europäischen Umweltjahres sowie von der baden-württembergischen »Stiftung Naturschutzfonds« finanziell und ideell unterstützt.

Der Gemeinderat der Stadt Vaihingen/Enz stimmt für eine Verlegung der Ortsdurchfahrt Enzweihingen der Bundesstraße 10 unter die Erde. Täglich rollen rund 20 000 Fahrzeuge durch den Stadtteil. Staatliche Stellen hatten die Vaihinger um eine Stellungnahme dazu gebeten. Ab 17. März führen Enz, Murr und Nekkar Hochwasser. Anhaltende Regenfälle und Tauwetter haben sie ansteigen lassen. In Kornwestheim übergibt Reinhold Kienzle eine Dokumentation über Kornwestheims Auswanderer im 19. Jahrhundert. Die Bereicherung des Stadtarchivs ist in zweijähriger Arbeit entstanden. In der Musikhalle in Ludwigsburg vereint die Abschlußfeier der IHK 705 Abgänger nach der Winterprüfung 87/88. Es heißt, es gäbe zu wenig Lehrstellenbewerber.

Am 20. März ist Landtagswahl. Wiedergewählt werden Dr. Karl Lang, Günther H. Oettinger und Lothar Späth von der CDU, Hans Beerstecher und Claus

Weyrosta von der SPD sowie Michael Jacobi von den Grünen. Am Vortag war Dienstbesprechung der Freiwilligen Feuerwehren in Steinheim. Man hörte dabei von einem Rekord im Jahr 1987: die 40 Freiwilligen und neun Werksfeuerwehren hatten 4085 Einsätze. An 365 Tagen! Die Kommandanten wünschen, daß Kreisbrandmeister Werner Trefz vom Technischen Ausschuß des Kreistages in seinem Amt bestätigt wird.

Das Bilanz-Ziehen nimmt kein Ende: der Wirtschaftskontrolldienst hatte letztes Jahr 50 Prozent mehr Umweltdelikte zu registrieren. Und zu bearbeiten. Die Lebensmittelkontrolle mußte 21 Betriebe schließen. Auch kein Ruhmesblatt unsrer Gesellschaft. 166 Beschwerden waren eingereicht worden. Die Polizeidirektion Ludwigsburg aber hat Grund zur Freude: 90 Prozent aller Umweltfälle konnten aufgeklärt werden. Für die wandernden Kröten werden, wie jedes Jahr, Schutzzäume errichtet. Wie gut, daß es Menschen gibt, die sich darum kümmern.

Am 25. März ist Kreisversammlung des DRK. Der Vorstand wird teilweise neu besetzt. Die Devise für die Zukunft: Mitglieder werben. Mehr als 300 Delegierte aus 45 Ortsvereinen, die rd. 30000 Mitglieder zählen, davon fast 2000 Aktive, haben sich in Gerlingen versammelt. Erfreulich zu hören, daß das Jugendrotkreuz 861 Mitglieder hat. Am 26. März wird Löchgaus neues Rathaus eingeweiht. Ohne Zuschüsse und Kredite ist es für 2.3 Millionen Mark erbaut worden. Der Neubau steht neben dem Altbau, der immerhin für 380 Jahre gedient hat. Am Ende des Monats März steigt das Hochwasser noch immer.

Anfang **April** läutet das Regierungspräsidium ein neues Naturschutzverfahren ein: der Untere See soll unter Schutz gestellt werden. Er ist 61.5 ha groß und besitzt seltene Tier- und Pflanzenarten, die sich in den letzten Jahren wieder angesiedelt haben. Er liegt auf den Gemarkungen von Vaihingen/Enz und Sersheim. Am 9. April unterzeichnet Gerlingen die Partnerschaftsurkunde mit der nordenglischen Stadt Seaham. Am 21. April reist eine Gerlinger Delegation nach dort, um die Beurkundung zu wiederholen. Eine Gruppe von 20 Läufern wird sie begleiten und in 84stündigem Non-Stop-Lauf über 1300 Kilometer quer durch Frankreich, mit Abstecher nach Verdun, die Grüße der Bürgerschaft der Stadt an der Solitude überbringen. Vier Läufer aus der französischen Partnerstadt Vesoul sind mit dabei. Und sechs Radfahrer, fünf Begleitfahrzeuge, das DRK und ein Arzt. In jeder Stadt, die eine Partnerschaft hat, wird dieser »Friedenslauf« eine Grußbotschaft abgeben. Seit 24 Jahren ist Gerlingen mit Vesoul verschwistert, seit einem halben Jahr mit dem ungarischen Tata.

Am 12. April vereint der Kreislandfrauentag im Bürgersaal des Ludwigsburger Forums 1600 Bäuerinnen. Das Hauptthema der Tagung heißt »Gesundheit und Familie« und der Landrat übergibt Preise vom Wettbewerb für Aussiedlerhöfe. Am 16. April ist Tag der offenen Tür im sanierten und modernisierten 260 Jahre alten »Adler« in Benningen. Von den Kosten von 1.5 Millionen Mark hat der Staat die Hälfte übernommen. Das als Kulturdenkmal eingestufte Haus war es wert. Die offizielle Übergabe soll erst Mitte 1989 sein, wenn auch das Museum eingerichtet ist.

Der Landkreis beginnt eine zweijährige Kampagne »Mach mit-spar Müll«. Und einen Wettbewerb für Schulen unter dem Motto »Einfälle gegen Abfälle«. Fünf Preise zu je 1000 Mark sind zu gewinnen. Zum 5. Male veranstaltet der Kreis den Wettbewerb »Gute Gaststätte«. Rund 900 Betriebe sind zur Teilnahme aufgerufen. Knapp die Hälfte davon ist Mitglied im Hotel- und Gaststättenver-

band. Im Interesse der Umwelt bringt Einweggeschirr Punkteabzug. Für das Angebot nichtalkoholischer Getränke, die billiger sind als Bier, gibt's Pluspunkte.

Das alte Rathaus von Enzweihingen, ein Prachtbau, ist renoviert worden. Die Absicht des Ortschaftsrates 1984, die 1741 erbaute ehemalige Schultheißen-Residenz abzureißen, scheiterte am Veto des Regierungspräsidiums. Das dreistöckige Fachwerkhaus mit Krüppelwalmdach ist für 5.5 Millionen zu einem neuen Prunkstück im Kreis geworden.

Ludwigsburg will seine besonderen Schätze aus dem Stadtarchiv künftig im Kulturzentrum aus- und der Öffentlichkeit vorstellen. Die Besonderheit darunter ist ein Taufbuch von 1586 aus Poppenweiler.

In Marbach findet ein Informations- und Ausspracheabend über Firmenpläne statt, neben der EVS eine Ofenhalle und eine Mischhalle, auf der Neckarinsel bei Benningen ein Zwischenlager für Schlamm sowie eine Pressenhalle und ein Blähtonlager zu bauen. Die Firma will Blähton herstellen und dabei Neckarschlamm verwenden. Am 15. April konstituiert sich der Zweckverband »Gemeinsames Industrie- und Gewerbegebiet Laiern«. Vorsitzender wird Bürgermeister Dieter Lehmann, Tamm. Sein Stellvertreter ist OB Manfred List, Geschäftsführer Bürgermeister Helmut Himmelsbach, beide aus Bietigheim–Bissingen.

Am 15. und 16. April ist im Forum Landesschützentag. Ein Festzug mit 1400 Teilnehmern, fünf Kapellen und 120 Fahnen- und Vereinsabordnungen marschiert farbenfroh durch die Stadt. Übers Wochenende 16. bis 18. April steht Kornwestheim im Zeichen der 10jährigen Partnerschaft mit dem englischen Eastleigh. Mit Gästen aus England und Frankreich. Am 17. April wird der Tag des Baumes gefeiert. Und am 16. und 17. April das 125jährige Bestehen der Freiwilligen Feuerwehr Oberstenfeld. Sie ist eine der ältesten im Kreis. Am 17. April ist wieder »Bietigheimer Tag«. Der 51. Mit MdL Dieter Spöri und Oekopfarrer Prof. Kurt Oeser. In der Pauluskirche im Buch werden »Wege in die Zukunft« gesucht.

Schüler des Friedrich-Schiller-Gymnasiums besuchen in den Osterferien die Sowjetunion auf den Spuren von Glasnost und Perestrojka. Am 22. April tagt im Marbacher Literaturarchiv der Ausschuß Kultur, Sport und Schule des Deutschen Städte- und Gemeindebundes. In diesem Gegenstück zum Deutschen Städtetag sind 8000 Städte und Gemeinden Mitglieder. In Marbach geht es um die Freizeitgesellschaft und um Hilfen beim Bau von Sportanlagen. Am gleichen Tag ist Freisprechungsfeier für junge Stukkateur-Meister in Ludwigsburg. Und an den beiden Tagen darauf feiert die Freiwillige Feuerwehr Möglingen ihr 110jähriges Bestehen. Dabei wird eine neue Fahne enthüllt. In Münchingen gibt es eine Ausstellung rund um Wundärzte und fahrende Zahnzieher.

Im April ist es 25 Jahre her, daß die »Lebenshilfe für geistig Behinderte in Stadt und Kreis Ludwigsburg« gegründet wurde. In Bietigheim wird ein Wohnheim geplant. Kosten mehr als 4,7 Mio Mark.

Eine zweitägige Konferenz des Landeswohlfahrtsverbandes in Asperg wendet sich gegen die automatische Umwandlung von Krankenhaus- in Pflegeheimbetten. Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Höheren Kommunalverbände verlangt mehr Einrichtungen zur Rehabilitation älterer Menschen, damit weniger direkt vom Krankenhaus ins Pflegeheim müssen.

Am 26. April, anläßlich des 2. Jahrestages der Tschernobyl-Katastrophe, blokkieren Atomkraftgegner das Tor zum GKN mit einem »Leichenteppich«. In der

Stadthalle von Ditzingen ist eine Fotoausstellung über die Geschichte der Glems und ihrer Mühlen zu sehen. Rund 200 Bilder, Postkarten und Zeitungsausschnitte.

Der Regionalverband Mittlerer Neckar fordert vom Umweltministerium in Stuttgart Antwort auf drängende Fragen zum Kühlwasserproblem bei Inbetriebnahme von Block II des Gemeinschaftskernkraftwerks (GKN) Neckarwestheim. Er wartet schon seit 1982 darauf. Auch bei »drängenden« Fragen braucht's Geduld.

Am 30. April eröffnet das Freibad Ludwigsburg–Hoheneck die Saison 1988. Die Renovierung des Turms der Ludwigsburger Friedenskirche geht zu Ende. 4.5 Millionen waren dafür notwendig. Weitere 2.5 Millionen sind für den Innenraum erforderlich. Eine Jahrhundert-Sanierung. Bürgermeister Haaf von Benningen ruft zu Spenden für den jungen Markus Lang auf, der am 10. August vergangenen Jahres unschuldig Opfer eines schlimmen Unfalls in den amerikanischen Rocky Mountains wurde und dreiviertel Jahre später noch immer auf endgültige Besserung seines Zustandes hofft. Enorme Heil- und Pflegekosten sind zu bezahlen.

Bleyle in Ludwigsburg entläßt 175 Arbeiter. Die Produktion wird eingestellt. Remseck bekommt die längste freitragende Holzbrücke der Welt. Sie ist 80 m lang und soll bis Spätherbst fertiggestellt sein. Kosten rd. 1.5 Millionen. Eine neue kurze Verbindung für Fußgänger und Radfahrer über den Neckar zwischen Neckarrems und Neckargröningen.

Der Bauausschuß des Ludwigsburger Gemeinderates gibt grünes Licht: das frühere MILU-Gelände kann bebaut werden. Für Investitionen sind 11.8 Millionen vorgesehen. Block II des GKN nimmt seinen Probebetrieb auf und der Kreistag beschließt einen weiteren großen Schritt auf dem Weg zu einer »höherwertigen Abfallbeseitigung«: die Standortauswahl und -untersuchung soll auf die Einrichtung einer Sortierungs- und Verbrennungsanlage begrenzt werden.

In Münchingen gibt es schon wieder eine neue Ausstellung. Diesmal über Metzger und Hausschlachtungen in früherer Zeit. Beim Bietigheimer »Tag des Baumes« am 30. April ist Staatssekretär Ventur Schöttle zu Gast. Im Gelände der Landesgartenschau 1989 werden die letzten Hochstämme gepflanzt. Rund 500 Sträucher. Und die Ludwigsburger Festspiele eröffnen die neue Saison mit einem glanzvollen Konzert. Mit Margret Price.

Am 2. **Mai** hält die WZG in Möglingen ihre 39. Generalversammlung. Von einem erfolgreichen Geschäftsjahr 1987 wird berichtet und daß man mit Optimismus ins neue Jahr gehe. Die Rotweine werden knapp. Anfang Mai ist zu hören: es gibt noch Maikäfer. An mehreren Orten sollen sie gesichtet worden sein.

Das Deutsch-französische Institut in Ludwigsburg feiert sein 40jähriges Bestehen. Vom 11. Mai an stehen aus diesem Anlaß zahlreiche Veranstaltungen auf dem Programm. Kornwestheim spielt wieder einmal Vorreiter: die Stadt bietet Gesundheitstage mit großem Programm an – Information, Demonstration, Schau und Open-Air-Veranstaltungen. Die Feuerwehrabteilung Aldingen wird 110 Jahre alt. Auftakt zu mehreren Veranstaltungen ist Anfang Mai eine Hauptübung mit Demonstration aller Einsatzmöglichkeiten.

Der Arbeitsmarkt: eine leichte Frühjahrsbelebung ist zu spüren. Die Arbeitslosenquote liegt bei 4.4 Prozent.

Am 6. Mai ist Ludwigsburger Stadtgründungsfeier. Dr. Albert Sting, der Direktor der Karlshöhe, wird mit der Bürgermedaille geehrt. Berthold Leibinger, der Präsident der Industrie- und Handelskammer Mittlerer Neckar, spricht über »Feudalismus und Wirtschaft«.

Am 7. Mai ehrt das Land im Ludwigsburger Schloß zum 15. Male verdiente Bürger. Ministerpräsident Lothar Späth zeichnet sie mit der Verdienstmedaille des Landes aus. Unter ihnen Pfarrer Erwin Mickler aus Bietigheim–Bissingen.

Am Wochenende 7./8. Mai findet in Sersheim das 10. Schwarzpulver-Turnier statt. Indianer und Trapper aus dem ganzen Land treffen sich wieder. Der 100 Jahre alte Kirchenchor Eglosheim wird mit der Zelter-Plakette ausgezeichnet. Das Abitur geht zu Ende. Die Schüler lassen sich wieder tolle Dinge einfallen, um das Ende der Schulzeit gebührend zu feiern.

Die Jahresausstellung im Literaturarchiv Marbach ist Harry Graf Kessler gewidmet, dem »Roten Grafen«, wie er in der Kaiserzeit genannt wurde. Dem Weltmann, als der er heute gilt. Das Archiv besitzt einen Großteil seiner hinterlassenen Schriften.

Am 10. Mai gelingt der Kriminalpolizei ein großer Wurf: sie entlarvt einen Kunstfälscher aus Eberdingen–Hochdorf. 220 gefälschte Bilder werden sichergestellt. Die Schadenssumme wird auf mehrere Millionen geschätzt. Ab 11. Mai gibt es eine Schultheaterwerkstatt mit Schülern und Lehrern aus mehr als 20 Schulen in Zusammenarbeit mit der Pädagogischen Hochschule. Kultusministerium und Stadt Ludwigsburg fördern sie. Das Motto heißt »Lernen durch Selbermachen«.

Am 12. Mai unternimmt der Schwäbische Albverein mit 200 Teilnehmern eine Sternwanderung zum 100 Jahre alt gewordenen Wunnensteinturm. Und aus Anlaß des 100jährigen Vereins. Prof. Dr. Helmut Schönamsgruber, der Präsident des Albvereins, hält die Jubiläumsansprache.

Mitte Mai wird im Ludwigsburger Kulturzentrum eine Ausstellung zeitgenössischer chinesischer Künstler eröffnet. Bürgermeister Herbert Schlagenhauf in Freiberg wird auf seine dritte Amtsperiode verpflichtet. Der 1. Tanzclub Ludwigsburg erntet in Ost-Berlin Beifallsstürme: die Weltmeisterformation wird an drei Abenden im Palast der Republik gefeiert. Am 13. Mai beginnt der 220. Ludwigsburger Pferdemarkt. Eine besondere Attraktion sind mittelalterliche Reiterspiele auf der Bärenwiese.

An Himmelfahrt ist Besigheim Ziel der Sternwanderung des Turngaus. Mehr als 1000 Turner wandern mit. Ludwigsburg wird Patenstadt der ARD-Fernsehlotterie »Ein Platz an der Sonne«, die neuerdings »Die goldene Eins« heißt. Am 26. Juni wird Oberbürgermeister Hans Jochen Henke das Glücksschwein übernehmen.

Am 17. Mai erlebt Ludwigsburg den bisher längsten Pferdemarktfestzug in der Geschichte dieses traditionellen Festes. 65 Gruppen beteiligen sich bei schönstem Wetter daran. Rund 30000 Zuschauer werden geschätzt. Am 18. Mai werden im Kreishaus die Preise im Europäischen Wettbewerb der Schulen verliehen. Mehr als 400 Schülerinnen und Schüler aus dem Kreis haben diesmal teilgenommen.

In Asperg stellt Landeskonservator Dr. Dieter Planck das Buch »Das Kleinaspergle« von Prof. Dr. Wolfgang Kimmig vor. Als Band 30 der Reihe »Forschungen und Berichte zur Vor- und Frühgeschichte in Baden-Württemberg«, die das Landesdenkmalamt herausgibt.

Mehr als 10000 Besucher sind an Pfingsten beim traditionsreichen Vaihinger Maientag, der seit mehr als 300 Jahren gefeiert wird. Er gilt als das schönste Kinderfest im Kreis.

Die Sersheimer Bank wird 100 Jahre alt und Bietigheim–Bissingen feiert mit Lothar Späth die 20jährige Städtepartnerschaft mit Sucy-en-Brie, die damals

Kornwestheim vermittelt hat. Im Gerlinger Museum sind Spardosen aus zwei Jahrtausenden zu sehen. In der Ludwigsburger Musikhalle ist DJV-Gewerkschaftstag. Vor zwei Jahren ist die Journalisten-Gewerkschaft, Landesverband Baden-Württemberg, gegründet worden.

Die Gemeinde Sersheim fordert eine Teilortsumgehung. Erst dann will sie zur geplanten Müllentladestation des Kreises »ja« sagen. Die Bundesbahn stellt Antrag auf Einstellung des Güterverkehrs auf der Strecke Marbach–Steinheim. Die Verlängerung der S-Bahn über Marbach hinaus nach Backnang ist noch Zukunftsmusik.

In Kornwestheim wird die erste türkische Kulturwoche gehalten. Im Kulturhaus gibt es dazu eine Ausstellung mit Exponaten aus dem Stuttgarter Lindenmuseum.

Am 1. **Juni** ist Tunnelanschlag im »Langen Feld«. Patin ist Helga Fischer, die Frau des Oberbürgermeisters von Kornwestheim. Bis 1989 soll das 42 Millionen-Bauwerk fertig werden. Es ist das 17. und letzte seiner Art in der Neubaustrecke Mannheim–Stuttgart. Von hier geht später die Abzweigung nach Untertürkheim.

Am 4. und 5. Juni feiert Freiberg sein 10 Jahre altes Ortsmittelpunkt-Geschäftszentrum. Es ist inzwischen mit einer Glaspassage erweitert worden. Die 200 Jahre alte Ölmühle in Remseck kann jetzt besichtigt werden. Sie beherbergt viele Schätze aus der Vergangenheit. Der Regierungspräsident meint, im Neckar werde man bald wieder baden können. Die Qualität habe sich wesentlich verbessert.

Beim Festakt am 4. Juni aus Anlaß des 125 Jahre alt gewordenen Gesangvereins Benningen wird an zwei verdiente Sänger die Landesehrennadel verliehen. Zu Beginn des 15. Bissinger Holzklobenfestes wird ein Flößerdenkmal von Prof. Henning Seemann enthüllt.

Elektrische Energie aus dem Neckar: das Kraftwerk Aldingen wird erweitert. Neckarwerke und Neckar AG unterzeichnen den Vertrag über das 8,5 Millionen-Projekt. Der Landkreis feiert am 11. Juni sein 50jähriges Bestehen mit einem großen Bürgerfest im Kreishaus.

Die WZG in Möglingen, die Weingärtner-Zentral-Genossenschaft, besteht seit 20 Jahren. Sie ist die zweitgrößte Weingenossenschaft Europas. Kornwestheim plant die größte von insgesamt fünf Ausstellungen zum 250. Geburtstag von Philipp Matthäus Hahn, dem Schwäbischen Pfarrer und Erfinder. Nach fünfjähriger Planungs- und Bauzeit wird die Fußgänger- und Radwegbrücke über den Altnekkar in Freibergs Stadtteil Beihingen eingeweiht. Das Heimatmuseum Sachsenheim zeigt historische Radios.

Am 11. Juni ist Tag der offenen Tür auf der Deponie Horrheim. Am gleichen Tag eingeweiht wird der Wengerter-Brunnen im alten Ortskern von Großbottwar. Und Bürgermeister Manfred Hollenbach von Murr wird für weitere acht Jahre in seinem Amt bestätigt.

Das neue Sportzentrum »Wasen« in Freiberg ist fertig und wird in Betrieb genommen. Landrat und Bundesbahnpräsident taufen einen Triebwagen der S-Bahn auf den Namen »Kreis Ludwigsburg«. Am 11. und 12. Juni weiht Gerlingen den Johann-Caspar-Schiller-Brunnen ein, den Bildhauer Goertz geschaffen hat. 100000 Mark hat er gekostet. Mit einem großen Fest wird 200 Jahre nach seinem Tod des herzoglichen Obstbaufachmanns auf der Solitüde und Vater des Dichterfürsten gedacht.

Der Hohenasperg soll kein reines Museum werden, teilt das Land dem Schul- und Kulturausschuß des Kreistages mit. Mitte der 90er Jahre soll die Nutzung als Krankenhaus des Strafvollzugs enden. Danach soll die Festung Ausflugsziel, Informationsstätte und wissenschaftliches Forschungsinstitut sein.

Im Ludwigsburger Schloß wird von einem Team der Deutschen Welle ein neuer Film über Friedrich Schiller gedreht. Der Badepark Ellental in Bietigheim-Bissingen zählt den 1.5 millionsten Besucher. Der BUND-Kreisverband legt eine dreijährige Untersuchung über die Wiesentäler vor: sie sind im Landkreis in ernster Gefahr. Erdmannshausens Bürgermeister Siegfried Menner, am 6. März wiedergewählt, wird auf seine dritte Amtszeit verpflichtet.

Am 24. Juni wird die neue Bottwartalhalle in Steinheim–Kleinbottwar eingeweiht. Ludwigsburg ist jetzt Patenstadt der »Goldenen Eins«. Vorgängerin Lingen hat eine Rekordsumme für die Fernsehlotterie zusammengebracht. Die Kreisstadt will dem nacheifern. Bei der Auftaktveranstaltung in Hamburg singen die Fischer-Chöre, tanzt die Weltmeisterformation des 1. TCL.

Am 18. Marktplatzfest in Ludwigsburg am 25. Juni nehmen mehr als 80 Vereine und Gruppen teil. Auch die Besatzung der Lufthansa-Maschine »Ludwigsburg« wird dazu begrüßt.

Die Kuhländer, deren Paten die Ludwigsburger seit 25 Jahren sind, haben im Forum ihr Bundestreffen. Und zum 30. mal gibt es am 25. Juni ein Johannesfeuer des Albvereinsgaus in den Ensinger Weinbergen.

Nach zweijähriger Umbau- und Restaurationszeit präsentieren sich Kelter und Altes Rathaus in Benningem, ein 400 Jahre altes Kulturdenkmal, in neuem Glanz. Festlich wird das 2.8 Millionen Mark teure künftige Bürgerhaus eingeweiht. Die PH Ludwigsburg legt einen Forschungsbericht über »Außerschulische Tätigkeitsfelder für Lehrer« vor. Schlüsselqualifikationen sollen zukünftig gefördert werden.

Die Stadt Steinheim will einen zusätzlichen Beitrag zur Sicherung der Eigenwasserversorgung und zur Erhaltung der Talauen leisten: die Stadt zahlt, wenn Bauern landwirtschaftliche Flächen in Dauerwiesen zurückführen. Die Kreisverkehrswacht setzt »Speedcontrol« ein: Temposünder sollen wenigstens ein schlechtes Gewissen bekommen, wenn sie ihre Geschwindigkeit angezeigt sehen.

Am 2. **Juli** wird der 40. Geburtstag des Deutsch-französischen Instituts Ludwigsburg gefeiert. An der PH Ludwigsburg schließt erstmals ein Doktorand seine Promotion zum Dr. päd. ab. 75 Prozent der Sachsenheimer Markung stehen jetzt unter Landschaftsschutz. Darin gibt es sechs Naturdenkmale.

Die Gemeinde Eberdingen wendet 6.5 Millionen Mark für die Zehntscheuer auf, die Sitz der Gemeindeverwaltung werden soll. Der Versuch zur Biomüll-Kompostierung läuft an. Mehrkammer-Müllbehälter in Asperg sollen Biomüll und Restmüll voneinander trennen. Im Schöckinger Heimatmuseum ist eine Ausstellung »Lampen-Leuchten-Laser« zu sehen. Der Wettbewerb »Unser Dorf soll schöner werden« ist beendet: Affalterbach kommt als »schönstes Dorf« des Kreises in den Landesentscheid. Es beteiligt sich schon seit 1981. Auf der Alten Kelter in Besigheim, die mit 11 Millionen Mark zur Stadthalle umgebaut wird, weht der Richtstrauß.

In Affalterbach, Benningen, Erdmannhausen und Marbach sind jetzt 45 Naturdenkmale benannt. Die erste Rechtsverordnung darüber ist unterzeichnet. Das ist der erste Teil eines Naturschutzprogramms, in dem in 11 Schritten insgesamt

800 Naturdenkmale im Kreis ausgewiesen werden. In Marbach wird eine Gedenktafel für Albrecht Bengel, den Mitbegründer des württembergischen Pietismus, enthüllt.

Am 18. Juli machen »römische Reiter« in Benningen Station. Von anfangs sechs sind drei übriggeblieben, ein Historiker, ein Polizeidirektor und ein Oberstleutnant, die den ganzen Limes entlang reiten wollen. Bis Benningen ein 400 km langer Proberitt: im kommenden Jahr wollen sie bis Schottland reiten, 3000 km! Um Erkenntnisse über die Römer zu sammeln. Mit ihren Camargue-Pferden kamen sie in Benningen bei strömendem Regen an.

Feuerbrand gefährdet Gärten und Obstanlagen. Die Bakterien zerstören die Apfelbäume.

Richard Beck aus Eberdingen, der verdiente Sicherheits-Trainer auf dem Verkehrsübungsplatz Egelsee in Vaihingen/Enz, ist mit einer Delegation der Deutschen Verkehrswacht zu Gast beim Bundespräsidenten.

Die Halbjahresbilanz der Autobahn-Polizei: Die Unfallzahlen sind gegenüber dem Vorjahr kaum verändert. Unfallgründe wie gehabt: zu schnell und zu geringer Abstand. Viele schwere Schäden hat's wieder gegeben bei 3582 Unfällen mit 22 Toten und 823 Verletzten.

Am 23. Juli kommt im Ludwigsburger Krankenhaus das 1000. Kind des Jahres zur Welt. Annabelle ist die Tochter eines Ludwigsburger Krankenhaus-Arztes. Das im Kreis stationierte Umweltmobil beweist, daß die Murr wieder gesund ist.

Am 3. **August** kommen im Ludwigsburger Krankenhaus Vierlinge zur Welt. Die Mutter aus Karlsruhe war zu Besuch in der Stadt. Elf Kandidatinnen stellen sich in Kornwestheim zur Wahl um die »Miß Baden-Württemberg«. Das »9. Europäische Symposion EPSO '88« mit 100 Pädagogen in Schloß Kaltenstein Vaihingen/Enz erörtert Probleme zwischen Streß und Freizeitfrust. Das Arbeitsamt meldet starken Rückgang der Kurzarbeit und spricht von »Optimismus der Wirtschaft«. Die Arbeitslosenquote ist leicht gestiegen auf 4.6 Prozent.

Am 10. August jährt sich der Aufstieg eines Luftfahrzeugs mit Verbrennungsmotor an Bord von Bad Cannstatt aus zum ehemaligen Großen Exerzierplatz vor 100 Jahren. Der Pionier Dr. Friedrich Hermann Wölfert (1850–97) und sein Mechaniker Georg Wilsum, die ein Daimlerscher Benzinmotor mit dem Luftschiff in die Höhe trug, sind vergessen. Um an sie zu erinnern steigt vom Flugplatz Pattonville das Heißluft-Luftschiff »Bodensee II« zugunsten des Pestalozzi-Kinderdorfes Wahlwies bei Stockach auf. Es hat einen ganzen Sack Jubiläumspost dabei.

Ein Datum, das rein optisch schon Seltenheitswert hat: 8.8.88. Klar, daß auf den Standesämtern und Poststellen Hochbetrieb herrscht. Am 9. August vernichtet ein Großbrand Stall und Scheune eines Aussiedlerhofes bei Markgröningen. 14 Stück Vieh kommen um. Das Feuer entstand in gelagertem Stroh. Die Wanderausstellung »Umwelt und Lebensraum«, seit Eröffnung der Landesgartenschau unterwegs, ist in Großbottwar zu sehen.

Am 10. und 11. August Großeinsatz der Polizei: Kontrolle der Autobahnzubringer soll Automardern das Fürchten lehren. Das Rathaus Korntal–Münchingen versinkt langsam im Boden. Große Hohlräume sind unter dem Gebäude entdeckt worden. Noch gibt es keine Erkenntnisse über mögliche Sanierungsmaßnahmen. Die Erkundungsbohrungen sind abgeschlossen.

Im Gebiet Weilerlen in Bietigheim–Bissingen wird ein ehemaliger römischer Gutshof freigelegt, eine der bedeutendsten Anlagen im Land.

Freiberg–Geisingen feiert vom 13. bis 15. August zum 30. mal das beliebte Göckelesfest. In Schöckingen hat der »Arbeitskreis Museum Schöckingen« Felder mit alten Kulturpflanzen angelegt. Sie gedeihen gut. Am 19. August wird in Markgröningen das 22. Internationale Musikfest mit Orchestern aus Ungarn und Österreich eröffnet. Die Feuerwehr Großbottwar feiert ihr 125jähriges Bestehen. 1400 Wehrmänner sind im Festzug zu sehen.

Am 20. August, dem ersten Schultag für die Neulinge, ist Lichterfest mit Feuerwerk im Blühenden Barock. Die bisherige Gesamtschule Freiberg erhält den neuen Namen »Oskar-Paret-Schule«. Der verdienstvolle Landesarchäologe wird so posthum geehrt. Dritte Ausländische Nacht in Kornwestheim mit der Beauftragten der Bundesregierung für Ausländerfragen, Liselotte Funcke. Bei einem Empfang im Rathaus weist OB Ernst Fischer auf Kornwestheims besondere Situation hin: 18,5 Prozent Ausländer, Wohnungsprobleme, Aussiedler und Asylanten. Und die Ausländer fordern Wahlrecht.

Beim Musikfest in Markgröningen würdigt Minister Weiser am 22. August die Verdienste der Organisatoren um die Völkerverständigung.

Schwere Stürme mit Böen fegen am 25. August über den Landkreis. In Asperg zerstören sie das Zelt eines Wanderzirkus. Liechtensteins Regierungschef Hans Brunhart besucht Ludwigsburg. Im Schloß gibt es einen Empfang für ihn.

In Ludwigsburger Reinigungen wird PER aufgespürt, das gesundheitsschädliche Perchlorethylen/Tetrachlorethylen.

Das Leistungshüten am 26. August anläßlich des Markgröninger Schäferlaufs erlebt mehr als 1000 Zuschauer. Georg Krieg aus Saulgau gewinnt den Wettbewerb. Am nächsten Tag werden Gabi Weiß und Andreas Hopfenitz neues Schäferkönigspaar. Am Wochenende hat der Schäferlauf mehr als 100000 Besucher.

Ein guter Weinjahrgang meldet sich an. Bis jetzt stimmt alles, sagen die Wengerter. Besigheim hat jetzt 9000 Einwohner. Bürgermeister Grau überbringt dem Neubürger Willkommensgrüße der Stadt. Am letzten August-Wochenende feiert Bönnigheim sein Ganerbenfest. Und die Freiwillige Feuerwehr von Murr mit Festakt und Übung ihr 110jähriges Bestehen. Im GKN II hat der Countdown begonnen. Zum Jahresende soll der neue Block ans Netz gehen.

Anfang **September** ist der sowjetische Schriftsteller Sergej Michalkow in Gerlingen zu Gast. Seine Kinderbücher haben eine Gesamtauflage von mehr als 200 Millionen. Michalkow ist auch der Schöpfer der sowjetischen Hymne. Vom 2. September an ist wieder Pferdemarkt in Bietigheim–Bissingen zum 54. mal. Rund 1200 Pferde sind in der Stadt zu sehen. Und zum Auftakt des Festes mehr als 2000 Menschen.

Die Bundesbahn plant die endgültige Stillegung der Schiene im Bottwartal. Der Landkreis aber will die Bahntrasse erhalten. Am 2. September wird der 100. Geburtstag des ersten Telefons in Ludwigsburg gefeiert. Elf Bürger zeigten damals Pioniergeist und ließen sich ein solches ungewöhnliches Ding installieren. Heute gibt es im Bereich Ludwigsburg allein 60000 Hauptanschlüsse. Grund genug also, im Schloß Monrepos mit einer Ausstellung die Entwicklung der ersten hundert Jahre zu dokumentieren.

Seit dem 3. September ist in Remseck ein neues Museum der Öffentlichkeit zugänglich: ein Radio-Museum. Im Gemeindegebäude in der Neckargröninger Keplerstraße.

Wie schon beim Auftakt herrscht auch beim Festzug zum Bietigheimer Pferde-

markt am 5. September eitel Sonnenschein. Der »Kälbling« bei Großbottwar/Mundelsheim, ein 620 ha. Waldstück, ist unter Schutz gestellt. Die »3. Vaihinger Messe« wird eröffnet und am Wochenende 3./4. September sehen mehr als 5000 Besucher in Gerlingen Trambahnen aus acht Jahrzehnten.

In Markgröningen sind junge Esten aus der UdSSR zu Besuch. Die Kleingärtner in Korntal sind in der Klemme: der Klärschlamm, den sie in ihren Gärten verarbeiteten, ist voller Kadmium.

Am 7. September ist letzter Tunneldurchschlag für die Schnellbahn: Helga Fischer, die Gattin des Oberbürgermeisters von Kornwestheim, ist die Patin. Am 26. Mai 1991 soll der Tunnel eingeweiht werden. Der Landkreis schreibt einen Wettbewerb »Beispielhaftes Bauen im Landkreis 1978–88« aus. Die Gemeinde Möglingen ist auf dem besten Weg zu einer dauerhaften Freundschaft mit dem türkischen Altinoluk. Auf eine Initiative eines Türken, der in Möglingen lebt, war eine Möglinger Delegation bei den neuen Freunden zu Besuch.

In Bietigheim–Bissingen wird ein neuer Ortskern-Atlas vorgestellt. Prof. Dr. August Gebessler, der Präsident des Landesdenkmalamtes, übergibt das erste Exemplar an Oberbürgermeister Manfred List. Peter Findeisen, ein Mitarbeiter des LDA, hat ihn erstellt.

Historiker und Strafverfolger aus dem In- und Ausland begehen mit einem Festakt im Schloß das 30jährige Bestehen der »Zentralen Stelle zur Aufklärung von NS-Verbrechen Ludwigsburg«.

Auch drei Landtagsabgeordnete nehmen an einer Sitzblockade am 12. September vor dem Gemeinschaftskernkraftwerk teil. 16 Blockierer werden von der Polizei weggetragen und vorläufig festgenommen. In Freiberg–Beihingen wird ein Denkmal für Pfarrer Flattich enthüllt. Das für 30000 Mark umgebaute Bauernhaus in der Reinhold-Maier-Straße in Poppenweiler ist jetzt ein Heimatmuseum.

Am 14. September ist erster Spatenstich, besser gesagt erster Baggerbiß für die B-27-Umgehung bzw. Unterfahrung von Besigheim. In einiger Zukunft geht's unten drunter durch und nicht mehr durch die seit Jahren arg überlastete Hauptstraße im engen Ortskern. Rund 300 Gäste kommen zur Eröffnung des Landesdenkmaltages ins Bietigheimer Kronenzentrum. Vom 16. bis 18. September ist 14. Zuckmantler Heimattreffen in der Enzstadt.

Am 15. September feiert die Felsengartenkellerei in Hessigheim ihr 50jähriges Bestehen. Sie ist aus der Besigheimer Weingärtnergenossenschaft hervorgegangen, die am 7. Dezember 50 Jahre alt wird. Zum Jubiläum ist der erste Kellerei-Lehrpfad mit Informationen auf 21 Tafeln eingerichtet worden. Am 15. September stellen Klaus Bender und Claus Peter Hutter in Steinheim ihr Buch »Natur und Landschaft in Steinheim« vor. In einer Sendung des Süddeutschen Rundfunks fordert ein Stuttgarter Geologe eine erneute öffentliche Anhörung zum GKN II, dessen Untergrund, so sagt er, nicht erdbebensicher sei.

Vom 17. September an ist wieder Leistungsschau in Ludwigsburg, die 2., in der Handel und Gewerbe sich darstellen. Im Ludwigsburger Forum am Schloßpark werden 758 Handwerkslehrlinge freigesprochen. 115 erhalten einen Preis oder eine Belobung. Eine Diplomarbeit über die Bottwartalbahn soll die Chancen für den Personenverkehr untersuchen.

Am 17. und 18. September ist Partnerschaftsfeier mit L'Isle-Adam in Marbach. 100 französische Freunde kommen. Bürgermeister Heinz Georg Keppler und Maire Michel Poniatowski unterzeichnen eine Urkunde. Beim viertägigen Jubilä-

umsfest in der Felsengartenkellerei mit einem Tag der offenen Tür gibt es auch Hubschrauberrundflüge und 2000 Menschen sehen die 6. Keltern-Radrundfahrt. Ditzingen feiert am 20. September den Tag der Heimat in Anwesenheit der Kaiser-Enkelin Dr. Walburga von Habsburg, die vor 300 Zuhörern in der Stadthalle eine Ansprache hält.

Der Krankenhausausschuß des Kreistages will wissen, wer die Verantwortung für die heikle gegenwärtige Situation trägt, in der arbeitslose Ärzte Schlange stehen, obwohl es im Pflegebereich große Lücken gibt. 18 Monate Praktikum vor der Approbation und dafür keine Assistenzärzte. Das reimt sich nicht zusammen, sagen die Fachleute.

Deutschlands modernste Kläranlage ist in Ludwigsburg–Hoheneck entstanden. Umweltminister Dr. Erwin Vetter weiht sie ein. Sie wird den Neckar wesentlich entlasten. Die Fußgängerzone in Bietigheim besteht seit 10 Jahren. Sie hat rund 2 Millionen erfordert. Staatssekretär Dr. Eugen Volz weiht das Museum in der Ludwigsburger Haftanstalt ein, das einzigartig in der Bundesrepublik ist. Es dokumentiert die Geschichte des Strafvollzugs in Baden und Württemberg von den Anfängen der modernen Freiheitsstrafe im 18. Jahrhundert bis in die Gegenwart.

In Gerlingen steht der Monat September im Zeichen einer besonders reizvollen Ausstellung mit dem Titel »Zauberwelt des Spiels«. Am 25. September wird in Marbach die Gedenkstätte für den Astronomen und Mathematiker Tobias Mayer in seinem Geburtshaus eingeweiht. Er ist am 17. Februar 1723 geboren worden. Die Ausgrabungen in Walheim sind beendet. Das Epona-Relief gehört zu den bedeutendsten Funden. Das römische Handelshaus soll überdacht werden. Im Landtag wird um die weiterhin umstrittene Inbetriebnahme von GKN II debattiert.

In Ditzingen wird am 1. **Oktober** das zehnjährige Bestehen der S-Bahn gefeiert. Ein schönes Fest rund um den Bahnhof. Ärztetagung im Forum in Ludwigsburg mit 400 Teilnehmern aus der Region und dem Land. Professor Dr. Frühmorgen leitet diese 7. Tagung für praktische Gastroenterologie und Hepatologie.

Der Oktober beginnt in Ludwigsburg mit einer Aktionswoche zum Thema Zivilschutz. Aufklärung und Informationen, Vorträge und Diskussionen stehen auf dem Programm. In Gerlingen gibt es eine ungarische Woche, bei der sich die Partnerstadt Tata vorstellt. Delegationen aus Ungarn und aus dem englischen Seaham sind zu Gast. Am 2. Oktober geht die Landesgartenschau in Ettlingen zu Ende. Die Fahne wird an Bietigheim–Bissingen übergeben, das im nächsten Jahr Ort der Landesgartenschau sein wird. 1700 Bietigheim–Bissinger sind nach Ettlingen gereist, um diesen frühen Auftakt für »ihr« Fest mitzuerleben. Bis April 89 gibt es an Enz und Metter noch viel zu tun.

Der Landkreis stellt ein neues Buch von Heimatforscher und Chronist Theodor Boley vor: »Die gute alte Zeit – wie sie wirklich war«. Es ist eine Sammlung heiterer und besinnlicher Geschichten.

Die Amerikaner in Pattonville heizen in Zukunft mit umweltfreundlicher Fernwärme. Das Mitte der 50er Jahre errichtete Heizwerk ist mit moderner Technik umgerüstet worden. Zehn Jahre Schuldnerberatung beim Landkreis: Unverändert großer Andrang, um Hilfe beim Weg aus dem modernen Schuldenturm zu finden.

Am 6. Oktober ist der Bundespräsident im Ludwigsburger Forum beim 40.

Jahrestag der Gründung des Deutsch-französischen Instituts. Das war lange vor der historischen Begegnung zwischen Adenauer und De Gaulle im Jahre 1963, die mit dem Elysee-Vertrag die deutsch-französische Freundschaft besiegelte.

Am 7. Oktober ehrt die Internationale Bürgermeister-Union im Rat der Gemeinden Europas Ludwigsburg und seine Partnerstadt Montbéliard, die als erste nach dem Krieg, 1951, eine Partnerschaft besiegelten. Im Forum am Schloßpark tagt der Deutsch-französische Bürgermeisterkongreß.

In Markgröningen ist in der Zehntscheuer eine Ausstellung über Hans Grüninger, den Meister der Buchdruckkunst zu sehen. Der Arbeitskreis Markgröninger Museum hat sie zusammengestellt. Eine griechische Delegation bereist das Kreisgebiet und informiert sich über den hier praktizierten Naturschutz. Auch ein Beitrag zur europäischen Umweltverständigung.

Am 8. Oktober findet im Forum die Landestagung »Gesundheit und Familie« statt. Am 9. Oktober wird in Bietigheim–Bissingen der neugestaltete Ernst-Silcher-Platz der Öffentlichkeit übergeben. Eine Gedenktafel erinnert an Bissingens langjährigen und verdienstvollen Bürgermeister. Die Volksbank Markgröningen ist 100 Jahre alt. Übers Wochenende wird gefeiert.

Am 15. Oktober ist im Forum in Ludwigsburg das Preisträgerkonzert der Polizeistiftung Baden-Württemberg mit mehr als 300 Mitwirkenden. 20 Ensembles und Solisten haben im Wettbewerb um den Musikpreis der Stiftung gestanden. Nun ermitteln sie die Allerbesten. In der Ludwigsburger Musikhalle feiert die SPD im Landkreis ihr 125jähriges Bestehen. Und die Standard-Formation des 1. Tanzclubs Ludwigsburg holt sich in Bremen zum vierten Mal hintereinander den Titel Deutscher Meister.

Nach einjähriger Bauzeit ist Richtfest an der Stadionsporthalle in Kornwestheim. Sie wird 7.3 Millionen kosten. Rund 1000 Besucher sehen die Ausstellung des im Frühjahr gegründeten Schiffsmodellbau-Clubs in Markgröningen.

Am 19. Oktober wird der gebürtige Ludwigsburger Wissenschaftler Hartmut Michel in Stockholm von der Schwedischen Akademie der Wissenschaften mit dem Chemie-Nobelpreis für seine Forschung über die Eiweisstruktur bedacht. Michel ist seit einem halben Jahr Leiter der Abteilung Molekulare Membranbiologie am Max-Planck-Institut für Biophysik in Frankfurt.

Die Vorschußlorbeeren waren verfrüht: jetzt wissen die Wengerter, daß doch kein neuer Jahrhundertwein zu erwarten ist. Ungarn sind zu Besuch in Bietigheim–Bissingen und bereiten die nächste Partnerschaft der Stadt vor: mit Szekszard. Kurz davor hat der Fremdenverkehrsverband Neckarland–Schwaben in Bietigheim–Bissingen getagt. Und für 1987 von guten Ergebnissen berichtet. Immer mehr Kurzurlauber zieht es ins Ländle. Die Kornwestheimer »Kornkammer-Buam« sind die Stars beim Oktoberfest in Los Angeles. Es ist schon ihr zweites Gastspiel in den USA.

Gerlingens Feuerwehr hat ein neues Haus, eines der schönsten im ganzen Landkreis. 4.8 Millionen hat's gekostet. Viele Gäste kommen zur Einweihung und freuen sich mit der Feuerwehr über das neue Domizil.

Bei der Kreistagssitzung am 21. Oktober werden dem Landrat 8000 Unterschriften von Bürgern übergeben, die die geplante Müllverbrennung ablehnen. Der Kreistag läßt vier Standorte untersuchen. In der Sitzung wird auch der Etatentwurf vorgelegt: der Schuldenberg wächst gewaltig!

Am 22. Oktober wird in Oberstenfeld eine Handels- und Leistungsschau

eröffnet. Sie wird gut aufgenommen und am Ende rund 6.000 Besucher haben.

Im Kreis Ludwigsburg herrscht akuter Mangel an Pflegebetten. »Kleeblatt« soll neue Plätze schaffen. Landesweit wird der Versuch erstmals gestartet. Der Kreistag hat grundsätzlich zugestimmt, Einrichtungen von wohnortnahen Einheiten mit je 20 oder 30 Betten einzurichten. Das Ganze wird etwa 22.4 Millionen Mark kosten. Nächstes Jahr soll's losgehen.

Das Anhörungsverfahren für ein neues NATO-Depot bei Sachsenheim ist abgeschlossen. Das Regierungspräsidium hat keine grundsätzlichen Bedenken dagegen. Bei der 5. Freiberger Leistungsschau in der Stadthalle und rund um den Marktplatz gibt es ebenfalls rund 6000 Besucher.

Etwa 200 Asperger fahren zum Partnerschaftsjubiläum nach Lure. 21 Jahre nach der offiziellen Jumelage. Bürgermeister Otto Sinz erhält die Ehrenbürger-Würde. Arbeitslose finden einen neuen Einstieg ins geregelte Berufsleben. Mit Sensen und Sägen nehmen sie sich in Pflegetrupps der Naturdenkmale im Kreis an. Heft 8 der Heimatkundlichen Schriftenreihe von Remseck erscheint: »Fähren und Brücken über den Neckar«. Autoren sind Heinz Pfitzenmayer und Dr. Jürgen Hagel.

Ende Oktober läßt die Sonne die Wengerter doch noch im Stich. Die Weinlese 1988 geht zu Ende. Ausgesprochene Spitzenweine sind kaum zu erwarten.

Am 29. Oktober wird die Standard-Formation des 1. TC Ludwigsburg zum 4. Male Weltmeister. Fünf mal bekommen die Tanzpaare in der Dortmunder Westfalenhalle die Traumnote 1. Die Stadt Sachsenheim gibt einen Empfang für ihren Eugen Weiberle, der bei der Behinderten-Olympiade in Seoul den 2. Platz im Fünfkampf belegte und olympisches Silber gewann. Grund genug, stolz auf den Hohenhasler Mitbürger zu sein.

Am 1. **November** wird die freitragende Holzbrücke über den Neckar gelegt. Am Wochenende 4./5. November werden in Bönnigheim das neue Schulhaus und die Sporthalle eingeweiht. Kosten 15 Millionen Mark. Am 9. November wird der »Reichskristallnacht« vor 50 Jahren gedacht, die auch im Kreis Ludwigsburg wütete. Am 10. November feiert man in Marbach Schillers 229. Geburtstag. Schulkinder bringen ihm am Denkmal vor dem Nationalmusum Blumen. Seit 25 Jahren besteht die Partnerschaft zwischen Bietigheim–Bissingen und dem japanischen Kusatsu, in Erinnerung auch an den Arzt Erwin von Bälz. Eine deutsche Delegation war in Japan.

Im Ludwigsburger Forum ist Delegiertentag des Hotel- und Gaststättenverbandes Baden-Württemberg. Mehr als 600 Teilnehmer feiern zugleich auch das 100jährige Bestehen des Kreisverbandes Ludwigsburg.

Die Schöckinger Mauritiuskirche wird renoviert. Dabei werden schöne Deckenmalereien freigelegt. Schwieberdingens Gemeinderat billigt einen Bebauungsplanentwurf: auf dem Gelände um Schloß Nippenburg soll ein Golfplatz entstehen.

In Schöckingen werden in einer Ausstellung alte Kulturpflanzen gezeigt. Am 12. November demonstrieren die Bürger von Murr, blockieren den Durchgangsverkehr und parken »nach Vorschrift«. Das führt zu schlimmen Staus. Doch die meisten Betroffenen zeigen Verständnis. Schon zu lange wird die Umgehungsstraße gefordert.

In Bietigheim–Bissingen findet der Kreis-Naturschutz-Tag statt. Der BUND stellt fest, daß trotz vieler Bemühungen die Natur auf dem Rückzug ist. Im

Ernstfall werde zu oft gegen die Natur entschieden. Der Naturschutzpreis 1988 wird an die Bürgermeister Peter Noak von Sersheim, Alfred Ullrich von Steinheim verliehen.

»Beispielhaftes Bauen im Landkreis 1978 bis 1988« ist zu Ende. Es gibt 15 Auszeichnungen und 16 Belobigungen für Teilnehmer an diesem Kreiswettbewerb.

Das Bietigheimer 24-Stunden-Schwimmen im Hallenbad sieht 424 Teilnehmer aller Altersstufen. Zwei Rekorde werden über 41 200 und 40 200 m aufgestellt.

Am 10. November gedenkt die Stadt Ludwigsburg der Zerstörung ihrer Synagoge vor 50 Jahren. Dr. Albert Sting hält die Gedenkrede. Auf dem neugestalteten Synagogenplatz wird ein Gedenkstein enthüllt.

Seit 25 Jahren besteht die Beratungsstelle für Spanier bei der Caritas für Stadt und Kreis Ludwigsburg. 20 Jahre lang hat sie Manuel Catalina geleitet. Seine Nachfolgerin wird Soledad Garcia Ruiz.

Ein neuer Schatz für das Deutsche Literaturarchiv in Marbach: es bekommt ein Kafka-Manuskript, das für 3,5 Millionen Mark ersteigert wurde. Das Grävenitz-Palais in der Ludwigsburger Marstallstraße hat ein historisch-neues Gesicht. Neuer Besitzer ist ein Auktionator. Eine Gruppe privater Investoren verhandelt mit der Firma Bosch über eine neue Nutzung des Schloßguts Harteneck in Ludwigsburg. Es könnte ein Fortbildungszentrum werden.

Richtfest am zur Zeit größten Bauvorhaben des Landkreises in der Ludwigsburger Hohenzollernstraße: Einrichtungen für Behinderte und Berufsschüler. Sporthalle, Werkstatt für Behinderte, Cafeteria, Tiefgarage und Hausmeisterwohnung werden etwa 19 Millionen kosten.

Der Tunnel unterm Langen Feld wird jetzt eingerichtet. Kornwestheims OB Fischer darf Schienen verlegen. Die Einweihung ist für Mitte 1991 geplant. Die neue Stadtstraße in Bietigheim, die Nordtangente, heißt Karl-Mai-Allee. Sie hat 12 Millionen gekostet. So ehrt die Stadt ihren früheren OB.

Am 21. November legt dichter Schneefall den Verkehr vorübergehend lahm. Viele Autofahrer haben noch die Sommerreifen drauf. Es gibt zum Teil stundenlange Verspätungen.

2293 Bürger stifteten insgesamt 269 836 Mark für Behandlungskosten für den jungen Benninger Markus Lang, der am 10. August 1987 in den USA schwer verunglückte und im Juli 1988 verstorben ist. Bürgermeister Peter Haaf hatte die Spendenaktion im April begonnen, um die Forderungen des Krankenhauses von Denver/Colorado über 328 000 Dollar begleichen zu können. Er fand Spender-Resonanz in der gesamten Bundesrepublik.

Seit 10 Jahren besteht die »Gemeinschaft Ortsbild Rosswag«. Und das »Haus Steinheim« des Verbandes der Metallindustrie seit 25 Jahren. In Vaihingen/Enz gedenkt man des 100. Geburtstages des Ehrenbürgers Hans Krieg, des Forschers, Künstlers und Kinderbuchautors, der Expeditionen nach Südamerika unternommen hat.

33 Kläranlagen der Gemeinden stehen im Leistungsvergleich 1988. Württembergs Weingärtner entdecken den Sektmarkt. Ihr Ziel ist es, 4 Millionen Flaschen pro Jahr zu erzeugen.

Die neue Kunstschule im renovierten Kavaliersgebäude in Ludwigsburgs Schorndorfer Straße wird offiziell eingeweiht. Sie heißt »Labyrinth« und wird von Ludwigsburg, Kornwestheim und Bietigheim–Bissingen getragen.

149 Plaketten im Wettbewerb »Gute Gaststätte im Landkreis Ludwigsburg« werden vergeben. Regierungspräsident Bulling ordnet den Sofortvollzug für die Umgehungsstraße Murr an. Baubeginn soll im nächsten Sommer sein. Der Zweckverband Landeswasserversorgung tagt im Forum.

Am 4. Dezember ist große Sportgala im Forum am Schloßpark mit viel politischer und sportlicher Prominenz und mit der Verabschiedung von Josef Neckermann als Präsident der Sporthilfe.

Dr. Erich Bracher legt nach 22 Jahren den Vorsitz im Verband der Metallindustrie nieder. Neuer Chefarzt der Ludwigsburger Unfallklinik ist Prof. Dr. Gert Helbing. Als Nachfolger von Dr. Werner Gerlitzky, der nach 17jähriger Tätigkeit in den Ruhestand getreten ist.

Der Deutsche Logistikpreis 1988 wird der Salamander AG Kornwestheim verliehen. Es erscheint das Buch »Sagen und Spitznamen aus dem Kreis Ludwigsburg« von Rita Haller, herausgegeben von der Kreissparkasse. Von Günther Bentele und Alfred Drossel kommt ein neuer Bildband über Bietigheim–Bissingen heraus.

Am 12. Dezember erhält der Chemiker Dr. Hartmut Michel, gebürtiger Ludwigsburger, aus der Hand des schwedischen Königs den Nobelpreis. Am gleichen Tag wird die Standardformation des 1. TC Ludwigsburg in Hertogenbosch wieder Europameister.

Der Süddeutsche Rundfunk überträgt den Frühschoppen aus Tamm. 26 Jahre nach seinem Tod Gedenken an August Lämmle in der nach ihm benannten Schule in Ossweil mit einem Ausstellungsraum mit Erinnerungsstücken.

An der PH Ludwigsburg ist das Schulbuch »Kennzeichen LB« entstanden. Für Schüler von 9 bis 15 Jahren. Der Großbottwarer Architektenwettbewerb für die Ortssanierung ist entschieden. Das Krankenhaus Marbach wird 80 Jahre alt. König Wilhelm hat es eingeweiht.

Am 18. Dezember findet im Ludwigsburger Forum die Endrunde im SDR-Chorwettbewerb statt. Nach 150 Jahren kehren die Kleinbottwarer Stifterfenster als Kopien in die St.-Georgs-Kirche zurück. Die 1938 verkauften Originale befinden sich heute im Germanischen Museum und auf Lichtenstein. DRK-Helfer gehen ins Erdbebengebiet im Kaukasus.

Minister Herzog unterschreibt die Betriebsgenehmigung für Block II des Kernkraftwerks Neckarwestheim. Der Atommeiler wird angefahren. Nächsten Januar soll er mit 30 Prozent seiner Endleistung von 1314 Megawatt ans Netz gehen. Der Verkehrsverbund Stuttgart meldet zum Jahresende einen neuen Rekord: 198 Millionen Fahrgäste sind 1988 befördert worden. Und 100 Kernkraftgegner demonstrieren gegen GKN II.

Dies und noch viel mehr war 1988. Der geneigte Leser möge Nachsicht üben und dem Chronisten nicht als vorsätzliche Unterlassung ankreiden, was er nicht für wichtig genug befunden hat, in diesem Rückblick aufgenommen zu werden. Die Herausgeber der Historischen Blätter werden sowieso erschrecken über Fülle und Umfang des Erwähnenswerten, die einem immer erst im Nachhinein so recht bewußt werden. Wir leben wahrlich in einer ereignisreichen Zeit.

Herbert Saar

Buchbesprechungen

Hermann Missenharter: Liebes altes Württemberg. Mit einer Einführung von Otto Borst. Stuttgart/Hamburg (J. F. Steinkopf) 1988, 256 S., 54 ganzseitige sw. Abb.

Der Verf., 1886 in Stuttgart geboren, war – nach Dillmann-Gymnasium, neuphilologischem Studium und Lehrtätigkeit an Stuttgarter Gymnasien – seit 1911 Feuilletonredakteur und Kritiker der Württembergischen Zeitung, dann bis 1943 beim Neuen Stuttgarter Tagblatt, Lektor bei Cotta und schließlich ab 1948 Theaterkritiker der Stuttgarter Nachrichten. 1962 verstarb er. Neben einer ganzen Reihe anderer Werke hat er das hier angezeigte hinterlassen, das erstmals 1946 »Als Manuskript gedruckt« erschienen ist und von Otto Borst nun neu herausgegeben wurde. Der Inhalt: drei allgemein gehaltene Kapitel – Geschichtliches (»Wenn der Schwabe seine Geschichte überdenkt, so kann man ihm sein starkes Selbstbewußtsein nicht verargen«, S. 19), Schwäbische Arbeit, Schwäbische Dichtung – und 13 Kapitel über einzelne Regionen Württembergs. Im Kapitel »Der mittlere Neckar« werden auch Ludwigsburg, der Asperg, Marbach und Besigheim gewürdigt, im Kapitel »Der Schönbuch und das Gäu« Vaihingen/Enz und Markgröningen gestreift. Otto Borst teilt in seinem Vorwort mit: »Der Hauptteil des Manuskripts stammt gewiß aus den ersten Jahren des Zweiten Weltkriegs oder aus noch früherer Zeit... Missenharter geht von der Vorkriegssituation aus« (S. 13f.). Aktuelles darf man von diesem Buch also nicht erwarten; teilweise enthält es auch sachliche Fehler und sehr subjektive Beurteilungen, wie Borst selbst ausdrücklich vermerkt (S. 15). Vorsicht bei der Lektüre ist angebracht, denn die sachlichen Fehler sind – außer den von Borst ausdrücklich erwähnten – nicht kenntlich gemacht. Warum dann die Neuausgabe? Otto Borst meint, »Liebes altes Württemberg« sei »ein so köstliches Büchlein« geworden, »weil Missenharter schreiben kann« (s. 17). Das schon, allerdings in einem Stil, der zumindest stellenweise den heutigen Leser doch gar sehr antiquiert anmutet. Abschließend schreibt Borst: »Missenharter ist, droben in seiner Gerlinger Klause sitzend, mit äußerlichen Ehrungen nicht verwöhnt worden. Dieses Buch ist beides zugleich: eine Quelle köstlichen Kennenlernens für den Leser und eine echte Hommage für den Autor« (S. 18). Die beigegebenen Fotos zeigen heutige Ansichten, ein »Orts- und Namenregister« schließt den Band ab. *Wolfgang Schmierer*

Otto Borst: Stadtkleinode in Württemberg. Geschichte im Gehäuse. Mit Zeichnungen von Werner Rosenbusch. Konstanz (Stadler) 1986, 335 S.

Der bibliophil aufgemachte Band enthält nach der Auswahl des Verfassers Darstellungen zur Geschichte und Entwicklung von 26 Städten in Baden-Württemberg. Neben 24 württembergischen Städten (Biberach, Ellwangen, Esslingen, Haigerloch, Herrenberg, Horb, Ludwigsburg, Marbach, Mergentheim, Neuenstadt am Kocher, Ravensburg, Riedlingen, Rottweil, Schorndorf, Schwäbisch

Gmünd, Schwäbisch Hall, Stuttgart, Tübingen, Ulm, Urach, Vaihingen/Enz, Waldenburg, Wangen im Allgäu und Weil der Stadt) wurden auch Wertheim, das bis 1945 zu Baden gehörte, und Wimpfen, die hessische Enklave bis in die Nachkriegszeit, in den Band aufgenommen. Der Landkreis Ludwigsburg ist mit Ludwigsburg, Marbach und Vaihingen/Enz gut vertreten. W. Rosenbusch steuert zu jeder Stadt eine Zeichnung bei, mit der Typisches erfaßt wird. Leider erscheint mir die Darstellung des Ludwigsburger Marktplatzes im Buch weniger gelungen als viele andere. Dafür prangt aber der Schutzumschlag mit einer weiteren, kolorierten, gefälligen Zeichnung desselben Motivs mit Marktbrunnen und Dreieinigkeitskirche. *Wolfgang Schmierer*

Der Landkreis Ludwigsburg in alten Luftaufnahmen. Städte und Gemeinden in den 20er und 30er Jahren. Mit 9 losen Kartenblättern in Umschlagtasche. Hg. vom Landkreis Ludwigsburg 1988. 244 S.

Aus dem Titel ist der Inhalt des Bildbandes ersichtlich: Im Mittelpunkt stehen 104 großformatige, auf Hochglanzpapier wiedergegebene Schwarz-Weiß-Luftbilder von nahezu allen Gemeinden und Städten des Landkreises, die mit einer oder mehreren Aufnahmen vertreten sind. Der überwiegende Teil der Aufnahmen stammt aus den 20er und 30er Jahren. Lediglich zwei, die von Eberdingen und Riet, datieren aus den 50er Jahren. Sämtliche Luftbilder wurden von dem 1985 verstorbenen Luftbildpionier Paul Strähle aus Schorndorf aufgenommen. Die aussagekräftigen Luftaufnahmen, die ein genaues Bild der jeweiligen Stadt bzw. Gemeinde vor rund 50 Jahren vermitteln, bedürfen keiner Erläuterung: sie sprechen für sich. Bewußt wurde auf jegliche Kommentierung der Fotos verzichtet.

Neben dem Abbildungsteil enthält das Buch aber auch mehrere bemerkenswerte Textbeiträge. Nach dem einleitenden Vorwort von Landrat Dr. Hartmann (S. 7f.) behandelt Kreisarchivar Thomas Schulz die »Städte und Gemeinden des Landkreises Ludwigsburg im Wandel der letzten 50 Jahre« (S. 9–15). Dieser Aufsatz gibt einen Überblick über die geschichtliche Entwicklung des Landkreises. Von besonderem Interesse sind dabei die Ausführungen zu den Ursachen der großen Veränderungen nach 1945. In dem Beitrag von Heinz Pfizenmayer über das Lebenswerk des schwäbischen Luftbildpioniers Paul Strähle (S. 17–21) überwiegen biographische Angaben; er informiert aber auch kurz über die Geschichte der Luftbildfotografie im allgemeinen. An die alphabetisch nach Städten und Gemeinden geordneten Luftbilder (S. 23–233) schließt ein Beitrag von Karl Moersch an: »Der Größte war's im ganzen Land. Anmerkungen zur fünfzigjährigen Geschichte des Kreises Ludwigsburg« (S. 235–239), ein Auszug aus dem in diesem Heft der Ludwigsburger Geschichtsblätter gedruckten Aufsatz.

In einer Umschlagtasche sind dem Buch acht Kartenblätter aus dem »Bildplanwerk des Deutschen Reiches« im Maßstab 1:25 000 beigefügt. Es handelt sich dabei um Senkrechtaufnahmen aus den Jahren 1934 und 1935, die den heutigen Landkreis nahezu vollständig zeigen. Außerdem ist noch ein auf der Grundlage eines aktuellen Kartenblatts erstellter Übersichtsplan beigelegt.

Ein Buch wie das vorliegende trägt seine Empfehlung in sich. Es ist für »den Ortskundigen der Vorkriegsgeneration« wie »für die jüngere Generation« gleichermaßen interessant und informativ. *Wolfgang Läpple*

Die gute alte Zeit – und wie sie wirklich war. Zeitungsmeldungen und anderes aus dem 19. Jahrhundert, gesammelt von **Theodor Bolay.** Hg. vom Landkreis Ludwigsburg 1988. 195 S.

Das vorliegende Buch ist die letzte Veröffentlichung in der langen Reihe heimatkundlicher Arbeiten des im Juni 1989 verstorbenen Rektors i. R. Theodor Bolay. Es enthält eine Auswahl lokaler Zeitungmeldungen sowie Auszüge aus schriftlichen Quellen des 19. Jh., die Theodor Bolay während seiner langjährigen Tätigkeit als ehrenamtlicher Kreisarchivpfleger und Heimatforscher gesammelt hat. Ausgewählt und thematisch zusammengestellt wurden diese Berichte von der Tochter Getrud Bolay und Heinz Pfizenmayer. Es sind Geschichten des täglichen Lebens, denen der Leser mit Spannung und Interesse folgt. Was diese Berichte zu geben vermögen, darf nicht unterschätzt werden. Die unverfälschten Schilderungen, die von Freud und Leid unserer Vorfahren berichten, können durch keine wissenschaftliche Darstellung ersetzt werden. Durch ihre Unmittelbarkeit führen sie mitten hinein ins 19. Jh. und bieten eine ausgezeichnete Möglichkeit, sich ein Bild vom Alltag der damaligen Zeit zu machen. Dies entspricht auch Bolays Intention, »nur authentisches Quellenmaterial wieder- und weiterzugeben«. Dem unterhaltsamen Buch sind mehrere Faksimiles von Zeitungsartikeln und Schriftstücken sowie einige von Bolay kurz nach dem Zweiten Weltkrieg gefertigte Aquarelle von Orten und Landschaften des Landkreises beigegeben.

Wolfgang Läpple

Theodor Bolay/Paul Müller: Hohenasperg – Geschichte der Feste Hohenasperg mit einem historischen Rundgang. Hg. von der Stadt Asperg, 1988, 47 S., 13 sw. Abb.

»Bedarf an einem kleinen Büchlein, welches als ein Streifzug durch die Geschichte Hohenaspergs anzusehen ist« stellt Bürgermeister Otto Sinz in seinem Geleitwort fest. Die beiden mit Aspergs Geschichte bestens vertrauten Verfasser geben – eingeteilt in die Abschnitte Geschichte, Gefangene auf dem Asperg, Rundgang auf dem Hohenasperg, Geologischer Aufbau – eine knappe erste Orientierung über diesen von Natur so herausragenden Berg, der leider im Lauf seiner menschlichen Besiedelung vom keltischen Fürstensitz, mittelalterlichen Bergstädtchen und landesherrlicher Festung schließlich zum Gefängnis heruntergewirtschaftet worden ist. Was für ein Kulturzentrum könnte man bei dieser Geschichte aus dem riesigen Gebäudekomplex machen – wenn man wollte!

Wolfgang Schmierer

Blätter zur Stadtgeschichte 1987 (Heft 6, 184 S.). Hg. vom Archiv der Stadt Bietigheim-Bissingen.

So reichhaltig wie seine Vorgänger ist auch das vorliegende schön gestaltete Heft. Die ersten beiden Beiträge befassen sich mit zwei alten Bietigheimer Gebäuden: der Lateinschule, Hauptstraße 63, und dem Physikat, Hauptstraße 61, das seit 1840 zur Lateinschule gehörte: Burghard Lohrum und Hans-Jürgen Bleyer berichten über »Baugeschichtliche Untersuchungen an der Bietigheimer Lateinschule« (S. 5–26) und fassen dabei die Ergebnisse einer im Rahmen der Sanierung der Lateinschule auf Anregung des Landesdenkmalamtes und im Auf-

trag der Stadt Bietigheim-Bissingen erfolgten Untersuchung zusammen. Besonders interessant sind die Konstruktionszeichnungen und die Aussagen über Fachwerkfassaden, Stockwerke, Grundrißgliederungen und Dachwerk. Man erfährt auch, daß nach der dendrochronologischen Untersuchungsmethode das Gebäude Hauptstraße 63 spätestens 1476, dagegen das Haus Hauptstraße 61 in den Jahren 1566/67 errichtet wurde.

Der folgende faktenreiche Aufsatz von Günther Bentele: »Die Stadtresidenz im Schulgäßlin – Die Gebäude der Bietigheimer Lateinschule und ihre Besitzer« fußt auf reichem Quellenmaterial (S. 27–46). Wie zuvor steht auch in diesem Beitrag das Haus Hauptstraße 63 im Vordergrund, das von dem Geschlecht der Nippenburger erbaut, »ursprünglich ein Stadthaus, repräsentativer Sitz adliger Herren« war. Zu den »Familien in Bissingen a.d. Enz und Untermberg um 1650« führt eine Abhandlung von Markus Otto, der eine Aufstellung im ältesten erhaltenen Kirchenbuch der evangelischen Kirchengemeinde Bissingen zugrundeliegt (S. 47–99); diese nicht nur für die Familienforschung wertvollen Ausführungen enthalten ein »Verzeichnis aller Seelen zu Bissingen« (43 Familien) sowie ein entsprechendes für »Underm Berg« (8 Familien). Erwähnenwert ist, daß der Verfasser das Schicksal der genannten Familien, soweit feststellbar, bis zum Jahr 1700 weiterverfolgt hat. Von großem Nutzen ist das beigegebene alphabetische »Verzeichnis der Familiennamen«.

Anschließend gibt Hans Hoffmann eine Lebensbeschreibung der Rosina Lortzing, Ehefrau des Komponisten Albert Lortzing, die 1799 in Bietigheim als Tochter des Totengräbers Johannes Ahles zur Welt kam (S. 101–123). Von Beruf war sie Schauspielerin. Ihren Ehemann, mit dem sie seit 1824 verheiratet war, lernte sie in Düsseldorf kennen. Das Ehepaar Lortzing mußte mit seinen Kindern in sehr bescheidenen Verhältnissen leben, zuletzt in Berlin. Lortzing verstarb 1851, seine Ehefrau 1854.

Danach zeichnet Marc-Wilhelm Kohfink die Geschichte des ehemaligen Bietigheimer Ausflugslokals »Waldcafé« in der Siedlung Sand nach, das seit 1933 »ein besonderes Ausflugsziel für die Region Bietigheim war« (S. 125–133). Es folgt ein Aufsatz von Adolf Leibbrand über den »Luftkrieg im Raum Bietigheim-Bissingen« (S. 135–165). Bemerkenswert ist, daß für die Darstellung auch im Ausland verwahrte Unterlagen herangezogen wurden. Dem Beitrag sind mehrere von den Alliierten während der Bombardierungen aufgenommene Luftbilder beigefügt, welche die Schrecken des Luftkriegs erahnen lassen (z.B. von Kornwestheim, Ludwigsburg, Bietigheim). Wie in früheren Jahren weisen auch dieses Mal wieder einige Buchbesprechungen auf wichtige Neuerscheinungen hin (S. 167–178).

Den Schluß des Heftes bildet die von Rita Lang und Lieselotte Hahn bearbeitete informative »Stadtchronik« von Juli bis Dezember 1985 (S. 179–183).

Wolfgang Läpple

75 Jahre Sozialdemokraten in Murr für Murr 1912–1987. Jubiläumsschrift des SPD-Ortsvereins Murr. Murr 1987, 52 S. mit Abb.

Anläßlich einer Festveranstaltung zum 75jährigen Bestehen hat der SPD-Ortsverein Murr diese Jubiläumsschrift herausgebracht, für deren Gestaltung und Herstellung Gernot G. Oertel verantwortlich zeichnet. Mit Hilfe von Stefan Beck

und Klaus Schönberger (Alexander-Seitz-Geschichtswerkstatt Marbach e.V.) für den ersten Teil »Die Arbeiterbewegung in Murr zwischen Kaiserreich und Faschismus 1900–1933« wird die Entwicklung der Sozialdemokratie – unterstützt mit Faksimiles von Zeitungsartikeln, Flugblättern, Wahlzetteln u.ä. – knapp, aber allgemeinverständlich aufgearbeitet, die mit der Gründung des Ortsvereins nach der für die SPD sehr erfolgreiche Reichstagswahl von 1912 begann, einem der ersten im damaligen Oberamt Marbach. In der Zeit der Weimarer Republik konnten die Murrer Sozialdemokraten sechs Gemeinderäte stellen, die nach der Errichtung der NS-Herrschaft 1933, wie überall, zum Amtsverzicht gezwungen wurden. Erster Bürgermeister nach dem Zusammenbruch war von 1945–1948 der Sozialdemokrat Karl Eisenbarth (1885–1967); 1987 stellte die SPD drei der vierzehn Gemeinderäte. *Wolfgang Schmierer*

Fritz Oechslen: Möhringen – Im Richter. Ein Beitrag zur Orts- und Wirtschaftsgeschichte der vergangenen 200 Jahre. Wegra-Verlagsgesellschaft mbH, Stuttgart-Möhringen 1989, 57 S.

Aus Anlaß der Sanierung eines unter Denkmalschutz stehenden ehemaligen Gewerbeviertels der einst »Em Richter« genannten Möhringer Flur – heute Areal zwischen Richter- und Sigmaringer Straße des Stuttgarter Stadtteils – hat der ortsansässige Verlag eine Broschüre herausgebracht, die den wirtschaftlichen Entwicklungsprozeß einer Fildergemeinde anschaulich dokumentiert. Im Mittelpunkt steht der rasche Aufstieg der 1845 gegründeten Brauerei Widmaier, die neben Landwirtschaft und der seit 1855 von der Zentralstelle für Gewerbe und Handel geförderten Korsettindustrie zum bedeutenden lokalen Wirtschaftsfaktor wird. Der Verkauf der Brauerei noch vor dem 1. Weltkrieg hat die Einstellung der Bierproduktion zur Folge. Die Baulichkeiten werden in der Folge von verschiedenen Genossenschaften, Gesellschaften und Privatunternehmen genutzt. Ab 1980 geht der Gebäudekomplex »Im Richter« zum großen Teil an die Möhringer Bank über, und es entsteht nach Restaurierung der erhaltenen Bausubstanz ein modernes Dienstleistungszentrum mit Wohneinheiten, das als krönenden Abschluß durch den Umbau des ehemaligen Bierkellers den »Richterkeller« für Veranstaltungen aller Art erhält. *Wolfgang Schneider*

Gottfried Seebas: Artikelbrief, Bundesordnung und Verfassungsentwurf. Studien zu drei zentralen Dokumenten des südwestdeutschen Bauernkrieges. Heidelberg 1988 (= Abhandlungen der Heidelberger Akademie der Wissenschaften. Phil.-hist. Kl., Jg. 1988, 1. Abh.), 188 S.

Neben den Zwölf Artikeln zählen die im Titel genannten Dokumente zu den zentralen programmatischen Quellen des Bauernkrieges im deutschen Südwesten. Beim Artikelbrief handelt es sich um ein Schreiben der Hauptleute und Räte des Schwarzwälder Haufens an die Stadt Villingen vom 8. Mai 1525, mit dem die Stadt zum Beitritt zur »christlichen Vereinigung« aufgefordert wurde. Die sogenannte Bundesordnung lag dem Zusammenschluß der oberschwäbischen Bauernhaufen zu Memmingen vom Anfang März 1525 zugrunde. Den Verfassungsentwurf schließlich hat man Ende 1525 unter den Papieren Balthasar Hubmaiers gefunden. Schon seit langem bekannt, haben die drei Quellen in der Bauern-

kriegsforschung stets besondere Beachtung erfahren. Gleichwohl sind zahlreiche Fragen offengeblieben. So sind schon Entstehungsort und -zeit der einzelnen Dokumente wie auch ihr Verhältnis zueinander in der Literatur umstritten, ohne daß dieser – vor jeder weiteren Interpretation grundlegende – Problemkomplex bisher systematisch unter Berücksichtigung der Überlieferungsgeschichte angegangen worden wäre. Diese Lücke schließt die vorliegende Veröffentlichung, die auf ein Heidelberger kirchengeschichtliches Seminar des Verf. vom Sommersemester 1985 zurückgeht. War es das Ziel der Lehrveranstaltung, »exemplarisch in den kritischen Umgang mit Editionen und deren Interpretation einzuführen«, so zeigt die Veröffentlichung, daß die penible Arbeit am Text, dem Mediävisten wohlvertraut, auch in der Frühneuzeit zu beachtlichen Ergebnissen führen kann. Jedenfalls gelingt es *Seebas*, die jeweilige Bedeutung der drei Quellen im Kontext der Dynamik des Bauernkrieges und ihre Beziehungen zueinander anhand der Überlieferungslage überzeugend zu erklären. Daß bei einem solchen interpretatorischen Ansatz die Arbeit präzise Beschreibungen der erhaltenen Textzeugen enthält, deren Abhängigkeiten in übersichtlichen Stemmata abgebildet sind, liegt in der Natur der Sache. Der Forschung werden nicht zuletzt solide (wenn auch in einigen formalen Punkten etwas unkonventionelle) Editionen an die Hand gegeben, die die gezielte Weiterarbeit – etwa beim Auftauchen bisher unbekannter Überlieferungen oder bei der Analyse verwandter Quellen – ermöglichen.

Robert Kretzschmar

Joachim Schüttenhelm: Der Geldumlauf im südwestdeutschen Raum vom Riedlinger Münzvertrag 1423 bis zur ersten Kipperzeit 1618. Eine statistische Münzfundanalyse unter Anwendung der elektronischen Datenverarbeitung. Stuttgart 1987 (= Veröffentlichungen der Kommission für Geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg B 108). XXXV und 576 S., 68 Abb., 36 Tabellen und 6 tabellarische Zusammenfassungen im Anhang, 1 Karte als Beilage.

Unter Anwendung der EDV hat der Verf. der hier im Druck vorgelegten Heidelberger Dissertation 345 Münzfunde mit insgesamt mehr als 51 000 Einzelmünzen ausgewertet, um den Geldumlauf in Südwestdeutschland zwischen 1423 und 1618 zu untersuchen. Die Ergebnisse der theoretisch eingehend begründeten und in der Darstellung bei klarer Gliederung sehr detaillierten Studie sind am Schluß übersichtlich zusammengefaßt, indem zunächst für den Silberklein- und Silbermittelmünzumlauf, dann für den Silbergroß- und Goldmünzumlauf die entscheidenden Entwicklungen einzelner Zeitabschnitte innerhalb des Untersuchungszeitraums herausgestellt werden. Das Buch mit seinen vielen Tabellen hält somit nicht nur Antworten für spezialisierte Fragestellungen parat, es hat zugleich Handbuchcharakter auch für jeden Nichtnumismatiker, der sich über Entwicklungen des Münzwesens während des 15. und 16. Jhs. im Südwesten des Deutschen Reiches informieren will. Methodisch dürfte die Arbeit als quantitative Analyse von Münzfunden – schriftliche Quellen wurden nur ergänzend herangezogen – richtungsweisend sein. Eine beigefügte Karte (Münzfunde im südwestdeutschen Raum 1420/23–1618) rundet die Veröffentlichung ab, deren außerordentlicher Wert nur vom Fehlen eines Registers etwas beeinträchtigt wird.

Robert Kretzschmar

»Ludwigsburger Geschichtsblätter« 1900–1989

Heft	Jahr	Seiten	Redaktion	
1	1900	87	Christian Belschner	vergriffen
2	1901	100	»	»
3	1903	106	»	»
4	1905	186	»	»
5	1909	115	»	»
6	1911	88	»	»
7	1913	57	»	»
8	1916	48	»	»
9	1923	119	»	»
10	1926	107	»	»
11	1930	133	»	»
12	1939	46	»	»
13	1957	140	Dr. Oscar Paret	lieferbar
14	1960	66	»	vergriffen
15	1963	162	Heinrich Gaese	lieferbar
16	1964	203	»	»
17	1965	207	»	»
18	1966	192	»	»
19	1967	164	»	»
20	1968	196	»	»
21	1969	92	Dr. Willi Müller	»
22	1970	116	»	»
23	1971	195	»	»
24	1972	272	»	»
25	1973	141	»	»
26	1974	141	»	vergriffen
27	1975	199	»	»
28	1976	161	»	»
29	1977	179	»	lieferbar
30	1978	128	Dr. Paul Sauer	»
31	1979	148	Dr. Wolfgang Schmierer	»
32	1980	188	»	»
33	1981	256	»	»
34	1982	176	»	»
35	1983	180	»	»
36	1984	242	»	»
37	1985	245	»	»
38	1985	196	»	»
39	1986	224	»	»
40	1987	252	»	»
41	1988	200	»	»
42	1988	224	»	»
43	1989	188	»	»

Bestellungen: Buchhandlung Aigner, 7140 Ludwigsburg, Arsenalplatz